

ISSN 0939-3013 | € 9,90
ISBN 978-3-7410-0230-4

PER SPEK TIVEN

D perspektivends
S Zeitschrift für
Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik
Totgesagte leben länger.
SPD in der Existenzkrise

35. Jahrgang

1

18

SCHÜREN

perspektiven des demokratischen
sozialismus
Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik
35. Jahrgang 2018 Heft 1
ISBN 978-3-7410-0230-4
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag der Hochschulinitiative
Demokratischer Sozialismus (HDS) e.V.
von Hermann Adam, Nils Diederich, Helga
Grebing (†), Leo Kießler, Richard Saage und
Karl Theodor Schuon

Redaktionsbeirat: Bernhard Claußen, Klaus Faber,
Horst Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder,
Klaus Kost, Jens Kreibaum, Hendrik Küpper,
Kira Ludwig, Ralf Ludwig, Thomas Meyer,
Andreas M. Müggenburg, Simon Obenhuber,
Roland Popp, Lisa Price, Sibylle Reinhardt,
Lars Rensmann, Moritz Rudolph, Walter Ree-
se-Schäfer, Hans-Joachim Schabedoth, Klaus-Jür-
gen Scherer, Wolfgang Schroeder, Joachim Span-
genberg, Heinrich Tiemann
Redaktion dieser Ausgabe: Klaus-Jürgen Scherer
(verantw.), Kira Ludwig, Klaus Faber, Horst Hei-
mann, Hendrik Küpper
Gestaltung: Erik Schüßler

Geschäftsstelle der Hochschulinitiative
Demokratischer Sozialismus
WBH, Wilhelmstr. 141
10963 Berlin
Kontakt: kjs@hochschulinitiative-ds.de

Weitere Informationen unter:
www.hochschulinitiative-ds.de

Verlag und Abo-Vertrieb:
Schüren Verlag GmbH,
Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg
Informationen zu perspektiven ds und zum
Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden
Sie im Internet: www.schueren-verlag.de
Die perspektiven ds erscheinen zweimal im Jahr.
Einzelpreis 9,90 €, Jahresabo 16,90 € incl. Versand.
Der Bezugspreis für HDS-Mitglieder ist im
Mitgliedsbeitrag enthalten.
© Schüren Verlag GmbH
Alle Rechte vorbehalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-
skripte wird keine Haftung übernommen.
Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag
Druck: Booksfactory, Stettin

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die
Vision einer freien, gerechten und solidarischen
Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine
dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres
Handelns ist die soziale Demokratie.*

– Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

Totgesagte leben länger. SPD in der Existenzkrise

perspektivends
1/18

INHALT

Editorial	4	Max Reinhardt Vergleichende, multidimensionale Sozialgeschichte als Beitrag zur Wähler- und Parteienforschung	55
AKTUELLES			
Andrea Nahles Rede zum 200. Geburtstag von Karl Marx	7	Ulrich Heyder Kernpunkte gesellschaftlicher Reformpolitik in einer globalen Welt	68
SCHWERPUNKT: TOTGESAGTE LEBEN LÄNGER. SPD IN DER EXISTENZKRISE		Hermann Adam Sozialdemokratische Wirtschafts- politik im Zeitalter der Globalisierung	85
Dietmar Süß «Krise» als Lebenselixier Eine kleine Geschichte sozialdemokratischer Sinnsuche	14	Horst Heimann «Erneuerung der SPD!» – Was ist das? Soziale Gerechtigkeit oder neoliberale Agendapolitik?	109
Hans-Joachim Schabedoth Was lehrt die zweite große Koalition mit Angela Merkel für die weniger große dritte?	19	Thomas Weber Thesen zur globalen Nachhaltigkeit	130
Klaus Faber Nach der Bildung der Koalition von SPD und Union: Perspektiven und Probleme für die SPD-Entwicklung	27	BEITRÄGE UND DISKUSSIONEN	
Stefan Grönebaum Der aufhaltsame Niedergang der SPD als Teil des Verfalls der europäischen Sozialdemokratie	33	Richard Saage Utopie und Utopieforschung. Anatomie eines Forschungsdesigns	135
Edgar Eineman SPD 2018: Das Grunddilemma und die Perspektive	39	Martin Redlich Die Krise(n) der Ukraine	141
Stephan Klecha 12 Thesen zur Krise der Sozialdemokratie	50	HOCHSCHULPERSPEKTIVEN	
		Ralf Ludwig Promotionsrecht für Fachhochschulen: Der falsche Weg!	149

Robert Liniek 30 Jahre nach Tian'anmen: Studierende in China	154	Johannes Heinen Die ökonomische und intellektuelle Krise der SPD Es ist Zeit, um die Sozialdemokratie zu kämpfen	199
JUNGE PERSPEKTIVEN			
Hendrik Küpper Der utopische Mangel der heutigen Sozialdemokratie	160	Moritz Rudolph Deutschland, Europa und die Frage, wer hier das Opfer ist	203
Interview mit Albrecht von Lucke «Die deutsche Sozialdemokratie muss endlich ihre existenzielle Lage begreifen»	163	REZENSIONEN	
Mark Fischer Utopie und politisches Bewusstsein	171	Aleksandra Petković Rezension zu: Julia Korbik: <i>Oh, Simone! Warum wir Beauvoir wiederentdecken sollten</i>	208
Dorian Baganz Radikal oder tot: Die SPD am Abgrund	174	Mark Fischer Rezension zu: Oliver Schlaudt: <i>Die politischen Zahlen. Über Quantifizierung im Neoliberalismus</i>	210
Wiebke Esdar u. a. Die SPD – linke Volkspartei im 21. Jahrhundert	178	Hendrik Küpper Rezension zu: Andreas Nölke: <i>Linkspopulär. Vorwärts Handeln statt Rückwärts denken</i>	211
Jöran Klatt Die Wiederkehr der Bildungs- katastrophe?	182	Hagen Weiler Rezension zu: Jochen Dahm, Thomas Hartmann, Max Ostermeyer (Hg.): <i>Gleichheit!</i>	214
Armin Alizadeh Sozialdemokratische Bildungspolitik im 21. Jahrhundert	187	Klaus-Jürgen Scherer Vom Schreibtisch geräumt ... Rezensionen zu: <i>Thilo Scholle, Nikolas Dörr, Heidemarie Wiczorek-Zeul</i>	217
Jacqueline Dejosé «Steter Tropfen höhlt den Stein» oder: Das Hochschulpolitische Versagen der SPD	191	Autorinnen und Autoren	223
Carsten Schwäbe #SPDerneuern heißt ihre neoliberale Vergangenheit zu bewältigen	195		

EDITORIAL

Richtungen / Allein dieser Mensch / kann uns den richtigen Weg zeigen / zum ersten Mal waren sich alle einig / nur über die Richtung / gab es erbitterten Streit / wie immer bis zum Ende.

Dieses kurze Gedicht schrieb Karl-Friedrich Reinhardt, einst SPD-Geschäftsführer im Süden Bayerns, jetzt in Potsdam lebender Autor von Lyrik, Kurzgeschichten und Theatermonologen. Ein kleiner literarischer Beitrag aus dem November 2017 zum Nachdenken darüber, was letztes Jahr eigentlich schiefgelaufen ist, als sich vorübergehend so viele Hoffnungen an Martin Schulz festmachten, die SPD allerdings keine überzeugende politische Linie entwickelte. Man kann die Zeilen auch als Appell lesen, nicht nur einfach die ehemaligen Hoffnungsträger, die Gescheiterten und Gestürzten, immer für alles verantwortlich zu machen – und damit Erneuerung zu reduzieren auf Fragen personeller Neuaufstellung.

Darin bestand im Winter 2017/18 doch der eigentliche Konsens des positiven Mitgliedervotums: Ein einfaches Weiterso würde den Niedergang nicht aufhalten, GroKo nur bei Herausstellung der sozialdemokratischen Eigenständigkeit und einer selbstbewussten Selbstdarstellung als Gegenentwurf zur ewigen Kanzlerin. Vor allem gehe es darum, durch die GroKo notwendige Zeit zu gewinnen zur Erneuerung der SPD.

Die Fortsetzung des ewigen Richtungsstreits (s. o.) oder des Wegduckens bei Themen der Zeit haben der SPD nicht geholfen. Eine Regierungspolitik braucht klare Leitlinien und muss in eine Erzählung eingebet-

tet sein, um zu überzeugen, wie richtig und erfolgreich einzelne Gesetzesvorhaben auch immer sein mögen. Wie meinte der Schriftsteller Navid Kermani bereits vor dem Bundestagswahlkampf so richtig: «Aber wenn Politik allein aus der Gegenwart heraus gemacht wird, wenn sie ohne die Vorstellung auskommt, wie man in zwanzig, in fünfzig Jahren leben will, wenn sie nicht vom Willen beseelt ist, den eigenen Kindern und Enkeln eine bessere Welt zu hinterlassen, dann wird sie richtungslos. Politik braucht die großen Vorhaben, die Visionen und Ziele, die nicht realistisch sein mögen, aber eine Perspektive aufzeigen.» (Dankesrede zur Verleihung des Marion-Dönhoff-Preises, Hamburg, 4. 12. 2016).

Im Narrativ muss die schonungslose Analyse der kapitalistischen Spätmoderne einhergehen mit der Rückbesinnung auf sozialdemokratische Werte, Ziele und Traditionen. Eine Politik, die das Spannungsverhältnis zwischen Alltagshandeln, Herkunft und Fernzielpathos wegzuwischen versucht, macht sich klein. Es braucht weitreichendere sozialdemokratische Reformprojekte, um den Menschen Ängste zu nehmen und Zukunft zurückzugewinnen. Eigentlich hat die sozialdemokratische Grundhaltung, den Destruktionskräften des reinen Kapitalismus die politische Logik des Einhegens, Regulierens und Gestaltens, des Sozialen und Demokratischen entgegenzusetzen, neue Relevanz gewonnen. Es gilt sie glaubhaft zu verkörpern. Dass im Kleinen immer das Große sichtbar werden sollte, war ein Spruch der neuen Parteivorsitzenden, der die Richtung vorgeben könnte.

Die Bildung der Bundesregierung nach dem Scheitern von «Jamaika» hat nicht gleich dazu geführt, dass die 20,5-Prozent-SPD wieder wie im Jahr zuvor nach

der Nominierung von Martin Schulz Richtung 30 Prozent gestiegen ist, sondern sie geriet in der Sonntagsfrage noch darunter, bis hinab auf 16 Prozent. Dies ist kein gutes Omen. Oder zeigt zumindest, dass die Erholung der SPD einen längeren Atem braucht als die paar Wochen, in denen Andrea Nahles und Olaf Scholz im Amt sind.

Wir haben auf der Zielgeraden den Titel des Heftes «verschärft». Der Schwerpunkt heißt jetzt: «Totgesagte leben länger. SPD in der *Existenzkrise*».

Denn für manche unserer Autoren ist es keineswegs mehr sicher, dass die deutsche Sozialdemokratie eine wichtige politische Kraft bleibt. Mittlerweile steht *so ziemlich alles* auf dem Spiel, auch eine großartige, über 150-jährige Geschichte schützt nicht vor historischem Untergang.

Der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter brachte diese Horrorvision zu Jahresbeginn auf den Punkt: «Die Sozialdemokratie wird eine von mehreren Parteien irgendwo in der weit gestreuten Mitte der Republik sein, nunmehr ohne das Ethos und die historische Aura von ehemals, aber eine Interessenpartei gemäßigt sozial, moderat kosmopolitisch, gebremst ökologisch, behutsam partizipatorisch eingestellter Bürger. Über eine singuläre Position in der politischen Landschaft verfügt sie damit sicher nicht. Eine besondere historische Mission kann sie nicht mehr reklamieren». (FAZ 2.1.2018, S.6)

Sollte das wirklich alles gewesen sein? Wie ist der Abstieg hin zu solch einer relativ beliebigen sozialen/sozialliberalen Funktionspartei, etwa auf das Niveau der anderen «mittelkleinen» Parteien, aufzuhalten? Das berühmte Zitat von Willy Brandt könnte man auch neu, als eine Art letzte Warnung, sich gegen die drohende Verzweigung zu

stemmen, lesen: «Nichts kommt von selber. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.»

Derzeit befinden sich aktuelle soziologische Betrachtungen in einem eigenartigen Dilemma.

Einerseits – obwohl das europäische Bild facettenreich bleibt: in Schweden, Portugal, jetzt auch wieder in Spanien, regieren Sozialdemokraten, in England und Österreich sind sie eine starke Opposition – gelingt ihnen der *empirische* Nachweis, dass der langfristige objektive Strukturwandel in der individualisierten Sozial- und Wertestruktur der Spätmoderne quasi zwangsläufig zum Niedergang des Sozialdemokratischen führe. Mit analytischen Stichworten wie: kulturalisierte Klassenfragen, «die Gesellschaft der Singularitäten» (Andreas Reckwitz), Polarisierung der Lebensstile und neue Konfliktlinien, digitale Revolution, Rückzug des Staates zum innovationsorientierten Wettbewerbsstaat, Krise der Volksparteien usw.

Andererseits wird *normativ* beklagt, dass die Krise der Sozialdemokratie zum Niedergang berechenbarer, vernünftiger, humaner, demokratischer, sozialer, ökologischer und friedlicher Politik führt. Weltweit wandeln sich Gesellschaften regressiv und «konterrevolutionär», ohne starke Sozialdemokratien gewinnen Populismus und Nationalismus, nicht nur Länder wie Italien oder Polen belegen dies. Damit fällt, wie besonders die Trump-USA zeigen, das Politische nicht nur zur Lösung der drängenden Weltprobleme aus, sondern die Politik des Cäsarismus und der «illiberalen Demokratie» (Viktor Orbán) produziert selbst neue dramatische Fortschrittsgefahren.

Das bedeutet einerseits, dass radikale Kritik, gerade in einer politisch-wissenschaftlichen Zeitschrift wie dieser, notwendig ist, denn «alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit» (Ferdinand Lassalle). Doch darf man andererseits auch nicht in der (kritischen) Kritik steckenbleiben, sondern es gilt, die sozialdemokratische Erzählung, manchem soziologischen Großtrend und antipolitischen Zeitgeist zum Trotz, offensiv weiterzuentwickeln und mit *überzeugenden* Reformprojekten zu unterfüttern. «Will die Sozialdemokratie nicht noch mehr Menschen an die Rechtspopulisten verlieren, wird sie wieder Hoffnungen auf eine bessere Welt erzeugen müssen, auch für jene, die ehemals zu ihren Stammwählern zählten» (Dirk Jörke / Oliver Nachtwey in Leviathan 32/2017, S.182). Die Vorstellung jedenfalls, ohne eine starke SPD könnten andere linke Kräfte oder gar eine linke Sammlungsbewegung mehrheitsfähig werden, scheint uns illusionär.

Ausgehend davon, dass kein Weg an der Kapitalismuskritik von Karl Marx (jedenfalls solange, wie auch immer gewandelt, Kapi-

talismus existiert) vorbeiführt, enthalten diese *perspektivends* vor allem – zugegebenermaßen manchmal frech zugespitzte – Krisenanalysen der SPD und Vorschläge zu grundlegenden Erneuerungsperspektiven für die Sozialdemokratie. Ungeduld ist dabei eine Tugend gerade der Jüngeren, dennoch wird das *Comeback* der SPD mit neuer solidarischen Profilierung sicher seine Zeit brauchen (und wer dies von vorne herein als zum Scheitern verurteilt erklärt, wirkt kaum hilfreich).

Mit unserem Heft werden sich nicht gleich alle Trends umkehren, doch können unsere Beiträge auch da, wo Widerspruch vorprogrammiert ist, helfen den Horizont zu öffnen. Was besonders für den, diesmal wieder von Hendrik Küpper verantworteten, Teil der *jungen perspektiven* dieses Heftes gilt.

Im letzten Heft der *perspektivends* waren die «l's» und «p's» beim Vornamen von Philipp Kufferath etwas durcheinandergeraten, wir bitten das zu entschuldigen.

Für die Redaktion
Kira Ludwig, Klaus-Jürgen Scherer

AKTUELL

Andrea Nahles

Denken und Handeln für den Menschen Rede zum 200. Geburtstag von Karl Marx¹

Karl Marx ist einer der ganz Großen unserer jüngeren Geschichte. Völlig zu Recht feiern wir daher auch seinen 200. Geburtstag in festlichem Rahmen. Mein Dank gilt allen, die an diesen Feierlichkeiten mitwirken. Er gilt aber auch all denen, die uns das Werk von Karl Marx immer wieder von neuem zugänglich machen und es weiterentwickeln.

Wenn wir die Neuerscheinungen auf den Büchertischen sehen, Jürgen Neffe ist ja nur eine davon, wird schnell klar: Marx ist «in», und das ist auch gut so, denn sein Werk ist aktueller denn je, und die Versuche, es in die eine oder andere Richtung weiterzuentwickeln, sind häufig gewinnbringend und erkenntnisreich.

Fast 30 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges können wir über Marx reden ohne direkt einen Stempel aufgedrückt zu bekommen. Wir schauen auf seine Persönlichkeit in Gänze, auf den außerordentlich facet-

tenreichen, auch widersprüchlichen Denker, Publizisten, Wissenschaftler und Politiker Marx. In den verschiedenen Kontexten schrieb Marx vierzig Jahre lang ganz unterschiedliche, oft zeitverhaftete Texte.

Nicht immer waren seine Aussagen so klar verständlich wie die schönen Verse aus dem Gedicht *Empfindungen*, das wir von den «Grenzgängern» vorgetragen bekamen, in denen es heißt:

Darum lasst uns alles wagen, Nimmer rasten,
nimmer ruhn; Nur nicht dumpf so gar nichts
sagen, Und so gar nichts wolln und tun.

Das war ein Geist, der hat mich angesprochen. Eine gute Übersetzung meiner Grundhaltung als Juso-Vorsitzende. Ein Appell, den die Sozialdemokraten wie ich meine bis heute wirklich verinnerlicht haben. Das «so gar nichts wollen» ist mir ganz fremd und das teile ich sicherlich mit vielen.

Schwieriger war es mit Schlüsselbegriffen wie *Klasse, Staat, sozialistische Produktionsweise, freie Assoziation der Produzenten, Revolution oder Entfremdung*. Gene-

¹ Rede der SPD-Parteivorsitzenden anlässlich der Festveranstaltung «200 Jahre Karl Marx» des SPD-Parteivorstands am 5. Mai 2018 in Trier.

rationen von Theoretikern und Politikern der Arbeiterbewegung rangen darum, wie diese Grundbegriffe interpretiert werden sollten.

Nichtsdestotrotz: Seine Analysen und Gedanken haben das 20. Jahrhundert wie keine anderen beeinflusst, in Europa und weltweit. Sie haben die Sozialdemokratie inspiriert und uns die Augen geöffnet für einen realistischen Blick auf das Wesen des Kapitalismus.

Karl Marx hat die Sozialdemokratie geprägt, die sich nach den Sozialistengesetzen und bis zum Godesberger Programm 1959, in erster Linie als marxistische Partei verstand. Geleitet von der Vorstellung, dass es irgendwann zum Zusammenbruch der alten Ordnung kommt, aus dem dann Neues entsteht. Oder – um es mit August Bebel zu sagen: Geleitet von der Vorstellung vom «großen Kladderadatsch». Die mit Marx begründete Gewissheit einer sozialistischen Zukunftsgesellschaft förderte Orientierung, Fortschrittsglauben, Kampfeswillen und Gemeinschaft. Vielfältig war das Lehrgebäude, das nach dem Tode von Marx von sozialdemokratischen Intellektuellen errichtet wurde.

Karl Kautsky beschäftigte die Frage, wann die Zeit für eine revolutionäre Umwälzung reif sei, und was zu deren Vorbereitung dienlich sei. *Rosa Luxemburg* agierte revolutionär-aktionistisch und fand Kautsky zu zögerlich. *Eduard Bernstein* verfolgte einen reformistischen Ansatz, der unserem heutigen Politikverständnis schon sehr nahekam.

Natürlich spürten die marxistischen Sozialdemokraten schon früh, dass da eine programmatische Kluft entstand, die schwierig zu schließen war: Auf der einen Seite die große revolutionäre Transformationsperspektive, auf der anderen Seite die auf die

Verbesserung der Lebensverhältnisse ausgerichtete konkrete schrittweise Reformpraxis, den «mühsamen Schneckengang», wie das einst Grass nannte. Diese Kluft machten dann auch die Auseinandersetzungen in der SPD aus.

Das waren spannende Debatten. Sie waren geprägt von Zielen und den richtigen Wegen dahin. Auch wir sollten große Leidenschaft entwickeln, wohin wir unsere Gesellschaft führen wollen.

Für die SPD war allzeit unstrittig: Nur auf der Basis von *Demokratie* lässt sich eine gesellschaftliche Ordnung erringen, die jedem Menschen die gleiche Chance gibt, sein Leben in Würde frei zu gestalten. Diese demokratische Lesart hat in den Schriften und Praxis von Marx und Engels ein solides Fundament.

Unser demokratischer Marx

Karl Marx wusste um die Notwendigkeit einer demokratischen Politik der schrittweisen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Menschen. Der Kommunismus hat dieses Bild über viele Jahrzehnte komplett verdunkelt. Er konnte dabei zwar an mancher zwiespältigen oder zeitverhafteten Formulierung anknüpfen, doch die Intention des Werkes von Marx steht dem Leninismus zutiefst entgegen. Er führt – so hat es Rosa Luxemburg hellsichtig beschrieben – im Namen der Diktatur des Proletariats zur «Parteidiktatur über das Proletariat».

Umso dümmere erscheinen daher heute manche Kommentare, die Karl Marx für die Verbrechen, die im Namen des Kommunismus begangen wurden, verantwortlich machen wollen. Der sozialdemokratisch ausgelegte Marxismus im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert

war in Wahrheit die große Gegenerzählung zur nationalistischen, völkischen, kolonialen und imperialen Erzählung der damaligen Zeit.

Ausgehend vom unverrückbaren Bekenntnis zur Demokratie setzte sich in der Praxis der SPD früh die Reformorientierung durch: eben nicht das Abwarten auf einen irgendwann und irgendwie über uns kommenden Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern die aktive politische, schrittweise Einhegung, Begrenzung und Regulierung des kapitalistischen Gewinnstrebens durch die Logik des Sozialen und Demokratischen.

Auch Marx selbst setzte, gerade im Alter, darauf, dass das blinde Spiel des kapitalistischen Profitprinzips immer mehr durch das sozialistische Prinzip der demokratischen Politik für die Interessen der arbeitenden Mehrheit zurückgedrängt wird. Er forderte die gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages, die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Bildungspflicht für Arbeiterkinder, den Ausbau des Genossenschaftswesens. Ganz konkrete Punkte, die Karl Marx eingefordert hat.

«Revolutionär» meint in diesem Sinne nicht mehr Umsturz, Gewalt und Barrikadenaufstand, sondern die grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft durch dafür geeignete Reformschritte. Diese Lesart der marxistischen Strategie wurde zum Ausgangspunkt der theoretischen und programmatischen Entwicklung der Sozialdemokratie. Sie wurde zu einer von den Prinzipien der Sozialen Demokratie geleiteten selbstbewussten Reformpartei. Bestärkt durch die Erfahrung, dass die Verengung auf Sozialisierung, Planwirtschaft und Systembruch alles andere als zielführend war.

Heute ist die SPD natürlich längst keine marxistische Weltanschauungspartei mehr, doch in ihrem Begründungspluralismus

gehören auf Marx zurückgehende Betrachtungen und Orientierungen nach wie vor zu uns. Von «marxistischer Gesellschaftsanalyse» spricht deshalb das geltende Hamburger Grundsatzprogramm. Mancher Wissenschaftler schärft durch den aufs Neue gelesenen Marx seinen kritischen Blick auf die neuen Verhältnisse. Es ist noch gar nicht so lange her, dass «Das Kapital im 21. Jahrhundert» zu einem Bestseller wurde. Thomas Piketty zeigte empirisch, wie weltweit Ungleichheit zunimmt, wo der Kapitalgewinn die Wachstumsrate übertrifft.

Marx im digitalen Kapitalismus

Marx ist wieder interessant, wo Sozialstaat, sozialer Aufstieg, Mittelstandsgesellschaft, der Wert der Arbeit nicht mehr selbstverständlich sind. Die Marxsche Dialektik des aufs Neue enthemmten Kapitalismus wirkt: Er entfaltet einerseits ungeheuren technologisch-ökonomischen Fortschritt, den Wohlstand der Moderne. Er unterwirft andererseits die Menschen diesen Verhältnissen, bringt Krisen, Kontrollverlust, Entfremdung, Ausbeutung, Ungleichheit, Machtkonzentration, Naturzerstörung hervor. Marx analysierte die Profitmaximierung als strukturell verankert, durch Deregulierung und Neoliberalismus gerät diese innere Dynamik des Kapitalismus wieder in den Blick.

Seit der Finanzkrise 2008 haben Analysen wieder mit dem zu tun, was bei Marx «fiktives Kapital» hieß. Das hat damals viele in die Knie gezwungen und die Nachwirkungen spüren wir noch heute. Und Marx' Begriff des «Weltmarktes» bietet Hinweise auf das, was wir heute als Globalisierung erfahren.

Ja, es lohnt sich heute, den digitalen Kapitalismus und Marx genauer in den

Blick zu nehmen. Denn es gibt eine ganze Reihe von ähnlichen Entwicklungen zwischen der sogenannten ersten industriellen Revolution, die Marx so sehr beschäftigt hat, und der vierten industriellen Revolution, die uns heute beschäftigt.

Am Anfang der ersten industriellen Revolution stand eine völlig unregulierte, unkoordinierte, manchmal sprunghafte und widersprüchliche Entwicklung: der Frühkapitalismus. Durch eine Kombination aus sozialen, technologischen und ökonomischen Entwicklungen ist diese – wie Marx es nannte – neue Produktionsweise entstanden.

In Wahrheit sind wir aber mitten in diesem Prozess. Als sich diese Produktionsweise durchsetzte, standen auf der einen Seite Goldgräberstimmung, geniale Ideen und exorbitante Gewinne, riesige neue Monopole, eine krasse wirtschaftliche Machtkonzentration und auf der anderen Seite Verelendung, Unsicherheit und entwürdigende Abhängigkeiten. Erst als die Arbeiterinnen und Arbeiter angefangen haben sich zu organisieren und zusammenzuschließen, konnte diese Ausbeutung «des Menschen durch die Menschen» (Marx) überwunden werden.

Die Abschaffung von Kinderarbeit, der Acht-Stunden-Tag, Mitbestimmung in den Unternehmen und Betrieben, Kündigungsschutz – das alles und vieles mehr hat die Arbeiterbewegung erreicht. Und dabei war sie inspiriert und vor allem auch motiviert von Marx.

Die SPD war dabei – so hat Sascha Lobo das formuliert – die «Technologiebewältigungspartei», die dazu beigetragen hat, dass aus technologischem Fortschritt auch gesellschaftlicher Fortschritt geworden ist.

Heute – und das ist mein Appell – ist das aktueller denn je. Heute erleben wir etwas

Ähnliches. Wir sind Zeugen der Digitalisierung und damit auch der Entstehung einer neuen Produktionsweise, oder eines neuen, nämlich des digitalen Kapitalismus. Wir stehen am Anfang dieser Entwicklung. Und es ist eine beeindruckende Entwicklung. Die Digitalisierung durchdringt all unsere Arbeits- und Lebensbereiche. Sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse revolutionieren sich – könnte man in Anlehnung an Marx formulieren.

Und ganz ähnlich wie zu Beginn der Industrialisierung gibt es sagenhaften Reichtum, beeindruckende, zum Teil weltumspannende Monopole – Google, Amazon, Facebook, Apple – und eine erhebliche Machtkonzentration.

Und auf der anderen Seite erleben wir neue soziale Verwerfungen und unwürdige Formen der Ausbeutung. Die Janusköpfigkeit des Kapitalismus, die Marx so treffend beschrieben hat, wird wieder deutlich – und damit eine neue Gestaltungsaufgabe für die Sozialdemokratie.

Auf dem Wiesbadener Parteitag habe ich dargelegt, warum das Prinzip der Solidarität für uns Sozialdemokraten handlungsleitend sein sollte, wenn es darum geht, neue Regeln für den digitalen Kapitalismus durchzusetzen – und damit den technischen Fortschritt in den Dienst der Menschen zu stellen.

Warum brauchen wir ein neues Leitbild einer solidarischen Marktwirtschaft?

Die Regeln der Sozialen Marktwirtschaft der Nachkriegszeit basierten auf der Annahme von ungebremstem Wachstum und Wohlstandsgewinn.

Mit den Regeln der sozialen Marktwirtschaft haben wir dafür gesorgt, dass der

Wohlstandsgewinn auch allen zu Gute kam, dass die großen Lebensrisiken abgesichert waren, und dass Aufstieg durch Bildung unabhängig von Geschlecht, Klasse oder Herkunft möglich war.

Dieses Modell ist schon seit Ende der 1970er-Jahre in der Krise. Der sogenannte Fahrstuhleffekt des westlichen Nachkriegskapitalismus hat sich gewandelt. Jetzt fahren die ohnehin Wohlhabenden und Spitzenverdiener ganz nach oben, während für die Mehrheit der Arbeitnehmer der Blick nicht mehr nach oben, sondern nach unten geht. *Statuserhalt*, nicht mehr *Statusverbesserung*, ist für viele das Thema. Und das hat weitreichende Folgen, leider auch für die politische Landschaft in unserem Land.

Jetzt kommt ein neues Krisenmuster hinzu: Das Wesensmerkmal der digitalen und vernetzten Welt ist, dass Risiken und Krisen unerwarteter eintreten und es auch noch unklar ist, wen sie treffen. Die Welt wird dadurch diffus; die Menschen empfinden eine diffuse Unsicherheit. Heute haben wir Wachstum und Unsicherheit gleichzeitig.

Qualifikationsverlust ist eine ebenso große Bedrohung wie Arbeitsplatzverlust, die Digitalisierung krepelt ganze Märkte um, und wer gestern noch dachte er hätte bei Nokia einen sicheren Arbeitsplatz, schaut schon morgen auf ein Iphone.

Disruption nennen das – und das auch noch ganz euphorisch – die libertären Vordenker aus dem Silicon Valley. Der Glaube, dass es immer besser wird, ist aus unserer Welt verschwunden. Es ist möglich, dass sich das wieder ändert. Wenn es uns gelingt, die Regeln für den digitalen Kapitalismus so zu gestalten, dass der faszinierende technische Fortschritt auch tatsächlich den Menschen zu Gute kommt: zum Beispiel in Form von besserer medizinischer Versorgung,

dem Wegfall gesundheitsschädlicher Arbeiten oder mehr Ressourcen für den Dienst Mensch am Mensch. Mit Mechanismen, die alle an den Gewinnen dieser Wirtschaft teilhaben lassen. Dann wäre das sehr gut. Solidarische Wirtschaftsordnung heißt, dass wir mit Regeln und Rechten diejenigen schützen, die Werte schaffen. Und nicht diejenigen, die die Werte der anderen abschöpfen und verwerten, noch begünstigen. Denn das ist das, was wir gerade machen.

Da der Wandel jeden treffen kann, bis weit in die gut qualifizierte Mittelschicht hinein, den hart arbeitenden Handwerksmeister, den Familienunternehmer und die gut qualifizierte Facharbeiterin, ist der Gedanke einer solidarischen Gemeinschaft stark. Solidarische Marktwirtschaft heißt, anderen Sicherheiten und Unterstützung zu geben, auch wenn man aktuell selbst betroffen ist. Dieses Versprechen des füreinander Einstehens kann nur die Gemeinschaft geben. Es ist die stärkste Antwort, die wir auf die Umbrüche unserer Zeit geben können. Stärker als Nationalismus und Rassismus.

Wer verspricht, die Welt überschaubarer zu machen, indem er auf nationale und autoritäre Lösungen setzt, verhindert nur den echten gesellschaftlichen Fortschritt, schafft aber keine Sicherheiten, sondern das Gegenteil. Marx hat sich ja immer wieder mit der Bedeutung der Arbeit befasst. Und zwar nicht nur damit, welche Rolle Arbeit und der damit produzierte Mehrwert für ein ökonomisches System einnehmen, sondern auch damit, welche Bedeutung die Arbeit für jeden einzelnen hat, als sinn- und identitätsstiftende Tätigkeit.

Genau um diese Fragen geht es heute wieder, wenn wir über Arbeit 4.0 reden. Die SPD hat schon viele Vorschläge gemacht,

zum Beispiel, dass wenn es zu diesen Veränderungen kommt, ein Recht auf Weiterbildung besteht, ohne dass man finanziell dann völlig abstürzt. So simpel das Versprechen, so weit sind wir davon weg. Oder Arbeitszeitgestaltung, die nicht immer nur aus Perspektive der Arbeitgeber zu Arbeitsverdichtung führt, sondern selbstbestimmte Arbeit ist, ortsungebundener, freier, das kann auch als emanzipatives Versprechen gelten. Ich möchte an dieser Stelle auch ein Thema aufgreifen, das hier heute schon erwähnt wurde. Es stellen sich auch ganz neue Fragen.

Neuer Datenkapitalismus ist eine wirklich neue Frage

Die wichtigsten Produktionsmittel sind nicht mehr nur Maschinen und Fabriken, sondern Daten. Daten sind der Rohstoff der vermutlich wichtigsten Querschnittstechnologie unserer Zeit, der künstlichen Intelligenz. Ohne Daten kann kein Algorithmus lernen. Ohne Daten keine Suchmaschine, kein werbefinanziertes soziales Netzwerk, keine boomende App-Industrie, keine Industrie 4.0, kein autonomes Fahren. Wer die Daten besitzt, hat Macht.

Zugleich hat der Datenkapitalismus eine Tendenz zum Monopol. Plattformen wie Google, Facebook oder Amazon sind für alle attraktiver, wenn sie viele Kunden haben. Der «Netzwerkeffekt» wie Ökonomen das nennen. Dieser Effekt ist nicht nur unter Wettbewerbsgesichtspunkten problematisch. Es geht auch darum, ob diese Unternehmen in Zukunft Macht über uns ausüben und unser Verhalten bestimmen.

Hier brauchen wir Antworten wie wir die Produktivkraft der Digitalisierung für eine moderne solidarische Marktwirtschaft nut-

zen können. Und da habe ich ein, zwei mitgebracht:

Wie wäre es zum Beispiel, wenn die großen Plattformen ab einer bestimmten Größe ihre Daten – selbstverständlich anonymisiert – mit ihren Wettbewerben teilen müssen. Daten würden so zum Gemeinschaftsgut für die Wirtschaft und es gäbe einen echten Wettbewerb. Über diese Frage müssen wir nachdenken: Wem gehören die Daten und wer kann mit den Daten was machen?

Oder dass die alte Idee der Genossenschaften eigentlich wie gemacht für das digitale Zeitalter ist. Die Plattformen und die Daten gehören dann nicht den Monopolisten aus dem Silicon Valley, sondern den beteiligten Unternehmen oder den Bürgern. Sie entscheiden dann über die Spielregeln und die Daten. Warum gehören die Lieferdienste nicht den Restaurants? Oder warum keine «Facebook-Genossenschaft».

Mit diesen beiden Ansätzen versuche ich jetzt gar keine fertigen Antworten zu geben, aber wir müssen uns über die Dimension der Aufgaben, der Fragen und Antworten und übrigens – das ist ja das Erschreckende – die Notwendigkeit des Kampfes, der dahintersteckt, klarwerden. Denn geschenkt wird einem so etwas ja nicht. Dass man hier die Daten mal eben in Gemeinschaftsgut überführt oder zumindest ihre Verwertung reguliert, ist in jedem Millimeter, auf der europäischen – und ich sehe die Justizministerin Katarina Barley – auf der nationalen Ebene ein riesen Kampf. Und das ist genau das worum es eben geht. Mit jeder dieser Maßnahmen kann es gelingen, den digitalen Kapitalismus ein Stückchen mehr in den Dienst des Menschen zu stellen, ihn gesellschaftlich einzubetten und einzuhegen.

Auch die Frage, welche Chancen und Risiken die künstliche Intelligenz birgt, und

welcher politische Gestaltungsbedarf sich daraus ergibt, gehört ins Zentrum unserer demokratischen Debatte. Es geht also wieder – wie zu Beginn der ersten industriellen Revolution – darum, eine Entwicklung nicht nur hinzunehmen, sondern als menschengemacht zu begreifen und entsprechend auch als von Menschen gestaltbar zu verstehen. Das Werk von Marx liefert dabei entscheidende Fragen und Anstöße, es hilft bei der Analyse des Kapitalismus und seiner Triebfedern.

Die Marxsche Utopie, jene «Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist», die auch hier auf einer der Zitatfahnen abgebildet ist, wird wohl ein Traum bleiben. Aber es ist ein guter Traum.

Und er kann Leitbild sein für die tägliche Reformpraxis und gelebte Solidarität, die wir in diesem Land dringend brauchen und die unseren Erneuerungsprozess hoffentlich geistig beflügelt.

SCHWERPUNKT: TOTGESAGTE LEBEN LÄNGER. SPD IN DER EXISTENZKRISE

Dietmar Süß

«Krise» als Lebenselixier

Eine kleine Geschichte sozialdemokratischer Sinnsuche

«Historisches Tief», «traumatisierte Partei», «schlechteste Wahlergebnisse ihrer Geschichte»: Die SPD begleiten solche Rufe nicht erst seit dem jüngsten Führungsstreit. Inzwischen ist ein eigener Markt für sozialdemokratische Apokalyptiker entstanden, die den nahen Untergang prognostizieren und sich an der demoskopischen Endzeitstimmung ergötzen, die seit Wochen suggeriert: Nur einen Schritt weiter, und die Sozialdemokratie ist ganz verschwunden. Als regierte die SPD nicht in zahlreichen Bundesländern, als gäbe es die Vielzahl an Oberbürgermeistern und kommunalen Mandatsträgern nicht mehr.

Tatsächlich kennt die Geschichte der Sozialdemokratie viele Krisen: personelle Querelen, innere und äußere Zäsuren, Spaltungen und immer wieder den Streit um Regierungsbeteiligungen. Auch das Argument, Sozialdemokraten müssten aus »staatspolitischer Verantwortung« mitregieren, ist nicht neu. Im Wort «Krise» schwingt dabei viel Unausgesprochenes mit; «Krise» ist ein Begriff, der, wie Reinhard Koselleck

argumentiert hat, auf die beschleunigten Erfahrungsrhythmen moderner Gesellschaften verweist. Im öffentlichen Sprechen über die «Krise der Sozialdemokratie» spürt man die Erwartung, dass nun die letzte Entscheidung gekommen sei, der Moment, an dem die Alternativen nur das Ende der Geschichte oder eine glorreiche Zukunft sein könnten. Solche säkularen Endzeitvisionen sind gleichsam ein Epochenkennzeichen moderner Gesellschaften auf ihrer Suche nach sich selbst. Der historische Vergleich mit «früheren Zeiten» spielt dabei für die Sozialdemokratie eine ganz besondere Rolle; Geschichte ist gewissermaßen ein sozialdemokratischer Jungbrunnen, der die Sorgen der Gegenwart angesichts der Verfolgungserfahrung im Kaiserreich und der NS-Zeit rasch verblassen lässt und Anlass für jene Hoffnung bietet, die die Gegenwart so nicht erfüllt. Mehr als alle anderen Parteien lebt die Sozialdemokratie aus ihrer Vergangenheit, eine moralische Ressource, die für ihre Mitglieder mit guten Gründen einen utopischen Überschuss schafft und

viele motiviert, trotz mancher Mühsal ihre Zeit an Infoständen und in Gremien zu verbringen.

Seit sich die SPD im späten 19. Jahrhundert aus dem obrigkeitstaatlichen Zugriff befreit hatte und ihr Aufstieg zur Massenpartei durch das Bismarcksche »Sozialistengesetz« (1878–1890) nicht mehr zu verhindern war, rang sie mit der Frage: Regierung oder Opposition? Die Jahre der Verfolgung und das Gefühl, allenfalls an den Katzentischen des Reiches geduldet zu sein, saßen tief in den Köpfen. Konservative und bürgerliche Kräfte machten sich das gern zunutze und zauberten die »staatspolitische Verantwortung« immer dann aus dem Hut, wenn es galt, die Sozialdemokraten bei der Ehre zu packen und sie in unangenehme Entscheidungen einzubinden. Die Erleichterung am Wahlabend 1917, endlich in die Opposition gehen zu dürfen, und die beängstigende taktische Defensive nach dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen waren Aufführungen eines Dramas, das man in der SPD-Geschichte schon häufiger mitansehen konnte.

Zum ersten Mal im Konflikt um die Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914: Viele sozialistische Parteien Europas befanden sich am Vorabend des Krieges auf dem Weg in den nationalistischen Taumel, und anfangs hatte die sozialdemokratische Parteiführung noch scharf vor der teutonischen Kriegstreiberei auf dem Rücken des Proletariats gewarnt. Doch mit den Wochen der militärischen Hochspannung schwand die Distanz und stieg die Bereitschaft, geschickt geschürt durch die Propaganda einer »zaristischen Bedrohung« im Osten, sich einbinden zu lassen. Opfer der russischen Reaktion wollten die Sozialdemokraten nicht werden – und sich auch nicht

weiter als »Vaterlandslose Gesellen« denunzieren lassen. Die Gewerkschaften passten sich früh einer Politik des »Burgfriedens« an, und innerhalb der Reichstagsfraktion war es anfangs nur wenige, die sich wie Karl Liebknecht gegen die Kriegspolitik des Kaiserreiches stellten. Infolge der sinnlosen Schlachten im Westen und Osten allerdings stieg die Zahl derer, die sich offen gegen die Strategie des »Burgfriedens« aussprachen. Bis Dezember 1915 stieg die Zahl der Abgeordneten, die gemeinsam mit Liebknecht gegen Kriegskredite waren, auf 44 – fast die Hälfte der Fraktionsmitglieder. Außerhalb der Fraktion war es Rosa Luxemburg, die, zwischendurch inhaftiert, gegen die Politik ihrer SPD wetterte und wohl die erste wichtige Schrift über eine »Krise der Sozialdemokratie« verfasste – ihre »Junius-Broschüre«, noch in der Haft verfasst und 1916 veröffentlicht, in der sie heftig gegen den »imperialistischen Angriffskrieg« und die sozialdemokratischen Verblendungen agitierte. Der Rauswurf der Kriegsgegner aus der SPD-Fraktion im März 1916 und die Gründung der USPD knapp ein Jahr später bedeutete in der Tat eine tiefe Zäsur, zumal sich in der neuen Partei keineswegs nur die ehemalige Parteilinke wieder fand, sondern auch weniger revolutionäre Intellektuelle wie Eduard Bernstein. Von diesem, auch programmatischen Aderlass, erholte sich die Sozialdemokratie nur langsam – und das Verhältnis der verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung kreiste, ob ausgesprochen oder nicht, immer wieder um diese Erfahrung der Kriegsjahre.

Mit der SPD, der USPD und der Kommunistischen Partei Deutschlands konkurrierten nun drei Parteien um die Hegemonie innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die Weimarer Republik erlebte eine zunehmende milieuspezifische Spaltung.

Das Gefühl, halb Regierungs- und halb Oppositionspartei zu sein, gehörte zu den prägenden Erfahrungen in der Weimarer Republik. Nach ihrem großen Erfolg bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919, als die SPD 37,9 Prozent der Stimmen erreichte und die mit Abstand stärkste Partei wurde, war der Absturz bei der Reichstagswahl nur ein Jahr später besonders bitter. 21,7 Prozent bedeuteten einen massiven Einbruch. Gewinnerin war die USPD, die auf 17,9 Prozent kam – anders als heute, wo nicht wenige ehemalige SPD-Wähler auch nach rechts abgewandert sind.

Eine neuerliche Regierungsbeteiligung komme nach diesem Debakel nicht infrage. Auf vollständige Konfrontation konnte die Partei allerdings auch nicht gehen. Dafür war diese Republik zu sehr ihre eigene, mit Friedrich Ebert als Reichspräsident. Ebert ernannte in dieser schwierigen Situation den 68-jährigen Zentrumsolitiker Constantin Fehrenbach zum Kanzler. Dessen Regierung wurde von der SPD toleriert und parlamentarisch unterstützt. Erfahrungen mit einer Minderheitsregierung haben die Sozialdemokraten also bereits. Vieles daran war schwierig, aber es bedeutete nicht das Ende der Geschichte.

Eine der Strategien nach 1920 war es, die USPD wieder einzubinden – was zum Teil gelang. Etliche ihrer Mitglieder aber schlossen sich der neu gegründeten KPD an. So focht die Linke ihre Kämpfe auch weiterhin mit bitterer Härte aus und verlor zuweilen den eigentlichen Gegner, die radikale Rechte und schließlich den Nationalsozialismus, aus dem Blick.

Mit Beginn der nationalsozialistischen Diktatur gerieten dann Kommunisten wie Sozialdemokraten ins Fadenkreuz politischer Verfolgung. Der Begriff der »Krise«

trifft die Erfahrungen vieler Parteiangehöriger hier nur unzureichend. Denn ob es noch einmal eine Morgenröte für sie geben würde, war angesichts der nationalsozialistischen Gewalt völlig ungewiss.

Viele Sozialdemokraten überlebten den Krieg nur mit Glück, wie Kurt Schumacher, der erste Parteivorsitzende nach dem Krieg, der jahrelang in Konzentrationslagern inhaftiert war. Andere, wie Willy Brandt, retteten sich ins skandinavische und angelsächsische Exil. Gerade diejenigen, die in London oder Oslo ausharrten, lernten dort Arbeiterparteien kennen, die deutlich pragmatischer waren als die deutschen. Das half ihnen, manche der eigenen radikalen Visionen abzuschleifen, woraus sich eine neue Form sozialdemokratischer Krisenbewältigung ergab: der Versuch programmatischer Erneuerung, die soziale und kulturelle Öffnung der Partei, das Gespräch mit Gruppen, zu denen man bisher dahin Distanz gehalten hatte, zum Beispiel mit den Kirchen.

Das Godesberger Programm der SPD von 1959, die Annäherung von demokratischem Sozialismus und sozialer Marktwirtschaft, war das Ergebnis dieses schmerzhaften, durch die Jahre der Verfolgung und des Exils beschleunigten Lernprozesses. Begleitet wurde er von bitteren Wahlniederlagen 1953 und 1957. Und Godesberg war keineswegs das Ende der Entwicklung. Der Erneuerungsprozess setzte sich während der großen Koalition der Jahre 1966 bis 1969 fort.

Wie keine andere gesellschaftliche Institution suchte die SPD dazu das Gespräch mit der protestierenden Jugend. Zu Zehntausenden kamen die jungen Leute in die Ortsvereine und Unterbezirke: der Beginn eines Marschs durch die Institutionen, der sowohl die Marschierer als auch die Institutionen veränderte. Dass sich Parteifüh-

rungen mit ihrem Nachwuchs streiten, ist dabei eher die Regel als die Ausnahme. Ungewöhnlich ist dagegen, dass der jungsozialistische Parteinachwuchs solch medialen Rückenwind erfährt wie derzeit. Eine solche Aufmerksamkeit dürften die Jusos jedenfalls seit den wilden 1970er-Jahren nicht mehr erhalten haben. Die Diagnose der «Krise» gehört dabei zum festen Begriffsarsenal der Beziehungsgeschichte zwischen Parteinachwuchs und Altvorde- ren, zwischen Jusos und SPD. Damals ging die Kritik deutlich weiter: Sie galt der verkrusteten Mutterpartei, ihrer fehlenden Diskussionskultur und autoritären Führungsstrukturen. Und die «Krise» sahen die jungen Genossinnen und Genossen überall wallten. Die Wirtschaftswunderjahre mochten zwar die materiellen Bedürfnisse befriedigt haben, und doch waren viele überzeugt, dass bloßes Wachstum kein Gradmesser für Zufriedenheit sein könne. Die materielle Sicherheit habe ganz im Gegenteil über die «wirklichen» gesellschaftlichen Probleme hinweggetäuscht: freie und gleiche «Entfaltungsmöglichkeiten» seien nicht vorhanden, eine «gefährliche Machtkonzentration» dominiere Wirtschaft und Medien, die Menschen blieben wirtschaftlich abhängig, überall drohe die Unterdrückung von Minderheiten und die Manipulation von Bedürfnissen, Wünschen und Meinungen. Die «Krise» hatte alle gesellschaftlichen Institutionen erfasst. Ob Schule oder Parlament, Unternehmen, Familie oder Partei: Überall war man weit von einer «gelebten Demokratie» entfernt. Die SPD war in dieser Interpretation Teil dieses Kartells und Stütze des Widerspruchs «zwischen demokratischer Theorie und Praxis.»

Vielorts konnten die Jusos dafür an jene, wenngleich auch schwache links-so-

zialdemokratische Strömung innerhalb der SPD anknüpfen, die bereits, in Person von Peter von Oertzen oder Theo Pirker, ihre Vorbehalte gegenüber dem Parteikurs nach Godesberg artikuliert hatte. Der Geist der Außerparlamentarischen Opposition, der jetzt durch den Verband zu wehen begann, wirkte als Motor eines schon länger bestehenden Unbehagens am Zustand der Partei und radikalisierte sich in der Kritik an der Bildung der Großen Koalition und der Verabschiedung der Notstandsgesetze

Dass die Sozialdemokratie in der Lage war, ein breites Spektrum linker Strömungen nicht nur auszuhalten, sondern ihnen trotz aller Pragmatik im Regierungsalltag eine Heimat zu geben, gehört zu den unterschätzten Leistungen der SPD, vor allem unter ihrem langjährigen Vorsitzenden Willy Brandt.

Von den späten siebziger Jahren an rüttelten dann die Friedens- und die Ökobe- wegung an den Grundfesten des sozialdemokratischen Fortschrittsoptimismus. Mit großer Härte wurde der Streit um den Nato-Doppelbeschluss ausgetragen. Nicht minder heftig verlief die Auseinandersetzung um die Änderung des Grundrechts auf Asyl, der die SPD bei einem leidenschaftlichen Sonderparteitag am 16. November 1992 mehrheitlich zustimmte. Viele gaben daraufhin, wie Günter Grass, ihr Parteibuch zurück: Angesichts brennender Asylbewerberheime konnten sie der SPD ihre Anpassungsbereitschaft gegenüber den Konservativen nicht verzeihen. Auch damals ließen sich Sozialdemokraten durch die Union »in die Pflicht nehmen«, und die Partei war innerlich zerrissen – ähnlich wie später in den Debatten über die Agenda 2010, deren Folgen die Partei noch lange nicht verkraftet hat.

Das ist vielleicht auch der größte Unterschied zu den jüngeren innerparteilichen Konflikten: Früher ging es um Richtungsentscheidungen und darum, wie sich mit dem großen, ewigen Zwiespalt zwischen Opposition und Mitregieren, zwischen Sozialismus und Kapitalismus leben lässt, ohne darüber zu zerbrechen. Heute übertünchen die Frage des Machterhalts und die Politik der »kleinen Erfolge« das programmatische Vakuum der vergangenen Jahre.

Das ist nicht allein ein Problem der SPD. Die heftige konservative Gegenbewegung gegen Merkel in den Unionsparteien zeugt von derselben Sehnsucht nach Eindeutigkeit und politischer Orientierung. Für die SPD jedoch – mit ihrer Geschichte und ihrem historischen Anspruch – wiegt dies besonders schwer. Sie spürt schmerzhaft, wie sehr sie es im Getriebe großkoalitionärer Pragmatik vergessen hat, sich auf die Suche nach einer linken, weltoffenen Alternative für das 21. Jahrhundert zu machen und sich aus der Zwangsjacke der »staatsbürgerlichen Verantwortung« zu befreien. Wo bleibt die Leidenschaft in der Auseinandersetzung mit der neuen und alten Rechten, wo die Suche nach neuen Wegen demokratischer Teilhabe, wo der Versuch, die globalen kapitalistischen Zerstörungskräfte zu bändigen? Der »Zeitgeist« weht schon länger nicht mehr »links«, und noch

ist gar nicht angekommen, wie sehr Teile konservativer Publizistik und Gesprächskreise bereits zu neuen Stichwortgebern öffentlicher Debatten geworden sind und das Meinungsklima prägen.

Die Sozialdemokratie, die politische Linke insgesamt, hechelt hier derzeit hinter. Im Regierungsalltag der Großen Koalition sind die zarten Aufbrüche innerparteilicher Sinnuche schon fast wieder verschwunden. Das programmatische Vakuum, das die Jahre als Juniorpartner in der Regierung Merkel hinterlassen haben, ist womöglich eben doch noch größer, als sich viele eingestehen wollen. Und damit auch die Fähigkeit, in politischen Alternativen zu denken.

Die Debatte über den Eintritt in die Koalition hat angedeutet, wie lebendig, ja optimistisch es zugehend kann innerhalb der Sozialdemokratie, selbst wenn die Wahlergebnisse noch so deprimierend sind. Das ist sicher eine besondere Kunst sozialdemokratischer Gegenwartsbewältigung. Es liegt wohl im Wesen der SPD, eine Partei im Widerspruch mit sich selbst zu sein. Und es liegt an ihren Mitgliedern, diesen Widerspruch produktiv zu machen, statt ihn zerstörerisch werden zu lassen. Früher nannte man das Dialektik.

Der Beitrag erschien in gekürzter Fassung in «DIE ZEIT» vom 8. März 2018.

Hans-Joachim Schabedoth

Was lehrt die zweite große Koalition mit Angela Merkel für die weniger große dritte?

Die erste noch wirklich große Koalition der SPD mit der Merkel-Union hat das Land sicher vorangebracht, allerdings der SPD wenig genutzt. 2005, noch auf Augenhöhe gestartet (35,2% zu 34,2%), fand sich die SPD 2009 - einen Kopf kürzer - mit 23% in der Opposition wieder. Die Merkel habe auf dem Sonnendeck gegläntzt, während die SPD im Maschinenraum schuftete. So eine der gängigen Erklärungsversuche für das damalige Abschiffen um 11,2%. Die vier Folgejahre engagierter Opposition gegen schwarzgelbes Verwalten der Regierungsmacht brachte 2013 nur einen Zuwachs des Wähleranteils um 2,7%. Und die zweite Koalition mit der Merkel-Union geriet wieder zum Desaster. Votierte 2013 immerhin noch ein Viertel der Wählerschaft für die SPD, war es im September 2017 nur noch wenig mehr als ein Fünftel. Kein gutes Omen für eine Fortsetzung.

So hatte es viele Wochen, genau 171 Tage, gedauert, bis der neue Regierungsbildungsprozess für eine dritte große Koalition abgeschlossen war. Fast ein Drittel der SPD-Mitgliedschaft hätte sich lieber in Opposition zu einer Jamaika-Koalition erneuern wollen. Der enttäuschend geringe Zuwachs nach den letzten vier Oppositionsjahren schien im Parteigedächtnis seine Mahnwirkung verloren zu haben. Jahrzehntelanges Opponieren in Länderparlamenten, man denke nur an Bayern, mag vielleicht irgendwie Spaß gemacht haben, doch der SPD hatte es selten einen größeren

Erfolg beschert. Erneuerung in der Opposition? Das wäre keine Herkules-Arbeit, sondern wohl eher eine Sisyphus-Arbeit geworden. Nur noch schwach erinnerte man sich 2017/18 an die Müntefering-Mahnung, Opposition sei Mist, man solle sie den anderen überlassen. Verständlich also, dass die Grünen das engagiert versuchten, während die FDP schließlich doch nicht verdrängen wollte, wieviel Mist sie schon durch frühere Regierungsteilhabe angehäuft hatte. Konsequenterweise ließ sich Christian Lindner dann doch nicht mehr dazu verleiten, neuen Regierungsmist zu produzieren. «Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren», beendete er alle Jamaika-Traumtänzereien. So viel Selbstkritik hatte ihm kaum jemand zugetraut.

Plötzlich war Schluss mit den vehement vom Mainstream-Journalismus herbeigesehnten neuen Abenteuern in der deutschen Politiklandschaft. Übrig blieb letztendlich wieder nur die Brot-und-Mutti-Koalition der beiden biederen Volksparteien. Die SPD hatte ganz offensichtlich nicht eindringlich genug vor dieser möglichen Konsequenz der Wählervorliebe für ein Sechs-Parteien-Parlament gewarnt. Seither ist sie wieder mit im Regierungsboot, kann allerdings über den Kurs bestimmter mitreden als jede Oppositionspartei. Das war allerdings auch schon 2013 der Fall. Aber warum wurde das von der Wählerschaft nicht honoriert? Hatte man sich wieder mit dem Maschinenraum begnügt und Angela

Merkel das Sonnendeck überlassen? Nein, dieses Bild erklärt die Wahlverluste 2017 nicht mehr. Beide Volksparteien sind deutlich geschwächt worden. Die Union sah sich mit einem Minus von 8,6% vom Sonnendeck gefegt. Und die SPD hatte im Maschinenraum trotz gelegentlichen Auftauchens auf dem Sonnendeck einen abermaligen Absturz erlitten. Beide müssen also vieles nicht richtig oder etwas grundlegend falsch gemacht haben.

Die Wählerinnen und Wähler waren bis zur Mitte der Legislaturperiode mit ihrer Wahlentscheidung vom September 2013 noch relativ zufrieden. Die Koalitionsparteien rangierten jeweils um plus/minus 2% bei ihrem Startergebnis, also kaum besser oder schlechter. Und das trotz aller Probleme in der Euro-Zone, trotz Krim-Besetzung und Herausforderung durch den internationalen Terrorismus. Der drastische Umschwung in der Verteilung der Wählergunst setzte erst ein mit der Massenflucht aus den Bürgerkriegsländern Syrien, Irak, Afghanistan im August 2015. Unbestritten ist, dass die Regierung der großen Koalition diese Herausforderung angenommen hatte und – wenn auch mit erheblicher Mühe – bewältigen konnte. Doch das nur im Zusammenspiel mit dem beispiellosen ehrenamtlichen Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger in Kooperation mit den Hilfsorganisationen und den oft überforderten zuständigen Behörden. Jedenfalls konnte verhindert werden, dass sich die Flüchtlingskrise zur gesellschaftlichen Katastrophe entwickelte.

Genauso unbestritten ist, dass sich trotzdem viele Menschen wohl von den Ereignissen überrollt fühlten. Ihre Sorgen und Ängste zu den Konsequenzen langer Zeit unregulierter Einwanderung haben die Regierungsparteien nicht hinreichend auf-

nehmen wollen. Die vorhandenen Zweifel zur Lösbarkeit bestehender und neuer Integrationsaufgaben fanden bei der AfD einen größeren Resonanzboden als bei SPD und Merkel-Union. Befördert durch ihre seitherigen Wahlerfolge und ihre erstmalige Bundestagspräsenz, wird die AfD latente Abneigungen gegen alles Fremde und Integrationsprobleme wohl auch weiterhin schüren und parteitaktisch ausbeuten. Das bleibt ihr Geschäftsmodell, und es ist nachweislich kontraproduktiv, sie nach CSU-Drehbuch übertreffen zu wollen. Die AfD mag sich durch ihr grenzwertiges Auftreten in den Parlamenten isolieren, leider mindert das wohl nicht den Rückhalt beim größeren Teil ihrer Wählerschaft.

Will die SPD ihren eigenen Wählerzuspruch in der laufenden Legislaturperiode nicht weiter mindern, muss sie deshalb erst recht in scharfer Abgrenzung zum Rassismus der AfD erkennbar werden als eine Partei, die Geflüchteten in europäischer Abstimmung Schutz gewährt, Einwanderung aber strikt nach Maßgabe des gesellschaftlichen Integrationsvermögens und nach Kalkülen einer Gesellschaft im demographischen Wandel reguliert. Wenn sie das nicht schafft, würden ihr alle Erneuerungsrhetorik und gute Regierungsarbeit kaum helfen, den Fahrstuhl nach unten zu stoppen. Der sorgsam ausgehandelte Koalitionsvertrag mit seiner plausiblen Fixierung auf das Anliegen, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu festigen, lässt hoffen, dass SPD und Union nicht ein zweites Mal der AfD die Wähler zutreiben. Vielmehr besteht die Chance, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. So wichtig und richtig es ist, wenn Union und SPD AfD-Wähler zurückgewinnen, die SPD-Zielsetzungen sind sicher ambitionierter.

Der Wille zur Erneuerung vom Keller bis zum Dachboden des Parteigebäudes erschöpft sich nicht in einer verantwortlichen Flüchtlings- und Integrationspolitik und im vernünftigen Regulieren von Einwanderung. Vertraut man ihrer Erneuerungs-Rhetorik, soll ja alles auf den Prüfstand. Also auch die Regierungsarbeit in den Gabriel-Zeiten. Eine Partei, die ihre Fehler erkannt hat, könnte sicherlich wieder Anschluss an das über 30-Prozent-Potenzial gewinnen, das sie auf dem Gipfel des Schulz-Hypes im Frühjahr 2017 ja schon erreichte. Eine neue große Koalition mit Angela Merkel haben trotz aller Skepsis 66% der SPD-Mitglieder schließlich doch gewollt. Aber fast alle wollten es wohl mit der Überzeugung, das dritte Mal dürfe nicht heißen «weiter so!».

Was heißt das aber genau? In den bislang veröffentlichten Diskussionsbeiträgen zum Erneuerungsprozess wird man nicht fündig. Was sind denn die Lehren aus den letzten vier Jahren mit der Merkel? Das gemeinsame Versagen in der Flüchtlingskrise kann – wie dargelegt – nicht alles erklären. Mehrfach erwiesen scheint mindestens, dass allein eine gute Regierungsmitarbeit der SPD nicht hinreicht, um bei den nächsten Wahlen auf Zuwachs hoffen zu dürfen. Das Angebot für die gegenwärtigen Alltagsorgen und die Zukunftshoffnungen werden wohl stets höher gewichtet als die Wertschätzung für das Geleistete. Dass es die Sozialdemokratie war, die beispielsweise durch ihr Beharren auf den Mindestlohn über 4 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die höchste Einkommenserhöhung ihres bisherigen Arbeitslebens verschaffte, trug ihr keine messbaren Vorteile in der Wählergunst ein. Gerade in dieser Zielgruppe ist der Zuspruch für die SPD

sowie der Wahlbeteiligungseifer besonders drastisch gesunken. Selbst unter den professionellen Beobachtern und Deutern des politischen Geschehens in den Medien scheint sich die Fähigkeit, zwischen Böcken und Schafen unterscheiden zu können, im Regierungsvollzug zurückentwickelt zu haben. Wie anders ist es zu erklären, dass immer noch inflationär von der Sozialdemokratisierung der Merkel-Union gesprochen und geschrieben wird, die es der SPD immer schwerer mache, als der zwar treibende aber dennoch kleinere Koalitionspartner eigenes Profil zu behaupten?

Der SPD ist es in den letzten Jahren – und wohl auch bis heute – noch nicht gelungen, den verbreiteten Irrtum aufzuklären, die Merkel-Union sei so etwas wie die katholische SPD. Alle Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion könnten sicher aus ihrer konkreten Erfahrung in der Ausschussarbeit gut begründen, wieso ihnen ihre CDU- und CSU-Kolleginnen und Kollegen sehr selten als Auch-Sozialdemokraten begegneten, sondern bei vielen Entscheidungen eher traditionelle Hardcore-Konservative blieben. Die Kanzlerin ließ sie gewähren und freute sich über das zugeschriebene Image, die heftigsten Widersacher der Sozialdemokraten seien irgendwie selber welche geworden.

Die politischen Kontrahenten der SPD sind nicht zur Wahrhaftigkeit verpflichtet. Warum sollten ausgerechnet sie es der SPD leichter machen, die Unterschiede zwischen SPD-Wollen und vielen Regierungs-Kompromissen zu erklären? Das wäre schon die ureigenste Verpflichtung der SPD gewesen. Daran hat es 2013/2017 oft gemangelt. Wer das nicht durchgängig an Politik interessierte Publikum unterhalten will, kann es sich einfach machen und muss den Dingen nicht immer auf den Grund gehen. So hat sich

nach und nach nicht nur in Satire-Beiträgen und unter Karikaturisten, sondern und auch im Mainstream-Journalismus und allemal in der Öffentlichkeit, eine Grundhaltung verbreitet, die meisten Politiker – nur nicht Dauertalkshowgast Wolfgang Bosbach – seien irgendwie beschränkt, eigennützig, inkompetent oder gar bösemeinend. Wer das so behauptet und sich nach Art der heute-show über Politik und Politiker lustig macht, muss selten mit Widerspruch rechnen.

Statt sich bloß darüber zu beklagen oder es zu ignorieren, hätte es der SPD besser angestanden, die alltäglichen und oft grundsätzlichen Differenzen mit den beiden oft verzankten Unionsschwestern in die öffentlichen Debatten zu bringen. Die Klage, Merks Unwillen durch jeden Reifen zu springen, den ihr Herausforderer Martin Schulz hinhielt, sei ein «Anschlag auf die Demokratie» oder »Verweigerung von Politik« gewesen, hatte dennoch etwas Peinliches. Warum sollte der politische Gegner und eben nur Lebensabschnitts-Koalitionspartner sich auf etwas einlassen, was der SPD die Profilbildung erleichtert? In der jüngsten Wahlaus-einandersetzung ist es jedenfalls der Union trotz AfD gelungen, ihre Regierungsfähigkeit zu behaupten, während die SPD ihre Regierung-Kompetenz und Lernfähigkeit mehr infrage als unter Beweis stellte.

Der Spiegel-Journalist Markus Feldenkirchen fand sich eingeladen, für ein größeres Publikum das Agieren des SPD-Spitzenmannes zu Wahlkampfzeiten nachlesbar zu machen.¹ Seine «Schulz-Story» berichtet offenherzig vom Treiben hinter den Kulissen der Wahlkampf Bühnen. Sein Bericht wird

kontrovers beurteilt. Die einen sind überrascht, wie ehrlich sich hier ein Spitzenpolitiker auf den Zahn fühlen ließ. Die anderen sind eher verblüfft, wie überfordert sich der so hoch gelobte Kanzlerkandidat der SPD mitunter erwies. Beide Sichten sind richtig: Der Mann, der Kanzler werden sollte/wollte, war ehrlich überfordert, schrumpfte sich selbst – oder lies das zu – vom Mister Europa zum Schultheiß aus Würselen, der hinter der deutschen Bundeskanzlerin – immerhin: «Madame World» – herhechelte. Wohin Herr Hase auch hetzte, Frau Igel war schon da. Mach Dein eigenes Rennen! Lauf (jammere) ihr nicht hinterher! Du hast doch eigene Ziele! War niemand da, der ihm dies rechtzeitig hätte vermitteln können? Dann Schande über alle, die ihn mit 100-prozentiger Zustimmung in diese Situation brachten. (Ich war es auch!)

Das eigentliche Problem der SPD war nie die listige, jede Gefahrenstelle umschiffende Angela Merkel mit ihrer lange Zeit willfährigen Union im Schlepptau, sondern stets ihr eigenes Unvermögen, darauf adäquat zu reagieren. Eine bittere Wahrheit, aber eine Wahrheit. Wer sie leugnet, dürfte abermals scheitern. Eine Koalition mit dem Dauerrivalen seit Adenauers Zeiten kann per se nie Liebesheirat werden, sondern höchstens etwas zwischen Zwangs- oder Vernunftehe, stets unter Scheidungsvorbehalt, sobald die gemeinsamen Kinder (Projekte) groß geworden sind. Solange die Linkspartei noch die hässlichste Braut im Angebot bleiben will, kann die Suche nach neuen Koalitionsperspektiven noch lange dauern. Das müsste man aber der Wählerschaft immer wieder vor Augen halten. Eine Koalition mit der Union ist nichts Besseres – aber auch nichts Schlechteres – als eine antagonistische Kooperation. Eine SPD, die sich

¹ Siehe Markus Feldenkirchen: *Die Schulz-Story. Ein Jahr zwischen Höhenflug und Absturz*, München 2. Auflage 2018.

2013 nur auf die Zustimmung eines Viertels der Wählerschaft stützen konnte, ist eben auf Millimeter-Arbeit zurückverwiesen, wo es eigentlich auf Zentimeter angekommen wäre. Ist das nachvollziehbar problematisiert geworden? Nein!

Zu oft blieb in der rückliegenden Regierungsarbeit unklar, was ist Koalitions-Politik, was SPD-Zielsetzung. Die von der Fraktion jährlich herausgegebene Broschüre mit der Leistungsbilanz «Gesagt, Getan, Gerech», verschickt an alle Mitglieder, hätte stets ergänzt werden müssen mit einem Report aus dem Maschinenraum der Regierung «Verzögert, Verwässert, Verweigert». Zwar gab es da einen Koalitionsvertrag mit manifestem Ziel. Doch es gab bei der Union immer auch eine Art *hidden agenda* mit dem Motto: Absatteln!

Die Kette der Beispiele zum Erfolg ihrer Strategie ist lang: Den Mindestlohn gab es nur verspätet mit Abstrichen und viel Bürokratie. Die Erbschaftssteuer-Reform blieb ohne Biss. Die schwarze Null trotz des zunehmenden Investitionsbedarfes in Niedrigzinszeiten blieb Orientierungspunkt. Und die Verweigerung der Finanztransaktionssteuer setzte sich vier weitere Jahre fort. Der CDU/CSU-Langmut im Umgang mit Steuerbetrug über sogenannte Schummel-Kassen wurde selten thematisiert. Es gab zwar eine Mietpreisbremse, schnell stellte sich aber heraus, dass sie nur so hieß, unziemliche Mietsteigerungen aber kaum bremsen konnte. Nur in Feinschmecker-Debatten wurde über Alternativen zur Finanzierung der Energiewende gesprochen. Dass mit der Union ein früheres Raus aus der Braunkohle nicht möglich war, wissen auch nur Insider. Und warum musste die SPD den Vollzug schwarzgelber Rüstungsexportvereinbarungen so widerstandsfrei exekutieren? Hätte

sie sich doch ruhig einmal verklagen lassen dürfen. Wie sich im letzten Regierungsviertel herausstellte, hatte die schwarzgelbe Vorgängerregierung ihre seinerzeitige Brennelemente-Steuer-gesetzgebung so schlampig vorgenommen, dass die davon betroffenen Konzerne die Verfassungswidrigkeit dieser Steuer erwirken konnten. 8 Milliarden Euro mussten an diese Konzerne zurücküberwiesen werden. Großzügig war man ihnen zuvor noch bei der Kostenrücklage für die Entsorgung des Atom-mülls entgegen gekommen. War das alles wirklich kein Stoff für öffentliche Debatten?

Und selbst im Schatten der Wahlentscheidung des Herbstes fehlte es im Frühjahr 2017 an der Einsicht, die Differenzen mit dem Koalitionspartner zum Gegenstand öffentlicher Debatten werden zu lassen. So ließ sich der frischgebackene Vorsitzende und Herausforderer ohne Not nötigen, an der letzten Sitzung des Koalitionsausschusses im März persönlich teilzunehmen. Vorab war kommuniziert worden, man wolle noch auf das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit drängen. Ferner sollte es analog zum gesetzlichen Mindestlohn verabredungsgemäß eine Regelung zur Aufstockung von Mini-Renten geben. Und schließlich ward zuvor thematisiert, die Steuerabzugsfähigkeit exorbitanter Abfindungen und Gehälter in Spitzenposition der Wirtschaft beschneiden zu wollen. Nichts davon wurde erreicht. Verkündet wurde aber stattdessen als Erfolg, man habe sich mit der Union auf höhere Strafen für Wohnungseinbrecher und ein Verbot von Kinderehen geeinigt. Klaglos hatte man in der Vorwoche auch noch Koalitions-Treue beim Thema Autobahn-Maut für Ausländer bewiesen. Ein Draufsatteln gelangt der SPD nur einmal zum Ende der Legislaturperiode bei der

Ehe für alle. Die Freude, der Union endlich auch einmal ein Schnippchen geschlagen zu haben, war groß. Die Anerkennung für die Mithilfe der SPD, offenkundige Diskriminierungen endlich abgeschafft zu haben, hielt sich in Grenzen.

An allen genannten Beispielen hat sich erwiesen, in einer Koalition mit der Merkel-Union und im Beipack ja stets mit der CSU sind sozialdemokratische Gestaltungschancen deutlich limitiert. Wenn die gemeinsame Regierungsarbeit für die SPD auch oft nur einen minderen politischen Tauschwert hatte, niemand sollte ihren Gebrauchswert klein reden. Jedenfalls sind Verbesserungen für das Leben und Arbeiten der Menschen selbst dann lohnenswert, wenn sich das nicht unmittelbar in einem verbesserten Wahlergebnis ausdrückt.

Aber reicht das? Muss sich die SPD damit begnügen, Richtiges im Rahmen des Maßes einer Koalition mit der Union zu befördern und Unsinniges, so gut es eben geht, zu verhindern? In der Partei-DNA scheint eingewebt, selbstlose Zuverlässigkeit demonstrieren zu wollen, getreu dem Gerede, erst das Land, dann die Partei. Unions-Politiker sagen das zwar auch, denken aber vielleicht doch etwas anders. Für ihr Selbstverständnis ist das nie ein entweder/oder, sondern immer ein sowohl als auch gewesen. Konservative verstehen sich seit Bismarcks Zeiten als die natürlichen Repräsentanten der Staatsmacht, auch wenn sie gelegentlich sozialdemokratische Hilfe benötigten. Das reichte von den Kriegskrediten bis jetzt zur Autobahn-Maut für Ausländer.

Der Gestaltungsspielraum der SPD in einer mehr oder minder großen Koalition mit ihrem Dauerkontrahenten ist prinzipiell begrenzt. Das ist wahr, auch wenn es der SPD-Führung in Fraktion oder Partei pein-

lich zu sein scheint, das im Regierungsalltag einzuräumen. Dass eine Partei an der Regierung, noch lange nicht an der Macht ist, das haben inzwischen sogar die heutigen Jungsozialisten vergessen. Zu oft hat sich auf höchst strittigen Entscheidungsfeldern nachteilig ausgewirkt, dass man nur der kleinere Koalitionspartner war. Sozialdemokratisches Wollen trifft auf ideologisch motivierte Grenzen der Konservativen. Manchmal lassen sie sich trotzdem dehnen, mal sogar brechen, aber nicht immer überwinden. Doch zu jeder Zeit und bis heute ist die Thematisierungskompetenz der SPD unbegrenzt, ganz unabhängig davon, ob es ihr an Mut, Einsicht oder Geschick fehlt, sie offensiv zu nutzen. Die Thematisierungskompetenz der SPD wurde in der letzten großen Koalition ganz eindeutig suboptimal genutzt. Ein schwerer Fehler, der sich nicht wiederholen darf.

Mit der notwendigen Penetranz muss in die öffentlichen Debatte kommen: Was ist ein SPD-Anliegen, was Koalitionspolitik? Was verhindert die Union, was würde die SPD anders machen wollen? Es muss erklärt werden, damit für alle besser erkennbar ist, warum nur kleinere Schritte möglich waren, wo das Ziel doch größere verlangt hätte. Der neuen Parteivorsitzenden Andrea Nahles kann man die Fähigkeit zu einer solchen Erklärungsarbeit zutrauen. So fürchtet es jedenfalls ihr Vor-Vor-Vorgänger Franz Müntefering schon jetzt. Er hofft deshalb, sie werde keine «Parteiseparationskiste» machen. «Wir sind in der Regierung. Wenn wir als Partei die Regierung taktisch angreifen, greifen wir uns selbst an. Das geht den Leuten nicht in den Kopf».² So seine Mahnung von gestern an die Heutigen.

2 *Der Spiegel* 17/2018 vom /21. 4. 2018, S. 33.

Doch gerade, weil wir nicht allein in der Regierung sind, tragen wir ganz alleine die Verantwortung dafür, sollte es den Leuten wieder nicht in den Kopf kommen, dass es kein Angriff auf die Regierung ist, wenn konservative Betonmischer und Absatzeiler im Regierungsalltag kritisiert werden. Wäre es schon eine «Parteiseparationskiste» gewesen, zum Beispiel die chaotische Flüchtlingspolitik der Kanzlerin zu thematisieren, trotzdem dabei zu helfen, das Chaos zu ordnen, und zugleich auf regulierte Einwanderung zu drängen? Hätte man nicht immer wieder dafür werben müssen, große Ziele bei der Gleichstellung, bei der Steuergerechtigkeit, bei Infrastrukturinvestitionen, bei der Energiewende und beim Klimaschutz, zum Mieterschutz und beim Wohnungsbau, bei Bildungsinvestitionen und in der Armutsbekämpfung sowie beim Abbau der Zwei-Klassen-Medizin anzusteuern? Ist das alles eine abträgliche «Parteiseparationskiste»? Wie hätten sonst die Wählerinnen und Wähler erfahren sollen, dass es der Sozialdemokratie nicht um ein «Auch-dabei» oder um den bloßen Austausch von Köpfen auf der Regierungsbank geht, sondern um einen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Demokratie?

Wer nicht dreimal gegen die selbe Wand laufen will, muss in den nun gestarteten neuen Mitregierungszeiten eigenes Profil beweisen. Das geht auch ohne sich im permanenten Wahlkampfmodus an der amtierenden Kanzlerin abzarbeiten. Zumal Angela Merkels Tage bereits gezählt scheinen. Gerne wäre sie zu den Dumpingpreisen der Grünen plus FDP-Zuschlag wieder Kanzlerin geworden. Der 20,5-Prozent-SPD musste sie dann aber doch einen deutlich höheren Preis zahlen als vor vier Jahren einer SPD auf dem damaligen 25,7 Pro-

zent-Level. Das trug ihr diesmal noch lauterer Gemurre aus den eigenen Reihen ein als 2013. Auch unter Christdemokraten und Christsozialen übersieht man gerne, wie kräftig die Wählerschaft auch die Unionsfraktion geschrumpft hat. Angela Merkel musste sich diesmal ihre größten Kritiker Horst Seehofer und Jens Spahn ins Kabinett holen. Zu ihren Glanzzeiten landeten Widersacher dieser Art auf dem Abstellgleis. Schließlich ist Angela Merkel in einer 30-Prozent-Partei schon lange nicht mehr die gleiche Garantie des Listenplatzes wie sie es noch in einer fast 40-Prozent-Partei sein konnte. Ergo: Das Abarbeiten an ihr nach dem Muster des verlorenen Wahlkampfes wäre nicht nur peinlich, sondern unnützlich. Oder wie man es frei nach Münchenern sagen könnte: Das ist Mist, lasst das ihre eigenen Truppen machen!

Koalitionspolitik darf nicht erneut schon als Erfüllung des politisch Notwendigen missverstanden werden, obwohl es doch nur das Mögliche von dem ist, was die Wählerschaft sich zusammengewählt hat. Eben: antagonistische Kooperation, wie sie im Übrigen von den Tarifvertragsparteien schon jahrzehntelang erfolgreich von beiden Seiten gepflegt wird. Die beiden Antagonisten bleiben dabei stets auf Konsens fixiert, soweit das eben möglich ist. Und – was vor allem die Gewerkschaft betrifft – sie organisieren dann den Konflikt, wenn sich ein Konsens nicht sofort erzielen lässt. Wer dabei nur beschränkt konfliktfähig ist, wird allerdings den Konsens nur auf kleinstem gemeinsamen Nenner erreichen.

Nicht zuletzt deshalb gehört die SPD-Selbstreform auf Platz Eins ihrer politischen Agenda, gerade auch und erst recht zu Regierungszeiten. Sie muss vor allem ihre Konfliktfähigkeit verbessern. In

der nun amtierenden Koalition muss man schon jetzt Vieles besser machen. Zunächst bleibt es eine Daueraufgabe, immer wieder auszutesten, was selbst Antagonisten, und das bleiben die beiden Volksparteien, im stetigen Bemühen um den größtmöglichen Konsens für das gute Leben und Arbeiten der Menschen neu bewirken können. Zugleich bliebe sichtbar, wo die Grenzen dieser Zusammenarbeit liegen. Doch die jeweils identifizierbaren Grenzen von Interessenüberschneidungen sind nicht fixiert, sondern lassen sich durch eigene Konfliktfähigkeit auch zu Regierungszeiten noch verschieben. Was nicht in dieser Koalition möglich ist, muss dann in anderen mit höherem SPD-Anteil und am besten unter SPD-Führung neu auf eine spätere Tagesordnung. Beim Vertreten sozialer und ökologischer Anliegen muss jederzeit erkennbar sein, dass man potenziellen Bündnispartnern hinsichtlich Kompetenz und Ideenreichtum nicht nachsteht. Das heißt die SPD muss zur Ideenschmiede für aktuelle Herausforderung und für Zukunftsentwürfe werden.

Zudem bleibt es Daueraufgabe, der Christian-Lindner-Partei den Zuwachs zu beschränken. Für eine Partei, die mit den Gewerkschaften traditionell verbündet ist und deshalb von ihren Erfahrungen besonders partizipieren könnte, müsste es doch zum Beispiel ein Leichtes sein, das modische Gelabere von «Digital-first, Bedenken-second» als Schwafelei der Blinden von der Farbe offensichtlich zu machen. Und schließlich sollte sich nicht nur die SPD abgewöhnen, sich zu jedem Pups zu äußern, denn die AfD absondert, weil sie ihn damit oft erst wahrnehmbar macht. Diese Partei lebt von der Empörung der anderen. Vielleicht sollte man sie eher mit mehr Selbstbewusstsein ignorieren, statt sie immer wieder mit hyperventilierender Abscheu ins Gespräch zu bringen.

Man kann auch als Partei aus Fehlern lernen. Wie sollte man sonst zu einer Erneuerung kommen? Die SPD in der nun angelauten kleineren großen Koalition steht deshalb immer noch am Anfang und nicht am Endpunkt ihrer Möglichkeit.

Klaus Faber

Nach der Bildung der Koalition von SPD und Union: Perspektiven und Probleme für die SPD-Entwicklung

Vorgezogene deutsche Neuwahlen?

Die SPD hat seit dem 22. April 2018 eine neue SPD-Bundesvorsitzende, die erste weibliche Bundesvorsitzende überhaupt. Anfang Juni 2018 gibt es immer noch negative Wahlrendergebnisse für die SPD, die bundesweit deutlich die 20-Prozent-Grenze unterschreiten. Die SPD steht danach nur knapp vor der AfD. Es nimmt also mehr Zeit in Anspruch als von manchem angenommen, das angegriffene Vertrauensverhältnis zur SPD bei einem größeren Teil der Wahlberechtigten wiederherzustellen.

Die Hauptaufgabe in der jetzt bevorstehenden Politik-Phase liegt darin, den Charakter der SPD als linker Volkspartei mittel- und langfristig zu sichern und die AfD-Chancen zu schmälern.¹ Diese Zielsetzung entspricht nicht nur dem SPD-Interesse. Sie gehört auch zu den Basiselementen für die Demokratisierung im wiedervereinigten Deutschland. Ein sinnvolles Volksparteikonzept setzt zwei Volksparteien voraus, die sich gegenseitig in der Führung ablösen können. Ein System mit nur einer Volkspartei, in Deutschland nach Lage der Dinge nur mit der Union, kann für die SPD, die dann vielleicht bei zehn oder weniger Prozent bei den Wahlanteilen lie-

gen könnte, nicht attraktiv sein und wiederum ebenso wenig für die Demokratie. Eine alleinstehende Unionsvolkspartei wird möglicherweise Koalitionen mit der AfD auf die Dauer nicht ausschließen. Dass wir uns unter diesen Bedingungen in einer Demokratie-Krise befinden würden, ist wohl nicht zu leugnen.

Eine Vielzahl von offenen und streitigen Fragen zwischen Union und SPD hatte es vor und auch nach der Regierungsbildung gegeben. Dazu gehörten Themen im Sektor Umweltpolitik, Renten- und Wohnungsbaufragen, Verkehrsfragen, Außenpolitik, z. B. Syrien- und Türkeiaspekte, Auswirkungen der Türkeiwahlen auf Deutschland und die weitere DITIB-Finanzierung, Verbesserung der Pflegebedingungen, Verbesserung der Kommunalfinanzierung, der Medizinfinanzierung, Organisationserneuerung in den Parteien, die Arbeit des neuen deutschen Bildungsrats, ein Ausgleich zwischen den unterschiedlichen deutschen Regionalentwicklungen oder Auswirkungen der Verstärkung in Deutschland und Europa. Neuerdings spielten auch Aspekte der Verteidigungsfinanzierung und der BAMF-Organisation eine große Rolle (BAMF: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge).

In der kurzfristig vor uns liegenden Phase kommt unter Umständen der politischen Verfahrensfrage eine wesentliche Bedeutung zu, ob die SPD nicht schon nach der Hälfte der Legislaturperiode aus der Koalition austreten sollte. Nach dem Koali-

1 Vgl. dazu Klaus Faber, Wissenschafts- und Infrastrukturperspektiven sowie ostdeutsche Interessen nach dem Scheitern des Jamaika-Projekts, in: *perspektivends*, 2/2017, S. 55 bis 60, S. 55 f.

tionsvertrag ist im Sachprogramm wohl von der vollen Legislaturperiode auszugehen.² Abstrakt betrachtet, kann es immer Gründe geben, eine Koalition früher zu beenden, allerdings nur, wenn die Aussichten auf einen Wahlerfolg günstig sind. Die Erfolgsfrage hängt damit zusammen, ob man annimmt, dass Frau Merkel 2021 nicht mehr als Regierungschefin zur Wahl antreten wird. Nach verschiedenen Äußerungen ist es sehr wahrscheinlich, dass Frau Merkel 2021 nicht mehr Kanzlerkandidatin sein wird. Für vorgezogene Neuwahlen gilt dies jedoch nicht. Schließlich benötigt die SPD, wie insbesondere Umfragen zeigen, noch längere Zeit zur Restabilisierung. SPD-Interessen sprechen also insgesamt dafür, bis 2021 in der Regierung zu bleiben.

Auch das Erscheinungsbild der SPD spielt bei der Bewertung derartiger Fragen eine Rolle. Ich ziehe als einen Regionalfall für den Vergleich die Verhältnisse im Land Brandenburg heran. Die Landesregierung hatte Ende April immer noch eine positive Mehrheitsnote. Die Landes-SPD war demgegenüber auf 23 % zurückgefallen. Die AfD lag danach bei 22 %. Die Bürgerinnen und Bürger haben sicher ein gewisses Interesse für Debatten auch innerhalb einer Partei. Vor einer Wahl wollen sie allerdings wissen, wen und was sie wählen. Das zeigen auch immer wieder Umfragen.³

Sicherheits-, Integrations- und Einwanderungsfragen sind 2017 von der SPD und eventuell ebenso von der Union nicht in ausreichendem Umfang beantwortet worden. Der Koalitionsvertrag enthält jetzt

einen Kompromiss, der von beiden Seiten eingehalten und umgesetzt werden sollte. Wer die AfD wieder aus dem Bundestag bringen will, muss auf diesem Gebiet Berechenbarkeit und Realismus zeigen. Ähnliches gilt auch für das Debattenfeld im Sektor BAMF-Organisation. Dafür trägt historisch die SPD als Partner in der vorausgehenden Regierungskoalition in gewissem Umfang Mitverantwortung.

Islam, Integrationsfragen, Antisemitismus und Israel

Gehört der Islam zu Deutschland? Die kontroverse Debatte darüber in der neuen Koalition ist politisch fragwürdig. Ein auch historisch begründetes Ja ist m. E. nahe liegend. «Den» Islam gibt es ebenso wenig wie «das» Christentum. In einigen Aspekten war der Islam auf der iberischen Halbinsel in manchen Phasen nicht im modernen Sinn tolerant, aber toleranter als das damalige Christentum. In den Kreuzzügen, an denen sich auch die Deutschen in erheblichem Umfang beteiligten, was für die preußische Staatsbildung nicht unwichtig gewesen ist, war die Gewaltneigung z. B. bei den Kämpfen um Jerusalem und die Küstenstädte im «Heiligen Land» auf beiden Seiten in der Regel ausgeprägt. Bei den Eroberungen auf der Balkanhalbinsel und den zwei Angriffen auf Wien hat sich die türkische Kriegsführung nicht unbedingt durch einen Humanitätsvorsprung gegenüber dem Westen ausgezeichnet. «Gehören» zu einem Land, zu einer nationalen Identität nur die positiv bewerteten Elemente? In der historischen Bewertung wohl kaum.

Zur deutschen Geschichte und Identität gehören deshalb auch die NS-Bewegung und das hitlerdeutsche Regime, aber z. B.

2 Vgl. zum Koalitionsvertrag von Union und SPD https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2018.pdf.

3 Vgl. dazu den Bericht in: FAZ, 21. 3. 2018, S. 8.

ebenso die Auslöschung der Mehrheit der jüdischen Gemeinden in Deutschland im 14. Jahrhundert durch Verbrennungen, Vertreibungen und Flucht oder die in Hitlerdeutschland in allen Schulbüchern geschilderte grundsätzliche Judenfeindschaft von Martin Luther.

Selbstverständlich sollte eine deutsche Republik nach der Aufklärung und nach dem Holocaust nicht alle negativen Elemente in ihrer Geschichte weiterführen und übernehmen. Sie muss sich gegenüber dem Grund- und Menschenrechtsfeindlichen auch in der Integration abgrenzen und durchsetzen. Der Kampf gegen den Antisemitismus muss mit den Muslimen, die unsere Wertpositionen unterstützen, mit den anatolischen Alevitin, mit den Jesiden, den übrigen Kurden und vielen anderen, aber auch gegen muslimische und nicht-muslimische Bürgerinnen und Bürger geführt werden, die sich antisemitisch betätigen. Nach dem Expertenbericht vom letzten Jahr an den Bundestag vertreten ungefähr 40% der Bevölkerung in Deutschland (Einwanderer und Einheimische eingeschlossen) israelfeindliche antisemitische Positionen. Insgesamt betrifft der Antisemitismus danach die Rechte, auch in der AfD, die Mitte und ebenso die Linke in der deutschen Gesellschaft, genauer eine Strömung, die sich für links hält. Dem Problem müssen wir uns alle stellen, auch die SPD. Es ist nicht zu dulden, dass Kippa-Träger in Deutschland körperlich oder auf andere Weise angegriffen werden.

Die heute, 2018, aktuellen und insoweit auch für die SPD-Debatte wichtigen Antisemitismusfragen beziehen sich auf eine komplexe Gesamtlage: auf die US-Position mit dem seit langer Zeit immer wieder angekündigten Botschaftsumzug von Tel Aviv nach (West-)Jerusalem sowie zur Kündigung des

Atomwaffendeals mit dem Iran, auf die Gaza-Unruhen und -Todesfälle sowie auf die Auffassung der Islamischen Republik Iran und ihrer Hisbollah- und Hamas-Verbündeten zum Antisemitismus, zu Israel, zum expansiven Terrorismus im Nahen Osten, zum Raketenaufbau und zur Langfristplanung für die Atomwaffenausrüstung.⁴

Für die SPD ist in dieser Beziehung wichtig, bei allen Unterschieden in Einzelbewertungen, den vertretbaren Gesamtkonsens in der Abwehr von Antisemitismus zu sichern, der sich gegen Juden und Israel richtet. Selbstverständlich ist nicht jede Kritik an einer israelischen Regierung oder an Maßnahmen dieser Regierung antisemitisch, auch wenn die Kritik in der Sache nicht überzeugt. Andererseits dürfen einige Grundsätze in der Antisemitismus-Bewertung nicht verschwiegen werden: Die Hauptursache für die Abwesenheit von eindeutigen friedlichen Verhältnissen zwischen arabischen und anderen vorwiegend muslimischen Staaten einerseits und Israel auf der anderen Seite liegt nicht in erster Linie in Versäumnissen oder Fehlern Israels. Sie besteht darin – und das gilt unerfreulicher Weise auch für die Jahre nach dem «arabischen Frühling» –, dass wichtige Teile der arabischen und islamischen Welt, historisch auch von Hitlerdeutschland beeinflusst, nach wie vor nicht bereit sind, die Existenz des jüdischen Staats Israel anzuer-

4 Vgl. zur allgemeinen Einschätzung der Lage einerseits Stephan-Andreas Casdorff, Verhältnis zu Israel – Über 70 Jahre hinaus, in: *Der Tagesspiegel*, 3. 5. 2018, S. 1, sowie Joachim Krause – «Fremde Federn» –, Iran ist das Hauptproblem – nicht Trump, in: *FAZ*, 15. 5. 2018, S. 8, mit jeweils begrenztem Verständnis für die USA/Israel-Position und andererseits Jochen Stahnke, Ein gespaltenes Land, *FAZ*, 14. 5. 2018, S. 1, mit einer insgesamt negativen Prognose für Israel.

kennen, sondern seine Vernichtung anstreben. Israel hat demgegenüber mehrfach nachgewiesen, dass es zu großen territorialen Zugeständnissen und Rückzügen bereit wäre (und, durch den Vollzug belegt, bereit gewesen ist), wenn dafür dauerhaft ein gegen Gefährdungen gesicherter Frieden in Aussicht steht. Das ist in der Realität bislang aus verschiedenen Gründen noch nicht der Fall.⁵

Soziale Gerechtigkeit, Europa, Italien, USA, Iran, Russland

Zum mittel- und langfristig zu schaffenden SPD-Bild gehört nicht allein, aber doch an zentraler Stelle die traditionelle Grundposition einer linken Volkspartei: die soziale Gerechtigkeit. Sie umfasst verschiedene Bereiche: die internationale und die EU-Politik, die Renten- und Steuerpolitik, die Mindestlohndebatte, den Bildungszugang, die Gleichheitsdiskussion, die Familien- und Partnerschaftspolitik, die Versorgung der Alleinerziehenden, die Kinderarmut, die Harz IV-Reform – und letztlich alles, was nach dem deutschen Grundgesetz der Sozialstaatlichkeit zuzuordnen ist.

Der neue SPD-Vorstand wird einen Beitrag zur Debatte und zu praktischen Lösungsansätzen innerhalb der SPD und ebenso, soweit möglich, in der Bundeskoalition zu leisten haben.

Die Europapolitik hat wohl dank dem früheren SPD-Vorsitzenden Martin Schulz im Koalitionsvertrag eine ausführliche Darstel-

lung gefunden. Auch die deutsch-französische Kooperation wird dazu führen, dass wir uns diesem Thema immer wieder widmen müssen. Macrons Ansatz ist sympathisch. Er will eine Erweiterung des bundesstaatlichen EU-Ansatzes gegenüber den staatenbündischen EU-Elementen. Im Kern, dort, wo es etwa um EU-Kommissions- und -Parlamentsfunktionen im Euro-Raum geht, sind dafür einstimmige Änderungen des EU-Vertrags erforderlich. Ob sie erreicht werden können, ist nicht sicher.

Man muss in diesem Zusammenhang abwägen. Wichtiger als die EU-Reform ist der EU-Erhalt. Ein weiterer Ausstieg aus der EU sollte unbedingt vermieden werden. Dieses Ziel muss auch die deutsche Politik gegenüber Polen berücksichtigen.

In gleicher Weise gilt dies für den neuen EU-Problefall Italien. Die neue Regierung von Links- und Rechtspopulisten ist nicht insgesamt, jedoch in den Mehrheitsströmungen kritisch gegenüber der EU und Deutschland. Sie tendiert in Teilen dazu, aus der Euro-Zone auszutreten, was der Euro wohl nicht überleben würde. In Italien in diesem Jahr vielleicht noch einmal anstehende Neuwahlen würden möglicherweise erneut zu einer Mehrheit der Links- und Rechtspopulisten führen. Vielleicht sind die verbündeten Populisten aber pragmatischer als manche annehmen.

Europa und Deutschland haben in jedem Fall mit schwierigen Verhältnissen zu rechnen. Wirtschaftskrisen sind dabei nicht auszuschließen. Dieser Umstand spricht übrigens ebenso deutlich gegen vorgezogene Neuwahlen in Deutschland.

Zum amerikanischen Präsidenten sind auch vor diesem internationalen Hintergrund neue umfangreiche Erklärungen nicht sinnvoll. Er wird uns immer wieder überra-

5 Vgl. dazu Klaus Faber, Wandel des anthropologischen Menschenbilds, kollektive Identitäten und Politik, S. 93 bis 132, S. 129, in: Richard Saage, Helga Grebing, Klaus Faber (Hg.) *Sozialdemokratie und Menschenbild. Historische Dimension und aktuelle Bedeutung*, Marburg 2012.

schen, auch nach den Anti-EU-Strafzöllen vom 1. Juni 2018. Berechenbarkeit und Professionalität gehören nicht zu seinen Stärken. Wie er Politik inszeniert, schadet er der US- und unserer gemeinsamen Politik, auch dort, wo Trump in der Sache partiell vertretbare Positionen einnimmt. Spätestens nach zwei Präsidential-Wahlzeiten werden wir hoffentlich wieder eine berechenbarere US-Politik erleben. Auf der republikanischen Seite wird inzwischen schon über zwei Nachfolge-kandidatinnen gesprochen.

Die Iran-Debatte ist unter Umständen ein Beispiel dafür, dass trotz eines EU-USA-Konflikts über die US-Kündigung des Iran-Atomabkommens zumindest transatlantische Gespräche möglich sind. Die Europäer, z. B. auch der deutsche Außenminister, treten für eine Beibehaltung des Iranabkommens ein, aber ebenso für eine Verbesserung der Iran-Einbindung u. a. auf den Gebieten der Terror- und Antisemitismusbekämpfung oder der Eingrenzung des Raketenaufbaus sowie der langfristigen Zielsetzung Irans, sich atomar zu bewaffnen.

Ob im EU-US-Verhältnis zum Iranfall eine Einigung möglich sein wird, ist nicht sicher. Die EU hat wahrscheinlich nicht die Potenz, US-Sanktionen gegen den Handel mit Iran allgemein abzuwehren. Ohne eine abgestimmte EU-USA-Position sind andererseits in der Iranfrage jedoch nur schwer Verbesserungserfolge vorstellbar. Die damit beschriebenen offenen Fragen umfassen gefährliche internationale Entwicklungstendenzen.

In der SPD hat es immer Stimmen gegeben, die Russland-Beziehungen auszubauen und zu verbessern. Langfristig liegt eine erweiterte Kooperation zwischen Russland und dem Westen im Interesse aller Beteiligten. Die russische Seite hat, was die Förderung des eigenen Wirtschafts- und Infra-

strukturaufbaus anbelangt, mit China, dem Iran oder der Türkei wohl keine Beziehungen, die auf eine stabile, dauerhaft haltbare Interessenübereinstimmung gestützt werden und deshalb eine wirksame Westalternative darstellen können. Ob und wann diese Kooperationstendenz in der Realpolitik ankommen wird, muss Putin oder die nach ihm kommende Führung (wohl nach 2024) entscheiden.

Die völkerrechtlich problematischen Vorgänge, die mit der Präsenz russischer Truppen auf der Krim, in der Ostukraine oder in Georgien (Abchasien, Südossetien) zusammenhängen, sind bekannt. Das gilt ebenso für die gegen Russland gerichteten EU-Sanktionen, die im Bundeskoalitionsvertrag erwähnt werden. Auch hier ist aus europa- und menschenrechtspolitischen Gründen sowie, für die SPD wegen der Koalitionsbindungen, Zurückhaltung geboten. Deutsche Streitkampagnen fördern jedenfalls die Kooperationsentwicklung nicht.

Strukturfragen: Altersentwicklung, kooperativer Föderalismus in Deutschland

Ein strukturpolitisches Thema der Innenpolitik – die Auswirkungen der Altersentwicklung auf verschiedenen Gebieten – spielt zur Zeit in Deutschland noch keine große Rolle, wird aber in allen Debattenformen auf uns zukommen. Die heute Geborenen und die hier jetzt lebenden Kinder werden wohl in eine Gesellschaft von im Durchschnitt Hundertjährigen hineinwachsen. Die Mehrheitsmeinung in der Medizin geht zurzeit bei allem denkbaren Fortschritt der Lebensversorgung von einer Obergrenze von 120 Jahren aus.

Schon hundert Jahre im Altersdurchschnitt stellen eine ganze Reihe von neuen

Fragen. Wie ist auch unter den deutschen föderativen Bedingungen die Aufteilung von Bildungs- und Arbeitszeiten zu gestalten? Wenn wir von späteren Zeiten für das Gebären von Kindern ausgehen, was bedeutet das für die Gestaltung der Partnerschaftsmodelle? Welche gesellschaftlichen und politischen Folgen sind mit dem Zusammenleben von vier, fünf oder mehr Generationen verbunden? Welche Auswirkungen hat diese Großveränderung auf die Wanderungen der Menschen und überhaupt auf die Globalisierung? Diesen internationalen und nationalen Strukturfragen wird sich auch die SPD stellen müssen.

Bildung, Hochschulen und Forschung erwähnt der brandenburgische Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke in seiner brandenburgischen Konzeption für das nächste Jahrzehnt an zentraler Stelle, auch im Zusammenhang mit Gerechtigkeitsfragen etwa im Kita-Bereich. Er spricht damit die föderativen deutschen Verhältnisse an.

Man muss dabei beachten, dass es in keiner früheren Koalitionsvereinbarung bislang einen so hohen Bundesmittelansatz für Bildung, Wissenschaft und Digitalisierung gegeben hat. In den inhaltlichen Positionen besteht dort ebenso eine große Chance für einen neuen kooperativen Föderalismus. Dieser historische Erneuerungsansatz kann die Fehlentwicklung der Bundesverfassungsreform von 2006 korrigieren. Gegen die 2006-Tendenz hatten sich schon damals ostdeutsche Bundestagsabgeordnete mit Teilerfolgen gewandt (z. B. durch eine Ergänzung des Art. 91 b des Grundgesetzes).

Sehr konkret muss die SPD jetzt in der neuen Regierungskoalition auf ein stärker-

es Engagement des Bundes in der Hochschulfinanzierung (so auch ein Vorschlag des Wissenschaftsrats), eine schnelle und spürbare BAföG-Reform, die nicht erst am Ende der Legislaturperiode erfolgen sollte, und wirksame Maßnahmen für gute Arbeit in der Wissenschaft hinwirken, auch bei den Zeitvertragsregelungen und der Zeitvertragspraxis. Die erforderliche Neuregelung der Hochschulzulassung möglichst durch ein Bundesgesetz und nicht durch einen Länderstaatsvertrag eröffnet ebenso eine Reformchance.

Manuela Schwesig und Hubertus Heil sind die historischen Erneuerungsansätze für einen kooperativen Föderalismus im Bundeskoalitionsvertrag hauptsächlich zu verdanken. Einen gewissen Vorlauf gab es dazu 2017 mit dem «Zukunftsvertrag Wissenschaft und Forschung» (u. a. von Hubertus Heil) und mit den parteiübergreifenden Ostländervorstellungen zur Bund-Länder-Finanzierung.⁶

In der Realisierung dieser Staatstrukturreform im neuen föderativen Föderalismus liegt eine Bewährungsprobe auf verschiedenen Politikebenen, u. a. für den Bund, die Länder, die Bildungseinrichtungen sowie die Hochschulen und Forschungsinstitute. In der Politik im engeren Sinne hat hier auch die SPD eine Chance, ihre Leistungen einzubringen und ihr Bild zu erneuern.

6 Vgl. dazu: Für eine sichere und leistungsgerechte Hochschulfinanzierung. Die Perspektive der ostdeutschen Länder: Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. https://mw.sachsen-inhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MW/Veranstaltungen/2017/Hochschulfinanzierung_Positionspapier.pdf.

Stefan Grönebaum

Der aufhaltsame Niedergang der SPD als Teil des Verfalls der europäischen Sozialdemokratie

Das Ende der europäischen Sozialdemokratie als Volkspartei, als zentraler Faktor der politischen Willensbildung, scheint unaufhaltsam: Nach einer kurzen Phase der politischen Dominanz unter den Sozialdemokratien des Dritten Wegs à la Blair und Schröder ging das sozialdemokratische Papier an der politischen Börse immer weiter zurück: Mit den neoliberalen Reformen wurden weite Teile der früheren Kernwählerschichten wie Kleinbürgertum, Facharbeiter und Handwerker abgeschreckt und in die Wahlenthaltung – oder in die Wahl linker und rechter Protestparteien getrieben.

Ab 2005 ist der Rückgang der Sozialdemokratie überall unübersehbar, besonders stark fiel er in den vom «Beutekapitalismus» der 1990er-Jahre gebeutelten osteuropäischen Staaten aus. Hier schafften es die zu Sozialdemokratien mutierten Ex-Kommunistischen Parteien meist nicht, die sozialen Interessen der sog. kleinen Leute zu vertreten. Sie sparten lieber und reformierten im Sinne westlicher und europäischer Wünsche wie in Polen und Ungarn, wo sie daraufhin drastisch abgewählt wurden.

Andere Sozialdemokratien behielten die Nähe zum Volk, indem sie populistische und nationalistische Ideologien und Ziele übernahmen; wie etwa in der Slowakei, und weiterhin für ihre Klientel über den Staatsapparat sorgten, oder offen die Korruption bedienten wie in Rumänien und Bulgarien.

Eine neue Abwärtswelle brachte die Finanzkrise ab 2008, in deren Folge sozi-

aldemokratische Parteien abgewählt wurden, weil sie künstliche (Immobilien-)Booms geschaffen, den öffentlichen Sektor aufgebläht hatten und auf deren Kollaps keine Antwort fanden wie in Spanien oder Griechenland. Nicht nur in diesen Ländern folgten ihnen zumeist linkspopulistische Bewegungen.

Derweil erodierten die großen Sozialdemokratien in West- und Nordeuropa, weil sie sich entweder zu sehr neoliberalen Politikinhaltungen und -stilen angepasst hatten wie in Großbritannien und Frankreich, oder weil sie im Zuge einer längeren großen Koalition mehr für die Sparpolitik verantwortlich gemacht wurden als die bürgerlichen Partner (wie in den Niederlanden, Dänemark und Österreich).

Deutschland ist nun klar der Fall einer Sozialdemokratie, die sich seit 1999/2003 verengt hat auf den von Schröder angeführten, neoliberalen Regierungsflügel, der mit seinen «Reformen» die eigene Klientel in die Wahlenthaltung, oder erst nach links (2005 ff.) und dann nach rechts, trieb (ab 2015). Inzwischen ist die SPD zu einer sozialliberalen Funktionspartei mutiert, deren hauptsächliche Rolle es ist, die konservative Kanzlerin und ihre Spar- und Wettbewerbspolitik am Ruder zu halten.

Dieser einzigartige Prozess der Schrumpfung an ideologischer, programmatischer, personeller, elektoraler und machtpolitischer Substanz bildet sich auf vielen Ebenen ab:

Wahlpolitisch halbierte sich die SPD seit Schröders und Lafontaines Wahlsieg im Doppelpack (Modernisierung und soziale Sicherheit) 1998 von 40,9 Prozent in zwanzig Jahren auf 20,5 Prozent. Als entscheidende machtpolitische Zäsur muss der fluchtartige Abgang Oskar Lafontaines 1999 gelten, der den linken SPD-Flügel so kopflös hinterließ, dass er sich entweder – wie Nahles, Pronold u. a. – mühelos von den Schröderisten «einsammeln» ließ oder er – wie Dreßler, Schreiner, Scheer – problemlos entmachtet und durch getreue «Blairites» und deren Adepten ersetzt wurde.

Inhaltlich und emotional war die dramatische Zäsur zweifellos Hartz IV, wie nicht nur Gerd Mielke zutreffend beschreibt¹: Nach einem von links aus der friedenspolitischen Ecke geführten Wahlkampf 2002 überforderte der massive Rechtsschwenk im Frühjahr 2003 nicht nur die gewerkschaftliche Kernklientel der SPD, sondern auch und gerade jene neue Mittelschicht, die sich von Rot-Grün mehr Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe erhofft hatte. Die SPD verlor in beide Richtungen: Der traditionellen Arbeitnehmer- und Unterschichtwähler wie auch der jungen, progressiven Arbeitnehmergruppen, wie Michael Vester zeigen konnte.²

Die neue «Marktsozialdemokratie» (Oliver Nachtwey) machte nicht mehr eine

Politik gegen, sondern mit, ja in der Reinform des selbst erklärten «Autokanzlers» für die Märkte bzw. die Exportindustrie.³ Zweitens baute die Sozialdemokratie den Wohlfahrtsstaat um, aber mit einem massiven Bias zugunsten des Kapitals und zulasten der Arbeit: Als Schröder im März 2003 donnerte, jeder müsse den Gürtel enger schnallen, hieß das konkret: Er kürzte den Arbeitnehmern die Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau und den Konzernen und Reichen die Steuerlast. Parallel dazu errichteten die Hartz-Gesetze mit anderen – Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, Rentengesetze usw. – den größten Niedriglohnsektor Europas mit ungeschützten Millionen Mini- und Midi-, Leih- und Zeitarbeitsjobs, befristeten Verträgen etc. – und dies alles bis 2015 ohne Mindestlöhne.

All dies ließ die Kapitalrendite durch die Decke steigen, während die öffentlichen Einnahmen aufgrund der Steuerreform einbrachen. So spaltete Rot-Grün die Gesellschaft in nie da gewesenem Ausmaß⁴, sodass heute der Kohl'sche Spitzensteuersatz von 52 % wie ein Ausbund an Sozialismus wirkt, während die Armutsquote im wirtschaftlich florierenden Deutschland längst den Anschluss an den EU-Durchschnitt geschafft, ja ihn überholt hat.

Dabei wurden die öffentlichen Investitionen immer weiter heruntergefahren, der soziale Wohnungsbau vernachlässigt, die sozialen Dienstleistungen blieben hemmungslos unterfinanziert und unterbezahlt. Kurzum: Schröder/Fischer hatten, vor die

1 Gerd Mielke: Schwerstarbeit am Abgrund – die SPD und ihre Erneuerung nach der Bundestagswahl 2017, in: *spw* 225 Heft 2/2018, S. 50–56.

2 Heiko Geiling / Michael Vester: Das soziale Kapital der politischen Parteien. Die Akzeptanzkrise der Volksparteien als Frage der Individualisierung oder der sozialen Gerechtigkeit. In: Frank Brettschneider / Oskar Niedermayer / Bernhard Weßels (Hg.), *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*, S. 457–489, Wiesbaden 2007.

3 Dazu allgemein Oliver Nachtwey: *Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party*, Wiesbaden 2009.

4 Alle ernsthaften Studien, z. B. von Markus Grabka beim DIW zeigen, dass die Ungleichheit vor allem bis 2005 anstieg.

Alternative gestellt, einen skandinavischen oder einen angelsächsischen Weg des Kapitalismus zu gehen, sich entscheiden, das amerikanische Workfare-Modell mit harten Sanktionen und limitierten Leistungen in das deutsche, bürokratische Sozialsystem zu implementieren – und zugleich die Kapitalseite hemmungslos zu begünstigen.

Ein Effekt war die wachsende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie – sie wurde ohne Zweifel gestärkt, profitierte von sinkenden Steuer- und Abgabenlasten und wurde nicht zu sehr durch Regulierungen und Standards gestört. Diese Politik setzte die Autokanzlerin Merkel nach 2005 fort.

Die Arbeitnehmer in der Exportindustrie profitierten auch von diesem Modell. Aber große Gruppen in der sich entwickelnden Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft blieben immer weiter hinter den Gewinnern aus den Exportsektoren zurück: Grundschullehrer/innen, Kindergärtner/innen, Krankenschwestern und Altenpfleger/innen, Assistenzärzte/innen, wissenschaftliche Mitarbeiter/innen usw. wurden nicht wie «Leistungsträger» behandelt, noch bezahlt und immer mehr Einzelgruppen wie Alleinerziehende, Migranten, Bildungsschwache, Altersarme usw. kamen mit den hohen Preisen für Wohnen, Essen, Mobilität etc. vor allem in den Ballungsräumen nicht mehr zurecht. Dazu kommt, dass der Staat die indirekten Steuern und Abgaben erhöhte: Heute liegt Deutschland bei den Abgaben mit an der Spitze der OECD, immerhin mit Vorteilen für Familien.

All dies schlug sich in einer massiven Wahlenthaltung der früheren sozialdemokratischen Kernklientel nieder, die, wie Armin Schäfer gezeigt hat, die Wahlergebnisse der SPD auf allen Ebenen nachhaltig verschlechterte. Die Union konnte so

eine Weile als «die Arbeiterpartei» erscheinen (so Wahlsieger Jürgen Rüttgers 2005). Es zeigte sich aber schnell, dass die markt-konforme Politik der Merkel-Union den sog. «kleinen Leuten» wenig anzubieten hatte. Daraufhin wandten sich diese wieder ab.⁵

Durch die Agenda-Zäsur kam die Parteienlandschaft in Bewegung: In die Lücke der SPD trat erst die WASG bzw. die PDS ein, 2010/11 war es das flüchtige Phänomen der Piraten, das sich mangels einer sozialen Massenbasis nicht durchsetzen konnte. Dies gelang 2015/16 der AfD, weil ihr Erfolg durch mehrere Faktoren begünstigt wurde: Einmal hatte Merkel durch die langjährige Liberalisierung der Union zwar SPD und Grünen viele Mitte-Wähler abspenstig gemacht. Andererseits fühlten sich aber viele Konservative und Autoritäre heimatlos in Merkels modernisierter CDU. Zweitens wirkten sich die Folgen neoliberaler Politik allmählich aus: am Arbeits-, Bildungs- und schließlich am Wohnungsmarkt, wo in Ballungsräumen kaum noch bezahlbarer Wohnraum zu finden war. Schließlich verschärfte 2015 die Zuwanderung die Krisensymptome v.a. in den Städten derart, dass 2016 sogar der eingeschlafenen Junipartner-SPD unter Gabriel dämmerte, man müsse wohl etwas für Zuwanderer und Deutsche tun, sollten einem nicht viele Armutsquartiere in verschuldeten Städten um die Ohren fliegen.

Allerdings war Gabriels Mut auch gleich wieder zu Ende, als Schäuble ihn auf die schwarze Null hinwies, die Gabriel ausdauernd verteidigt hatte (die SPD hatte der Schuldenbremse zugestimmt).

5 Dazu allgemein: Armin Schäfer: *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*, Frankfurt a. M. 2015.

Die SPD hatte nicht nur Merkels Sparpolitik auf deutscher Bühne mitgetragen, sie hatte maßgeblich über die große Koalition von Juncker und Schulz in Brüssel die Eckpunkte der europäischen Sparpolitik mitgestaltet. Als 2015 Griechenland einen Ausweg aus dem neoliberalen Gefängnis der Troika suchte, standen ihm an entscheidenden Stellen nicht etwa Christ-, sondern Sozialdemokraten gegenüber, wie der damalige Finanzminister Yanis Varoufakis mit einiger Bitterkeit erinnerte.⁶

Genauso unnachgiebig verteidigte die SPD Merkels Flüchtlingspolitik, die sie einfach übernommen hatte, gegen die Kritik der überforderten Erstaufnahmeländer Italien und Griechenland. Man ließ sie mit den Flüchtlingen und Problemen allein, wie Merkel später zugab. Die Haltung der Osteuropäer stieß bei der SPD ebenso auf Unverständnis wie bei Merkel, das sinistre Abkommen mit der Türkei trug die SPD mit, aus Angst als Partei der Flüchtlingsfreunde «verhaftet» zu werden. So setzte die SPD auch dem Merkel-Kurs der Abschottung nach außen und Verschärfung der Zuwanderungsregeln nach innen nichts Eigenes entgegen. Denn sie hatte sich bei ihrer Profilierung offensichtlich verkalkuliert:

Während sie – wie Wolfgang Merkel u. a. zu Recht feststellen – ökonomisch einen Austeritätskurs gegen die eigene Klientel mitfuhr, kompensierte sie dies mit einer gesellschaftspolitisch progressiven Haltung, die Ende 2017 in der linken Mehrheit für die «Ehe für alle» gipfelte. Dies war eine schwere Fehlkalkulation, denn die liberal-progressiven Kreise, die man damit

ansprach, wurden bereits von Grünen, Linken und FDP umworben. Die eigene Klientel war aber «not amused» von einer Mehrheit dafür: Warum die SPD sie nicht genutzt hat, um z. B. die überaus populäre solidarische Grundrente durchzusetzen, ist nur mit Blick auf die Entwicklungen an der Parteispitze zu verstehen.

Dort hatte sich der Schröderflügel durchgesetzt. Durch die Stärke der «Seeheimer» und der neuen «neoliberalen Kaderreserve» der «Netzwerker» wurde dieser Flügel übermächtig: Er dominiert seither Präsidium, Vorstand und Fraktion, die/den Alibilinken inklusive (derzeit ist es Ralf Stegner). Und er schaffte es, Versuche einer Öffnung nach links, wie sie in Thüringen 2006, unter Andrea Ypsilanti in Hessen und Kurt Beck im Bund 2007/8 versucht wurden, im Keim zu ersticken. Beck wurde 2008 weggeputscht und danach war die linke Option verschwunden. Damit verengten sich die Bündnisoptionen der SPD auf die Juniorpartnerschaft mit der Union oder eine Ampel mit Grünen und FDP. Da sich die Grünen angesichts der SPD-Schwäche zunehmend auf die Union orientierten, beinhalteten beide Optionen eine Tendenz nach rechts, die zusammen mit der Dominanz des rechten Flügels an der Spitze garantiert verhinderte, dass sich die SPD nach links profilieren konnte.⁷

Bestes Beispiel war die scheinbar verrückte Strategiewende von Martin Schulz, der – den Interessen der Ex-Wähler entsprechend – die Korrektur von Hartz IV versprach und – als es ernst wurde – unter dem

6 Yanis Varoufakis: *Die ganze Geschichte. Meine Auseinandersetzung mit Europas Establishment*, München 2017.

7 Zu den SPD-Flügeln: Max Reinhardt: *Gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen der SPD-Flügel seit 1945. Zwischen sozialistischer Transformation, linkem Reformismus und Marktliberalismus*, Baden-Baden 2014.

Druck des Schröderflügels ausgerechnet auf dem Programmparteitag den Hartz-Kanzler reden ließ. Der gefeiert wurde wie der Messias, wie Johano Strasser resigniert mitteilte. Dabei waren Glaubwürdigkeit und Kompetenz der SPD bei weiten Arbeitnehmerkreisen bereits vorher im Keller.

Während also linke Bündnisoptionen sukzessive ausgeschlossen wurden, verengte sich die SPD-Spitze auf eine homogene Gruppe von «Juniorpartner- und Austeritätsfans» von unterschiedlich starker Ausprägung. Letztlich machte der Vorstand im Wahljahr 2017 alle Wendungen mit, allen Teilhabe-Lyrismen zum Trotz wurden die Kanzlerkandidaturen 2013 und 2017 im Hinterzimmer verabredet und vom Vorstand abgenickt. Ebenso strategisch weitreichende Entscheidungen wie das Nein zur Groko am Wahlabend 2017 und das Ja zur Groko kurz darauf. Parteitage dienten vor allem der Akklamation «oben» getroffener Entscheidungen, wie z.B. der Wiederwahl von Schulz oder der Wahl von Nahles. 15 Jahre nach Schröder ist der marktkonforme Ansatz seiner Politik in der SPD-Spitze in einem Ausmaß verinnerlicht, wie es das nie in der Parteigeschichte gegeben hat: Gerd Mielke spricht denn auch von «fast vollkommener politisch-ideologischer Geschlossenheit der Parteiführung»⁸.

Angesichts dessen wirkt auch das Gerede von Erneuerung seltsam: Auf der realpolitischen Ebene hat man sich mit der dritten Groko wieder auf eine Unterstützung der Merkelschen Politik eingelassen. Wie sollte eine nochmals schwächere SPD sich neben einer noch stärkeren Union mit den gleichen Personen und Inhalten profilieren und erneuern? Zumal wenn die Führungs-

spitze «wie ein Mann» hinter dem eingeschlagenen Kurs steht, Nahles noch bis zur imitierten Raute Merkel kopiert und Finanzminister Scholz den besseren Schäuble gibt (Scholz im IMF: «Sparen ist eine hohe Tugend»).

Auch organisatorisch hat sich, trotz ununterbrochenen Reformgeredes, wenig geändert in der SPD, außer dass die Basis immer weiter entmachtet worden ist zugunsten einer homogenen Gruppe von Mandatsträgern und Mitarbeitern, die die Gremien dominieren. Erkennbar ist das u.a. an der wachsenden Zahl von Anträgen, die ins Nichts verwiesen werden, während der Leitantrag durchgeht. Die SPD wirkt hier bereits sehr nahe am Typus der von Mair/Katz beschriebenen Kartellpartei, die ihre schwindende gesellschaftliche Macht durch stärkere Benützung des Staatsapparats ersetzt.⁹

Abgenommen hat allerdings die Zahl der Aktiven, v.a. in den südlichen und östlichen Bundesländern ist die SPD praktisch nicht mehr präsent, die Wahlergebnisse sind spätestens seit den Erfolgen der AfD dieser Ausdünnung gefolgt: In weiten Teilen Süd- und Ostdeutschlands nähert sich die SPD der Einstelligkeit. So ist Gerd Mielke zuzustimmen, «dass die Sozialdemokratie in zentralen Dimensionen und in einigen Regionen der Bundesrepublik den Ansprüchen an eine funktionstüchtige Volkspartei nur noch sehr eingeschränkt entspricht.» Ich gehe sogar noch weiter: Angesichts des radikalen Wähler- und Mitgliederverlustes, aber auch des Verlustes an realer Bedeutung in

8 Siehe Anm. 1, S. 56.

9 Richard S. Katz / Peter Mair: Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The emergence of the Cartel Party, in: *Party Politics*, Jg. 1, Heft 1 (1995), S. 5-28.

der Fläche, an Bündnispartnern und -optionen (die Gewerkschaften sind nicht mehr so feindselig wie 2003 ff., aber auch sie sind stark geschwächt), angesichts des Mangels an Attraktivität für moderne, aufstrebende Milieus (das reicht von der Künstler- und Intellektuellenszene über Umwelt- und Klimaaktivisten, Start Ups bis zu Ingenieuren und Freiberuflern), angesichts der geringen intellektuellen und politischen Spannweite der Führungsschicht, der massiven Überalterung der Basis, sowie der gewachsenen Konkurrenz im Parteiensystem (von links mit Grünen und Linken, von rechts mit Union, FDP und AfD) und last but not least angesichts der bisherigen Hilflosigkeit im Umgang mit neuen Herausforderungen (von Digitalisierung über Klimawandel bis Zuwanderung), fällt es schwer, der deutschen Sozialdemokratie eine bessere Prognose auszustellen als der europäischen.

Sie muss endlich realisieren, dass der Weg über das praktizierte «Weiter so» als Juniorpartner der Union in die Bedeutungslosigkeit führt. Die stets staatstragende

SPD ist dabei, in dieser Rolle zu verschwinden, erkennbar daran, dass sie sich widerspruchslos von Bundespräsident Steinmeier verpflichtet ließ, mehr dem Land zu dienen als der Partei. Ein wirklicher Parteiführer hätte darauf bestanden, dass es dem Land nicht gut gehen kann, wenn es seiner ältesten und größten Partei schlecht geht. Ändert die SPD nicht ihren Kurs (wofür derzeit rein gar nichts spricht), wird ihr demnächst die Union, die Wirtschaft oder Teile des Bürgertums unsanft bedeuten, dass sie ihre Schuldigkeit getan hat und gehen kann. Weder ein traditioneller Sozialdemokrat noch ein liberaler Erneuerer, also weder ein Corbyn noch ein Macron sind in der SPD absehbar. Kühnert und Mattheis dürften nicht reichen, um wirkliche Erneuerung gegen den «reaktionären Block», diesmal an der eigenen Spitze, durchzusetzen. Die deutsche Gesellschaft könnte eine soziale und demokratische Volkspartei gut brauchen, es spricht aber sehr wenig dafür, dass es noch länger eine geben wird.

Edgar Einemann

SPD 2018: Das Grunddilemma und die Perspektive

1 Die Erfahrung von Aufbruch und Wahlerfolgen nach einer GroKo

1968 befand sich die SPD in einer Großen Koalition und hat in der Regierungsverantwortung gemeinsam mit der CDU/CSU u. a. die Notstandsgesetze verabschiedet. Die vor allem von Studenten und Schülern getragene außerparlamentarische Opposition (APO) hat diese Gesetzgebung als Aktivität zur Untergrabung der Demokratie mit massiven Protesten begleitet, konnte sie aber nicht verhindern. Einige wenige haben danach und im Prozess des Zerfalls der APO den Weg in die SPD (und nicht in die kommunistischen Gruppen aller Couleur) gefunden – auch, weil sich die Jungsozialisten und SPD-Linke vernehmbar als Teil der kritischen Jugend artikuliert und am Widerstand beteiligt haben. In der Zeitschrift «konkret», damals so etwas wie das Zentralorgan der APO, sah der berühmte Schriftsteller Rolf Hochhuth 1968 den endgültigen Absturz der SPD bei den 1969 bevorstehenden Wahlen voraus. Die Anpassung der Partei an die CDU/CSU und ihre Einbindung in das herrschende System würden keine Option für eine glaubwürdige Alternative eröffnen und in die Wahlniederlage führen. Hochhuth schrieb unter dem Titel «Abschied von der SPD»: «Wie 1914, als sie half, die Kriegskredite im Reichstag zu bewilligen; wie 1918, als Reichspräsident Ebert im Namen Deutschlands und der SPD zum Schutze der «bürgerlichen» und der reaktionären Parteien die Reichswehr

gegen die «Roten» zu Hilfe holte, so hat sich auch diesmal wieder durch ihre Koalition mit der 1966 abgewirtschafteten CDU die gute alte Tante SPD «um das Vaterland verdient gemacht» – und das wird ihr, wie anderen Toten auch, wahrscheinlich der Bundespräsident nachrufen, wenn sie nach dem Wahlkampf 1969, stark dezimiert, wieder auf der Oppositionsbank sitzt.» (konkret Nr. 8, August 1968, S. 36). Eine solche Argumentation kann richtig sein – sie muss aber nicht zwangsläufig richtig sein, wie das gute Wahlergebnis der SPD im Jahr 1969, das Verdrängen der CDU/CSU aus der Regierung und die Übernahme der Kanzlerschaft durch Willy Brandt gezeigt haben. Danach folgte nicht der Niedergang, sondern der Aufstieg der SPD: Die Mitgliederzahl stieg auf über 1 Million (1976), bei Wahlen zum Bundestag wurden 45,8% erreicht (1972) und die Partei wurde vor allem durch den langen Atem der Jungsozialisten («Wir sind die SPD der 80er-Jahre») im Zuge eines Generationenwechsels personell erneuert.

Rein theoretisch kann also auch nach einer GroKo gewonnen werden. Die Zauberformel dazu kennt keiner, aber einige Faktoren sind bekannt. Man braucht (1) ein gesellschaftliches Klima, in dem die eigenen Themen auf breites Interesse (und große Zustimmung) stoßen, und (2) für deren kompetente Lösung die eigene Partei steht (Stichworte am Ende der sechziger Jahre vor allem: Demokratisierung der autoritären Gesellschaft und Aussöhnung mit

den im Krieg von Deutschland überfallenen Staaten des Ostens). Hinzukommen muss (3) eine hohe Glaubwürdigkeit des möglichst sympathisch wirkenden Spitzenpersonals (Willy Brandt war z. B. unter Lebensgefahr im Widerstand gegen die Nazis). Personen und Programm müssen Vertrauen produzieren und, wenn möglich, (4) an vorhandene soziale bzw. politische Bewegungen anknüpfen. Dazu muss die Partei (5) Handlungsfähigkeit demonstrieren und in möglichst großer Geschlossenheit agieren. Und am Ende (6) muss den Wählern eine plausible Machtperspektive angeboten werden, was angesichts der Transparenz von Meinungsumfragen auf erschwerte Bedingungen trifft.

Gesellschaftliche Situationen und politische Konstellationen verändern sich im Laufe von Jahren und Jahrzehnten, und es gibt einen längerfristigen Wandel mit langen Wellen der politischen Konjunktur. Die Studentenbewegung des Jahres 1968 war genauso ein Faktor für die Wahlsiege der SPD 1969 und 1972 wie die große Friedens- und Umweltbewegung der achtziger Jahre zur Herausbildung der GRÜNEN beigetragen und den Wahlsieg von Rot-Grün 1998 und die Regierung Schröder/Fischer ermöglicht hat.

2 Die Erfahrung von Flügelbildungen, Spaltungen und Wahlniederlagen

Die Vermutung, dass die Übernahme von Regierungsverantwortung und/oder der Eintritt in Große Koalitionen zu einer massiven Schwächung der SPD führen, hat sich für die Partei in ihrer langen Geschichte oft sehr brutal bewahrheitet. Der Kern des Problems ist seit über 100 Jahren eindeutig identifizierbar. Solange es ein scheinbar

alternativloses kapitalistisches System gibt, hat keine Regierung eine andere Chance, als die Hauptaufgabe des Staates so gut wie möglich zu lösen: die wie auch immer im Detail zu interpretierende Funktion der Stabilisierung eines Systems, das man (vielleicht) mehr oder weniger verändern will. Dieses Grunddilemma kann eskalieren und im Extremfall dazu führen, dass z. B. unter dem Motto «Erst das Land, dann die Partei» in der Regierungspraxis das Gegenteil der Parteiprogrammatik oder der Wahlversprechen exekutiert wird. Die Folge sind innerparteiliche Spaltungen oder gar Abspaltungen und das Entstehen neuer politischer Formationen außerhalb der Partei.

Die historischen Erfahrungen der SPD sind den aktuellen Mitgliedern und vielen Funktionären und Mandatsträgern wahrscheinlich nur begrenzt im Bewusstsein – innerparteiliche Bildungsarbeit hat keine Relevanz. Als einen «Eckpunkt» kann man sich z. B. die Auseinandersetzung zwischen «Reformisten» (u. a. Eduard Bernstein) und «Revolutionären» (u. a. Rosa Luxemburg) um die Frage der Beteiligung an der Gestaltung der Gesellschaft ins Gedächtnis rufen. Die Mehrheit der SPD entschied sich in der Praxis nach 1914 «für das Land»: Im Parlament wurden in der Opposition Kriegskredite für das Kaiserreich bewilligt und mit dem Eintreten in die Staatsführung nach 1918 im Gefolge der Räterevolution (Staatspräsident war der ehemalige Parteisekretär Ebert) wurde z. B. die Verantwortung für blutige Polizeieinsätze gegen aufständische Arbeiter übernommen. Der linke Flügel sammelte sich zunächst in der Gruppe «Spartakus» (der Keimzelle der später gegründeten Kommunistischen Partei) und es entstand eine neue Partei, die unabhängige SPD (USPD), als Abspaltung der SPD-Linken.

Die USPD bekam bei den Reichstagswahlen 1920 immerhin 17,6% (SPD: 21,9% statt vorher 37,9%), die KPD später bis zu 16,9% (1932, die SPD lag bei 20,4%). Vergessen wird oft die Abspaltung der wenig erfolgreichen linken SAPD im Jahr 1931, in der Willy Brandt in seiner Jugend in Lübeck aktiv war.

Die SPD hat ihr Funktionieren für das Land (oder das kapitalistische System) schon vor 100 Jahren mit der Herausbildung neuer linker Parteien und dem Verlust der Hälfte ihrer Wähler bezahlt. Etwas vordergründig kann man sagen, dass die SPD in der Regierungszeit von Helmut Schmidt mit seinem Kurs zugunsten von Nachrüstung und Atomenergie zur Förderung der Friedens- und Umweltbewegung und zur Herausbildung der GRÜNEN Partei beigetragen und Gerhard Schröder vor allem mit seiner Agenda 2010 die Entfremdung der SPD von den Gewerkschaften und die Stabilisierung der LINKEN Partei bewirkt hat; Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Verteidigung der deutschen Freiheit am Hindukusch hatten hier sicher eine zusätzliche Wirkung. Der jeweilige linke Flügel der SPD hat inhaltlich den GRÜNEN oder den LINKEN häufig näher gestanden als der Regierungspraxis der eigenen Partei, die durch das Programm mal mehr und mal weniger gedeckt war. Eine intern gespaltene Partei in der Regierungsverantwortung mit einer zumindest teilweise moderaten konservativen Partei, die manche Außenstehende für sozialdemokratisiert halten, mit zwei eher linken externen Alternativen – keine einfache Konstellation.

Zur vollen Wahrheit gehört auch, dass das (einmal von Thomas von der Vring) als Diagonale von links unten nach rechts oben beschriebene sozialdemokratische

Karrieremuster als Verlauf nicht nur von persönlichen Wegen, sondern auch von politischen Veränderungen ganzer Gruppen zu beobachten ist. Widerstand gegen die Anpassung der in der Regel von Mehrheiten getragenen Parteiführung wird organisiert («links»), und einzelne Exponenten des Widerstands rücken in die Parteiführung auf (oder «linke» Gruppierungen erringen gar die Macht in der Partei) – um dann in der Regierungsverantwortung die Prioritäten zugunsten der Stabilisierung des Systems («erst das Land») zu verschieben und im Bündnis mit «alten Rechten» gegen die (wenigen) verbliebenen prinzipientreuen «Linken» neue Machtachsen zu bilden. Die beschriebenen Mechanismen hat Joachim Raschke schon 1994 am Beispiel der Linken in der Berliner SPD auf 300 Seiten ausführlich analysiert, und auch unser Buch über «Aufstieg und Krise der Generation Schröder» (Thörmer & Einemann 2007) beschreibt solche Strukturen. Eine aktuelle empirische Beweisführung anhand prominenter Personen würde viel Platz erfordern.

In der Praxis gibt es immer Handlungszwänge, aber oft auch Handlungschancen – die von engagierten Reformern konsequent genutzt, von reinen Karrieristen fahrlässig verschenkt werden. Veränderte Situationen, Erfahrungen und Lernprozesse sowie unabwiesbare Rollen-Anforderungen bilden häufig den Hintergrund für Veränderungen von Positionen, die diskutierbar und verständlich und kein Beweis für eine niedere Moral sind. Aber es geht nicht um einzelne Personen und politische Moral nach dem Motto: Karriere oder Prinzipientreue. Es geht vielmehr um den Umgang mit einem Grunddilemma, dass die europäische Sozialdemokratie nach vielen Krisen inzwischen an den Rand ihrer Existenzfähigkeit

gebracht hat. Der Ausfall eines «Bollwerks der Demokratie» kann spätestens in einer sich zuspitzenden ökonomischen Krise zu tektonischen Beben führen: Am Ende der Weimarer Republik reichten 5 Jahre für den Abstieg der SPD (1928: 29,8%; 1933: 18,3%) und den Aufstieg der Nazis (1928: 2,6%; 1933: 43,9%).

3 Dramatische Lage: Totalabsturz der europäischen Sozialdemokratie?

Zu Beginn des Jahres 2018 ist die Ausgangslage für die SPD allerdings trotz erreichter Regierungsbeteiligung im Bund und Regierungsführerschaft in vielen Bundesländern mehr als dramatisch. Dem Rekord-Tief bei der Bundestagswahl 2017 folgten im April 2018 Umfrageergebnisse zwischen 17% und 19%, in der Presse häufen sich Berichte über den Totalabsturz der europäischen Sozialdemokratie. Die ehemaligen Regierungsparteien z. B. in Frankreich, den Niederlanden und Griechenland erreichten Wahlergebnisse von unter 10% und zerlegen sich teilweise selbst. Viele plagt schon die Horror-Vorstellung vom Verschwinden einer ehemals großen politischen Formation in Europa. Heinz Thörmer und ich haben vor über 10 Jahren mit unserem Buch «Aufstieg und Krise der Generation Schröder» (Marburg 2007) Alarm geschlagen. Vor allem das schockierende Ergebnis der SPD bei der Europa-Wahl 2004 (21,5%, Verluste von 9,2%) hat uns zur Entwicklung von (ignorierten) Vorschlägen getrieben. Wir hatten damals die «Hoffnung, dass die 140 Jahre alte Tante SPD nicht auseinanderfällt wie ein marodes Gebäude oder implodiert wie ein defektes Fernsehgerät, sondern dass sie sich bei den weiteren Wahlen zumindest stabilisiert.» (S. 159). Es han-

delt sich danach um einen Niedergang mit Ansage – eigentlich haben es alle gewusst, aber die Alarmstimmung hat nicht zu einer Generalinventur geführt. Die Dominanz der Tagesprobleme und ihre teilweise rechten, teilweise schlechten Lösungsversuche haben den Eindruck eines Durchwurstelns nach dem Motto «weiter so» vermittelt. Das wird so nicht weiter gehen können. Notwendig sind eine Zäsur und die Erarbeitung von neuen Perspektiven.

4 Rahmenbedingungen für die Stabilisierung und den Wiederaufstieg

Es gibt wohl kaum jemanden, der mit wenigen Sätzen ein Patentrezept zur Lösung der Probleme liefern kann. Aber man kann versuchen, auf Basis bekannter Faktoren für Erfolge und Misserfolge zumindest Rahmenbedingungen für die Stabilisierung und den Wiederaufstieg der SPD zu benennen. Dabei geht es darum, das zu beeinflussen, was man selber beeinflussen kann und die (sehr differenzierten) gesellschaftlichen Realitäten zur Kenntnis zu nehmen.

4.1 Themen und Bewegungen

Sicher kann man keine neuen Massenbewegungen aus dem Boden stampfen und auf die Schnelle Sieger-Themen erfinden, zu deren Lösung primär die Sozialdemokratie geeignet ist. Aber vielleicht lässt sich verhindern, dass große Bewegungen an der Sozialdemokratie vorbei oder gar gegen sie entstehen, die dann Wahlerfolge für schwer berechenbare linke, rechte oder völlig neue Formationen vorbereiten. Dazu gehört Ehrlichkeit statt Selbstbetrug. Bei der Analyse der Wahlniederlage der SPD 2017 wurde kaum darauf hingewiesen, dass die CDU/CSU weit größere Verluste erlitten und dass

nicht die Linkspartei wegen des Defizits an sozialer Gerechtigkeit profitiert hat. Fakt ist, dass die angeblich krachend abgewählte Große Koalition mit ca. 14% annähernd so viele Stimmen verloren wie die AFD gewonnen hat – man kann den Eindruck haben, dass viele Bürger primär mit der Lösung der Flüchtlingskrise nicht einverstanden waren. Hier wird kaum ein Sieger-Thema für die SPD zu erwarten sein, aber man braucht genauso Antworten wie für andere zu identifizierende mögliche Gewinner-Themen – die gibt es gesichert, und sie lassen sich befördern.

4.2 Identität und Geschlossenheit

Die Partei braucht (erst recht für das Überleben in einem Vielparteien-System) eine Identität, die sie in ihrem Inneren zusammenhält und nach Außen als «Markenkern» erscheint. Oberste Führung, zehntausende Funktionäre und hunderttausende Mitglieder brauchen eine verbindende Grundüberzeugung, die zwar unterschiedliche Positionen und auch Flügelbildungen erträgt, aber die Existenz von zwei oder mehr Parteien in der Partei mit der Gefahr von Spaltungen verhindert. Das permanente Austarieren von Formelkompromissen und Proporzentscheidungen zwischen mehreren Parteien unter einem Dach ist das Gegenteil von Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit. Eine offene und ehrliche Diskussionskultur zur Klärung strittiger Fragen und die Formulierung bestimmter Anforderungen bei der Selektion von Führungspersonal wären mit Sicherheit hilfreich.

4.3 Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit

Die Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit des Spitzenpersonals (und vor allem des Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandida-

tin) ist von entscheidender Bedeutung. Eine Bewertung des Wahlkampfes von Martin Schulz 2017 habe ich an anderer Stelle unter der Überschrift «Unaufrichtigkeit und Unklarheit ergeben keine Perspektive» (Einemann 2017) vorgenommen. Gerhard Schröder und Franz Müntefering wurden mit ihrer Methode zur Durchsetzung der Agenda 2010 ein «Putsch von oben» (Müntefering nannte das die Verhinderung des Zerredens) und die ernsthafte Beschädigung des «Markenkerns» der Partei (soziale Gerechtigkeit) vorgeworfen, Sigmar Gabriel hat die Partei häufiger über seine wahren Absichten im Unklaren gelassen (seine Fans nannten es clever, viele fühlten sich arg getäuscht) und Martin Schulz hat nach der vielfachen Verkündung von Unsinnigkeiten (an die er selbst nicht geglaubt hat) eine nicht ganz unbekannte Idee umzusetzen versucht: gegen öffentliche Ankündigungen Minister werden nach dem Motto «erst die eigene Person, dann die Partei». Es ist fahrlässig, die Macht der Medien zu unterschätzen – der Sturz von hochrangigen Politikern ist nun einmal das Geschäft von investigativen Journalisten.

Eine personelle Erneuerung beginnt an der obersten Spitze. Wenn glaubwürdige Personen ehrlich mit der Partei umgehen und nach dem Motto «erst die Partei, dann die eigene Person» handeln, ist schon viel gewonnen. Ein positives Beispiel bietet Malu Dreyer aus Rheinland-Pfalz. Die SPD hat in ihrem Bundesland im März/April 2018 zwei verschiedene Umfragewerte anzubieten: Im Falle einer Bundestagswahl käme die SPD auf 23%, bei einer Landtagswahl hingegen würde die Strahlkraft von Malu Dreyer greifen: wohl vor allem dank ihrer sympathischen Ausstrahlung und persönlichen Glaubwürdigkeit könnte die SPD

hier mit 37 % der Stimmen rechnen (Abweichung 14 % nach oben !!!).

4.4 **Machtperspektive und Koalitionsoptionen**

Inhalte und Personen müssen am Ende zu einer ehrlichen Idee der Rolle der Partei in Gesellschaft und Staat führen und Machtperspektiven (Plural!) eröffnen. Dazu gehört natürlich das Ausloten von Konstellationen «links von der Mitte», also Rot-Rot-Grün wie z. B. in Berlin. Auch wenn man nicht so dumm ist, das von vornherein auszuschließen oder/und an einer Torpedierung dieses Projekts durch eigene Parteifreunde scheitert (wie Andrea Ypsilanti 2008 in Hessen), kann das schon allein am Wahlergebnis scheitern. Da nicht alle in die Opposition gehen können, droht eine Große Koalition – als Chance zur Umsetzung wenigstens einiger der eigenen Ziele, aber auch als Risiko der Mithaftung für konservative Politik. Eine Spaltung der Partei an dieser Frage ist auch für die «No-GroKo-Bewegung» wenig hilfreich – für eine USPD wird es nicht reichen, und eine gestärkte Linkspartei sowie eine SPD mit jeweils 15% würden die Machtverhältnisse so schnell auch nicht ändern. Man wird dem Grunddilemma von Systemverwaltung und Gestaltungsanspruch nicht entkommen: nicht im Bündnis mit anderen Parteien an der Spitze von Landesregierungen (das lernen ja gerade GRÜNE und LINKE in Koalitionskonstellationen in Baden-Württemberg und Thüringen) und wohl auch nicht in dem unwahrscheinlichen Fall einer absoluten Mehrheit einer Partei oder Parteiengruppe links von der SPD. Natürlich gibt es individuelle Auswege: Man kann an einer Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse arbeiten und sich für Projekte oder Initiativen jenseits von Parteien engagieren, ist dann aber immer auf die macht-

politische Umsetzung von Veränderungen durch andere angewiesen.

Bei allen (unvermeidbaren) Koalitionen kommt es auf die Feinheiten an, es geht weniger um das «Ob» als vielmehr um das «Wie»: Mit welchen Inhalten und Personen geht man in eine (Große) Koalition hinein, und welche Chancen hat man, erfolgreich wieder aus ihr herauszukommen? Hilfreich ist die Trennung von Parteivorsitz und Ministeramt als Signal: die Partei hat die Freiheit, weitergehende Vorstellungen zu entwickeln und (solidarische!) Kritik am Regierungshandeln zu formulieren. So ist es der SPD z. B. in der Regierungszeit von Helmut Schmidt gut bekommen, dass der Parteivorsitzende Willy Brandt eine gewisse Distanz zur Bundesregierung hatte und u. a. Kontakte in die Friedensbewegung halten konnte. Die Arbeit in einer (großen) Koalition muss nicht zwangsläufig zum eigenen Absturz führen. Es kann durchaus als Hoffnungsschimmer interpretiert werden, dass die SPD bei der Europawahl 2004 in einer Regierung von Rot-Grünen nur 21,5% erreichte (natürlich vor allem eine Quittung für die Agenda 2010), bei der Europawahl 2014 als Juniorpartner in der Großen Koalition aber auf 27,3% kam. Umfrageergebnisse von 33% für die SPD im Bund zu Beginn des Jahres 2017 fallen ebenso in die «GroKo-Zeit» wie das Hamburger Wahlergebnis auf Landesebene, bei dem Olaf Scholz 2005 für die SPD 45,6% erreichte.

5 **Beispiel 1: Klärungen zu Kapitalismus, Menschenbild und Visionen**

Voraussetzung für den Zusammenhalt der Partei ist die Klärung grundlegender Fragen wie z. B. die nach (1) dem Umgang mit dem Konflikt zwischen erforderlicher Systemver-

waltung (in der Regierung) und programmatisch formulierten Interessen an (System-) Veränderungen, (2) dem Menschenbild (und dem Verhältnis von Individuum und Gesellschaft) oder (3) den Leitideen und Visionen für die längerfristige Zukunft der (Welt-)Gesellschaft. Auch dazu muss es hier bei wenigen Anmerkungen bleiben.

5.1 Systemverwaltung, Systemgestaltung, Systemüberwindung?

Als die Jusos nach ihrer «Linkswende» 1969 die SPD verändern und den Kapitalismus überwinden wollten, lautete der Kampfbegriff «systemüberwindende Reformen». Die «rechte» SPD in der Regierung wollte die Maschen des sozialen Netzes enger stricken (so z.B. eine Formulierung des aus der Gewerkschaft hervorgegangenen langjährigen Arbeitsministers Walter Arendt), die Jusos (und insbesondere der ganz linke Juso-Flügel mit dem Anführer Gerhard Schröder aus dem Bezirk Hannover) fanden das entschieden zu angepasst und diskutierten über Wege zum Sozialismus. (Wer das alles erlebt hat, dem fällt es schwer, eine Bemerkung zu unterdrücken: Es wäre wohl ein Segen gewesen, wenn in der Zeit von Schröders Kanzlerschaft und der Agenda 2010 noch jemand wie Walter Arendt etwas zu sagen gehabt hätte).

Die Diskussion über das Maß an Systemveränderung, das die SPD noch anstrebt, ist für die Identität der Partei von Bedeutung. Wenn sich die Partei darauf beschränkt, eine «soziale Marktwirtschaft» und «Wohlstand für alle» erreichen und verteidigen zu wollen (so z.B. der «Wirtschaftsweise» Peter Bofinger im Jahr 2005) – dann werden die Trennlinien zur CDU/CSU zwangsläufig unscharf. Es darf daran erinnert werden, dass das politisch-ökonomische Konzept

mit diesen Bezeichnungen als antisozialistischer Ansatz entwickelt und später von Ludwig Erhard zum Credo seiner Politik zunächst als Wirtschaftsminister und später als Kanzler der CDU gemacht wurde. Politisch mit der SPD verbunden ist das Konzept der «Modernisierung der Volkswirtschaft» (Hauff & Scharpf 1975), das sich als Erfolgsrezept erwiesen hat; eine Leitidee war, in der Weltmarktkonkurrenz durch optimale ökonomische Effizienz z.B. durch Exporterfolge Vorteile zu erzielen und den Wohlstand zu steigern. Die frühere Juso-Kritik (u.a. an einem zu engen Bündnis mit dem nationalen Kapital und an destabilisierenden Effekten von dauerhaften Exportüberschüssen) ist zwar über Jahrzehnte wirkungslos verhallt, aber vielleicht denn doch nicht dauerhaft erledigt.

Der «SPD-Altlinke» Peter von Oertzen hat in seinem Buch zur Begründung eines «neuen Reformismus» (1984) ausführlich dargelegt, dass Sozialismus zwar nötig, aber zumindest in Deutschland nicht möglich ist. Die Jusos haben nach sehr langen Diskussionen zwischen 1982 und 1984 alternative sozialistischen Konzepte vorgelegt (eine Kurzfassung findet sich z.B. bei Einemann 1984), die nach meiner Auffassung aus heutiger Sicht so (u.a. wegen der geringen Beachtung der Globalisierung der Ökonomie und der in ihrer Dimension noch nicht absehbaren digitalen Vernetzung) nicht mehr haltbar sind. Ich neige inzwischen mehr zu vielen der damals von uns kritisierten Einsichten von Peter von Oertzen. Eine neuere Positionsbestimmung zur Gesellschaftsanalyse (Einemann 2014) mit dem Anspruch, einen Beitrag zur Klärung der Frage «was ist heute links» zu leisten, fand nur wenige (allerdings weitgehend zustimmende) Leser; die Bremer Jusos hat-

ten keine Zeit für ein Tagesseminar zu diesem Thema. Ein ausdiskutiertes Konzept für einen neuen Reformismus (mit «systemüberwindenden» Elementen?) wäre ein wichtiger Baustein für eine klare Positionierung der SPD auch gegenüber der CDU/CSU. Wenn sich die SPD als Partei der Gestaltung des Kapitalismus definiert, dann sollte sie nicht hinter die Ideen der katholischen Soziallehre oder des «Arbeitnehmerflügels» der CDU zurückfallen.

5.2 Menschenbild

Die Frage nach dem der Politik zugrunde liegenden Menschenbild ist von zentraler Bedeutung z. B. für den sozialpolitischen Grundansatz. Um es sehr kurz zu machen: Nach meiner Ansicht stimmt es leider nicht, dass der Mensch von Geburt an sozial, edel und gut ist – geboren werden zunächst (zumindest zumeist) kleine Egomane, die erst nach längeren Lernprozessen zu einem Sozialverhalten in der Lage sind, dass kurzfristige Eigeninteressen zugunsten der Interessen anderer oder längerfristiger Allgemeininteressen zurückzustellen bereit ist. Man kann von jedem Menschen – im Rahmen seiner Möglichkeiten – Beiträge zum Gemeinwohl erwarten, und die Gesellschaft hat z. B. das Recht, Verweigerungshaltungen (auch «Sozialmissbrauch») zu sanktionieren. Die von Marx in Aussicht gestellte Realisierung des Prinzips «Jedem nach seinen Bedürfnissen» im «Reich der Freiheit» wird sich auf absehbare Zeit ohne persönliche Leistungen zumindest nicht für alle realisieren lassen. Eine solche Position ist weder asozial noch inhuman. Die Idee vom «Fordern und Fördern» halte ich nicht für das Kernproblem der Agenda 2010; das liegt primär in der «Gerechtigkeitslücke» bei der Behandlung von Menschen, die lange

für die Gesellschaft Werte geschaffen und in Sicherungssysteme eingezahlt haben und natürlich Abstiegsängste entwickeln, wenn sie nach sehr kurzer Zeit den gleichen Status wie Menschen bekommen, die sich nicht besonders für die deutsche Gesellschaft verdient gemacht haben. Die SPD braucht eine gründliche und offene Debatte um die Agenda 2010 und Hartz IV auf Basis der Klärung ihres Menschenbildes und wird weitere Erklärungen liefern müssen, wenn sie verlorenen Boden wieder gut machen will (die 33% in den Umfragen zu Beginn des Jahres 2017 hatten sicher auch mit der Ankündigung zu tun, die Agenda 2010 neu zu bewerten; das Thema war dann mit Gerhard Schröders Auftritt auf dem Wahlparteitag wohl vorerst erledigt).

5.3 Leitideen und Visionen

Für die Gestaltung der Zukunft braucht man eine Idee davon, wie diese denn im Idealfall aussehen sollte und wie man dem Ziel etwas näherkommen kann. Die Vision einer sozial-ökologischen, friedlichen und von Nachhaltigkeit geprägten Weltgesellschaft verlangt natürlich eine Konkretisierung. Schlagworte wie soziale Gerechtigkeit, human gestaltete Modernisierung, sichere Beschäftigung, wirtschaftliches Wohlergehen, Sicherheit, Frieden und Gesundheit für Mensch und Umwelt (Nachhaltigkeit) über die Grenzen Deutschlands hinaus (in der globalisierten Welt gibt es eine Verantwortung für nicht nur für die eigene Nation, sondern auch für die Weltentwicklung, von der das eigene Wohl massiv abhängt) werden hier konstitutiv sein.

Konzepte zur ökologischen Zukunftsgestaltung wurden in der SPD schon diskutiert, als es die GRÜNEN noch gar nicht gab (prominent z. B. von Erhard Eppler, der

schon 1975 das Buch «Ende oder Wende» geschrieben hat), und der ehemalige stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende (neben vielen weiteren Funktionen in der SPD) Hermann Scheer war 1988 der erste Präsident des internationalen Vereins Eurosolar. Wir haben in Bremen zu Beginn der achtziger Jahre kreative sozial-ökologische Zukunftskonzepte aufgegriffen, in der gewerkschaftsnahen Arbeiterbildung erprobt und in die Diskussion bei Jusos und SPD eingebracht (Einemann & Lübbing 1985). Spätestens mit dem Berliner Parteitag 1990 haben solche Vorstellungen die Programmatik der SPD dominiert – hier geht es (von einzelnen Fragen abgesehen) mehr um Zuspitzungen und Klärungen als um völliges Neuland.

Die Relevanz einer klaren Programmatik lässt sich am Beispiel der «Diesel-Krise» verdeutlichen. Die Unternehmenskonstellation bei Volkswagen kommt einigen sozialistischen Vorstellungen von Wirtschaftsdemokratie (Großaktionär ist das sozialdemokratisch regierte Bundesland Niedersachsen, Personalvorstand war der ehemalige SPD-Bundesgeschäftsführer Karlheinz Blessing) und Mitbestimmung (im Aufsichtsrat sind die IG Metall und der Betriebsrat stark vertreten) schon sehr nahe. In der Zeit massiver Luftverschmutzung in den Städten mit negativen Folgen für die Gesundheit der Bevölkerung und von drohenden Fahrverboten für Diesel-PKW, bei deren Schadstoffangaben der VW-Konzern nachweislich betrogen hat, weist das Unternehmen im Jahr 2017 einen Gewinn nach Steuern von über 11 Milliarden Euro aus. Eine Entschädigung für betrogene Autofahrer wie in den USA will und kann der Konzern nicht zahlen, weil er dann angeblich pleite wäre. Verantwortlich und nachhaltig wäre, zumindest den Gewinn für die Nachrüstung von

«Schummel-Autos» einzusetzen; stattdessen gab es die arbeitnehmerfreundliche Lösung: Jeder VW-Arbeiter bekam 4.100 € Bonus. Das sei ihnen persönlich gegönnt, ist politisch aber nicht zu vermitteln, wenn es letztlich auf Kosten von gutgläubigen Autokäufern oder des Steuerzahlers geht. Immerhin hat die neue SPD-Umweltministerin Svenja Schulze die Idee, den Autokonzernen eine Beteiligung an den notwendigen Nachrüstungen abzuverlangen. Das Prinzip sollte lauten: Nachhaltigkeit statt Bereicherung weniger auf Kosten von Menschen und Umwelt.

6 Beispiel 2: Mobilisierende Mitgliederbefragung

In den Jahren von 1991 bis 1993 gab es in der Bonner SPD-Parteizentrale (bei noch über 900.000 Mitgliedern) das Projekt «SPD 2000», bei dem es um die organisatorische Erneuerung der Partei ging; wesentliche Elemente wurden in dem Buch «SPD 2000» (Blessing 1993) dokumentiert. Ein Resultat der Überlegungen war, die satzungsmäßigen Voraussetzungen für die Einführung von Mitgliedervoten als Instrument der innerparteilichen Willensbildung zu schaffen. Die erste Anwendung verdankt die Partei dann Johannes Rau, der nach dem Rücktritt von Björn Engholm als amtierender Parteivorsitzender eine Mitgliederbefragung zur Auswahl des Parteivorsitzenden (mit dem Ergebnis der Wahl von Rudolf Scharping zum Parteivorsitzenden) durchgesetzt hat. Ein kluger Kopf hat das als «paradoxe Intervention» bezeichnet, weil der Landesverband Nordrhein-Westfalen unter normalen Umständen seine Interessen immer auf Parteitag durchsetzen konnte. (Man darf vermuten, dass Rau

1993 vor allem Gerhard Schröder an der Spitze verhindern wollte und ihm das auf einem Parteitag nicht gesichert erschien). Das inzwischen mehrfach (auf Bundesebene bei den GroKo-Entscheidungen 2013 und 2018) erprobte Instrument der Basisbefragung kann allerdings auch zur Einleitung von innerparteilich höchst bedeutsamen politischen Prozessen genutzt werden.

Mein Buchbeitrag zu «SPD 2000» lautete damals «Befragungsaktionen und Zukunftswerkstätten als Instrumente der Organisationspolitik» (Einemann 1993). Wir hatten zu Beginn der achtziger Jahre in Bremen in der betriebsnahen Arbeiterbildung das Konzept der «mobilisierenden Betroffenenforschung» mit Beschäftigten und ihren IG Metall-Betriebsräten in der Werftindustrie und im Flugzeugbau erfolgreich eingesetzt (Einemann & Lübbling 1987) und mein Vorschlag war, in der Parteiarbeit darauf zurückzugreifen.

Die Idee habe ich 1993 (S. 82) so skizziert: Das Ziel von innerparteilichen «mobilisierenden Befragungsaktivitäten» besteht darin, eine Optimierung der politischen Arbeit im Dialog mit den «Betroffenen» zu erreichen. Das Grundmuster besteht darin,

- von einer kleinen Projektgruppe besonders Engagierter einen Fragebogen entwickeln und testen zu lassen,
- den Befragten den Fragebogen mit entsprechender Werbung zugehen zu lassen und ihn mit einer möglichst hohen Beteiligung zurück zu erhalten,
- eine Auswertung vorzunehmen und strategische Konsequenzen zu formulieren,
- die Ergebnisse der Befragung allen Befragten zurück zu vermitteln sowie
- eine politische Diskussion unter möglichst breiter Beteiligung über die Ergebnisse der Befragung zu erreichen.

Auf diesem Weg besteht auch die Möglichkeit, Hinweise auf Beteiligungschancen für die Befragten zu geben: Sie werden zu Diskussionen eingeladen, und sie werden möglicherweise auch nach ihrer Aktivitätsbereitschaft gefragt, die wiederum die Grundlage für neue Angebote der Partei sein könnte.

2007 haben wir (Thörmer & Einemann 2007, S. 159) den Vorschlag in anderer Form erneut vorgetragen: Wenn sich die Basis zu wichtigen Dingen wirklich gefragt fühlt, kann eine überraschende Aktivität entstehen. Unser Vorschlag: Macht eine «mobilisierende Mitgliederbefragung». Schickt die Funktionäre mit Fragebögen in die Wohnzimmer oder ruft die Mitglieder in die Versammlungslokale, wertet die Ergebnisse aus und macht sie zum Gegenstand einer breiten Kommunikation in den Ortsvereinen. Nehmt die Meinungsbildung von unten ernst, fragt nach Gründen für den Frust und nach Alternativ-Ideen. Konfrontiert die Regierenden mit den Wünschen der Partei und erklärt, was geht und was nicht. Ein sicherer Nebeneffekt: die journalistische Begleitung der Aktion wird einen unbezahlbaren Werbewert bekommen und möglicherweise ja sogar zu einer Umkehr des negativen Trends bei der Mitgliederentwicklung beitragen.

Heute würde man ergänzen: Es eröffnet sich die Chance zur Klärung vieler Positionen, zur Stärkung des Zusammenhalts in der Partei, zur Bekämpfung von Frustrationen, zur Erhöhung der Wahlkampffähigkeit und zur Verhinderung von Parteiaustritten und vielleicht ja sogar zur Gewinnung neuer Mitglieder. Und vielleicht gelingt es ja auch, mit neuer Glaubwürdigkeit ehemalige Mitglieder und Multiplikatoren zumindest als Unterstützer zurückzugewinnen.

Nachbemerkung

Dieser Text wurde vor dem SPD-Parteitag Ende April 2018 verfasst. Insofern konnten die ersten parteioffiziellen Ansätze zur «Erneuerung» nicht in die Überlegungen einbezogen werden. Zu befürchten ist allerdings, dass die inhaltlichen Diskussionen auf die aktuellen Kernthemen begrenzt bleiben und tiefere Grundsatzfragen bestenfalls in den kleinen Zirkeln der «üblichen Verdächtigen» erörtert werden. Und Online-Befragungen von Mitgliedern können auch den Status einer politisch eher nebensächlichen «Modernisierungs-Show» behalten, wenn sie nicht in Aktivierungs- und Politisierungsprozesse eingebunden werden.

Literatur

- Blessing, K. H. (Hrsg.). *SPD 2000*. Marburg: SP-Verlag.
- Bofinger, P. (2005). *Wir sind besser, als wir glauben. Wohlstand für alle*. München: Pearson Studium.
- Einemann, E. (1985). *SPD: Moderner Kapitalismus oder Sozialismus? Sozialistische Praxis* Heft 1/85, 24–28. Abrufbar unter http://www.einemann.de/Dokumente/1985_Moderner_Kapitalismus.pdf.
- Einemann, E. & Lübbling, E. (1985). *Anders Produzieren*. Marburg: SP-Verlag. Abrufbar unter http://www.einemann.de/Schriften/1985_Alternative_Produktion_Buch.html.
- Einemann, E. & Lübbling, E. (1987). *Politisches Lernen und Handeln im Betrieb*. Marburg: SP Verlag. Abrufbar unter http://www.einemann.de/Schriften/1987_Projekt_Pol_Bildung_Buch.html.
- Einemann, E. (1993). Befragungsaktionen und Zukunftswerkstätten als Instrumente der Organisationspolitik. In K. H. Blessing (Hrsg.). *SPD 2000* (S. 79–84). Marburg: SP-Verlag. Abrufbar unter http://www.einemann.de/Schriften/1993_SPD_2000_Buch.html.
- Einemann, E. (2014). *Bausteine zur Analyse der Gesellschaft*. Abrufbar unter http://www.einemann.de/Dokumente/Einemann_Gesellschaftsanalyse.pdf.
- Einemann, E. (2017, 24. Oktober). *Schulz-Wahlkampf 2017: Unaufrichtigkeit und Unklarheit ergeben keine Perspektive*. Abrufbar unter http://www.einemann.de/Dokumente/2017_Schulz_Wahlkampf.pdf
- Eppler, E. (1975). *Ende oder Wende?* Stuttgart: Kohlhammer.
- Hauff, V., & Scharpf, F. W. (1975). *Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik*. Frankfurt a. M.: Europäische Verlags-Anstalt.
- Hochhuth, R. (1968). *Abschied von der SPD. konkret* Nr. 8, August 1968, S. 36–40.
- Oertzen, P. v. (1984). *Für einen neuen Reformismus*. Hamburg: VSA.
- Raschke, J. (1974). *Innerparteiliche Opposition*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Thörmer, H. & Einemann, E. (2007). *Aufstieg und Krise der Generation Schröder*. Marburg: Schüren. Abrufbar unter http://www.einemann.de/Schriften/2007_SPD_Buch.html.

12 Thesen zur Krise der Sozialdemokratie

1.

Die Sozialdemokratie befindet sich in einer tiefen Krise, nicht zuletzt, weil die von ihr einst vertretene Klasse an gesellschaftlicher Relevanz wie an wirksamem Bewusstsein zur politischen Aktion verloren hat. Der dahinter liegende soziologische Wandlungsprozess der Gesellschaft ist kein neues Phänomen, sondern Ausdruck des etablierten Sozialstaats und eines politisch wie wirtschaftlich-technologisch bedingten Wandels. Es ist sozusagen Teil des Erfolgs von Sozial- und Christdemokratie die Arbeiterschaft in die Gesellschaft integriert zu haben. Während die christdemokratische Konkurrenz über ihre konservativen und liberalen Wurzeln grundsätzlich breiter aufgestellt ist (dafür durch die rückläufige Kirchenbindung Probleme hat, dieses zusammenzuführen), war die Sozialdemokratie stets stärker gefordert, sich gleichsam neu zu erfinden. Ihr ist es in der Vergangenheit immer wieder sehr gut gelungen, durch politische Angebote an andere gesellschaftliche Schichten die schrumpfende Bedeutung der Arbeiterschaft auszugleichen, teilweise sogar überzukompensieren. Sowohl die volksparteiliche Orientierung der 1960er-Jahre, die Bezugnahme auf die ökologischen Bewegungen der 1980er-Jahre als auch die Strategie des Dritten Wegs zielten darauf ab und waren bei den Wahlen letztlich auch recht erfolgreich. Die sozialdemokratische Hegemonie in Westeuropa in den 1970er- und am Ende der 1990er-Jahre spricht jedenfalls dafür. Im Anschluss an

den Dritten Weg ist es der Sozialdemokratie jedoch nicht gelungen, eine programmatische Klammer zu finden, welche die zahlreichen Reformansätze zur gesellschaftlichen Modernisierung, die sich nach wie vor vertritt, sinnstiftend zusammenführen und verdichten.

2.

Durch den Prozess der gesellschaftlichen Modernisierung ist auch die Zusammensetzung der SPD eine andere geworden. Die Partei hat sich akademisiert und zugleich von ihrer sozialen Zusammensetzung her verengt. Die politische Sozialisation des Parteienwachstums hat sich in den letzten 20 Jahren vorwiegend innerhalb der SPD vollzogen. Eine Bezugnahme auf gesellschaftliche Bewegungen, Institutionen, Vereine oder Organisationen hat es zunehmend weniger gegeben. Das drückt sich auch in der Parteiführung aus: Ein Drittel der Mitglieder des jetzigen Parteivorstands hat sich beruflich zudem fast ausschließlich als Abgeordnetenmitarbeiter, Ministeriumsreferent, Büroleiter oder Abgeordneter verdingt. Dadurch fehlen natürlich gewachsene Schnittstellen in die Gesellschaft. Die SPD muss versuchen, wieder verstärkt Umsteiger aus den Gewerkschaften, den Betrieben, den Sozialverbänden, den Kirchen, den Sportvereinen oder den Bildungseinrichtungen für ein Mandat oder ein Amt zu gewinnen. Gerade im Hinblick darauf muss sie die über Jahre brach gelegene Mitgliederwerbung wieder aktivieren. Verfügbare Ressourcen der Par-

tei sollten in erster Linie in die Gewinnung neuer Mitglieder investiert werden. Dazu gehört auch, dass die SPD wieder Multiplikatoren in Wirtschaft, Medien oder Wissenschaft gewinnen oder diese für sich einbinden muss. Dass dieses zurzeit nicht gelingt, offenbaren insbesondere die Wählerinitiativen der letzten Wahlkämpfen. Die mitwirkenden Prominenten sind vorwiegend mittlerweile in einem fortgeschrittenen Alter.

3.

Die politische Ansprache der SPD zielt auf eine vielschichtige Wählerkoalition, der mit einem Bündel von Reformansätzen suggeriert werden soll, dass sie anständig regiert wird, wenn die SPD ans Ruder kommt. Dabei fußt die Argumentation auf zwei zentralen Schwachstellen. So wird auf der einen Seite das Regierungshandeln der letzten fast 20 Jahre von der SPD selbst nicht wertgeschätzt, verteidigt oder kommuniziert. Vielmehr übernimmt die SPD jenen Grundton in der Gesellschaft, der – durchaus auch zurecht – auf Defizite dieser Politik hinweist. Das hat zur Folge, dass die SPD zum anderen schnell eine rückwärtsgerichtete Debatte darüber führt, was sie in der Vergangenheit falsch gemacht hat oder falsch gemacht haben könnte. Dadurch verliert die SPD aber die Fähigkeit nach vorne gerichtet darzulegen, was sie künftig besser machen wird.

4.

Die SPD muss bei der Festlegung ihrer politischen Schwerpunkte aufpassen, dass sie nicht die gesellschaftspolitische Dimension überbetont. Arbeit, Soziale Sicherheit und Bildung sind die Eckpfeiler, auf denen sich ein programmatischer Fundus langfristig aufbauen muss. Dieses sind die Schlüsselthemen, in welchen sich die Lebensreali-

täten der meisten Menschen widerspiegeln. Alle anderen Themen sind nicht unwichtig, doch nur in Rückbezug zu diesen drei Themen kann an die sozialdemokratische Erzählung der letzten 150 Jahre angeschlossen werden. Nur über diese drei Themen kann die SPD so etwas wie einen Markenkern definieren. Anders formuliert: Wenn es der SPD nicht gelingt, die zentralen Debatten, die in diesen Politikfeldern geführt werden, auch in der eigenen Partei zu führen, so wird sie keine Klientel an sich dauerhaft und nachhaltig binden können. Forderungen nach Familiennachzug Geflüchteter, Aufhebung des Kooperationsverbots, Einführung einer Bürgerversicherung oder nach der Festschreibung eines bestimmten Rentenniveaus sind alle legitim, teils auch in der Sache auch unumgänglich, doch die Debatten darum sind in Diktion, politischer Beschreibung und Emotionalisierung letztlich Diskurse politisch-Intellektueller Eliten. Sie taugen in ihrer Komplexität nicht, Wähler zu mobilisieren. Politisches Handeln muss sich praktisch an erfahrbaren Beispielen ausrichten, anderenfalls bleibt es zu abstrakt.

5.

Die SPD wird keinen gesellschaftlichen Diskurs gewinnen, in dem sie allein auf die sozialen Unwuchten hinweist. Sie braucht immer auch ein Modernisierungsprogramm der gesellschaftlichen und nicht zuletzt der wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie muss dabei klar benennen, wer von ihrer Politik profitieren wird und wer nicht. Eine Strategie, die es allen recht machen will, wird scheitern. In der Kommunikation muss es sich um Instrumente handeln, die leicht und einfach zu verstehen sind. Es braucht nicht das zigste elaborierte Renten-, Steuer- oder Gesundheitsreformkonzept, sondern

wenige, gut nachvollziehbare Forderungen. Diese müssen sicherlich eingebettet sein in Konzepte, wichtiger ist aber eine Erzählung, die das Handeln in der Vergangenheit in Bezug setzt zu dem, was in der Zukunft geplant ist. Die Zukunft muss von der SPD dabei in leuchtenden Farben beschrieben werden und muss Hoffnung ausstrahlen. Der Glanz dieser Erzählung wiederum muss in den Taten der Gegenwart erkennbar sein. Grundsatzprogramm, Wahlprogramme und auch langfristig angelegte Aktionsprogramme sollten vor diesem Hintergrund prägnanter formuliert sein, sich indes auch wieder stärker aufeinander beziehen. Weil dieses ausgeblieben ist, hat das Hamburger Programm nie Relevanz für die sozialdemokratische Erzählung erlangen können. Weder der «vorsorgende Sozialstaat» noch die «solidarische Bürgergesellschaft» noch die «Teilhabe am Haben und Sagen» sind ausstrahlungsfähige Chiffren sozialdemokratischer Regierungspolitik geworden, obwohl sie seinerzeit prominent im Hamburger Programm verankert waren.

6.

Dieses schließt ein, politische Angebote auch und gerade in Politikfeldern zu formulieren, in denen sowohl der Reformbedarf hoch ist als auch die Fehler der Vergangenheit nicht zur Identitätskrise der SPD geführt haben. Die Lage im Pflegesystem etwa stellt die Gesellschaft vor eine längerfristige Herausforderung, bei welcher Antworten gebraucht werden, die deutlich über die Frage der Finanzierung hinausgehen. Das Steuersystem produziert mit seinem widersprüchlichen System aus Progression und der Absetzbarkeit von Leistungen in Form der Verminderung des zu versteuernden Einkommens den Effekt, dass Bes-

serverdienende vom Finanzamt mehr wieder bekommen als weniger solvente Steuerzahler. Hieran anzusetzen, könnte einen wirksameren Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit liefern als die Reform der sozialen Sicherungssysteme vermag.

7.

Wenn schon in der Vergangenheit nach einem Kardinalsfehler gesucht wird, so ist die Erhöhung der Umsatzsteuer nach der Bundestagswahl 2005 der eigentliche zentrale Vertrauensbruch gewesen. Wenn die damalige Argumentation hinsichtlich der Verteilungsfrage richtig ist, wonach die Umsatzsteuer gerade Haushalte mit geringeren Einkommen stärker belastet als besser gestellte Haushalte (und es spricht einiges dafür), dann wäre die Senkung dieser Steuer ein probates Mittel, um für den sozialen Ausgleich wieder eine griffige Forderung zu popularisieren, die zudem wirklich jedem deutlich macht, wie unter welchen Umständen (bessere Finanzlage, besser Wirtschaftslage, ausgeglichener Haushalt) die SPD ihre Politik der Vergangenheit korrigiert.

8.

Der SPD gelingt es gegenwärtig nicht, Begriffe für sich zu besetzen oder für laufende gesellschaftliche Debatten eine Deutung vorzulegen. So kann die SPD für sich nicht beschreiben, welche positiven Effekte die Digitalisierung für die Entwicklung der Produktivkräfte haben kann und damit welches Potenzial zur Humanisierung der Arbeitswelt damit verbunden sein kann. Nur ansatzweise gelingt es, die Risiken zu bewerten, was wiederum zur Folge haben kann, dass die SPD sich in eine Bedenkenträgerrolle begibt. Klar ist, dass der Produktivitätsschub Gewinner und Verlierer hervor-

bringen wird. Die Fähigkeit der frühen Sozialdemokratie bestand darin, die Gewinner der wirtschaftlichen Dynamik für sich zu gewinnen und den Verlierern einen Weg aufzuzeigen, wie am Ende des Prozesses auch sie von der wirtschaftlich-technologischen Entwicklung profitieren können.

9.

Auch die Antithese zum Globalisierungsdiskurs der vergangenen Jahre kann die SPD nicht mit eigenen Deutungen unterlegen. Unter dem Begriff der Heimat beginnen mittlerweile nicht nur die Feuilletons die Überschaubarkeit sozialer Beziehungen wertzuschätzen. Dabei will ein Großteil der Menschen trotz aller Bereitschaft zu Mobilität und Flexibilität nicht aus den gewohnten sozialen Beziehungen gerissen werden. Man muss sich bewusst sein, dass gerade in Ostdeutschland dieser Prozess eine besondere Dynamik erfahren hat. Zwei Drittel der Menschen haben sich nach 1990 beruflich umorientieren müssen, alle haben sich an die kapitalistischen Verhältnisse der sozialen Marktwirtschaft ausrichten müssen. In Westdeutschland wiederum war die gesellschaftliche Modernisierung der vergangenen 15 Jahre erheblich. Gerade die Neuorganisation der Familienarbeit, der Versuch, die tradierten Geschlechterrollen zu überwinden, und die daran auch orientierte Neuausrichtung sozialer Sicherungssysteme hat traditionelle Formen gesellschaftlicher Arbeitsteilung hinfällig werden lassen. Die Bereitschaft zu umfassender Reformpolitik oder die Sehnsucht nach einem Politikwechsel treibt nicht mehr an, zu groß sind die Erschöpfungen hinsichtlich der Veränderungsprozessen der letzten Jahrzehnte. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland gibt es daher die Suche nach identitätsstiftenden Mustern, die – auch

das ein wichtiges Moment gesellschaftlicher Modernisierung – eben vorwiegend nicht an einen Nationsbegriff gebunden sind, wohl aber die Übersichtlichkeit eines örtlichen und regionalen Gemeinwesens besitzen sollen.

10.

Die SPD hat über Jahrzehnte geradezu ehrfürchtig ihr Führungspersonal gestützt. Bis in die 1990er-Jahre hinein war der Vorsitz der SPD ein Amt, das nicht nur aus machtpolitischen Interessen heraus besetzt wurde, sondern dass mit Hingabe durch den Amtsinhaber ausgefüllt wurde beziehungsweise dem die Basis der Partei huldigte. Seit die SPD in den Ländern starke Bastionen in Regierungsverantwortung aufgebaut hat, haben die Staatskanzleien mehr Bedeutung erlangt. Ein Amt in der Parteispitze wird bestenfalls so nebenbei mal mitgenommen, die Zahl der Stellvertreter ist entsprechend derart expandiert, dass niemand sich mehr genötigt sieht, Verantwortung für das große Ganze zu übernehmen, sondern man repräsentiert seinen Sprengel, seine Mikroströmung oder gar sein Partikularinteresse in der Führung der Partei. Entsprechend werden personelle Konflikte nicht mehr ausgetragen, sondern durch Vergrößerung von Vorständen oder die Kreation neuer Ämter und Posten umgangen. Während auf der einen Seite so das Nebeneinander verschiedener Ansätze gepflegt wird, steht der jeweilige Kanzlerkandidat oder Parteivorsitzende so im Fokus, dass man ihm nicht mehr zuarbeitet, ihn nicht mehr stützt, sondern ihn im Zweifelsfalle so lange mobbt, beschädigt oder demontiert, bis ein anderer kommt. Man redet in der Parteiführung offenkundig zu wenig darüber, was die Politik in den Kommunen, in den Ländern, im Bund und Europa miteinander verbindet.

11.

Die Europäische Union ist ein insgesamt erfolgreiches konservatives Projekt. Die SPD hat jenseits ihrer Emphase für internationale Zusammenarbeit und weitere Vertiefung der Union bisher keine Antwort darauf finden können, wie das Projekt der technokratischen Eliten im Brüssel so politisiert werden kann, dass die europäischen Debatten nachvollziehbar werden und dass der jeweilige Standpunkt der Europäischen Sozialdemokratie herausgearbeitet wird. Dabei braucht es sowohl eine Vorstellung davon, wie die Institutionen weiterentwickelt werden können, als auch eine klare Beschreibung, was das soziale Europa ausmachen soll. Die Vereinigten Staaten von Europa mögen dabei zwar eine hübsche Vision sein, doch geht diese am augenblicklichen Zustand der EU vorbei.

12.

Der SPD helfen auch keine Debatten um Koalitionsmodelle. Die Zustimmung für die drei Parteien, die gemeinhin links der

Mitte einsortiert werden (SPD, Grüne und Linke) erreichte 2017 noch nicht einmal die Zustimmung, welche 1998 die SPD alleine bei der Bundestagswahl erreicht hat. Jede Koalition, egal mit wem, egal in welchem Regierungsformat, kann nur so sozialdemokratisch agieren, wie die SPD eigene Stärke entwickelt. Zentral ist, dass die SPD bei den Wahlen der letzten 20 Jahre nicht nur nach links hin verloren hat, sondern in größerem Maße nach rechts, zu den Nichtwählern oder an den Generationenwechsel. Dabei muss klar sein, dass ein nicht unerheblicher Teil dieser Verluste struktureller Natur ist. Diese Wähler werden sich nur zu einem kleinen Teil zurückgewinnen lassen. Die SPD wird nur eine Zukunft haben, wenn sie über den Generationswechsel hinweg neue Wählerschichten erschließt. Einen Hoffnungsschimmer vermitteln die Neumitglieder, die 2017 beigetreten sind und dazu gesorgt haben, dass der SPD erstmals seit Jahrzehnten wieder ein Mitgliederzuwachs gelungen ist.

Max Reinhardt

Vergleichende, multidimensionale Sozialgeschichte als Beitrag zur Wähler- und Parteienforschung

Naturgegebener Niedergang der SPD oder politischer Repräsentationsverlust von Arbeitnehmern?¹

Einleitung

Die historiografische Erforschung der sozialen Demokratie und ihrer Bewegungen schützt vor Simplifizierungen und Trugschlüssen wie der scheinbar unaufhaltsamen Erosion sozialer Milieus oder und der sie politisch repräsentierenden Volksparteien (Vester u.a. 2001). Dabei werden allzu häufig verschiedene Dimensionen ausgeblendet. Dabei zeigt die Entwicklung der Sozialgeschichte (bzw. der vergleichenden Geschichtswissenschaft) beispielhaft, dass die Krise der sozialen Demokratie und der Repräsentation ihrer Bewegungen nur multidimensional erklärt werden kann. Der Gegensatz zwischen der Geschichte von Königinnen und Königen bzw. einzelner Individuen oder der Verengung auf die Transformation einer Sozialstruktur ohne Akteure ist veraltet (Reinhardt 2011, S. 42–45). Eine Sozialgeschichte, die nicht neuen Moden hinterherläuft, sondern mul-

tidimensional und auch multimethodisch arbeitet, findet viele Überschneidungen zu historisch arbeitenden Soziologen wie Bourdieu. Gerade die langfristigen Untersuchungen können Krisen, auch die Krise der SPD, erklären und zeigen, dass ihre Überwindungen ebenso Zeit brauchen, denn Vertrauensverhältnisse können nur langfristig aufgebaut werden.

1 Vergleichende Geschichtswissenschaft

Jürgen Kocka unterscheidet in einem Gespräch mit Pierre Bourdieu und anderen² die vergleichenden, analytisch vorgehenden Historiker, die den Sozialwissenschaften nahe stehen, von den Historikern in der «Tradition des Historismus» (Pierre Bourdieu im Gespräch mit Christophe Charle, Hartmut Kaelble und Jürgen Kocka 2004, S. 89). Die vergleichende Methode ersetzt, so Kocka weiter, die «Forschungslaborato-

1 Der Artikel basiert in Teilen auf einem Vortragsmanuscript des Autors Max Reinhardt mit dem Titel «Die Erforschung der sozialen Demokratie und ihrer Bewegungen. Historiografische Fundamente, interdisziplinäre Weiterentwicklungen und neue Fragen und Methoden» aus dem Jahre 2015 (FES-Konferenz in Bonn) und ist eine überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Fassung.

2 Während der Pariser Tagung am 18. September 1993 am *Collège de France* mit Pierre Bourdieu, dem französischen Historiker Christophe Charle und den beiden deutschen Sozialhistorikern Hartmut Kaelble und Jürgen Kocka, beide Freie Universität Berlin. Kocka war zudem Mitbegründer der Bielefelder Schule der Sozialhistoriker und später Direktor am Zentrum für Vergleichende Geschichte Europas, später Kolleg für Vergleichende Geschichte Europas.

rien», wie sie z. B. Bourdieu nutzt, und «dient der Erklärung von Kausalitäten», während Alltagswissenschaftler «der ‚*thick description*‘ (Anm. des Verf. der dichten Beschreibung) verhaftet (sind), der Rekonstruktion komplexer Fälle» (ebd.).

Das Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Soziologie ist zwar, so Kocka, heute weniger gespannt als

zwischen 1960 und 1970, aber mit der Rückkehr zur Sprache, zum Bericht, zur Erzählung und zur Fiktion in der Geschichtswissenschaft entfernt man sich wieder von der Soziologie. [...] Die Historiker definieren gern komplexe Situationen und präzise Kontexte. Deshalb muss das von der vergleichenden Geschichtswissenschaft implizierte Gleichgewicht zwischen Abstraktion und Kontext gewahrt bleiben, was leichter fällt, wenn eine kleine Anzahl vergleichender Termini erhalten bleibt. (ebd., S. 90)

Die Stärke der vergleichenden Geschichtswissenschaft ist ihre Fähigkeit zur präzisen Definition. (ebd., S. 90)

Hartmut Kaelble sieht vier Hindernisse für die vergleichende Geschichtswissenschaft:

1. Denken in Besonderheiten
2. Kontextinterpretation
3. Die Sprache. «Begriffe wie ‚Familie‘, ‚Arbeit‘ usw.» sind historisch und länderübergreifend nie identisch.
4. Unterschiedliche Quellenlage (ebd., S. 91).

Es stellt sich die Frage, warum die Sozialhistoriker Kocka und Kaelble statt von Sozialgeschichte von vergleichender Geschichte sprechen. Die deutschen Historiker des 19. Jahrhunderts wie Leopold von Ranke und

Johann Gustav Droysen lehnten die vergleichende Methode nämlich ab. Ihre «Kernbegriffe hießen», so Thomas Welskopp in seinem Artikel «Vergleichende Geschichte»

Individualität, Kontinuität und Entwicklung. Geschichte sollte für die Historiker eine Auffassung der sozialen, menschlichen Welt als ständiges Werden und Vergehen sein, dessen einzelne Momente nicht nur Durchgangsstadien waren, sondern der eigentliche Modus, in dem sich das ansonsten nicht fassbare Unendliche im Endlichen – oder das Allgemeine im Besonderen – allein manifestierte. Deshalb besaß jeder dieser geschichtlichen Momente einen Eigenwert als nicht weiter reduzierbare Individualität. (Welskopp 2010, S. 1)

Die vergleichenden Historiker, so Welskopp weiter,

erhofften sich durch die scientistische Arbeits- und Denkweise, die mit einem Vergleich vermeintlich verbunden schien, einen für die Geschichte als hermeneutische Geisteswissenschaft angeblich nicht erreichbaren Zugewinn an Präzision und kausaler Erklärungskraft. (S. 4)

Sie übernahmen die vergleichende Methodenforschung von Emil Durkheim, das «indirekte[n] Experiment» und von John Stuart Mill, die *method of difference* und die *method of agreement*, d.h. ein Faktor ist entweder unterschiedlich oder ein Faktor ist übereinstimmend (ebd.). Nach Welskopp blieb dieser Ansatz aber unzureichend, wenn er nicht theoriegeleitet war, denn «de(r) theoretische[n] Ansatz[es] erlaubt» «eine präzisere empirische Überprüfung [...] als jede Einzelstudie» (ebd., S. 5).

Historisch orientierte Soziologe[n] wie Max Weber» hingegen «gingen von der heuristischen Begriffsbildung aus, um über die empirische Typenbildung zur historischen Theorieformulierung zu gelangen. Der Erkenntnisprozess begann mit einer wertgeleiteten Konstruktion begrifflicher Konzepte, welche die beobachteten Zusammenhänge ‚denkend ordneten‘ und im Prozess dieses Vorgehens auf eigene Grenzen stießen, was eine Modifikation der theoretischen Ausgangslage erforderte. Resultat der Weberschen Forschungen waren dann theoretisches Zusammenhangswissen in Form eines Kategorienkatalogs auf der einen, historisch gesättigte Typologien auf der anderen Seite. (ebd., S. 6)

Weber hatte Methoden erarbeitet, die auch heute noch weiterentwickelt werden. Aber noch waren die Vertreter der vergleichend arbeitenden Historiker eher eine kleine Schar von «Spezialprofessuren für Wirtschaft- und Sozialgeschichte» (Kocka 2002, S. 6). Durch den Nationalsozialismus war die Tradition sozialistischer Sozialhistoriker weitgehend vernichtet worden. Einzelne sozialdemokratische Volkskundler konnten die Tradition in anderer Form fortsetzen. So gründete Georg Eckert 1961 das Archiv für Sozialgeschichte (ebd., S. 11), deren heutige Leiterin Anja Kruke ist.

Die modernisierungstheoretisch arbeitenden Historiker und historischen Soziologen brachten in den 1960er-Jahre einen qualitativen Schub, auch um den deutschen «Sonderweg» zu erklären, häufig durch die Kontrastierung weniger «Vergleichspartner» (vgl. ebd., S. 8). Hinsichtlich der Erklärung von Wahlverhalten waren es zum Beispiel Martin Lipset und Stein Rokkan, die durch ihre Länderstudien und in Abgrenzung zu

orthodox-marxistischen Forschern die Cleavage-Theorie begründeten, an die der deutsche historisch arbeitende Soziologe Mario Rainer Lepsius anknüpfte und die Entstehung *sozialmoralischer Milieus* als «historischem Sonderfall» der Einheit von gesellschaftspolitischem Lager und Alltagsmilieus erklären konnte, nämlich aufgrund eines fehlenden Bündnisses von liberalem Bürgertum und Arbeiterschaft und der Ausgrenzung der Arbeiterbewegung durch ein Bündnis von konservativem, protestantischem Bürgertum (Bismarck) und Monarchie (Wilhelm I). Der Aufstieg des Nationalsozialismus wiederum konnte durch die Überlagerung und Kulmination gesellschaftspolitischer Konfliktlinien (ökonomisch, religiös und regional) erklärt werden, die Bündnisse zwischen den Lagern erheblich erschwerten. Nach 1945 wiederum konnten sie institutionell über den Wohlfahrtsstaat vermittelt entspannt werden (Lepsius 1993; zusammenfassend vgl. auch Vester u. a. 2001, S. 16 f.). Eine weitere Fortentwicklung sind die Analysen des dänischen Soziologen Esping-Andersen (1996) zu den Wohlfahrtsstaatspfaden: liberal und marktorientiert, konservativ-kirchenorientiert und patriarchalisch sowie sozialdemokratisch mit einer staatlichen Förderung der Individuen von der Kindheit bis zur Rente zur Stärkung einer Unabhängigkeit vom Markt und einer hohen «Mittelschichtloyalität» (ebd., S. 53).

Kocka hat 2002 in seinem Artikel «Sozialgeschichte in Deutschland seit 1945 Aufstieg – Krise – Perspektiven» anlässlich des 40-jährigen Geburtstages des *Instituts für Sozialgeschichte Braunschweig - Bonn* Sozialgeschichte als Gesellschaftsgeschichte beschrieben und ihre Methodenvielfalt benannt:

Statistik, Kartographie, Typologie, theorieorientierte Argumentation und Zusammenarbeit mit den Sozialwissenschaften.

(Kocka 2002, S. 19)

Die Sozialgeschichte war (und ist) in der Lage multidimensional zu analysieren, was sie besonders attraktiv machte, obwohl sie trotz Zulaufs nie zum Mainstream wurde. Vielleicht wurde sie gerade deshalb für kritische Wissenschaftler interessant. Sozialhistoriker waren, trotz heftiger Konflikte, auch in der Lage, die Alltagsgeschichte als «Geschichte von unten und innen» als «die Geschichte der Wahrnehmungen, der Erfahrungen, der Verarbeitungsweisen, der Alltagspraxis» zu integrieren (Kocka 2002, S. 22). Dies war auch gut so, denn der Gegensatz zwischen Makro- und Mikroebene war ein künstlicher ebenso wie der zwischen Objektivität und Subjektivität oder zwischen Strukturalismus und Individual- bzw. Akteursebene.

Seit den 1980er-Jahren sind zahlreiche vergleichend gearbeitete historische Studien entstanden, von denen einige auch die These vom deutschen Sonderweg revidierten (Welskopp 2010, S. 9). Auch Helga Grebing hob hervor, dass die Sonderwegsthese «der Auffassung Vorschub» leisten würde, «dass Kapitalismus und freiheitliche Demokratie gewissermaßen Zwillinge» seien. Die Sonderwegsthese konnte den allgemeinen Aufstieg des Faschismus auch in demokratischen Ländern nicht ausreichend erklären (Grebing 1989, S. 276).

Zunehmend entstanden Arbeiten, die «transnationale Gemeinsamkeiten» herausarbeiteten und «von einer «klassischen» Sozialgeschichte sozialer Gruppen und Bewegungen zu Vergleichskonstruktionen (kamen), die die ganze Bandbreite gesell-

schaftlicher und kultureller Aspekte auffächerte» (Welskopp 2010, S. 9).

Die vergleichende Wissenschaft wurde immer besser und differenzierter. So hebt Welskopp (2010, S. 11) die Studie von Sven Reinhardt «über die italienischen *Squadristi* und die deutsche SA» hervor, die die Beziehungen analysiert und eine multidimensionale Milieu- und soziale Bewegungsstudie ist.

Gerade das explorative Vorgehen ermöglicht es, die Vergleichsdimensionen nach und nach herauszuarbeiten. Trotz der Komplexität sind nicht nur Einzelstudien geeignet, wie sie die *histoire croisée* bevorzugen, sondern auch vergleichende Arbeiten auf einem höheren Aggregatniveau, die zunehmend multiperspektivisch und multidimensional typenbildend gearbeitet sind (Welskopp 2010, S. 12–18).

2 Annales-Schule und Habitus-Feld-Analyse: Überwindung des Gegensatzes von Sozialstruktur und Akteursebene

Bourdieu machte in einem Gespräch mit dem Sozialhistoriker Lutz Raphael darauf aufmerksam, dass die *Annales*-Schule, vom Lateinischen *annus*: Jahr abgeleitet, den Untertitel ihrer Zeitschrift «*Economies. Sociétés. Civilisations*» durch «*Histoire. Sciences sociales*» ersetzt hat, um symbolisch-sprachlich den Gegensatz der Geschichtswissenschaft und der Sozialwissenschaft hervorzuheben (Pierre Bourdieu im Gespräch mit Lutz Raphael 2004, S. 100). Dabei war es die *Annales-Schule*, die zwar Anleihen bei den Soziologen wie Durkheim nahm, sich jedoch von der «Orthodoxie» und «totalitären Ambition» distanzierte, um «sich den Anschein der Freiheit und Originalität» zu verleihen, wie

Bourdieu kritisch anmerkt (ebd., S. 101). Aus seiner Sicht besteht die Gefahr historischer Arbeiten darin, dass sie die «politischen Strategien von catch-all-Parteien» für sich in Anspruch nehmen (ebd., S. 102). Wissenschaftler sollten sich allerdings aus seiner Sicht vor Konformismus und wissenschaftlichen Moden hüten, zumal sie manchmal wie beim «linguistic turn» Altbekanntes sind, nämlich «die semiologische Begeisterung» (ebd., S. 106) und letztlich die Verkürzung auf die Analyse von Sprache (ohne die Analyse des Körpers, der Emotionen, des Unbewussten usw.). Große Historiker sind, so Bourdieu, diejenigen, die wie u. a. der französische Historiker Marc Bloch, einem Vertreter der *Annales*-Schule und der englische Historiker Edward P. Thompson «aus ihrer Praxis heraus Theorien entwickelt (haben)» und die «Gesamtheit theoretischer Erkenntnisse aller Sozialwissenschaften kumulierten» (ebd., S. 107).

Auch Bourdieu nutzte verschiedenste Methoden zur Erklärung des Konflikts in Algerien und wende diese Methode später auch auf Frankreich an:

Algerien war damals ein sehr aufwühlender Ort, voller Widersprüche, Krisen und Tragödien. So wie viele meiner Freunde und Bekannten dort war ich sehr emotional engagiert und betroffen von dem, was hier an Elend und Leiden zu sehen war, eine Betroffenheit, die auf die kollektive Schuld von uns Franzosen am Elend und der Gewalt des Kolonialismus verwies. Aber anstatt meine Betroffenheit in Form karitativen Engagements bei den vielen katholischen Gruppen oder protestantischen Missionen einzubringen, die durch das Land zogen, um das Elend zu mildern, zog ich den Weg des Dokumentierens, Bezeugens

und Analysierens vor. Ich stürzte mich in die Arbeit, jede Methode der ethnologischen Feldforschung oder empirischen Sozialforschung war gut genug, um angewendet zu werden, ja, ich erprobte sogar den Rohrschachtest, wo er mir zunächst als gewinnbringend erschien. (Bourdieu 2006, S. 75)

Bourdieu plädiert für einen praxeologischen Ansatz, der objektivistische und subjektivistische Vereinfachungen überbrückt. Die «objektivistische(r) Sichtweise» (Wacquant 1996, S. 25) von «Saussures Sprachwissenschaft und Lévi-Strauss' Strukturalismus» (ebd.) reduziert Forschung auf eine Analyse der «objektiven Regelmäßigkeiten» (ebd.) wie in einer sozialphysischen Untersuchung. Gleichzeitig grenzt sich Bourdieu auch von der «Sozialphänomenologie» nach Sartre, Garfinkel, Berger, Luckmann und Blumer ab, die nur die Akteure, ihre Wahrnehmungen und Handlungen in den Blick nehmen, ohne das Fortbestehen der Strukturen zu analysieren (ebd., S. 26 f.). Auch die Sicht auf den Menschen als homo oeconomicus ist reduktionistisch, denn sie übersieht, dass Akteure oftmals unbewusste Strategien verfolgen, die nicht nur ökonomisch sind, sondern sich bis hinein in Heiratsstrategien durchsetzen können (ebd. S. 28; 46-50). Auch von einem reinen Empirismus, wie sie der amerikanischen Wissenschaft zeitweise unterstellt wurde, oder einer Überhöhung der Theorie und Abtrennung des Theoretischen vom Empirischen wie bei Giddens oder dem Vorurteil gegenüber der europäischen Wissenschaft grenzt sich Bourdieu ab (ebd., S. 51-56), indem er die «primitiven Formen von Klassifikation» von Durkheim und Mauss (1987) weiterentwickelt. Ebenso wie jene sieht er die Homologie zwischen mentalen und sozialen Strukturen der

vorkapitalistischen bis zu den modernen Gesellschaften (Bourdieu 1967 bzw. Wacquant 1996, S. 30–34).

Der Habitus ist ein zentrales Konzept von Bourdieu. Er versteht ihn als «strukturierte Struktur», die inkorporierter sozialer Sinn ist und zugleich strukturierend wirkt (ebd., S. 39 f.). Die Akteure können je nach Habitus und je nach Feldlogik und Kräftekonstellation machterhaltend oder machtkritisch wirken. Der Feldbegriff ist ebenso wichtig, weil es sich bei Ökonomie, Literatur, Bildung, Politik und Alltag nicht um unterschiedliche Ebenen, sondern um unterschiedliche autonome Felder mit eigenen Mechanismen und Logiken handelt. Felder sind Kräftekonstellationen mit unterschiedlichen Jetons oder unterschiedlich ausgeprägten Kapitalsorten, deren Wertigkeiten sich von Feld zu Feld unterscheiden können. Eine Felduntersuchung sollte eine Analyse der Kräfte und ihrer relationalen Kräfteverhältnisse umfassen (Wacquant 1996, S. 126–147).

3 Parteien- und Wählergeschichte als Habitus-Feld-Analyse

Auch Thomas Welskopp plädiert in seinem 2014 erschienen Buch «Unternehmen Praxisgeschichte» für «praxistheoretische Perspektiven» (Welskopp 2014, S. 27–131). Auch er ist für eine Überwindung der «Dichotomie zwischen Struktur und Handeln» (ebd., S. 37) ebenso wie zwischen «Gesellschaft» oder «Kultur» und er spricht sich gegen eine «inguistische Wende» als reduktionistischem Ansatz aus (ebd., S. 49 f.). Er schlägt stattdessen unter Rückgriff auf Giddens «Strukturierungstheorie» eine «Kombination einer *relationalen Handlungstheorie* und einer *Theorie sozialer Institutionen*» vor. Er

sieht Handlungen nicht «gleichbedeutend mit Widerstand gegen institutionelle Zumutungen» (ebd., S. 70 f.). Welskopp scheint mit Bezug auf Giddens den Interaktionismus und die Möglichkeiten der Akteure stärker zu betonen und sieht in Bourdieus Habitus-Struktur-Feld-Kapitals-Analyse eine Determinierung des Sozialen.

Dieses Unterschätzen der Strukturierung des Zugangs zu den Kapitalsorten und der Habitus mit der Inkorporierung der vertikalen und horizontalen Gliederung des sozialen Raums als sozialer Sinn ist vermutlich auch ein Grund dafür, warum der eine, nämlich Giddens, New Labour vorgedacht und Blair beraten hat, und der andere, Bourdieu, zu einem konsequenten Kritiker der Neoliberalisierung der Sozialdemokratie und des Neoliberalismus überhaupt geworden ist.

Die Anwendung multidimensionaler historischer Analysen ist sehr zu empfehlen, denn sie helfen dabei, Alltagspraktiken und Umformungen von Alltagsmilieus zu verstehen, statt sie z. B. als Erosion durch Individualisierung (Beck 1983) fehlzuinterpretieren (Vester u. a. 2001). Die einfachen statistischen Kategorien wie Arbeiter, Angestellte, Beamte und Selbstständige sind ebenfalls unzureichend, auch wenn sie erste Hinweise auf Parteipräferenzen sein können. Schon der historisch-soziologisch arbeitende Theodor Geiger hatte «fünf Massen der Tiefengliederung für die Rekrutierungsfelder von Schichten (oder Klassen)» (Geiger 1932, S. 81) unterschieden:

- Eine «zahlenschwache kapitalistische Schicht»
- «Alter Mittelstand» (Händler, Handwerker, kleine Selbstständige usw.)

- «Proletaroiden» («Tagewerker für eigene Rechnung»)
- Industriearbeiter, Landarbeiter, Bergarbeiter
- Neuer Mittelstand (Angestellte und Beamte) (ebd., S. 82–105).

Entscheidend aber ist, dass Geiger diese Unterscheidungen weiter nach Mentalitäten differenziert:

Lebenshaltung, Gewohnheiten des Konsums und der sonstigen Lebensgestaltung, Freizeitverwendung, Leseschmack, Formen des Familienlebens und der Geselligkeit – tausend Einzelheiten des Alltagslebens bilden im Ensemble den Typ des Lebensduktus und dieser ist Ausdruck der Mentalität. (Geiger 1932, S. 80)

Dabei wird deutlich, dass es die Arbeiterklasse nie gegeben hat, denn Bergarbeiter und Landarbeiter waren eher konservativ. Die bergmännische Tradition ist konservativ-religiös geprägt (Geiger 1932, S. 94). Die Industriearbeiter und Handwerksgelesen sind vergleichsweise progressiv mit SPD-Präferenz. Vor allem sie zählen zu den klassischen Lohnarbeitern mit sozialistischer Gesinnung (ebd., S. 106). Die Proletaroiden, oftmals frühere Bauern aus Schlesien und Westdeutschland, die nebenberuflich Bergarbeiter wurden, hingegen präferieren die NSDAP, Stahlhelm, Zentrum und KPD (ebd., S. 90, 106).

Die SPD-Wählerschaft blieb im Prinzip bis in die Weimarer Republik hinein auf die Industriearbeiterschaft und Handwerker beschränkt, während die NSDAP neben den Proletaroiden vor allem auch den Alten und Neuen Mittelstand sowie sicher auch Teile der kapitalistischen Klasse mobilisie-

ren konnte (Geiger 1932 S. 106–138; vgl. auch Reinhardt 2011, S. 34). Erst nach 1945 gelang der SPD die Öffnung über die klassische Arbeiterschaft hinaus hin zu Angestellten, Beamten, d. h. auch zum Bürgertum und Kleinbürgertum, vor allem zu ihren progressiven Teilfraktionen. Gleichzeitig wurden Aufstiegswege über die Bildungsöffnung und den Ausbau sozialer Rechte für die klassische Lohnarbeiterschaft möglich (Lepsius 1993 [1966]); vgl. auch Vester u. a. 2001).

4 Aufstieg und Krise der SPD: Verlust ihrer Artikulations- und Repräsentationsfähigkeit

Die Arbeiterklasse hat es also nie gegeben, vor allem keine einheitlich sozialistische vom Tagelöhner über den Landarbeiter bis hin zum Industriearbeiter. Der SPD aber war es aber nach 1945 gelungen, weitere Fraktionen der Arbeitnehmerschaft, auch und vor allem über ihre klassische Wählerschaft hinaus, zu mobilisieren:

- Teile der katholischen Arbeitnehmerschaft, auch und vor allem der Bergarbeiterschaft z. B. im Ruhrgebiet durch eine Präsenz als Kümmerer im häufig schwierigen Nachkriegsalltag und im Betrieb (Niethammer 1983; Niethammer/von Plato 1985),
- Teile des kritischen, solidarischen oder linksliberalen (kulturellen) Bürgertums, auch und gerade der sozialen Dienstleistungen
- und kleine Teile der Technokraten und des Wirtschaftsbürgertums (Reinhardt 2011, S. 537; ausführlich zu den Alltagsmilieus basierend auf sinus-Studien vgl. Vester u. a. 2001).

Gerade die Wählerschaft aus den hochqualifizierten sozialen Dienstleistungen aber hat die SPD an die Grünen verloren (Mül-

ler 1998). Mit ihrer Sparpolitik schon unter Helmut Schmidt (1974–1982) über Schröder (1998–2005) bis zur Politik der Großen Koalition (ab 2013) hat sie den unter Brandt und Wehner begonnenen Pfadwechsel hin zum skandinavischen Wohlfahrtsstaat nicht weiter vollzogen. Im Gegenteil: Mit der Sparpolitik gab und gibt es weiterhin Investitionsrückstände, die sich auch beim im Vergleich mit skandinavischen Ländern immer noch geringeren Anteil der sozialen Dienstleistungen im Verhältnis zu anderen Berufsgruppen bemerkbar machen. Und vor allem die Deregulierungspolitik der Schröder-Jahre (vor allem ab 1999–2005) hat die gesellschaftliche Spaltung der Arbeitnehmerschaft verschärft und zur Gründung der Partei Die Linke geführt. Die ab 2005–2009 und ab 2013 folgende Regierungspolitik hat diese Spaltung in Kernbelegschaft und atypisch Beschäftigte³ (Leiharbeiter, Werkvertragsarbeiter usw.) trotz der Konjunkturprogramme, des Mindestlohns, der Verbesserung tariflicher Gewerkschaftsmacht usw. nur leicht abgemildert. Den Einkommenszunahmen und den prozentualen Zunahmen akademischer und semiprofessioneller Berufsgruppen steht ein Rückgang der Berufe mit zweijähriger Berufsausbildung und eine Stagnation der Un- und Angelernten sowie einer Zunahme prekärer Einkommen (50–75 Prozent des Durchschnittseinkommens) gegenüber (Vester 2015). Diese widersprüchliche, polarisierende Entwicklung und Gleichzeitigkeit von Auf- und Abstiegen führt auch dazu, dass einseitige Analysen und Zeitgeistdiagnosen einer Aufstiegs-gesellschaft (Beck 1983) oder einer Abstiegs-gesellschaft (Nachtwey

2017) nicht wirklich mehrheitsfähig wären, weil sie den widersprüchlichen Entwicklungen nicht gerecht werden. Hinzu kommt trotz internationaler Entwicklungen des Kapitalismus eine Verengung dieser Analysen auf Entwicklungen in Deutschland (Lesenich 2016). Erst eine Klammer dieser beiden Entwicklungen (der im sozialen Raum feststellbaren Auf- und Abstiege, einschließlich, wenn auch gebremster Bildungsaufstiege auch für untere Milieus vgl. Vester 2014) und eine Erweiterung um eine internationale Perspektive würde einer linken Partei zur Volkspartei verhelfen, so wie es die SPD zumindest zeitweise einmal war.

Die SPD wird ihr Kainsmal der Hartz-Reformen und Deregulierungspolitik nicht los und verliert Arbeitnehmer und Arbeitslose an die Partei Die Linke. Ebenso gelingt es ihr mit ihrer Orientierung am Exportmodell Deutschland und ihrer Sparpolitik (Vester 2015) vor allem im Bund und zunehmend auch in den Bundesländern und Kommunen immer weniger, Wähler höherqualifizierter Arbeitnehmer aus den sozialen Dienstleistungen zu mobilisieren, die sie an die Grünen verliert. Hinzu kommen Verluste eher konservativ bis autoritär eingestellter Wählermilieus aus der Arbeitnehmerschaft, auch Arbeitslose, die die AfD wählen. Eine gemeinsame Klammer zur Mobilisierung dieser Wähler wäre eine moderne Sozialstaatspolitik mit modernen Arbeitnehmerrechten und einer im Sinne der Sozialen Dienstleistungen Klienten- bzw. Patientenbezogenen Politik (Vester 2017). Die SPD sollte durch eine Integrationspolitik versuchen, diese Wähler zurückzugewinnen und nicht den Fehler begehen zu glauben, sie könne eine rechtspopulistische Wählerschaft mit autoritären Parolen zurückgewinnen. Dann werden diese Wähler

3 2016 wurde sogar ein Höchststand atypisch Beschäftigter erreicht (WSI-Datenbank 2017).

ler eher das Original, also AfD oder auch die Union, wählen (Reinhardt 2015). Eine Abkehr von der Austeritätspolitik und eine Hinwendung zu einer höheren Besteuerung sowie einer Sozial- und Investitionspolitik in Europa würde zudem dazu beitragen, die soziale Ungleichheit in Europa abzubauen (Truger 2015).

Die Ebene der politischen Spitzenfunktionäre der SPD ist in einem substanziell nachhaltigem Ungleichgewicht durch den Verlust eines erheblichen Teils der politischen Repräsentationsfähigkeit ihrer früheren Wählerschaft. Dies konnte bereits in einer multidimensional historisch-biografisch gearbeiteten Feld-Habitus-Studie nach Bourdieu nachgewiesen werden (Reinhardt 2011), die sowohl das Kräftefeld der Strömungen bzw. *Faktionen* nach Müller-Rommel (1982) oder Köllner/Basedau (2006) in der SPD nach 1945 bis 2009 als auch die Biografien und Habitus, einschließlich der politischen und religiösen Einstellungen, von zwei Generationen von SPD-Spitzenpolitikern anhand von biografisch geführten teilstrukturierten Interviews und weiteren Quellen untersucht hat. Sowohl in der Feldstudie über die SPD-Flügel als auch in der Studie über die Kollektivbiografien von Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitikern ist das Ergebnis, dass sich die milieuübergreifende Repräsentationsfähigkeit der SPD auf die am konservativen Wohlfahrtsstaaten mit teils neoliberalen Pfadwechsel (Exportmodell Deutschland) orientierten *Faktionen* und *Neuen Managertypen* um Sigmar Gabriel, Olaf Scholz, Thomas Oppermann, Frank-Walter Steinmeier und Brigitte Zypries verengt hat. Die ältere Generation hingegen war mit so unterschiedlichen Politikern wie dem Mitgründer der konservativen Seeheimer Hans-Jochen Vogel und dem

linken Reformsozialdemokraten und ideellem Rätessozialisten Peter von Oertzen, dem IG Chemie-Vorsitzenden und Seeheimer Hermann Rappe, dem IG Metall-Vorstandsmitglied Anke Fuchs, dem ÖTV-Gewerkschaftssekretär und linkem Reformsozialdemokraten Hans Koschnick und der linken Bildungs- und Frauenpolitikerin Inge Weting-Danielmeier pluralistischer und repräsentative nicht nur die modernen, emanzipativ eingestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch die klassische Arbeiterschaft bis hin zu unqualifizierten Arbeitnehmern erfolgreicher (Reinhardt 2011).

5 Linke Zukunft national und international: Über den «doppelt freien Lohnarbeiter» (Marx) hinaus

Problematisch erscheint die Verengung der politischen Repräsentationsfähigkeit der SPD auch deshalb, weil ihre Fokussierung auf das Exportmodell Deutschland und die Sparpolitik Ungleichheiten in Europa und weltweit verschärft.

Die beiden Sozialhistoriker Marcel van der Linden und Karl Heinz Roth widmen sich der Frage der Verengung der Analyse ebenfalls und stellen im Grunde, auch wenn sie sie so nicht nennen, die Frage der politischen Repräsentation. So sehen sie in der Fokussierung auf den doppelt freien Lohnarbeiter eine Engführung der «Weltarbeiterklasse», wie er bereits im Werk von Marx zu kritisieren sei. Marx verstand darunter denjenigen, der «als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt» und «andere Waren nicht zu verkaufen hat» (zit. nach van der Linden/Roth 2011, S. 19; im Original vgl. Marx 1962, S. 183). Dabei werden, so van der Linden und Roth weiter,

allerdings gerade diejenigen übersehen, die wie die kleinen Kaufleute, Handwerker und Bauern (zur Kritik an ihrer reaktionären Kritik vgl. Marx/Engels 1959, S. 472) im internationalen Maßstab eine im Vergleich zum doppelt freien Lohnarbeiter eine übergeordnete Rolle spielen würden (van der Linden/Roth 2011).

Dieser Blick über Marx hinaus sollte gleichzeitig nicht darüber hinwegtäuschen, dass Mentalitäten bzw. Habitus nachhaltig einverlebte Einstellungen sind, die sich nicht ad hoc ändern lassen. So sehr also gerade international, aber auch für Deutschland (Stichwort Crowdworker bzw. Scheinselbstständige im digitalen Kapitalismus vgl. Schmidt 2016) der Blick über den doppelt freien Lohnarbeiter hinaus richtig ist, so naiv wäre es, zu glauben, eine linke Partei könne heute ernsthaft nur für ein Prekariat oder eben nur für eine emanzipativ eingestellte, hochqualifizierte Arbeitnehmerschaft politisch tätig werden. Die Kunst einer Groß- oder Volkspartei besteht ja gerade darin, gesellschaftspolitische Konflikte verschiedener Alltagsmilieus auszudrücken, sprachfähig werden zu lassen und politisch zu repräsentieren, d. h. letztlich auch im Bundestag durch die Gesetzgebung zu entspannen (vgl. Rokkan 1965).

Eine linke Volkspartei wäre heute weder erfolgreich durch die Parole nur die Prekarisierung bekämpfen zu wollen, noch durch eine Beschränkung auf eine Kernwählerschaft mit einer Präferenz für das korporatistisch organisierte Exportmodell Deutschland. Manchmal erwecken die Partei die Linke, die Grünen und die SPD den Eindruck sie würden sich dieser Arbeitsteilung hingeben, in dem die Linkspartei die Prekarierten und die SPD die hochqualifizierte Mitte zur Hauptgruppe ihrer Wählerschaft dekla-

rieren. Die Grünen wiederum mobilisieren vor allem die progressiv-grün eingestellten Arbeitnehmer. Die SPD jedenfalls leidet darunter, dass ihr immer weniger zutrauen, ein echtes milieuübergreifendes Integrationsprogramm zu formulieren, das nicht nur für eine kleine Elite hochqualifizierter Arbeitnehmer gedacht ist, die sich auch noch mit der Arbeitgeberseite korporatistisch und zum Teil konformistisch verbündet. Immer mehr Spitzenpolitiker der SPD wechseln zudem nach ihrem politischen Karriereende in Spitzenämter der Wirtschaft und verstärken diesen Eindruck der Positionsverschiebung der SPD in Richtung einer arbeitgeberfreundlichen, wirtschaftsliberalen Partei.

Aktuell wäre es ratsam, sich im Rahmen der Debatte um ein Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit nicht auf die Kernbelegschaft zu beschränken, sondern auch atypisch Beschäftigten wie Leiharbeiten eine Chance einzuräumen, diese Rechte wahrzunehmen. Vermutlich wäre dafür eine andere Form eines Rechts auf Teilzeit und einer Rückkehr in Vollzeit zu formulieren. Sollte aber wiederum nur die Kernbelegschaft und die unbefristeten Beschäftigten profitieren, würde die Polarisierung zwischen Aufsteigern und Nichtaufsteigern fortgesetzt. Hier muss eine linke milieuübergreifend agierende Partei ansetzen und die unterschiedlichen Gruppen von Arbeitnehmern zu repräsentieren versuchen – auch in dem Wissen, dass sie nicht alle, vor allem nicht die autoritär eingestellten – mobilisieren kann, weil deren Parteipräferenzen mehrheitlich eher bei rechtspopulistischen oder konservativen Parteien sind. Historisch konnte die SPD zwar immer auch kleine Teile dieser Wählerschaft quer durch den sozialen Raum mobilisieren. Ihre Kernwählerschaft (von qualifiziert bis prekär) aber

war seit Mitte des 19. Jahrhunderts eher progressiv-protestantisch, progressiv-atheistisch oder linkskatholisch eingestellt und ist es im Grunde bei allen Umformungen und Verlusten bis heute geblieben (Reinhardt 2011). Allerdings läuft die SPD mit ihrem schwindenden Profil Gefahr, auch ihre Kernwählermilieus immer mehr an Nichtwähler, Grüne und Linkspartei zu verlieren. Eine Umkehr aber braucht Zeit, um wieder Vertrauen aufzubauen, das in den letzten Jahren durch die Deregulierungspolitik zerstört wurde. Deshalb braucht die SPD mehr als nur gute Wahlkampagnen. Ihre Politiker müssen in den Alltagsmilieus präsenter sein, wieder mehr Teilhabe zulassen, statt nur selbst zu repräsentieren und auch Konflikte länger durchstehen. D.h. in Kernbereichen darf sie nicht nachgeben und sich auch vor der Opposition aus inhaltlichen Gründen nicht scheuen, statt sich immer wieder in die Regierung retten zu wollen. Demokratie braucht nicht nur eine gute Regierung («good governance»), sondern auch eine gute Opposition⁴. Ohne echte Opposition ist Demokratie keine Demokratie. Diese Lehre sollte die SPD bei ihrem Versuch einer Erneuerung berücksichtigen.

Literaturverzeichnis

Beck, Ulrich 1983: *Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Indivi-*

4 So fällt auf, dass ein englischer Begriff für einen entsprechenden Forschungsschwerpunkt zur Rolle der Opposition in der Demokratie fehlt. Die Forschung zu innerparteilicher Demokratie und zur Opposition in der Demokratie war in den 1960er- und 1970er-Jahren vergleichsweise stark. Auch ihr Rückgang ist Ausdruck eines Paradigmenwechsels hin zur reinen Regierungslogik. Heute steht vielfach die «good governance» im Mittelpunkt vieler Untersuchungen.

dualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten, In: Reinhard Kreckel: *Soziale Ungleichheiten*, Göttingen (Soziale Welt – Sonderband 2), S. 35–74.

Bourdieu, Pierre 1967: *Systèmes d'enseignement et systèmes de pensée*, In: *Revue internationale des sciences sociales* 20, Nr. 4, Paris, S. 640–664.

Bourdieu, Pierre 1987 [1979]: *Die feinen Unterschiede. Eine Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt a.M.

Bourdieu, Pierre 2006: *Im Gespräch mit Franz Schultheis*. In *Algerien: Lehrjahre in einem soziologischen Laboratorium*, In: *Mittelweg* 3/2006, S. 72–77.

Bourdieu, Pierre im Gespräch mit Christophe Charle, Hartmut Kaelble und Jürgen Kocka 2004 [1993/1994], In: dies / Franz Schultheiß (Hg.): *Schwierige Interdisziplinarität. Zum Verhältnis von Soziologie und Geschichtswissenschaft*, Münster, S. 86–97.

Bourdieu, Pierre im Gespräch mit Lutz Raphael 2004 [1989/1994]: *Über die Beziehungen zwischen Geschichte und Soziologie in Frankreich und Deutschland*, In: dies / Franz Schultheiß (Hg.): *Schwierige Interdisziplinarität. Zum Verhältnis von Soziologie und Geschichtswissenschaft*, Münster, S. 98–125.

Bourdieu, Pierre / Loic J.D. Wacquant 1996 (1992): *Reflexive Anthropologie*, aus dem Französischen von Hella Beister, Frankfurt a.M., S. 251–294.

Durkheim, Émile / Mauss, Marcel 1987, *Über einige primitive Formen von Klassifikation. Ein Beitrag zur Erforschung der kollektiven Vorstellungen*, In: Émile Durkheim 1987 [1901/1902]: *Schriften zur Soziologie der Erkenntnis*, Frankfurt a.M., S. 169–256.

Durkheim, Émile / Mauss, Marcel 1987, *Über einige primitive Formen von Klassifikation. Ein Beitrag zur Erforschung der kollektiven Vorstellungen*, In: Émile Durkheim 1987 (1901 / 1902): *Schriften zur Soziologie der Erkenntnis*, Frankfurt a.M., S. 169–256.

- Esping-Andersen, Gøsta 1998 [1989]: Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, In: Stephan Lessenich / Ilona Ostner (Hg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*, Frankfurt a.M./New York, S. 19–56.
- Geiger, Theodor 1932: *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage*, Stuttgart.
- Grebing, Helga 1989: Die Bundesrepublik als Ende des deutschen Sonderwegs?, In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 5/89, S. 276–283.
- Kocka, Jürgen 2002: *Sozialgeschichte in Deutschland seit 1945 Aufstieg – Krise – Perspektiven*, Braunschweig.
- Köllner, Patrick / Basedau, Matthias 2006: Faktionismus in politischen Parteien. Eine Einführung, In: dies / Gero Erdmann (Hg.): *Innerparteiliche Machtgruppen. Faktionismus in internationalen Vergleich*, Frankfurt a.M./New York, S. 7–37.
- Lepsius, Rainer Mario 1993: (Hg.) 1993: *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen.
- Lepsius, Rainer Mario 1993 [1966]: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, In: ders. (Hg.): *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen, S. 25–50.
- Lessenich, Stephan 2016: «Die Abstiegs-gesellschaft». Aufstand der Eingebildeten, In: *FAZ* 08.09.2016, online: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/sachbuch/oliver-nachtweys-buch-die-abstiegs-gesellschaft-14421771.html> (01.06.2018).
- Marx, Karl 1962: Das Kapital, Band 1 In: *MEW*, Band 23, Berlin.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei (1847/48), In: *MEW*, Bd. 4, Berlin, S. 459–493.
- Müller, Walter 1998: Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten, In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1/1998, S. 3–46.
- Müller-Rommel, Ferdinand 1982: *Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD. Eine empirische Studie über informell-organisierte Gruppierungen von 1969–1980*, Opladen.
- Nachtwey, Oliver 2017: *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Frankfurt a.M.
- Niethammer, Lutz (Hg.) 1983: «Hinterher merkt man, dass es richtig war, dass es schiefgegangen ist.» *Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet*, Berlin/Bonn.
- Niethammer, Lutz / von Plato, Alexander (Hg.) 1985: «Wir kriegen jetzt andere Zeiten». *Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern*, Berlin/Bonn.
- Ohnacker, Elke 2004: Vorwort, In: dies / Franz Schultheiß (Hg.): *Schwierige Interdisziplinarität. Zum Verhältnis von Soziologie und Geschichtswissenschaft*, Münster, S. 7–18.
- Reinhardt, Max 2014: *Aufstieg und Krise. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei*, Baden-Baden.
- Reinhardt, Max 2015: Autoritäre Milieus, autoritäre gesellschaftspolitische Lager und Parteipräferenzen im Wandel? Biedermann und die Brandstifter, In: *spw* 3/2015, S. 26–34.
- Rokkan, Stein 1965: Zur Entwicklungssoziologischen Analyse von Parteiensystemen. Anmerkungen für ein hypothetisches Modell, In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 3/1965, S. 675–702.
- Schmidt, Florian A. Schmidt 2016: Arbeitsmärkte in der Plattformökonomie – Zur Funktionsweise und den Herausforderungen von Crowdwork und Gigwork, *FES: gute gesellschaft – soziale demokratie* # 2017 plus, online: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12826.pdf> (01.06.2018).
- Thompson, Edward Palmer Palmer 1987

- [1963/1968]: *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*, London/Harmondsworth.
- Truger, Achim 2015: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, In: Max Reinhardt / Stefan Stache / Stephan Meise (Hg.): *Progressive Mehrheiten mit der SPD: Für eine linke Politik jenseits der Neuen Mitte*, Berlin, S. 313-348.
- Van der Linden, Marcel / Roth, Karl Heinz 2011: Einleitung, In: dies. (Hg.): *Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff des 21. Jahrhunderts*, Berlin/Hamburg, S. 7-28.
- Vester, Michael 2014: Bildungsprivilegien unter Druck, In: Bauer, Ulrich / Bolder, Axel / Bremer, Helmut / Dobischat, Rolf / Kutscha, Günter (Hg.): *Expansive Bildungspolitik – Expansive Bildung?*, Wiesbaden, S. 243-267.
- Vester, Michael 2015: Der deutsche Pfad: Schieflagen eines Erfolgsmodells, In: Angela Graf / Christina Möller (Hg.): *Bildung. Macht. Eliten. Zur Reproduktion sozialer Ungleichheit*, Frankfurt a.M./New York, S. 231-265.
- Vester, Michael 2017: Der Kampf um soziale Gerechtigkeit: Der Rechtspopulismus und die Potentiale politischer Mobilisierung Zweiter Teil des Essays. «Der gesellschaftliche Strukturwandel und der Kampf um soziale Gerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland», online: http://www.spw.de/data/michael_vester.pdf (01.06.2018).
- Vester, Michael / von Oertzen, Peter / Geiling, Heiko / Hermann, Thomas / Müller, Dagmar 2001: *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Frankfurt a.M.
- Wacquant, Loic J.D. 1996 (1992): Auf dem Weg zu einer Sozialpraxeologie. Struktur und Logik der Soziologie Pierre Bourdieus, In: Pierre Bourdieu / Loic J.D. Wacquant 1996 (1992): *Reflexive Anthropologie*, aus dem Französischen von Hella Beister, Frankfurt a.M., S. 17-93.
- Welskopp, Thomas 2010: Vergleichende Geschichte, In: *Europäische Geschichte Online* (EGO), hg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2010-12-03, Online: <http://ieg-ego.eu/de/threads/theorien-und-methoden/vergleichende-geschichte> [31.05.2018].
- Welskopp, Thomas 2014: *Unternehmen Praxisgeschichte. Historische Perspektiven auf Kapitalismus, Arbeit und Klassengesellschaft*, Tübingen.
- WSI-Datenbank 2017: Atypische Beschäftigung. Neuer Höchststand, In: *Böckler Impuls* 9/2017, S. 3.

Kernpunkte gesellschaftlicher Reformpolitik in einer globalen Welt

Visionen, Strategien und Leitlinien für einzelne Bereiche und das gesellschaftliche Ganze

Brauchen wir soziale Reformen – und warum?

Reformen sind grundlegende strukturelle Änderungen von Teilsystemen und Prozessen in Gesamtgesellschaften oder der gesamtgesellschaftlichen Konstellation selber. Wir brauchen den strukturellen Wandel nicht, wenn wir die gemeinsamen Probleme im bestehenden Ordnungsgefüge lösen können. Wir benötigen Struktur- und Prozessreformen, wenn Probleme entstehen, die sich innerhalb der bestehenden Strukturen nicht mehr bearbeiten lassen, aber gelöst werden müssen. Reformbezogener Wandel findet zwar oft auch reaktiv statt, besser ist es auch genaue Zukunftsbilder dafür zu entwickeln, damit ein Maßstab auch für kleine Veränderungen im Hinblick auf ihre Wirkungen für den Systemwandel vorliegt und der Reformprozess Richtung erhalten kann.

Systeme zu reformieren, auch die kleinen, wie z.B. im Gesundheitswesen oder der Alterssicherung, aber noch mehr die großen, wie z.B. die Soziale Marktwirtschaft, oder auch nur einzelne Prozesse darin, wie z.B. das Finanz- und Geldwesen und in allen Teilthemen auch globale Interdependenzen mit wirksam, das bedeutet eine riesige Denkanstrengung im Hinblick auf langfristige Alternativen und noch mehr im Hinblick auf Strategien. Und es muss sogar den

Wähler noch interessieren, was heute schon fast nicht mehr der Fall ist, wie der vergangene Wahlkampf es gezeigt hat. Denn es geht uns ja gut! Zu sehr hat sich auch die Meinung festgesetzt, wir könnten die Probleme allein durch Wachstum und technologische Innovation oder eine gute Konjunktur beseitigen – ohne den strukturellen Wandel.

Struktureller Wandel allein garantiert noch keine Problemlösungen, ist aber oft eine wichtige Voraussetzung dafür. Die Lösung muss immer von den Menschen selber kommen, durch klare Zielsetzungen, Wandel bei uns selbst und durch mehr Zusammenarbeit. Strukturelle Reformen setzen immer einen Bewusstseinswandel voraus, der sich dann die Strukturen schafft, auf die er sich in den Erneuerungsprozessen stützen kann. Die neuen Strukturen sind selber nicht die Lösung, aber eine neue gesellschaftliche Lebensform, aus der heraus wir die Probleme lösen können, die soziale Gerechtigkeit und den Klimawandel.

Meine Erfahrungen mit Organisationsentwicklungsprozessen im Rahmen von Tätigkeiten in der Weiterbildung Berufstätiger, aber auch Unternehmensberatungen, zeigen, dass erheblicher Wandel auch schon dadurch zustande kommt, dass nur die Prozesse innerhalb eines bestimmten Ord-

nungsrahmens geändert werden, z. B. horizontal prozessorientierte Entscheidungsfindung (abteilungsübergreifende Netzwerke und Gruppenarbeit), statt vertikaler Linienorientierung und Abteilungsabschottung. Dabei wird der Wandel zur Prozessorientierung erreicht, ohne die gesamte Unternehmensorganisation aufzulösen und neu zu formieren, was viel schwieriger wäre.

Prozessverbesserungen sind oft mehr als eine große Systemänderung, die alle überfordern würde und wofür es auch kaum Support bei den Betroffenen gibt. Für die gleiche Zielsetzung gibt es immer auch sehr unterschiedliche institutionelle Lösungen. Diese müssen situativ richtig gefunden werden. Die Perspektive und visionäre Ausrichtung des Wandels sollte jedoch immer umfassend und eindeutig sein, dann kann sich eine Vielfalt von Lösungswegen probieren. Die Chance zum Wandel erhöht sich wenn im Veränderungsprozess erfahrungsbezogen die Notwendigkeit zu tieferem strukturellen Wandel entdeckt und ihr dann situationsgerecht entsprochen wird.

Heute sind wir immer schnell bei der Hand mit Forderungen, wem was zusteht, wer ungerecht behandelt wird, aber welche langfristigen Zielsetzungen und welche strukturelle Weiterentwicklung dafür bedacht werden müssten, bleibt oft im Dunklen. Trotzdem hat jeder kleine Wandel auch Systemeffekte, verändernd oder stabilisierend. Inzwischen haben wir einen Koalitionsvertrag und eine handlungsfähige Regierung. Es existiert eine Liste des in den Verhandlungen Erreichten. Wenn es Leitbilder für den Wandel gäbe, wäre es möglich zu prüfen, ob die einzelnen Maßnahmen auch als erste kleine Schritte im Hinblick auf grundlegende Reformen von Teilbereichen, Prozessen und des Gesamt-

systems bewertet werden können oder ob es sich «nur» um Optimierungen innerhalb der bestehenden Systeme handelt, ob Notpflaster geklebt werden oder ob Lösungen von Grund auf damit verbunden sind. Vorschläge, wie z. B. die Gesundheitsreform im Hinblick auf Systemwandel waren ja da, auch für die Rente, die Pensionen, die so ersehnte «gute Arbeit» für alle. Der Wandel von Systemen scheitert in der Regel daran, dass diese in komplexen Gesellschaften im Prozess des Wandels ihre Funktionsfähigkeit nicht verlieren dürfen. Die Leistungen müssen erhalten bleiben, ein Aussetzen führt in Katastrophen und löst Folgeprobleme aus, die dann nicht mehr beherrscht werden können.

Es geht also nur in kleinen Schritten, bei jedoch klarer Zielsetzung und Richtung, damit ein Maßstab für die Bewertung der Reformschritte da ist. Zum Beispiel ist die Durchsetzung eines Rechts auf Teilzeitarbeit und Rückkehr in die Vollbeschäftigung ein Schritt auch in Richtung einer Systemänderung. Hier funktioniert noch das alte Leitbild der sozialen Reform im Kapitalismus, d.h. Einbau von Sozialrecht in den Kapitalismus, diesen damit zurückdrängen, um mehr Rechte für die Arbeitenden zu sichern. Das reicht aber heute nicht mehr, wie die wachsende Armut und das nicht beherrschbare private Spekulationswesen es zeigen. Neue Maßstäbe für die Reform der Gegenwartsgesellschaft und in globalem Maßstab zu entwickeln wird gegenwärtig zur Hauptaufgabe der Gesellschaftsreform. Alles hängt dabei von der sozialen Phantasie und den sich wandelnden Bedürfnissen ab. Letztlich geht es um ein soziales Lernen. Wir können nicht ganze Systeme auswechseln, aber wir können uns selbst neue Orientierungen geben und die Prozesse dahin

weiterentwickeln, dass der strukturelle Wandel als notwendig erkannt wird.

Die Sozialdemokratie braucht ein zukunftsfähiges Narrativ

Unsere alte Erzählung, die soziale Reform im Kapitalismus, verliert durch ihre mögliche Erneuerung und Vertiefung nicht an Bedeutung. Lebenswerte Verhältnisse aus den sozial unzureichenden primären Wirtschaftsprozessen herzustellen, bleibt die zentrale Aufgabe sozialdemokratischer Politik. Aber das ist nicht nur unsere Erzählung, auch die Grünen und weite Teile der CDU/CSU, ebenso Sozialliberale teilen sie mit uns. Man kann das natürlich auch kritisch sehen: den Kapitalismus anheizen, von seinen Profiten die soziale Reform finanzieren und immer wieder der wachsenden Ungerechtigkeit hinterherlaufen, und das auf einem kontinuierlich steigenden Niveau bei den kapitalistisch erzeugten Ungleichheiten und der Sozialstaatsfinanzierung – ohne grundlegende Korrektur der strukturell gegebenen Dysfunktionen. Das hier Vorgetragene geht vom Erfordernis einer notwendigen Ergänzung und Vertiefung der alten Reformperspektive aus. Der Einbau von Sozialrecht und der Sozialstaatsausbau waren nur ein erster Schritt der notwendigen Reform in modernen Gesellschaften. Heute geht es nicht nur um ein Korrektiv für den Kapitalismus, um seine sozialrechtliche Einhegung plus Übernahme seiner Folgekosten durch die Allgemeinheit. Heute geht es um die Reform der Wirtschaftsprozesse selbst, das heißt die Überwindung des Kapitalismus in uns allen, jedoch ohne den freien Markt, ein freies Unternehmertum, den Wettbewerb und die marktliche Preisbildung dabei zu verlieren. Wir müssen das

Verhältnis von Markt und Staat völlig neu denken. Wir reformieren die Marktprozesse und entlasten den Staat!

Mögliche Strukturen einer neuen Gesellschaft als einer langfristigen Zukunftsperspektive:

(Ausführlicher dargelegt in Heft 1 dieser Zeitschrift 2017, s.Lit.verz.)

In der erneuerten Sozialen Marktwirtschaft wird die Einkommensbildung gerecht vollzogen. Wir brauchen dafür eine Diskussion über ein Grundeinkommen, überhaupt neue Wege der Einkommensbildung. Perspektive: Trennung von Arbeiten und Einkommen, eine Vielfalt von Lösungen sind dabei möglich.

Jeder dazu Fähige erhält Arbeit, das bedingt eine Reform der Arbeitsverfassung und des privatrechtlichen Arbeitsvertrages, der arbeitende Mensch wird ein freier Gesellschafter des Unternehmens. Arbeit ist keine Ware mehr.

Die Verfügung über das Kapital wird ein Nutzungsrecht, Produktionsstätten werden unverkäuflich, sie gehören auch nicht den Beschäftigten, sondern auf Zeit denen, die damit etwas leisten wollen und können.

Das Spekulationswesen der Finanzwelt wird völlig unterbunden, eine neue Geldordnung ist zu diskutieren. Es entsteht eine Arbeitsgesellschaft, die jeden einbezieht.

Auch der Boden wird unverkäuflich, er steht aber öffentlicher und privater Nutzung frei zur Verfügung, zu denken ist dabei auch an bezahlbare Wohnungen und bezahlbaren Boden für öffentliche Einrichtungen.

Der Liberalismus als unverzichtbare Grundlage der Vergesellschaftung wird sozial.

Das sind sehr langfristige Veränderungen und, ich betone das ausdrücklich, mit ihnen wird die soziale Freiheitsbasis in der Wirtschaft vergrößert. Das Leitbild, das darin enthalten ist, ist nicht mehr, aber doch so viel: Wir werden tatsächlich eine reine Leistungs- und Arbeitsgesellschaft und nichts als das. Jeder lebt, auch im Alter, von seiner Lebensarbeit und niemand von der Aneignung der Arbeitsleistung anderer Menschen, auch nicht von Boni und Finanzspekulationen, von Zinsen und Wertsteigerungen seiner Investments, ohne dafür einen Arbeitsbeitrag zu leisten. Einfach eine Arbeitsgesellschaft für alle werden, das ist es, was der Kapitalismus und der Sozialstaat bisher nicht schaffen, also auch die Soziale Marktwirtschaft nicht schafft, weil sie vom privaten Gelderwerb beherrscht ist, dem Kernaspekt des Kapitalismus und dabei nicht die Befriedigung der Bedarfe, eine sozial und politisch zu bestimmende Größe, auch der Notleidenden, im Vordergrund steht. Wohl gemerkt das gerade Vorgetragene ist nicht die Lösung der sozialen und ökologischen Fragen, aber eine gesellschaftlich neue Basis, um sie lösbar zu machen. Wem das zu weit geht, dem rufe ich in Erinnerung wieviel kapitalistisch verseuchte und pervertierte Staatsführung es in der Welt bereits gibt, d. h. Staatslenker, die Spekulanten und Großindustrielle sind, in China, die Ayathollahs im Iran, in vielen arabischen Staaten, in Russland, Afrika, USA, Lateinamerika. Und die Dämme brechen, überall.

Hier vertiefe ich nicht diese möglichen Leitperspektiven für die langfristige Entwicklung einer neuen Gesellschaft (Zeitraum vielleicht 200 Jahre), sondern frage

noch grundlegender. Was ist der Zentralpunkt für das Gelingen dieser Gesellschaftsreformen? Sie bedingen vor allem grundsätzlich eines: die Überwindung des Kapitalismus. Das war von den Anfängen her immer ein sozialdemokratisches Thema. Und das ist mehr als seine Einhegung durch das Sozialrecht und den Sozialstaat. Heute geht es um einen tieferen Wandel im Wirtschaften selbst, der alle betrifft, auch die Konsumenten und die Erwerbstätigen. Und ich betone gleich, es wird wichtig zwei Dinge nicht zu verwechseln: Kapitalismus und Marktwirtschaft. Markt geht auch anders. Das werde ich zeigen.

Aber wollen wir das überhaupt noch, den Kapitalismus überwinden? Dann muss auch genau bestimmt werden, was damit gemeint sein kann. Wir können nicht auf die Katastrophe warten, auf den aus ihr erwungenen Neuanfang, denn auch in diesem lauern sofort wieder die restaurativen Kräfte, wie es die Geschichte schon oft gezeigt hat. Wir müssen den Wandel wollen und als Vision und in Leitbildern den möglichen kleinen Schritten der Veränderung voranstellen. Die Reaktion auf meinen Beitrag vor einem Jahr war auch: das sei illusionär, prinzipiell könnte es zwar funktionieren, aber es ginge nicht, eben nicht machbar. Meine Antwort darauf ist schlicht: so zu bleiben wie wir sind, das ist illusionär. Die Welt ist in Unordnung und tendiert zu einem Kampf aller gegen alle, zu Kriegen, Flüchtlingsmigration, Verwerfungen in Staaten und Gesellschaften und wachsendem Welthunger, alles zunehmend. Es fehlt die soziale Innovation. Der Wandel beginnt aber in den Köpfen, aber er darf am Ende niemanden überfordern. Alle müssen beteiligt werden. Das ist langwierig und schwierig. Es gibt keine schnellen Lösun-

gen. Kleine Schritte im Reformprozess, das muss sehr ernst genommen werden. Akzeptanz ist wichtig, Überforderung muss vermieden werden. Aber die Zielsetzung muss über allem stehen, klar und unmissverständlich. Entweder wir haben ein wandelbares anpassungsfähiges Zukunftsbild oder wir wursteln weiter. Das Ziel wäre dann die Katastrophe, als möglicher neuer Chance eines Wandels.

Drei Ebenen notwendiger sozialer und politischer Gestaltung müssen unterschieden werden

- a) Die notwendigen Reparaturmaßnahmen im Kapitalismus. Hilfen für benachteiligte Gruppen und die Verbesserung von Lebenslagen auch ohne strukturellen Wandel der gegebenen Ordnung, das Hauptgebiet der Politik. Aber auch hier gibt es meistens unerkannt bleibende gesellschaftsverändernde Wirkungen im Sinne eines sozialen Wandels, die zwar politisch-programmatisch reflektiert werden müssen, jedoch in der Regel nur wenig in der Weise zum Thema werden, was ihre Funktion als kleiner Schritt des Wandels innerhalb einer konsistenten Programmatik für einen langfristigen gesamtgesellschaftlichen Wandel wäre. Das könnten wir nur, wenn wir auch ein Leitbild für den erstrebten Wandel hätten oder zumindest Perspektiven dafür, aus denen dann immer auch sehr unterschiedliche Lösungsansätze demokratisch gefunden werden könnten.
- b) Institutionelle gesellschaftliche Erneuerung durch neue Modelle für bestimmte gesellschaftliche Prozesse, z. B. der Einkommensbildung in der möglichen Perspektive einer Trennung von Arbeiten und

Einkommen oder eine Steuerreform z. B. durch ausschließliche Konsumbesteuerung statt Steuern auf Arbeitseinkommen und Unternehmensleistungen, ein bedingungsloses oder bedingtes Grundeinkommen, eine neue Geldordnung, eine neue Bodenordnung, neue Unternehmensverfassung etc. – Da ist vieles, das diskutiert werden könnte und müsste.

- c) Grundlegender gesamtgesellschaftlicher sozioökonomischer Umbau in langfristiger Perspektive, das hier behandelte Thema: eine neue Verfasstheit der Wirtschaft: eine sozial und ökologisch verantwortliche, sich selbst verwaltende nachhaltige Wirtschaft, die nicht nur von Rahmenbedingungen notdürftig im sozialen und ökologischen Zaum gehalten wird, deren Akteure sich freiheitlich selber durch Zusammenarbeit, Selbstkoordination, Selbstverwaltung in ihren autonomen Entscheidungen eine andere und zukunftsfähige Richtung da geben, wo heute die heutigen Ungerechtigkeiten und Umweltschäden sozialstaatlich nicht mehr aufgefangen werden. These, der Markt versagt als soziale Ordnung. Wir brauchen eine soziale Marktreform.

Das Mittel, um das freiheitlich zu erreichen, der vorhandene Markt wird ergänzt durch etwas Neues, durch eine soziale Organisation in den Markt hinein zum Zweck von Verhandlungen und Vereinbarungen über die ökonomischen Wirtschaftsziele. Ein Reformprogramm der Sozialen Marktwirtschaft, das den Kapitalismus überwindet, bedingt eine Umkehr des Liberalismus und des modernen Individualismus in der Weise, dass wir die liberale Freiheit zu einer sozialen Freiheit weiterentwickeln. Ich könnte

das auch Freiheitlichen Sozialismus nennen, der Begriff ist jedoch besetzt, auch mit vielen anderen Implikationen. Den Kapitalismus überwinden heißt, wir vollziehen einen strukturellen Gesellschaftswandel in den primären wirtschaftlichen Prozessen: Wir ergänzen die aus der liberalen Freiheit erreichte einzelwirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch verbindliche Selbstverwaltung und Zuständigkeit der Wirtschaft auch in den ökologischen und sozialen Belangen. Ich wiederhole, das Mittel dazu ist eine soziale Marktreform – aus der Freiheit aller Wirtschaftsbürger, ihrer sozialen Freiheit.

Die Frage der Visionen und der Leitbilder – ein Bezugsrahmen für eine strategisch angelegte Reformpolitik

Politische Visionen und Leitbilder müssen dafür erarbeitet werden, und wir müssen deshalb nicht ins Krankenhaus, um einen berühmten Sozialdemokraten zu zitieren... Helmut Schmidt hatte auch ein Leitbild: Globalsteuerung plus zunehmende Staatsverschuldung, aber nachhaltig bitte. Haben wir ja auch bekommen. Vor seiner Zeit gab es auch schon einmal ein ganz anderes Leitbild: «Mehr Demokratie wagen», und wie uns das getragen hat, da hieß es nicht: «Mehr Auto wagen». Auch unausformuliert, wir alle haben solche Leitbilder, leider meistens vergangenheitsgerichtet, ein neues (altes) Wirtschaftswunder.

Leitbilder sind grundsätzliche Leitgedanken, die dem politischen Handeln zugrunde liegen. Ob ausgesprochen oder nicht bewusst, alle politischen Parteien haben sie, ein grobes Bild von der Struktur- und Funktionsweise der Politik und der Gesellschaft und ihrer Fortentwicklung. Erst die Formulierung und Kommunikation von Leit-

bildern und Visionen für die Strategie und Steuerung des Gesellschaftswandels macht eine zielgerichtete Politik möglich. Unsere anerkannten Normen und Werte spielen da herein. Visionen haben eine motivierende Wirkung, werden auch zu Idealen ohne die eine erwünschte Zukunft nicht werden kann. Es wird etwas zum Ideal, aber nicht als ein unerreichbares Bild. Wir können durch Visionen einen gewünschten und den tatsächlich gelebten Gesellschaftszustand unterscheiden. Visionen weisen die Richtung (nicht spezielle Ziele) des politischen Handelns, sie setzen keine Grenzen. Sie können grundsätzlich bis ins Unendliche reichen. Visionen umfassen Zukunftsbilder zwischen den Polen visionär und konkret. Sie beschreiben einen erstrebenswerten, motivierenden, absehbaren, nutzenspendenden noch nicht erreichten Zustand. Sie bleiben selber nicht statisch sondern entwickeln sich mit unseren Erfahrungen weiter. Politisch stärken sie das Entscheidungsverhalten, sind also unverzichtbar. Sie ermöglichen die Entwicklung von Leitbildern für einzelne Politikbereiche und geeignete Strategien. Es entsteht ein gemeinsames Thema für alle Betroffenen.

Der Zusammenhang zwischen diesen Aspekten, Vision, Leitbilder, Strategien, ist top down zu sehen: von den Visionen kommen wir zu den Leitbildern, von diesen zu den Strategien. Das lässt sich auf die Gesamtgesellschaft beziehen, wie auf spezielle Funktionsbereiche in ihr. Erst darauf folgend wird die politische Organisation, die politische Kultur, werden Aktionspläne und Strategieüberwachung zum Thema. Das ganz muss in der Realisierung einigermaßen konsistent ablaufen und jede Stufe unterliegt natürlich auch einem Wandel, denn unsere Bilder vom Gegebenen und

Erwünschten entwickeln sich immer auch erfahrungsbezogen weiter. Insbesondere zwischen Strategie und politischer Kultur bedarf es einer starken Entsprechung. Der Strategie der Reform folgt eine politische Planung. Ich würde sie gerne strategische Planung nennen – für den Gesellschaftswandel, für den Reformprozess.

Wir schreien nicht herum «das geht doch nicht», sondern lernen aus den Erfahrungen und entwickeln die Gegebenheiten der externen und internen Bedingungen des politischen Betriebes entsprechend weiter. Es geht ohnehin immer nur um Teilziele für das gesellschaftliche Ganze wie für die Subsysteme. Die Mittel müssen entsprechend gewählt werden und es bedarf auch einer Kontrolle der Zielerreichung. Es geht überhaupt um ein gemeinsames soziales Lernen, nicht um Durchsetzung gegen den Willen der Betroffenen.

Es macht Sinn strategische und operative Planung (Projekte) zu unterscheiden. In den strategischen Planungen wird die erstrebte künftige Entwicklung sichtbar, der die operative Planung dient. Dabei geht es immer um sehr komplexe und oft wenig strukturierte Problemwahrnehmungen. Es geht aber immer um soziale Innovation. Das Gesamtbild der verschiedenen Schritte muss also eine bestimmte Charakteristik aufweisen, konzeptionell schlüssig sein und zugleich unabwendbare Aufgaben für die politisch Führenden definieren: es muss plastisch formbar, emotional erlebbar sein, Anziehungskraft haben, Begeisterung entfachen, Identifikationsmöglichkeiten bieten, hohe Ansprüche verfolgen, Ziel und Weg zugleich sein, realisierbar, ständig präsent, immer wieder in das Bewusstsein gerufen, offen einsehbar, aufgeschlossen gegenüber unterschiedlichen Bedürfnissen und

der Einnahme unterschiedlicher Blickwinkel. Es sollte spontan, kreativ, inspirierend, integrierend, commitment erzeugend, zielklar, kohärent, flexibel und kommunizierbar sein. Ich denke hier entstehen auch Maßstäbe für die Beurteilung von politischem Handeln generell, auch für die ex-post Analyse einer vergangenen Politik. Wie leitbildbezogen waren wir in der vergangenen Politik?

Einige Funktionen einer reformbezogenen Leitbildorientierung in der Politik

Denken wir dabei ruhig an «Mehr Demokratie wagen!». Dieses Leitbild hat fast alle Funktionen erfüllt. Mit Leitbildern (auch der impliziten Vision von Helmut Schmidt: Globalsteuerung und Einstieg in den Schuldenstaat) werden nicht schöne Phrasen oder nur Bekenntnisse abgegeben. Sie sind inhaltlich auszuarbeiten und begründen die konzeptionelle Konsistenz einer Politik. Es handelt sich um Grundsatzentscheidungen für die aktuelle Politik. Sie ermöglichen die Koordination von Entscheidungen, schaffen Synergieeffekte, machen ungewollte Nebenwirkungen sichtbar, klären Interessen- und Meinungsgegensätze zwischen unterschiedlichen Entscheidungsträgern. Sie fördern das Denken in Alternativen und schärfen den Sinn bei der Auswahl der Instrumente. Sie verbessern die Entscheidungsqualität. Sie erhöhen die Entscheidungseffizienz. Sie motivieren. Sie sichern der Politik eine langfristige Konstanz nach innen und nach außen, die grundsätzliche Ausrichtung wird deutlich. Sie minimieren Entscheidungs- und Verhaltenswidersprüche. Sie schaffen eine Gesamtorientierung in einem sehr komplexen Problem- und Umfeld der Politik. Sie verdrängen Insellösungen zugunsten von

Verbundeffekten. Sie stützen die Weiterentwicklung der politischen Kultur. Sie schaffen Klarheit über die impliziten Wertvorstellungen des tatsächlichen politischen Handelns. Sie haben PR-Funktionen. Sie sichern eine einheitliche gesamtpolitische Ausrichtung in allen Bereichen und Ebenen der Politik, zentral-dezentral. Sie ermöglichen die Überprüfung der Politik. Sie dienen der Information über die Politik, dienen der Öffentlichkeitsarbeit, stärken und schaffen ein Bild der politischen Identität, fördern also die Profilbildung. Sie unterstützen die politische Kommunikation und Willensbildung. Sie reduzieren Entscheidungsunsicherheit, reduzieren Fehlentscheidungen, besonders bei bestehendem Zeitdruck. Sie vereinfachen die Entscheidungsfindung, stabilisieren das politische Entscheidungssystem. Sie leisten einen Beitrag zur Sinnfindung und Werteorientierung. Sie verbessern das Image einer Politik und kanalisieren gesellschaftlichen Druck und Einfluss. Sie wirken als Transfermedien für die Erreichung von Akzeptanz für die Politik. Sie stützen praktische Handlungen. Sie sind eine Kommunikationsaufgabe und tragen zur Integration der Strategien in hochgradigen arbeitsteiligen Systemen bei.

Es gibt auch Gefahren einer Leitbildorientierung: sie können das Festhalten am Status quo einer einmal definierten Politik beitragen. Es können irrealer Wunschbilder entstehen. Notwendiger Wandel kann blockiert werden. Sie können zur Schönfärberei verkommen und Leerformel werden, vielleicht auch zur «Schwatzbude», wenn der kapitalistische Trieb sich stärker erweist als die Verantwortung für die Allgemeinheit.

Vergleichen wir einmal im Hinblick auf Funktionen und Dysfunktionen das Leitbild «Mehr Demokratie wagen» mit dem plötzlich

aus dem Handgelenk im vergangenen Wahlkampf auftauchenden Leitbild: «Die Vereinigten Staaten von Europa». Letzteres eine Luftblase, ersteres situationsgerecht, tragfähig wirkungsmächtig und zukunfts offen.

Den Kapitalismus überwinden, eine erneuerte und vertiefte Reformperspektive für die Sozialdemokratie

Ich frage an dieser Stelle weniger, wie sieht die erstrebte mögliche neue Gesellschaft aus, sondern ich frage, wie können wir uns gesellschaftlich neu organisieren, um den Kapitalismus vom Markt her und das heißt in uns selber zu überwinden. Das ist das vorrangige übergeordnete Ziel einer Gesellschaftsreform heute, aber auch eine begriffliche Anstrengung, denn durch unsere Weise Begriffe von der Realität zu bilden, verstehen und gestalten wir die soziale Welt. Schon in der Begriffsbildung zeigen sich alternative Zugriffe auf die Wirklichkeit. Wir sehen oft nur noch das, was wir schon kennen, d. h. wofür unsere Erfahrung einen Begriff in Form einer gewohnheitsmäßigen Vorstellung parat hält. Das fixiert unser Wahrnehmen auf das Wiedererkennen bekannter Muster. Neue Wahrnehmungen oder eine Erkenntnis über adäquatere Begriffe haben es dann schwer. Es gilt das eigene Urteil infrage zu stellen oder zumindest offen zu halten. Das Urteil muss an der Sache gebildet werden, nicht am Gewohnten und scheinbar Alternativlosen, bzw. rein interessenbezogen. Keiner will die Welt so, wie sie gegenwärtig ist, aber wir nähern uns ihr mit genau den begrifflichen Konzepten, aus denen sie täglich hervorgeht wie sie ist, aber als unerwünscht. Es muss anerkannt werden, dass wir die Richtung unserer Aufmerksamkeit begrifflich frei ausrichten kön-

nen und vor allem neu ausrichten müssen, wenn wir eine andere Zukunft gewinnen wollen.

Heute fokussiere ich mich auf den Zentralaspekt einer grundlegenden und tragfähigen sozialen Reformstrategie der Marktwirtschaft. Es reicht nicht mehr hin, den Kapitalismus nur einzuhegen, um zu sozialer Gerechtigkeit zu kommen, muss dieser vollständig überwunden werden, wohl gemerkt, nicht die Marktwirtschaft und das freie Unternehmertum. Wo und wie das beginnt, das Überwinden der privaten Gewinnmaximierung sowie eines sozial kostspieligen und desaströsen Wettbewerbs, davon rede ich an dieser Stelle. Das ist auch eine Frage an die zeitgemäße Erneuerung der Sozialdemokratie. Sind wir eine Reformpartei, die das überhaupt will? Und würden die Mitglieder dieser Partei wollen, dass wir das wieder werden? Und könnte das sogar zu einem ihrer zentralen Programmpunkte werden? Würde das die Unterstützung der Gewerkschaften finden? Gibt es bei uns als Partei und Bewegung überhaupt noch jemand, der willens ist daran zu arbeiten, weniger Kapitalismus Stück um Stück und zwar in der Wirtschaft, nicht um sie herum? Eher wir man ausgelacht, wenn man das zu einem Programmpunkt erheben will. Wir leben sozialdemokratisch ja von den Profiten des Kapitalismus, die wir für das Soziale abschöpfen. In Wirklichkeit ist der ganze Laden aber denkfaul und er verwechselt die Dinge, z. B. Kapitalismus und freier Markt, oder eine sozial orientierte freie Wirtschaft mit Planwirtschaft, oder mehr Staatsausgaben mit Gesellschaftsreform. Das Denken und die Begriffe über Grundsätzliches entwickeln sich schon lange nicht mehr weiter in der SPD. Und neben uns entstehen die politischen Konkurrenten und haben

leichte Sache. Wir brauchen einen neuen Bezugsrahmen für die soziale Reform, die sich als sozialstaatliches Programm bewährt hat und ein Thema bleibt. Aber die Gesellschaftsreform muss tiefer gehen, sie muss die rein ökonomischen Beziehungen im Markt direkt zum Thema haben.

Ohne ein Zukunftsbild dafür wird es nicht gehen. Was sich gegenwärtig nicht nur in Europa sondern weltweit an Problemen akkumuliert, führt immer mehr in einen Kampf aller gegen alle. Gesellschaftsreform bedeutet heute die Wirtschaft als einen sozialen Raum zu entwickeln. Es fehlt uns strukturell die Möglichkeit, schon im Markt die Wirtschaftenden für die Bedarfe aller, die Ökologie und das Soziale, also die Allgemeininteressen verantwortlich zu werden. Warum aber sollen wir als freie Wirtschaftsbürger das nicht können, was wir als freie Staatsbürger dann doch aber unzulänglich tun, um des sozialen Friedens und der Gerechtigkeit willen? Eine strukturelle Weiterentwicklung der marktlichen Ordnungsvoraussetzungen tut Not, erscheint vielen aber als zu riskant, wird für nicht möglich gehalten. Die steigende Armut zeigt aber, das Soziale muss früher anfangen, nicht erst bei den nachträglichen Verteilungskämpfen.

Der Wettbewerb soll die Wirtschaft regeln. Fragen der Zusammenarbeit tauchen in den heutigen Tauschbeziehungen gar nicht auf. Das Grundproblem, wie erreichen wir eine gerechte Versorgung aller Menschen mit den lebensnotwendigen Gütern und Diensten, bleibt vom Markt her, also unseren eigenen Produktions- und Konsumtionsentscheidungen, völlig unbeantwortet. Jeder wird dazu aufgefordert ausschließlich seine persönlichen Interessen zu verfolgen, ohne nach rechts und links

zu gucken. Dabei werden viele Sozialbeziehungen entweder anonymisiert oder zerstört. Die soziale Gegenseitigkeit der Arbeitenden, die durch die Arbeitsteilung und die Tauschbeziehungen entstanden ist und zwar weltweit, wird dadurch zu wenig zum Thema der Wirtschaftenden selber. Dass das viele Menschen in Not bringt und in die Unfreiheit, dass sie einfach herausfallen aus der sozialen Gegenseitigkeit gehört nicht zu den Verantwortungen der privatkapitalistischen Wirtschaftsform. Die damit auftretenden sozialen Zerstörungskräfte werden ignoriert. Für die gesamtwirtschaftlichen Kosten und Mehrkosten für den Staat durch ruinösen Wettbewerb mit der Folge von Bankrotten, gibt es überhaupt keine geldliche Gesamtrechnung. Diese Kosten wären bei Zusammenarbeit aber vermeidbar. Das Zentralproblem: Es entsteht heute bei den Marktteilnehmern kein wahres Bild von dem Verhältnis zwischen der Erzeugung und dem Bedarf von Waren.

Das heißt, wir lernen ordnungspolitisch nichts aus den Mängeln unseres Wirtschaftssystems. Der Wohlfahrtsstaat korrigiert die marktlichen Dysfunktionen nicht im Kern, er baut eine Ordnung darum herum auf, die sich auf die Folgen, aber nicht die Primärprozesse der Wirtschaft bezieht. Innerhalb und unterhalb der sog. Rahmenbedingungen geht es munter kapitalistisch gegen die anderen und gegen die Umwelt weiter. Wem das noch nicht aufgefallen ist, der kann sich ja einmal die wöchentlichen «Markt»-Sendungen im Fernsehen anschauen, was innerhalb der Rahmenbedingungen so alles möglich ist, oder die prekären Lebensverhältnisse etc. Wir müssen in Zukunft aber nicht nur an den Rahmenbedingungen arbeiten, sondern an uns selber als Wirtschaftsbürger. Wie

eng soll das Netz der Rahmenbedingungen denn noch werden, ehe wir anfangen, uns da, wo die Fehlentscheidungen entstehen, zu verständigen und Vereinbarungen zur Selbstkorrektur zu treffen. Immer mehr Regulierung aufbauen, ohne eine Grundkorrektur bei uns selbst als Wirtschaftenden, wollen wir das, nur damit die Schlupflöcher bleiben? Ist das unsere Freiheit und Mündigkeit als Wirtschaftsbürger? Wettbewerb ist gut, aber um Leistung, um Qualität, nicht aber beim Unterlaufen der allgemein gewünschten Ziele, oder den Wettbewerber auszukonkurrieren und unabsehbare Sozialkosten zu erzeugen.

Der Ausweg wird bisher nie in strukturellen Reformen im Markt gesucht sondern von außen durch staatlichen Ausgleich oder Globalsteuerung, gerne auch durch einen *deus ex machina*, die Technologie, heute die Digitalisierung oder durch Wettbewerbsvorteile oder durch eine gute Konjunktur und mehr Wachstum. Das mag alles gut sein, aber wie die zunehmende Armut zeigt, kann es gesellschaftliche Reformen nicht ersetzen. Es fallen nicht nur in den Randgesellschaften, sondern im Zentrum der prosperierenden Ökonomien zu viele Menschen aus dem wirtschaftlichen Wohlergehen heraus. Der Wirtschaftsliberalismus hat allen Grund, daran zu arbeiten, freiheitlich sozial zu werden. Warum soll uns das überfordern? Es muss erstmal rigoros eingefordert werden, es steht in den ökonomischen Lehrbüchern ja auch in den Vorworten: «Der Mensch steht im Mittelpunkt!» heißt es dort. Aber sowohl die ökonomischen Theorien, wie auch die freien Entscheider in der Wirtschaft beachten die selbst angemahnte soziale Aufmerksamkeit für ihre Entscheidungen nicht, obgleich eine soziale Interdependenz und Abhängig-

keit aller voneinander durch die wirtschaftliche Arbeitsteilung weltweit besteht.

Warum sind wir so? Man denkt kapitalistisch, d. h. vor allem an das Produzieren und Absetzen. Einzige Zielsetzung dabei ist der private Gewinn, die Bedarfsfrage insgesamt wird dem Zufall überlassen, regelt sich statistisch über den Markt, ob zu viel, ob zu wenig, auf wessen anderes Kosten und wer ganz herausfällt, gehört nicht in das Verständnis der preislich entstehenden wirtschaftlichen Ordnung selber. Die Krux liegt nicht in der Freiheit der wirtschaftlichen Entscheidungen, aus ihr könnten wir die wirtschaftlichen Aktivitäten auch an der Befriedigung der Bedarfe aller orientieren. Das Problem ist die private Gewinnorientierung und die Selbstverständlichkeit mit der nur die geldwirksame Nachfrage, nicht aber die Bedarfe insgesamt zum Anlass der Leistungserstellung werden. Die Preise, nicht eine soziale Vernunft sollen heute zur Gerechtigkeit führen. Wir überlassen die Gerechtigkeit der Statistik, der Nachfragerelegation, nicht nur bei Gütern und Diensten auch beim Faktor Arbeit. Über die Konkurrenz wird dafür eine Kampfsituation erzeugt und zugleich weltanschaulich abgesichert, denn menschliches Handeln ist durch den Kampf um das Überleben bestimmt nicht aber durch Zusammenarbeit und eine Verständigung über berechnete Bedarfe und ihre Befriedigung.

Unser Wirtschaftsleben wird durch ein antisoziales Konkurrenzprinzip bestimmt. Das mag bei geistigen Leistungen problemlos sein, z. B. die beste Erfindung etc. Bei der Versorgung der Menschen bewirkt das Ungerechtigkeiten, denn die Konkurrenz stützt sich nicht nur auf Leistung, sondern auch auf Macht, letztlich auf die Macht des Geldes. Fortschritt und qualitative Stei-

gerung von Leistungen ebenso die Möglichkeit zu arbeiten, muss aber allen Menschen erreichbar sein. Und das regelt sich nicht aus den Preisen, weil es für viele gar keine ausreichende Einflussnahme über einen Geldeinsatz gibt. Die Bedürfnisse der meisten Menschen können sich preislich überhaupt nicht im Markt darstellen und behaupten, weil diese sich nichts leisten können, außer gerade so durchzukommen und viele auch das nicht mehr. Außerdem werden bekanntlich die Preise durch die Konkurrenz nur bedingt nach oben und unten verändert, sie weisen in der Regel ein großes Beharrungsvermögen auf und reagieren erst, wenn Angebot und Nachfrage eine bestimmte veränderte Größenordnung erreicht haben. Die Schwingungsbreite der Preisänderungen zeigt auch keineswegs die wirkliche Größe der Differenz von Angebot und Nachfrage, dass man an ihr ablesen könnte, wieweit die gegebene Produktion den Bedarf erreicht. Steigende oder fallende Preise zeigen an, dass zu wenig oder zu viel produziert worden ist, sie zeigen aber nicht an, wieviel zu wenig oder zu viel produziert worden ist. Es macht aber immer Sinn sich gerade darüber zu verständigen.

Was in der Konkurrenzwirtschaft in Wirklichkeit fehlt, ist eine durch Zusammenarbeit gesteuerte Verständigung über die Gesamterzeugung. Das Fehlen dessen führt in konjunkturellen Aufschwüngen zu einer planlosen Produktionsausweitung. Nur, dass die Preise steigen, kann doch vernünftigerweise noch kein Signal für eine Produktionsausweitung sein, das sollte doch nach vernünftigen Bedarfsanalysen sowie ökologischen sozialen und regionalen Kriterien mitentschieden werden. Die Marktwirtschaft ist hier völlig planlos, weil jeder

Unternehmer oder Konsument isoliert vorgeht. Es fehlt jede gesamtwirtschaftliche Regulierungskraft.

Das ist der Kapitalismus im Kern: Der Schwerpunkt des Wirtschaftens verlegt sich auf eine Nebensache. An die Stelle der Bedarfsbefriedigung sozialer Gemeinschaften tritt die private Gewinnerzielung, der Gelderwerb, der über die Befriedigung der geldwirksamen Nachfrage und gerade nicht als Bedarfsbefriedigung aller, gesucht wird. Das Ziel, die Bedarfe aller zu decken, wird zum Mittel, das Mittel, der private Erwerb, wird zum Ziel. Die Gewinnerzielung wird zum Endzweck erhoben, die Bedarfsdeckung als Mittel dafür benutzt. Daraus folgt eine Tendenz zur Überproduktion, wie schon davor zur Preisüberhöhung. Für viele bedeutet das aber Unterversorgung und Unterkonsum. Alles folgend aus einer völlig perversen Zielsetzung, nämlich gesteigerte Gelderträge ohne Ende, als Hauptziel des Wirtschaftens. Dem folgt dann auch die unerbittliche Logik der Geschäftsführungen, die alle Entscheidungen der Betriebsrentabilität unterwerfen, die Mitarbeiterbeiträge werden zu Unkosten, anstatt sie nach ihrem Leistungsvermögen und Nutzen für ein wachsendes Unternehmen zu bewerten und sie zu Teilhabern der Unternehmen zu machen. Aus dem Unternehmen wird ein individuell abgekapseltes Zentrum der privaten Geldversorgung. Diese wird möglich durch die angeeignete Arbeitsleistung anderer, die in privat verfügbares Kapital umgewandelt wird. Der Überproduktion für die Zahlungsfähigen steht die Unterkonsumtion von immer mehr Menschengruppen gegenüber.

Wir haben die Freiheit zu konsumieren, was wir wollen und zu produzieren, was wir wollen, und zwar unabhängig von staatli-

cher Bevormundung und Einmischung. Das ist gut, aber bedarf es deswegen keinerlei Zusammenarbeit in der Wirtschaft selber, um für die von dort entstehenden Probleme aufzukommen? Diese Frage wird leider viel zu wenig gestellt. Man glaubt mit der freien Preisbildung das Ordnungsproblem der Wirtschaft gelöst zu haben. Die gesamte Erzeugung richtet sich nach den Preisen. Es wird unterstellt, dass diese die Bedarfsverhältnisse richtig widerspiegeln. Es wird auf die soziale Bedarfserkenntnis und der Bedarfsbefriedigung als einer gemeinsamen Anstrengung und Übereinkunft verzichtet. Das ist der große ökonomische und noch mehr soziale Irrtum im Kapitalismus. Aus egoistischem Verhalten soll eine soziale Ordnung hervorgehen. Stattdessen gibt es wiederkehrende Wirtschaftskrisen und sogar soziale Revolutionen. Die Planwirtschaft ist keine Alternative, wir brauchen ihr nicht nachzuhängen. Aber die Freiheit im Wirtschaftsleben hat sich bisher noch nicht als eine auch sozial verantwortliche durchsetzen lassen. Dafür fehlt eine entsprechende Marktorganisation, die die Isolierung der Marktpartner aufhebt und Zusammenarbeit ermöglicht. Man verzichtet auf ein soziales Prinzip gerade dort, wo die soziale Abhängigkeit im Leben am stärksten hervortritt, in der arbeitsteiligen Wirtschaft und der damit gegebenen Abhängigkeit und Angewiesenheit aufeinander.

Eine Sozialität soll sich in der primären Wirtschaftsaktivität nicht entwickeln. Eine moderne Ökonomie braucht aber beides: Wettbewerb und Zusammenarbeit und zwar aus der Freiheitskraft der Individuen. Wir brauchen dafür ordnungspolitisch eine größere Formenvielfalt. Um Konkurrenz und Machtkämpfen nicht das Feld zu überlas-

sen müssen der Marktwirtschaft genossenschaftliche Strukturen einer höheren Ordnung eingefügt werden, die es ermöglichen in den anders nicht lösbaren Fragen zu einer Zusammenarbeit zu kommen. Wir brauchen im Markt neue Formen einer unternehmensübergreifenden Zusammenarbeit. Es fehlen marktunmittelbare Assoziationen zwischen allen Entscheidern im Wirtschaftsleben als Orten der Verständigung und Vereinbarung über die Probleme regionaler und sozialer Defizite der Versorgung.

Es geht deshalb darum ein Verfahren zu finden, wie das Produzieren unmittelbar auf den Bedarf bezogen wird und das bleibt, jenseits einer Optimierung des privaten Gelderwerbs als dominanter Zielsetzung der Leistungserstellung. Nicht allein die geldliche zahlungsfähige Nachfrage, sondern die wirklichen Lebensbedürfnisse aller müssen aber befriedigt werden.

Ich betone, das hier Angesprochene sind keine Dysfunktionen des Marktes, das sind die Folgen des Kapitalismus im Markt. Von einem anderen Bewusstsein geleitet, könnte die angesprochen Probleme wirtschaftlich vom Markt her bearbeitet werden, nämlich nicht gewinnorientiert sondern bedarfsorientiert und durch Absprachen und Vereinbarungen sozial organisiert. Selbstverwaltet und kooperierend könnten diese Probleme direkt von den Marktkräften angegangen werden, nicht nur national, auch weltweit. Wir können den Kapitalismus nur überwinden, wenn der Liberalismus sozial wird, und das kann er nur freiheitlich werden. Wir sind nur in Grenzen frei von etwas in den gesellschaftlichen Lebensverhältnissen, das ist normal, überall stoßen wir auf Bedingungen und Regeln, die unserer Freiheit Grenzen setzen. Frei wovon sind wir in gesellschaftlichen Umständen in der Tat

nie. Aber das allein dürfen wir nicht fragen. Frei wozu, das müssen wir fragen und da ist eine Menge mehr möglich. Mehr soziale Freiheit und mehr soziale Mündigkeit in der Wirtschaft tut Not, aber keiner kann das alleine nur für sich als Wirtschaftenden leisten, der Wettbewerb würde ihn aushebeln. Gemeinsam ist es jedoch möglich: durch Vereinbarungen zwischen den Wirtschaftsteilnehmern in allen Bereichen sowie sektorenübergreifend. Wir brauchen dafür eine soziale Marktreform, und einen Staat, der uns wieder in die Verantwortung für die selbst erzeugten Probleme in der Wirtschaft bringt.

Einige mögliche Leitaspekte in der freiheitlich-sozialen Wirtschaftsreform (Leitsätze) – nur einige Beispiele!

Wir Firmenassoziationen arbeiten bei den Lieferwegen und Mehrkosten durch unkoordinierte Parallelbestellungen zusammen und vermeiden Doppel- und Mehrkosten durch Transportvereinbarungen.

Wir vermeiden Unwirtschaftlichkeiten durch Lagerhaltung, übergroße Bestellungen, weil wir uns am Bedarf orientieren.

Wir schaffen koordinierte Beziehungen zwischen Handel und Produktion, um Überproduktion und Unterproduktion zu vermeiden. Wir gründen nicht aufs Geratewohl, wo ein gewinnträchtiges Geschäft möglich wäre, sondern siedeln Unternehmen bedarfsgerecht an.

Wir vermeiden Krisen und Zusammenbrüche sowie hohe Wertverlusten durch Bankrotte und ihre hohen sozialen Kosten für die Allgemeinheit.

Wir Konsumenten reden mit bei der Bedarfsseite der Wirtschaft, auch bei Fragen, in welchen Regionen werden Produktionsstellen, Warenhäuser, soziale Dienste, Infrastruktur etc. gebraucht. Unter Umständen auch, wo muss die Genehmigung der Gründung verweigert werden.

Wir tragen bei zu einer gesamtwirtschaftlichen Vernunft in allen Wirtschaftsentscheidungen durch Selbstverwaltung der Wirtschaft bei.

Solche Leitbilder lassen sich je nach politischen Erfordernissen endlos weiter entwickeln, so viele als im gesellschaftlichen Raum Probleme entstehen und gelöst werden müssen. Ich darf aber betonen: echte Leitbilder in den oben erwähnten Funktionen entstehen erst, wenn eine fundierte unterstützende politische Reformprogrammatik vorliegt, die auch die neue Arbeitsteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft widerspiegelt und zum Ziele hat.

Wir müssen es lernen, unsere Arbeitsanstriebe vom Gelderwerb zu trennen. Assoziationen sind freie Zusammenschlüsse in der Wirtschaft, immer geht es darum, sich am besonderen und am Gesamtbedarf zu orientieren. Es entsteht eine sich selbst sozial gestaltende Wirtschaft in Freiheit. Kooperation ergänzt Wettbewerb und wird ein zweites wichtiges Ordnungsprinzip neben dem Wettbewerb. Das ist keine autoritär angeordnete Produktionsplanung, sondern ein freies Verhandeln und Vereinbaren aus gesamtwirtschaftlicher Vernunft, ermöglicht durch die freiheitliche Verbindung von Konsumenten, Produzenten und Handel. Es entsteht eine soziale Nähe zwischen den Wirtschaftsteilnehmern. Es geht um eine gemeinsame und verantwortbare Bedarfs-

erkenntnis. Es kann einzelwirtschaftliche Assoziationen von Kunden, Händlern und Produzenten geben, aber auch gesamtwirtschaftliche, in denen der Gesamtbedarf zum Thema wird. Es wächst das Bewusstsein, dass privatwirtschaftliche Ziele besser erreicht werden können, wenn man sie in einen gesamtwirtschaftlichen Horizont hinein stellt. Es entwickelt sich ein Gemeinsinn der Zusammenarbeit bezüglich der Bedarfsbefriedigung, auch der sozialen Bedarfe. Menschen stehen wieder bewusst und verantwortlich in den Prozessen ihrer Arbeit und auch des Verbrauches. Die Assoziationen ermöglichen das. Assoziationen sind per se eine höhere Stufe der Wirtschaftsvernunft als das reine Konkurrenzprinzip. Es geht auch nicht um festlegende Planungen, sondern um eine wirklichkeitsgemäße Auseinandersetzung über Bedarfe, die Anpassung der Produktion, die Gestaltung der Preise, die Lenkung der Arbeitskräfte, die Regelung der Geld- und Kapitalverhältnisse, die Berücksichtigung regionaler Erfordernisse etc. Diese Dinge müssen in das Bewusstsein der Wirtschaftenden kommen.

Assoziationen bedeuten die Ausweitung des Freiheitsraumes in die Wirtschaft hinein, sie diktieren nicht und betreiben auch keine Planwirtschaft. Sie ermöglichen aber, dass vieles in der Wirtschaft planvoll passiert. Ihre Mitglieder sind vielfach Experten, in jedem Falle erfahrene Vertreter aus den Wirtschaftsbereichen. Assoziationen vertiefen und verbreitern das Wissen, das für Produktions- und Absatzentscheidungen wichtig ist. Sie ermöglichen es Einzelinteressen und gesamtwirtschaftliche Interessen gleichermaßen in Entscheidungen einzubeziehen.

Gewinnstreben, überhaupt betrieblicher Egoismus und Machtansprüche wer-

den schon in der Wirtschaft eingedämmt. Es entsteht eine soziale Form des Zusammenwirkens nicht nur von gleichgerichteten, sondern auch von gegensätzlichen Interessen. Das Gesamtbild der ökonomisch-sozialen Wirklichkeit wird dadurch komplexer und wirklichkeitsnäher. Jeder kann seine Sicht in dieses Gesamtbild einfügen. Es entsteht ein Bewusstsein für das Wohl der Allgemeinheit, eine Art «objektiver Gemeinsinn». Solidarität bekommt einen völlig anderen Klang, nämlich nicht den des nachträglichen Ausgleichs, sondern der Zusammenarbeit im Markt. Wirtschaftliche Entscheidungen unterschiedlicher Träger stimmen sich ab. Keine zentrale Instanz kann das Ganze der Wirtschaft überblicken, geschweige denn beherrschen oder richtig lenken. Wirtschaft kann nicht zentral erkannt und geführt werden. Die Lage in unterschiedlichen Regionen und Sektoren der Wirtschaft ist zu umfangreich, vielfältig, schnell wechselnd und es lebt in jeder Einzelperson ein Stück unersetzbarer Wirtschaftskennntnis und -erkenntnis.

Assoziationen schließen sich nicht gegeneinander ab, und enden auch nicht an den nationalen Grenzen. Sie inspirieren das staatliche Handeln und die Gesetzgebung. Sie sind aber niemandes Werkzeug. Es entsteht ein erweiterter Bewusstseinshorizont für die Belange anderer. Sie brechen individualistisches Interessenhandeln auf. Sie öffnen sich auch der Mitgliedschaft von Menschen aus anderen Lebensbereichen als der Wirtschaft, z. B. dem Bildungswesen oder aus der Kultur und der Wissenschaft. Das freie Wollen und die persönliche Verantwortung in der Wirtschaft werden auf eine höhere Stufe gehoben gegenüber dem Einzelwillen. Freiheit und Sozialität wachsen zusammen.

Bleibt die Frage nach der Rolle des Staates in einer assoziativ mit-bestimmten Wirtschaft:

Im Staat gewinnt das Zusammenleben gegenüber den Assoziationen noch einmal eine übergeordnete Form, nämlich eine rechtsgetragene Ordnung innerhalb und zwischen den Nationen. Das Recht selbst entsteht aus der kulturellen Produktivität der Menschengemeinschaften. Der Staat dient der Verwirklichung des Rechtes und der sich auf dieses stützenden Ansprüche. Das menschliche Zusammenleben wird durch das Recht geordnet, der Staat hat dieses praktisch durchzuführen. Der Staat hilft mit bei der Gründung von Assoziationen und unterstützt diese durch Expertise und Infrastruktur. Er wird dadurch selber entlastet und anerkennt, dass es im gesellschaftlichen Raum auch ein implizites situationsbezogenes Wissen kommt, an dem die Bürokratien in der Regel vorbei gehen.

Er ist darüber hinaus unbedingt für soziale Fragen im Sinne aller Angelegenheiten der Allgemeinheit zuständig. Das Soziale ist nicht das Private. Jeder materielle Notstand verletzt die Interessen der Allgemeinheit. Viele Aufgaben entstehen heute für den Staat jedoch dadurch, dass die gleichen Menschen, die das so ausgegerichtete Staatshandeln mittragen, in der Wirtschaft als Konsumenten und Produzenten den Grundsätzen der Allgemeinverträglichkeit und der Vernunft des Staatswesens enorm zuwider handeln. Zu den sozialen Aufwänden, denen ein Staat ohnehin zu entsprechen hat, kommen dadurch solche, die gar nicht erforderlich würden, wenn wir die Wirtschaft nicht kapitalistisch, sondern assoziativ, auf Zusammenarbeit und am Wohl aller orientiert, durchführen würden. Insofern ist es gut, dass in den Assoziatio-

nen nicht gleichgerichtete sondern gegensätzliche Interessen unter sich zu einem Ausgleich kommen müssen. Es stellen sich in der Perspektive der Überwindung des Kapitalismus durch assoziative Zusammenarbeit die sozialen Folgeprobleme für den heute maßlos überforderten Staat dann auch ganz anders da. Er würde im Hinblick auf seine genuinen Aufgaben wieder viel handlungsfähiger, wenn die Gesellschafts- und Wirtschaftsreform grundlegend vorankäme, dadurch dass wir die gesellschaftliche Problemlösungsfähigkeit schon in der Wirtschaft durch Zusammenarbeit erhöhen.

Der entscheidende Punkt, auf den ich hier Wert lege, ist jedoch der, dass ich versucht habe den Ansatz zu einer Gesellschaftsreform zu skizzieren, die wir als Thema in der SPD und auch im überkommenen Leitbild des Demokratischen Sozialismus leider fast ganz aus dem Auge verloren haben, nämlich eine Gesellschaftsreform, die über das Sozialstaatliche weit hinaus geht. Die Sozialstaatsreform als das Reformthema der vergangenen Epoche lebt aus dem Gleichgewicht von Kapitalismus und sozialer Reform, eine gesellschaftsverändernde Programmatik in Richtung einer Wirtschaft jenseits des privaten Erwerbsstrebens ist nicht damit mehr verbunden. Sie begnügt sich mit der Einhegung des Kapitalismus. Der Sozialstaat hat keine weitergehende gesellschaftsentwickelnde Programmatik und würde, weil im Hinblick auf einer neue Wirtschaftsweise ideenlos und auch nicht durchsetzungsfähig, auch sofort scheitern, weil er selber durch den Kapitalismus finanziert wird. Es sind die Profite des Kapitalismus mit all ihren Nebenfolgen, die die soziale Reform finanzieren. Die zentralen Fragen der Eigentumsordnung an Boden und Produktionsmitteln sind dabei zum Tabu

geworden. Auch ist die Perspektive der Sozialreform im Kapitalismus zu sehr auf den Gegensatz von Kapital und Arbeit fixiert und unterschlägt die entscheidende Rolle der Konsumenten, aber auch der Erwerbstätigen, wenn es darum geht eine gesellschaftsverändernde Perspektive zu gewinnen. Diese Perspektive hat der Demokratische Sozialismus nach Godesberg nicht mehr ernsthaft als ordnungspolitische Programmatik weiter verfolgt. Den Kapitalismus überwinden, das können wir nicht den Unternehmern allein abringen, das müssen wir erst einmal bei uns selber tun, als Erwerbstätige und als Konsumenten. Der Wandel muss aus dem gesellschaftlichen Raum selber kommen, jedoch staatlich angefordert und gefördert. Den institutionellen Ansatz dafür, eine soziale Marktreform, habe ich aufzuzeigen versucht. Das ist es, vor dem der Demokratische Sozialismus kapituliert hat. Das Soziale entsteht durch den Staat, aber nur soweit der Kapitalist in uns mitmacht. Die Wahlergebnisse bezeugen das. Ich betone abschließend ausdrücklich, dass das alte Reformthema, der Sozialstaat, nicht an Kraft verlieren darf, solange wir selber den Kapitalismus nicht überwunden haben.

Der Staat muss entlastet, die Gesellschaft selber problemlösungsfähig werden. Das Mittel dazu ist eine Aktivierung der Gesellschaft durch eine neue Form genossenschaftlicher Zusammenarbeit im Markt (in Erweiterung der bereits bewährten Marktprozesse). Durch die genossenschaftliche Assoziierung der Marktpartner kommt der Gesamtzusammenhang der Wirtschaftsaktivität in das Bewusstsein der Akteure. Das einzelwirtschaftliche Planen und Entscheiden wird ergänzt durch Verhandlungen über die gesellschaftlichen Bedarfe. Preise,

Lebensbedingungen, Beschäftigung, Regionalentwicklung, Ökologie u. a. werden zum Gegenstand von Vereinbarungen. Es entsteht ein planvolles verantwortliches Vorgehen aus Freiheit da, wo heute das Chaos herrscht und soziale Ungerechtigkeit sowie hohe soziale Kosten für die Allgemeinheit entstehen. Der Markt, der das Ordnungsproblem der Wirtschaft besser löst als jede Form von Planwirtschaft, aber als soziale Ordnung versagt (Lohnungerechtigkeiten, prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse, Altersarmut etc. mit zunehmenden Bevölkerungsanteilen), entwickelt sich weiter. Die Sozialordnung, die das Ganze trägt, entsteht nicht erst jenseits der Marktaktivitäten. Der Egoismus als die bisherige Triebfeder des wirtschaftlichen Handelns wird zurückgedrängt. Die bisherigen sozialen Erkenntnisgrenzen des Marktes werden überschritten. Die soziale Bewusstlosigkeit der Marktakteure wird überwunden. Diese verschwinden nicht in die Anonymität, die jeweiligen Lebensumstände bestimmen die Bedingungen des Tausches mit. Es entstehen erfahrungsgesättigte und wahrnehmungsfähige Tauschbeziehungen. Die rein interessebezogene Vergesellschaftung im Markt wird aufgelöst. Die Frage wird wieder wichtig, ob ein gerechter Preis entsteht. Der sozial wünschenswerte Bedarf steuert die Produktion anstelle des privaten Erwerbsmotivs. Die Assoziationen diktieren nicht, sie betreiben keine Planwirtschaft, sie fördern

ein planvolles Vorgehen in der Wirtschaft aus Freiheit. Der Staat verfügt heute über alle erforderlichen finanziellen Mittel und steuerungstechnische Durchsetzungskraft, den langfristigen Umbau der Scheinmarktwirtschaft (weil ohne verantwortete Tauschbeziehungen) in eine reine Arbeitsgesellschaft (siehe oben) zu fördern. Wettbewerb wird ergänzt durch Kooperation. Das bedeutet nicht mehr nur ein Gestaltungsprinzip bestimmt das wirtschaftliche Handeln, sondern zwei, gemäß den Problemen, die nur aus der Wirtschaft heraus einer nachhaltigen Lösung zugeführt werden können. Viele wollen das heute auch, aber keiner kann es alleine, nur für sich, erreichen.

Literatur

- Herrmannstorfer, Udo (3., erweiterte Aufl. 1997): *Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft*. Stuttgart.
- Heyder, Ulrich (1994): *Reformperspektiven für die Industriegesellschaft. Neue Wege der sozialen Reform nach dem Scheitern des Sozialismus*. Chur/Schweiz.
- Heyder, Ulrich (2017): SPD quo vadis? – Wie erreichen wir in der Politik eine zukunftsbezogene gesellschaftsentwickelnde Perspektive? In: *perspektivends*. Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik. 34. Jahrgang, 2/17.
- Wilken, Folkert (2. überarb. Aufl. 1985): *Die Selbstgestaltung der Wirtschaft als soziale Lebensnotwendigkeit*. Schaffhausen.

Hermann Adam

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Globalisierung

Als Ursache der Wahlniederlage der SPD bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 wird von vielen das Fehlen einer programmatischen Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung und der Liberalisierung genannt.¹ Aber warum fehlt diese Antwort? Für eine sachliche und zielführende Diskussion innerhalb und außerhalb der SPD ist es enorm wichtig, sich bewusst zu werden, welche komplexen Prozesse von der Globalisierung in politischer und sozialer Hinsicht ausgelöst wurden. Hierzu will die vorliegende Analyse einen Beitrag leisten.² Dazu sollen zunächst die politischen,

wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit und ihre Veränderungen seit den 1980er-Jahren beschrieben werden. Anschließend geht es um die Spielräume und Handlungsmöglichkeiten, die Regierungen angesichts der zahlreichen strukturellen Veränderungen und der Digitalisierung im globalisierten Kapitalismus auf nationaler Ebene noch offenstehen.

Von der Vollbeschäftigung zur Ölkrise – die Ausbauphase des Sozialstaates

Die ersten drei Nachkriegsjahrzehnte brachten der alten Bundesrepublik Deutschland einen bisher daher nie dagewesenen Wirtschaftsaufschwung mit hohen Wachstumsraten, steigender Beschäftigung und realen Einkommenszuwächsen für alle. Keiner blieb zurück, alle profitierten vom sog. «Wirtschaftswunder». Dieser rasante Wirtschaftsaufschwung – das soll hier ausdrücklich betont werden – war weniger das Resultat konsequenter marktwirtschaftlicher Politik, sondern Ergebnis einer glücklichen Kombination von historischen Umständen und Entwicklungen, die aber nicht dem Wirken Ludwig Erhards zu verdanken waren.³

1 So z.B.G. Neugebauer: «Dabei sind einige für den Erfolg notwendige...Bedingungen zu beachten. Dazu zählen ein sozialdemokratisches Reformkonzept zur Bewältigung der mit der Globalisierung verbundenen Veränderungen der ökonomisch-sozialen und der politisch-kulturellen Verhältnisse...» und C. Koschmieder: «Das wichtigste Problem ist ein programmatisches. Die SPD hat es bisher nicht geschafft, eine ausreichende programmatische Antwort auf die großen Themen – nämlich wirtschaftliche Liberalisierung und vor allem Globalisierung – zu geben...», beide in *perspektivends*, Heft 2/2017, S. 12 bzw. S. 21.

2 Möglichkeiten und Grenzen linker Wirtschaftspolitik unter den neuen ökonomischen Rahmenbedingungen aufzuzeigen ist nicht neu, sondern ein Dauerthema. Vgl. z.B. die vor 15 Jahren erschienenen Beiträge von M. Marterbauer, Emanzipatorische Wirtschaftspolitik unter neuen Rahmenbedingungen. Gibt es noch Spielräume für sozialdemokratische Wirtschaftspolitik? in: *Kurswechsel*, Heft 2/2003 oder J. Bischoff, K. Steinitz (Hg.), *Linke Wirtschaftspolitik. Bilanz, Widersprüche, Perspektiven*, Hamburg 2003.

3 Vgl. V. Hentschel, Ludwig Erhard, die «soziale Marktwirtschaft» und das Wirtschaftswunder. Historisches Lehrstück oder Mythos? Bonn 1998, S. 24. – Dazu näher auch H. Adam, *Von der sozialen Marktwirtschaft zum Finanzmarktkapitalismus*. In Kleinen

Die SPD zog aus der stürmischen Aufwärtswirtschaftsentwicklung der Wirtschaft bereits 1959 Konsequenzen. In ihrem Godesberger Programm schloss sie ihren Frieden mit der sozialen Marktwirtschaft, ja letztlich auch mit dem Kapitalismus. Sie bekannte sich zum Prinzip des Wettbewerbs, allerdings nicht als Ziel an sich, wie die Liberalen, sondern als Instrument, und verabschiedete sich von der staatlichen Planung des Wirtschaftsgeschehens. «Wettbewerb so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig»⁴ war der wirtschaftspolitische Leitsatz des Godesberger Programms. Der politische Erfolg dieses Kurswechsels blieb nicht aus: Lag die SPD in den Bundestagswahlen der 1950er-Jahre stets um die 30 Prozent, kletterte sie 1961 erstmals auf 36,2 Prozent und erreichte 1965 bereits 39,2 Prozent. Nachdem es in der ersten großen Koalition (1966–1969) dem SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller und dem CSU-Finanzminister Franz-Josef Strauß gelungen war, mit antizyklischer Finanzpolitik innerhalb weniger Monate die erste leichte Nachkriegsrezession von 1966/67 zu überwinden und die Vollbeschäftigung wiederherzustellen, honorierten das die Bürger bei der Bundestagswahl 1969 mit einem Stimmenanteil der SPD von 42,7 Prozent.⁵

Schritten zum amerikanischen Gesellschaftsmodell? in: *perspektivends*, Heft 1/2009, S. 134 ff.

- 4 Godesberger Programm der SPD von 1959, Abschnitt «Stetiger Wirtschaftsaufschwung», letzter Satz. Im aktuellen Hamburger Programm der SPD von 2007 taucht der Kernsatz des Godesberger Programms leicht verändert wieder auf, es wird aber auf das Wort «Planung» verzichtet, um keine Assoziationen mit der real-sozialistischen Wirtschaftsordnung der DDR aufkommen zu lassen. Er lautet: «Für uns gilt: So viel Wettbewerb wie möglich, so viel regulierender Staat wie nötig.» (Abschnitt «Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert»).
- 5 Bei dieser Wahl spielten neben der Außenpolitik Willy Brandts vor allem eine wirtschaftspolitische

In diesen «goldenen Jahren der Bundesrepublik» haben alle Regierungskoalitionen den Sozialstaat massiv ausgebaut: 1957 wurde die Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung auf das Umlageverfahren umgestellt und die dynamische Rente eingeführt. Sie verbesserte in einem Schritt die Arbeiterrenten um durchschnittlich 65 Prozent, die Angestelltenrenten um rund 72 Prozent⁶ – eine Maßnahme, die rund sieben Millionen Rentner begünstigte. Einen weiteren Meilenstein der Sozialpolitik bildete das Bundessozialhilfegesetz von 1961. Es schuf für alle Bürger einen einklagbaren Rechtsanspruch auf eine Grundsicherung, wenn andere private oder staatliche Versicherungssysteme nicht griffen.

In der ersten Hälfte der 1970er-Jahre wurden von der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt weitere sozialpolitische Reformen durchgeführt: die Einführung der flexiblen Altersgrenze, die Vorverlegung der Rentenanpassung um ein halbes Jahr⁷, die Öffnung der Rentenversicherung

Frage eine Hauptrolle: Soll die Deutsche Mark aufgewertet werden, um der anziehenden Inflationsrate zu begegnen? Der CDU-Bundeskanzler Kiesinger sprach sich, offensichtlich gedrängt von der Exportindustrie, gegen eine Aufwertung aus, SPD-Wirtschaftsminister Schiller dafür. Viele Wähler vertrauten dem SPD-Wirtschaftsprofessor Schiller und seiner wirtschaftspolitischen Kompetenz. Die Wahlforscher sprachen damals von «Schiller-Wählern» aus dem bürgerlichen Lager, die der SPD halfen, erstmals die 40-Prozent-Marke zu überspringen.

- 6 Siehe W. Schmähl, *Die Einführung der «dynamischen Rente» 1957. Gründe, Ziele und Maßnahmen – Versuch einer Bilanz – ZeS-Arbeitspapier 3/2007*, S. 18.
- 7 Die Rentenanpassung, die eigentlich erst zum 1.1.1973 hätte erfolgen müssen, wurde auf den 1.7.1972 vorgezogen. Gleichzeitig wurden die Beiträge der Rentner zur Krankenversicherung von zwei Prozent, die 1968 und 1969 erhoben worden waren, wieder erstattet. Bis einschließlich 1977 wurden die Renten dann jeweils zum 1. Juli ange-

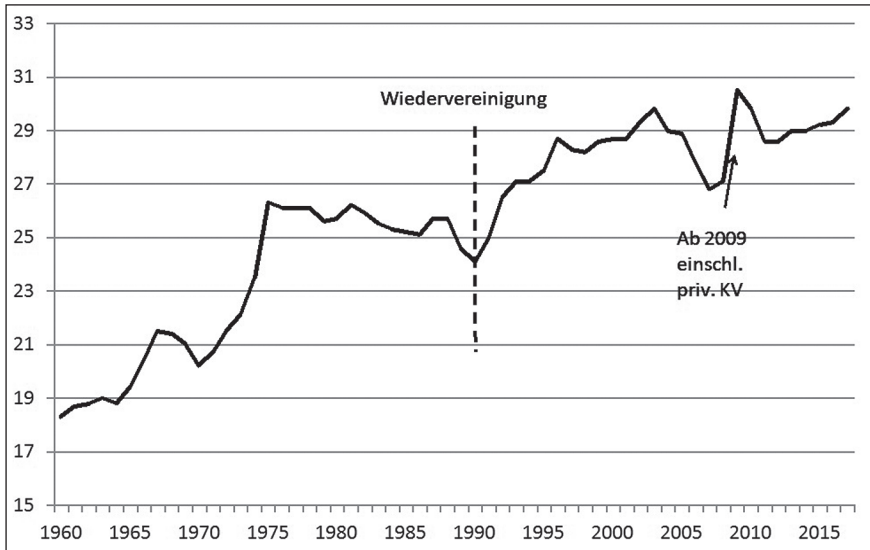


Schaubild 1 Sozialleistungsquote (Sozialausgaben: finanzielle Direktleistungen ohne Steuervergünstigungen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) in Deutschland (ab 1991 einschl. neue Bundesländer, ab 2009 einschl. private Krankenversicherung). [Quelle: BMAS]

für nicht-abhängig Beschäftigte, die Einführung der Rente nach Mindesteinkommen für Geringverdiener. Von diesen Maßnahmen profitierten ebenfalls Millionen Bürger: Rund 12 Millionen von der Vorverlegung der Rentenanpassung⁸, 2,1 Millionen von der Anhebung der Kleinrenten und der Einführung der Rente nach Mindesteinkommen und über 700.000 Personen von der flexiblen Altersgrenze.

Aus der Entwicklung der Sozialleistungsquote (prozentualer Anteil der Sozialaus-

gaben am Bruttoinlandsprodukt) ist diese expansive Sozialpolitik deutlich abzulesen (Schaubild 1). Bereits in den 1960er-Jahren stieg die Sozialleistungsquote von 18,3 Prozent (1960) auf 21 Prozent (1969) deutlich an und erlebte in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre einen massiven Anstieg um fast sechs Prozentpunkte.

Die gute wirtschaftliche Entwicklung und der Ausbau des Sozialstaates haben in den ersten drei Jahrzehnten der Nachkriegszeit zu einer relativ hohen Zufriedenheit der Bevölkerung mit den wirtschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik geführt. So bezeichneten in den 1960er- und 1970er-Jahren in den repräsentativen Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach stets über 40 Prozent der Befragten die Besitz- und Einkommensverhältnisse als gerecht, 1979 waren es sogar 50 Prozent.

passt. 1978 wurde die Rentenpassung ganz ausgesetzt, die nächste erfolgte erst wieder zum 1.1.1979. Ab 1983 werden die Renten wieder zum 1.7. eines jeden Jahres angepasst.

8 1972 wurden die Renten zweimal erhöht: zum 1.1. um 6,3 Prozent und zum 1.7.1972 um 9,5 Prozent. Vgl. G. Bäcker, W. Elsner, Rentenversicherung in der Krise?, Köln 1979, S. 18.



Schaubild 2 Soziale Marktwirtschaft - gerecht oder nicht gerecht?
[Quelle: Institut für Demoskopie, Allensbach]

Nur ein gutes Drittel hielt die Verhältnisse dagegen für nicht gerecht (Schaubild 2).

Das relativ hohe Gerechtigkeitsempfinden bis Ende der 1970er-Jahre ging mit

einer hohen Wahlbeteiligung einher. Mit 91,1 Prozent gab es bei der Bundestagswahl 1972 die bisher höchste Wahlbeteiligung, 1976 lag sie mit 90,7 Prozent kaum

Jahrzehnt	Parteienkonzentration Zweitstimmenanteil von CDU/CSU + SPD in %	Wahlbeteiligung	Nichtwähler
1950er	72,1	84,1	15,9
1960er	85,7	87,1	12,9
1970er	91,0	90,9	9,1
1980er	85,2	87,3	12,7
1990er	77,1	79,7	20,3
2000er	67,7	75,9	24,1
2010er	60,3	73,9	26,1

Tabelle 1 Parteienkonzentration und Wahlbeteiligung
[Quelle: Statistisches Bundesamt]

darunter. Auch 1980 wurde eine Wahlbeteiligung von 88,6 Prozent erreicht Gleichzeitig fand in den ersten dreißig Jahren eine Konzentration der Wählerstimmen auf die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD statt. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 kamen CDU/CSU und SPD zusammen auf 60,2 Prozent der Wählerstimmen, 1976 – dem Jahr der höchsten Stimmenkonzentration – auf 91,2 Prozent (Tabelle 1).

Die 1980er-Jahre – Zäsur in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Nach den «goldenen Jahren» der Bundesrepublik kam es in den 1980er-Jahren zu einer deutlichen Zäsur. Sie begann mit dem Sturz Helmut Schmidts und dem Amtsantritt Helmut Kohls im Herbst 1982. Vorausgegangen waren Regierungswechsel auch in anderen bedeutenden Industrieländern. In Großbritannien wurde 1979 die konservative Margret Thatcher Premierministerin, in den USA 1981 der Republikaner Ronald Reagan der 40. Präsident. Damit verbunden war ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel weg von keynesianischer Nachfragesteuerung hin zu angebotsorientierter Wirtschaftspolitik, in deren Mittelpunkt die Verbesserung der Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln stand.⁹ Helmut Kohl verfolgte in der Wirtschaftspolitik einen moderat angebotsorientierten Kurs¹⁰ und wollte den Staat auf seine Kernauf-

gaben zurückführen.¹¹ Die Sozialleistungsquote wurde von 25,9 (1982) auf 24,1 Prozent (1990) gedrückt (Schaubild 1).

Mitte der 1980er-Jahre war die Arbeitslosigkeit massiv angestiegen: Statt der 1,8 Millionen Arbeitslosen zu Ende der Ära Schmidt sah sich Kohl 1985 mit einer Arbeitslosenzahl von über 2,3 Millionen konfrontiert, was einer Arbeitslosenquote von 8,3 Prozent entsprach. Viele Bürger waren enttäuscht, hatten sie sich doch von der Kohl-Regierung eine Wende auf dem Arbeitsmarkt erhofft. Bei der Bundestagswahl 1987 fiel die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 1983 um fast fünf Prozentpunkte auf 84,3 Prozent. Drei Jahre später gaben bei der Bundestagswahl bereits über 22 Prozent der Wähler ihre Stimme nicht mehr ab.

Die Zufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen kippte. Leider gibt es vom Institut für Demoskopie Allensbach keine Umfragewerte für die 1980er-Jahre. Erste Zahlen liegen erst wieder für 1995 vor. In diesem Jahr bezeichnete eine deutliche Mehrheit der Befragten die wirtschaftlichen Verhältnisse als nicht gerecht, 2002 waren es fast 60 Prozent und 2008 sogar über 70 Prozent (Schaubild 2).¹² Irgend-

9 Zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik vgl. H. Adam, *Bausteine der Wirtschaft*, 16. Aufl., Wiesbaden 2015, S. 263 ff.

10 Vgl. R. Zohlnhöfer, *Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl. Eine Analyse der Schlüsselentscheidungen in den Politikfeldern Finanzen, Arbeit und Entstaatlichung, 1982–1998*, Opladen 2001.

11 H. Kohl, *Regierungserklärung, Plenarprotokoll 10/4 des Deutschen Bundestages vom 4.5.193*, S. 56.

12 Es sei noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, dass in Schaubild 2 ein repräsentativer Querschnitt westdeutscher Bürger befragt wurde. Der Rückgang des Gerechtigkeitsempfindens kann also nicht damit erklärt werden, dass ein Großteil der Bevölkerung in den neuen Bundesländern die Entwicklung nach der Wiedervereinigung als ungerecht empfand. Die Werte für Gesamtdeutschland, die ab 1995 erhoben wurden, unterscheiden sich jedoch kaum. Vgl. IfD Allensbach, *Einstellungen zur sozialen Marktwirtschaft in Deutschland am Jahresanfang 2010*, Allensbach 2010.

wann in den 1980er-Jahren, als klar wurde, dass auch die CDU/CSU-FDP Regierung der Arbeitslosigkeit nicht Herr wurde, dürfte die frühere mehrheitliche Zustimmung zur sozialen Marktwirtschaft in der Bevölkerung einer größeren Skepsis gewichen sein. Mit der wachsenden Unzufriedenheit in den folgenden Jahren sackte auch die Wahlbeteiligung immer weiter ab. Die bisher höchste Stimmenthaltungsquote gab es bei der Bundestagswahl 2009 mit fast 30 Prozent.

Mit wachsender Arbeitslosigkeit und abnehmender Zufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen begann die Auffächerung des Parteiensystems. Die Dominanz der beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD ging zu Ende. 1983 zog mit den GRÜNEN erstmals eine neue Partei in den Bundestag ein.

Nach der Wiedervereinigung setzte sich die Auffächerung des Parteiensystems fort. Mit der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) gelang 1990 einer fünften Partei der Einzug in den Bundestag. Bei der Bundestagswahl 2005 gewann sie 970.000 Stimmen allein von Wählern, die 2002 noch ihr Kreuz bei der SPD gemacht hatten. Des Weiteren verlor die SPD 630.000 Stimmen an die CDU. Die Motive beider Wählergruppen dürften ganz unterschiedlich gewesen sein. Während die zur PDS abgewanderten Wähler ihren Protest gegen die Arbeitsmarktreformen der Schröder-Regierung zum Ausdruck bringen wollten, waren diejenigen, die von der SPD zur CDU gewechselt sind, mit der Agenda 2010 durchaus einverstanden. Es dürfte sich um Wähler gehandelt haben, die eigentlich der CDU nahestanden, 1998 Helmut Kohl abwählen wollten und 2005 zur CDU zurückkehrten, nachdem diese ihre Parteispendenaffäre

überwunden hatte und mit Angela Merkel eine neue personelle Spitze präsentierte.¹³

Auch CDU/CSU blieben Wählerverluste nicht erspart. Seit 1953 hatte sie bei Bundestagswahlen – selbst in der sozialliberalen Ära – stets ein Ergebnis von über 40 Prozent erzielt. 1998 fiel sie erstmals auf 35,2 Prozent zurück und konnte die gesamten 2000er-Jahre die 40-Prozent-Marke nicht mehr überspringen. Bei der letzten Bundestagswahl 2017 lagen CDU/CSU mit 32,9 Prozent nur noch knapp über ihrem Ergebnis von 1949. Dafür gelang einer weiteren Partei, der Alternative für Deutschland (AfD), der Sprung in den Bundestag. Zwar war die Wahlbeteiligung 2017 (und auch 2013) wieder geringfügig angestiegen. Doch viele Nichtwähler kehrten nicht zu den ehemals großen Parteien zurück, sondern wandten sich der AfD zu. Auch DIE LINKE konnte die Enttäuschung von Teilen der Bevölkerung nicht für sich nutzen. Sie verlor bei der Bundestagswahl 2017 ebenfalls fast eine halbe Million Stimmen an die AfD.

Sinkende Wahlbeteiligung ist allerdings kein auf Deutschland beschränktes Phänomen. In anderen Demokratien ist die Wahlbeteiligung bereits seit den 1970er-Jahren

13 Das Ergebnis der Bundestagswahl 1998 mit dem hohen Wahlsieg der SPD kann eher als ein Plebiszit gegen Helmut Kohl als ein gewünschter Richtungswechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gewertet werden. Vgl. U. von Alemann, Der Wahlsieg der SPD von 1998: Politische Achsenverschiebung oder glücklicher Ausreißer?, in: O. Niedermayer (Hg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998*, Opladen 1999, S. 41 ff. – Forschungsgruppe Wahlen e. V., T. Emmert, M. Jung., D. Roth, Das Ende einer Ära – Die Bundestagswahl vom 27. September 1998, in: H. D. Klingemann, M. Kaase (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*, Wiesbaden 2001, S. 52 f.

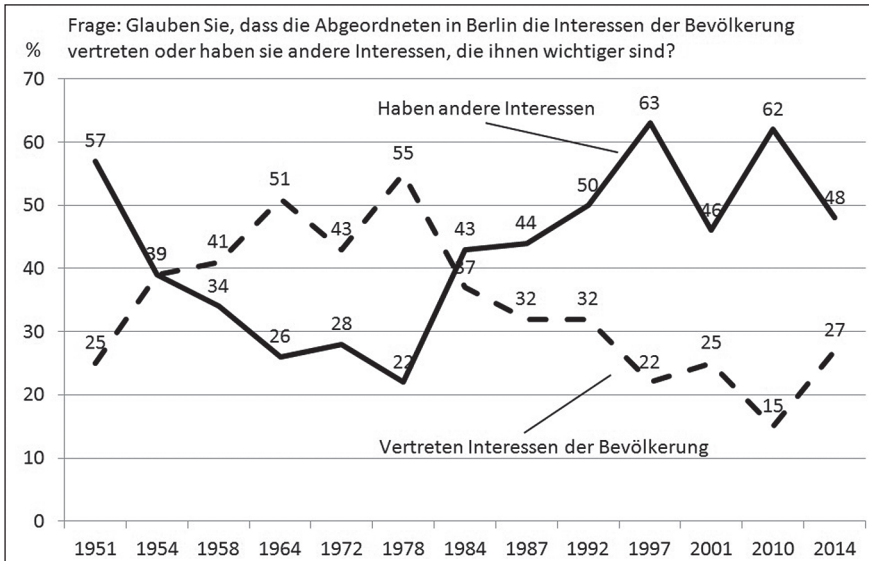


Schaubild 3 Wessen Interessen vertreten die Abgeordneten?

[Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach (FAZ Nr. 68/19.3.2014, S. 8 und Nr. 114/18.5.2016, S. 8)]

rückläufig und im Schnitt sogar noch niedriger als in Deutschland.¹⁴ Aus demokratietheoretischer Sicht ist hierbei insbesondere problematisch, dass die Wahlbeteiligung schichtenspezifisch verzerrt ist: Je niedriger das Einkommen von Bürgern, desto geringer ist die Wahlbeteiligung.¹⁵ Das begünstigt konservativ-liberale Parteien und benachteiligt linke Parteien, deren Wählerklientel zu einem hohen Prozentsatz entweder nicht

mehr zur Wahl geht oder wie jüngst – mehr aus Protest als aus Überzeugung – rechtspopulistische Parteien unterstützt.

Ökonomische Hintergründe der politischen Zäsur

Die Entwicklung seit den 1980er-Jahren, insbesondere die Aufsplitterung des Parteiensystems und der wachsende Zuspruch zu Randparteien, lässt einen Zusammenhang zwischen der zunehmenden Arbeitslosigkeit und der größer werdenden Ungleichheit einerseits und der geringeren Zustimmung der Bevölkerung zum politischen und wirtschaftlichen System andererseits erkennen. Nicht nur das Gerechtigkeitsempfinden gegenüber der sozialen Marktwirtschaft kippte in den 1980er-Jahren (siehe oben Schaubild 2). Auch das Vertrauen in

14 Vgl. A. Schäfer, W. Streeck, Introduction: Politics in the Age of Austerity, in: dies. (eds.), Politics in the Age of Austerity, Cambridge (UK) 2013, S. 11. Betrachtet wurden 22 OECD-Länder: Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, USA.

15 Vgl. A. Schäfer, *Der Verlust politischer Gleichheit*, Frankfurt a. M. 2015, S. 98.

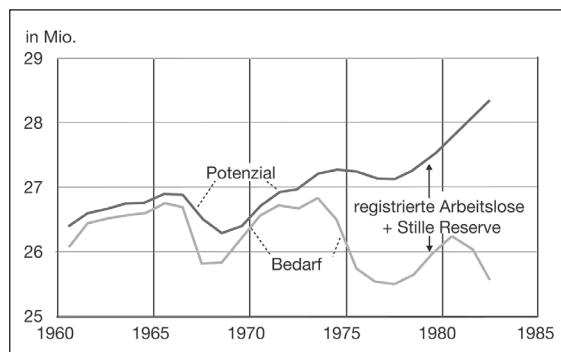


Schaubild 4 Arbeitsmarktbilanz 1960 bis 1983

[Quelle: W. Kauder et al.: Arbeitsmarktperspektiven der 191980er- und 1990er-Jahre, in: Mitteilungen des IAB, Nr. 1/1985, S. 59.]

die Abgeordneten und damit in das demokratische System schwand. Am Ende der Amtszeit Helmut Kohls, als die Arbeitslosenquote mit über 11 Prozent einen ersten Höchststand erreichte, glaubten 63 Prozent der Befragten, Abgeordnete hätten andere Interessen, die ihnen wichtiger sind (Schaubild 3). Doch trägt die Politik überhaupt die Verantwortung für die gestiegene hohe Arbeitslosigkeit? Und hätte die Politik dem Vertrauensverlust der Bevölkerung durch eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik entgegenwirken können?

Bereits 1973 hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) darauf hingewiesen, dass das inländische Erwerbspersonenpotenzial bis 1988 um knapp eine Million zunehmen wird und daraus erhebliche Probleme am Arbeitsmarkt erwachsen werden.¹⁶ Waren in den 1950er- und 1960er-Jahren das Angebot an Arbeitskräften – das sog. Erwerbspersonenpotenzial – und die Nach-

frage nach Arbeitskräften im Gleichschritt gewachsen, öffnete sich ab 1974/75 die Schere zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt. Mit anderen Worten: Das Erwerbspersonenpotenzial, die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, stieg schneller als die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften (Schaubild 4).

Verschärft wurden die Probleme am Arbeitsmarkt durch die Ölpreisverteuerung Mitte der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre, die die deutsche Wirtschaft zweimal in eine Rezession stürzte. Die seit Mitte der 1970er-Jahre steigende Arbeitslosigkeit war somit Ergebnis des Zusammenwirkens exogener (Ölpreiskrise) und endogener (demografische Entwicklung) Faktoren. Die jeweiligen Regierungen sind weder für die Anhebung der Ölpreise verantwortlich zu machen. Noch hätten sie kurzfristig etwas gegen den aufgrund der Geburtenziffern vorgezeichneten Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials unternehmen können.

16 Vgl. G. Kühlewind, M. Thon, *Projektion des deutschen Erwerbspersonenpotentials für die Jahre 1977, 1980, 1985 und 1990. Trendfortschreibung sowie zusätzliche Schätzung der Auswirkungen der flexiblen Altersgrenze und des Bildungsgesamtplans*, MittAB 3/1973, S. 239.

Realitätsverleugnung

Als in den 1970er-Jahren hohe Inflationsraten die Bevölkerung beunruhigten, hatte Helmut Schmidt eine Erzählung parat: «Mir

scheint, dass das deutsche Volk – zugespitzt – fünf Prozent Inflation besser ertragen kann als fünf Prozent Arbeitslosigkeit.»¹⁷ Ob dieser Satz ökonomisch völlig korrekt war, steht hier nicht zur Debatte. Jedenfalls machte er mit einfachen Worten klar: Die Politik kann nicht jedes Problem lösen. Mitunter gibt es auch Zielkonflikte. Dann muss sich die Politik entscheiden, was für die Bevölkerung das kleinere Übel darstellt. Damit schenkte er der Bevölkerung reinen Wein ein.

Seine Nachfolger agierten anders. Obwohl alle Arbeitsmarktexperten sich einig waren, dass Massenarbeitslosigkeit viele Jahre lang eine Dauererscheinung werden würde, versprach Helmut Kohl, die Arbeitslosenzahlen bis zum Jahr 2000 zu halbieren.¹⁸ Auch Gerhard Schröder hatte zu Beginn der rot-grünen Koalition angekündigt, bis zum Ende der Legislaturperiode die Arbeitslosenzahlen unter 3,5 Millionen zu bringen.¹⁹ Keines der Versprechen konnte einlöst werden, denn das demografisch bedingte Wachstum des Erwerbspersonenpotenzials hielt bis 2005 an. Die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt war einfach nicht zu schließen (siehe Schaubild 5, S. 102).

Die nicht einlösbaren Versprechen in punkto Rückführung der Arbeitslosigkeit waren nicht die einzigen. Hier nur zwei weitere Beispiele: Vor der Bundestagswahl 1990 erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel: «Die Festlegung lautet: keine Steuererhöhung zur Finanzierung der deutschen Einheit.» (Spiegel Nr. 47/1990) Nur wenige Wochen nach der Bundestagswahl einigte sich die die CDU/CSU-FDP-Regierung jedoch auf eine Anhebung der Mineralölsteuer um 25 Pfennig, einen Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer, den Solidaritätszuschlag, und eine Erhöhung der Versicherungsteuer. Helmut Kohl versprach darüber hinaus blühende Landschaften in den neuen Bundesländern.²⁰

Die SPD war keineswegs ehrlicher: In ihrem Wahlprogramm 2005 hatte sie erklärt, «eine Anhebung der Mehrwertsteuer würde angesichts der derzeit schwachen Binnennachfrage in die falsche Richtung weisen und die sich abzeichnende wirtschaftliche Erholung gefährden.»²¹ Nach der Wahl stimmte sie jedoch in der Koalition mit der CDU/CSU einer Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent zu. Wundert es da, dass die Bürger zunehmend die Glaubwürdigkeit der Parteien anzweifeln, wenn sie Dinge versprechen, die sie nicht halten können?

Hier scheint ein zentrales Problem der Politik zu liegen: Offensichtlich trauen sich die Politiker nicht, ihre begrenzten wirtschaftspolitischen Steuerungsmöglichkeiten einzugestehen. Erhard Eppler hat das in

17 *Süddeutsche Zeitung* vom 28.7.1972, S. 8.

18 Vgl. H. Kohl, *Erklärung der Bundesregierung zum Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung, Plenarprotokoll 13/102*, S. 8976. abgegeben in der 102. Sitzung des Deutschen Bundestages.

19 Vgl. D. Roth, *Das rot-grüne Projekt an der Wahlurne: Eine Analyse der Bundestagswahl vom 22. September 2002*, in: C. Egle, T. Ostheim, R. Zohnhöfer (Hg.), *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002*, Wiesbaden 2003, S. 43. Schröder: «Wenn wir es nicht schaffen, die Arbeitslosenquote signifikant zu senken, dann haben wir es weder verdient, wieder gewählt zu werden, noch werden wir wieder gewählt.»

20 Fernsehansprache von Bundeskanzler Kohl anlässlich des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990, abrufbar unter <http://www.helmut-kohl.de/index.php?msg=555>.

21 *Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD vom 4. Juli 2005*, S. 39.

einem Spiegel-Interview deutlich angesprochen: «Für mich ist entscheidend, dass die Gestaltungsmöglichkeiten für Politik durch die Globalisierung der Märkte dramatisch verringert sind. Das heißt, Politiker können gar nicht mehr das leisten, was die Bürger von ihnen erwarten. ... Politiker müssen redlicher sein und den Bürgern klar machen, wo die Grenzen ihrer Macht liegen.»²²

Steuerpolitik zwischen Vetospieler Bundesrat und internationalem Steuerwettbewerb

Am Beispiel der Steuerpolitik lassen sich die Grenzen politischer Gestaltungsmöglichkeit gut veranschaulichen. Die Steuerpolitik ist für alle Parteien ein zentrales Politikfeld. Für die CDU/CSU, insbesondere für ihren Wirtschaftsflügel, sind Steuersenkungen der wichtigste Hebel zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und damit zur Verbesserung der Beschäftigung. Für die SPD, insbesondere für ihren linken Flügel, sind Steuern der zentrale Ansatzpunkt zur gewünschten Umverteilung von oben nach unten und damit zur Realisierung des Ziels der «sozialen Gerechtigkeit». Denn für die SPD bedeutet «soziale Gerechtigkeit» vor allem eine gleichmäßigere Verteilung der Nettoeinkommen und eine Beteiligung breiter Schichten der Bevölkerung am Produktivvermögen.²³

22 Spiegel-Online, 8.10.2004, abrufbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/interview-mit-erhard-eppler-kein-politiker-redet-germ-ueber-seine-ohnmacht-a-321133.html>.

23 Vgl. Hamburger Programm der SPD vom 28.10.2007, S. 43: «Sozialdemokratische Steuerpolitik soll Ungleichheit begrenzen und gleiche Chancen fördern. ... Die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Unternehmenskapital als zusätzliche Quelle des Einkommens gewährleistet eine gerechtere Beteiligung der Beschäftigten am Fir-

Jede steuerpolitische Maßnahme muss – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht nur vom Bundestag, sondern auch vom Bundesrat verabschiedet werden. In der zweiten Kammer herrschen aber nur selten die gleichen Mehrheitsverhältnisse wie im Bundestag, und selbst wenn – die Landesregierungen haben eigene Interessen und pressen mitunter selbst einer Bundesregierung gleicher Couleur Zugeständnisse ab.²⁴ Steuerpolitik erzwingt in Deutschland also stets einen All-Parteien-Konsens. Deshalb kamen 2005 weder CDU-Vorschläge wie die einer Flat-Tax oder einer «Bierdeckelsteuer», noch SPD-Vorschläge zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder der Wiederbelebung der Vermögensteuer zum Zuge. Hinzu kommt das Bundesverfassungsgericht als Veto-Spieler oder aber auch als Agenda-Setter.²⁵

Zudem begrenzt der internationale Steuerwettbewerb erheblich die Handlungsmöglichkeiten in der Steuerpolitik. Industrieländer versuchen, ihr Land als Wirtschafts-

menerfolg.» Eine gute Übersicht, wie unterschiedlich sich «soziale Gerechtigkeit» definieren lässt, bietet der langjährige Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion T. Ebert, Soziale Gerechtigkeit. Ideen – Geschichte – Kontroversen, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1571, zweite Aufl., Bonn 2015.

24 Vgl. hierzu als Beispiel die Steuerreform der rot-grünen Regierung von 2000, eindrucksvoll geschildert bei W. Merkel, Institutionen und Reformpolitik: Drei Fallbeispiele der Vetospieler-Theorie, und R. Zohlhörer, Rot-grüne Finanzpolitik zwischen traditioneller Sozialdemokratie und neuer Mitte, beide in: C. Egle, T. Ostheim, R. Zohlhörer (Hg.), *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002*, Wiesbaden 2003, S.171 ff. und 208 ff.

25 Vgl. O. Köppe, Bundesverfassungsgericht und Steuergesetzgebung – Politik mit den Mitteln der Verfassungsrechtsprechung? in: R. C. von Ooyen, M. H. W. Möllers (Hg.), *Das Bundesverfassungsgericht im politischen System*, Wiesbaden 2006, S. 435 ff.

Land	Einkommensteuerspitzensatz			Unternehmenssteuerspitzensatz		
	1980	1997	2016	1980	1997	2016
USA	70,0	39,6	47,27	46,0	35,0	39,23
UK	60,0	40,0	45,00	52,0	31,0	20,0
Japan	75,0	50,0	55,95	40,0	37,5	32,26
Frankreich	60,0	54,0	54,61	50,0	41,7	38,0
Deutschland	56,0	53,0	47,48	56,0	45,0	29,83
Österreich	59,5	50,0	55,00	55,0	34,0	25,0
Schweden	58,0	25,0	57,10	40,0	28,0	22,0
Dänemark	63,6	60,0	51,95	40,0	34,0	22,0

Tabelle 2 Spitzensteuersätze für Private und Unternehmen

Quelle: U. Wagschal, Die Politische Ökonomie der Besteuerung, in: H. Obinger, U. Wagschal, B. Kittel (Hg.), *Politische Ökonomie. Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit*, Opladen 2003, S. 278. – BMF (Hg.), *Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich*, Berlin 2017, S. 20 und S. 30ff.

standort attraktiv zu machen, indem sie Unternehmen eine günstige Besteuerung ihrer Gewinne bieten. Dieser Wettbewerb wurde in den 1980er-Jahren von der britischen Premierministerin Margret Thatcher und vom amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan im Zuge des wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsels in Gang gesetzt. 1986 senkte die britische Regierung ihren Körperschaftsteuersatz von 50 auf 35 Prozent, die USA folgten 1987 mit einer Senkung von 46 auf 34 Prozent.

Diesem Druck auf die Steuersätze konnte sich langfristig aus Wettbewerbsgründen kein größeres Industrieland entziehen. Tabelle 2 zeigt, wie die Staaten ihre Spitzensteuersätze für Private und Unternehmen nach 1980 gesenkt haben. Auch Deutschland konnte nicht umhin, sich diesem Wettbewerbsdruck zu beugen. Es waren ausgerechnet sozialdemokratische Finanzminister, die den Steuersatz auf Unternehmensgewinne, den Körperschaftsteuersatz, senken mussten: 1999 zunächst von 45 Prozent

auf 40 Prozent – da war Oskar Lafontaine Bundesfinanzminister –, 2004 unter Hans Eichel auf 25 Prozent. Der sozialdemokratische Finanzminister Peer Steinbrück senkte schließlich während der ersten von Angela Merkel geführten großen Koalition den Körperschaftsteuersatz auf den heutigen Stand von 15 Prozent.²⁶

Sozialpolitik vor hohen demografischen Herausforderungen

Auf andere Weise als die Steuerpolitik wird die Sozialpolitik «eingehgt», und das in den nächsten Jahrzehnten noch stärker als bisher. Die Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials seit Mitte der 1970er-Jahre war der Hauptgrund für die hohe Massenarbeitslosigkeit bis Mitte der 2000er-Jahre. In den kommenden Jahrzehnten werden diese Alterskohorten das Rentenalter erreichen

²⁶ Vgl. H. Adam, *Steuerpolitik in 60 Minuten*, Wiesbaden 2013, S. 169ff.

Jahr	2013	2020	2030	2040	2050	2060
Altenquotient	29,7	31,8	40,6	48,8	48,6	51,3

Tabelle 3 Entwicklung des Altenquotienten (Zahl der 67-jährigen und älteren Personen, die auf 100 Personen im Alter von 20 bis unter 67 kommen) in Deutschland
 [Quelle: Statistisches Bundesamt (Hg.), Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2015, S. 52 (Tabelle 8)]

und eine bisher nie dagewesene Herausforderung für die Finanzierung der Sozialsysteme darstellen.

Tabelle 3 verdeutlicht diese Herausforderung anhand der Entwicklung des Altenquotienten. Er zeigt, wie viele 67-jährige und Ältere demnächst auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen. 2013 waren das 29,7, 2060 werden es über 51 sein. Mit anderen Worten: 2013 mussten 100 Personen im erwerbsfähigen Alter die Rente für 30 Ruheständler erarbeiten, 2060 werden sie für 50 Rentner «aufkommen» müssen.²⁷

27 Natürlich ist der Altenquotient nur ein Anhaltspunkt für die künftigen finanziellen Belastungen der Rentenversicherung. Entscheidender ist das Verhältnis der Beitragszahler zu den Rentenempfängern. Bei steigender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit wird sich der Altenquotient günstiger entwickeln und die demografische Belastung der Rentenversicherung geringer ausfallen. Vgl. dazu E. Türk, F. Blank, C. Logeay, J. Wöss, R. Zwerner, *Den demografischen Wandel bewältigen: Die*

Die Krankenversicherung steht vor ähnlichen, demografisch bedingten Finanzierungsproblemen. Neben der wachsenden Zahl älterer Personen, die mehr und qualitativ hochwertige medizinische Leistungen in Anspruch nehmen und auch länger leben als frühere Jahrgänge, spielt auch der medizinisch-technische Fortschritt als Kostentreiber im Gesundheitswesen eine wichtige Rolle. Hinzu kommen steigende Realinkommen, die ebenfalls die Ansprüche an die Gesundheitsversorgung steigen lassen.²⁸

Tabelle 4 zeigt für einige ausgewählte OECD-Länder den Anteil der staatlichen Gesundheitsausgaben – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2010 und die voraussichtliche Ent-

Schlüsselrolle des Arbeitsmarktes, IMK-Report 137, April 2018.

28 Vgl. H. Adam, *Bausteine der Wirtschaft*, 16. Aufl., Wiesbaden 2015, S. 202 ff.

Jahr	Anteil der Ausgaben für Gesundheit am Bruttoinlandsprodukt				
	Deutschland	Japan	Frankreich	Großbritannien	USA
Ø 2006 bis 2010	8,5	6,8	8,5	7,4	7,6
2060	15,7	14,5	15,5	14,2	14,5
Anstieg (%-Punkte)	7,2	7,7	7,0	6,8	6,9

Tabelle 4: Voraussichtliche Entwicklung der staatlichen Gesundheitsausgaben

[Quelle: C. de la Maisonnette, J.O. Martins, *The future of health and long-term care spending, OECD Journal: Economic Studies Volume 2014*, Paris 2015, p. 90.]

wicklung bis 2060. In allen Ländern wird der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt erheblich steigen. In der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre machten die Gesundheitsausgaben in Deutschland 8,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, 2060 könnten es 15,7 Prozent sein.²⁹ Das entspricht (Preisniveau 2017) einem Betrag von rund 235 Mrd. Euro, der zusätzlich finanziert werden muss. Im Durchschnitt aller OECD-Länder wird mit einem Anstieg von 6,2 auf 13,9 Prozent (ungewichtet) gerechnet.

Alle Sozialexperten betonen seit Jahren: Die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme, sei es das Rentensystem, sei es das Gesundheits- und Pflegesystem, sind nicht weg zu reformieren. Die anfallenden höheren Kosten werden sich auch nicht in Luft auflösen. Und noch wichtiger: Große sozialpolitische Reformen, die wie in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten Millionen Bürger spürbar besser stellen, kann es nicht mehr geben, sondern eher Verschlechterungen. Aber bisher scheut sich die Politik, das offen auszusprechen.

Liberalisierte und deregulierte Finanzmärkte

Der internationale Steuerwettbewerb und die demografische Entwicklung sind nicht das einzige, was seit den 1980er-Jahren die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Welt gravierend verändert hat. Ab Mitte der 1970er-Jahre setzte eine Welle umfassender Liberalisierungen des Kapitalverkehrs zwischen den OECD-Ländern ein, beginnend in den USA und der Schweiz 1974.³⁰ Dienten in

den ersten Nachkriegsjahrzehnten die grenzüberschreitenden Kapitalströme ausschließlich der Finanzierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs, konnten nach der Liberalisierung der Finanzmärkte alle privaten und institutionellen Anleger ihr Geld ohne staatliche Beschränkungen und Kontrollen in andere Länder und andere Währungen transferieren. In Deutschland (alte Bundesrepublik) gibt es seit 12.3.1981 keine Kapitalverkehrsbeschränkungen mehr.³¹ In der EU wurden sie mit der Richtlinie 88/361 vom 24. Juni 1988 beseitigt, die am 1. Juli 1990 in Kraft trat.³²

Mit Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen wurde ein wirtschaftspolitisches Instrument stumpf, das insbesondere sozialdemokratische/sozialistische Regierungen gerne einsetzten, um Wirtschafts- und Beschäftigungskrisen abzumildern: eine expansive Finanzpolitik, flankiert von einer Erhöhung der Sozialausgaben. Das musste als erste die sozialistische Regierung in Frankreich unter Präsident François Mitterrand Anfang der 1980er-Jahre leidvoll erfahren. Diese Regierung versuchte ihre Vorstellungen von einer «sozial gerechten» Wirtschaft mit zahlreichen Instrumenten umzusetzen: höhere Mindestlöhne, Verbesserung zahlreicher Sozialleistungen, Schaffung von 180.000 zusätzlichen Stellen im Öffentlichen Dienst, Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden, eine zeitlich begrenzte Sonderabgabe auf Höchststeinkommen und Sondersteuern auf Spekulationsgewinne.

Damit sind die französischen Sozialisten jedoch grandios gescheitert: Die Verbrau-

29 Die OECD-Projektion unterstellt dabei keinerlei staatliche Maßnahmen zur Kostendämpfung.

30 Vgl. J. Huffschnid, *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*, Hamburg 2002, S. 128 ff.

31 Eine Übersicht über die ab 1959 in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Kapitalverkehrskontrollen findet sich bei J. Huffschnid, a.a.O., S. 270.

32 Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 8.7.1988.

cherpreise stiegen um mehr als 14 Prozent. Die Exporte brachen ein, weil die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Unternehmen schwand. Dafür stiegen die Importe enorm, sodass das Außenhandelsdefizit wuchs. Die Staatsverschuldung explodierte. Schon nach einem Jahr musste die Regierung ihren Kurs korrigieren. Nach einem weiteren Jahr vollzog sie sogar eine radikale Wende zurück zu einer klassisch neoliberalen, angebotsorientierten Politik. Die Sozialausgaben wurden kräftig gekürzt, der Franc wurde mehrmals abgewertet. Während der gesamten Amtszeit Mitterands gab es keine linke Wirtschaftspolitik mehr.³³

Seitdem ist unter Ökonomen aller Richtungen unbestritten: Eine keynesianische Wirtschafts- und Finanzpolitik und eine expansive Sozialpolitik müssen unter den Bedingungen einer international eng verflochtenen Weltwirtschaft mit freiem Kapitalverkehr scheitern, wenn sie isoliert in einem Land versucht wird. Das heißt allerdings nicht, dass dieser wirtschaftspolitische Ansatz generell nicht mehr funktioniert. Im Gegenteil: Wenn die wichtigsten Länder gemeinsam vorgehen und bei einem sich über die ganze Wirtschaft erstreckenden Nachfrageeinbruch höhere staatliche Investitionsausgaben tätigen, wie es in der Finanzmarktkrise 2008/09 der Fall war, funktionieren keynesianische Konjunkturprogramme geradezu lehrbuchmäßig. Das hat sich bei den Konjunkturprogrammen in Reaktion auf die Finanzmarktkrise 2008/09 gezeigt.³⁴

33 Vgl. im einzelnen H. Uterwedde, *Die Wirtschaftspolitik der Linken in Frankreich. Programme und Praxis 1974–1986*, Frankfurt a. M. 1988

34 Sowohl der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als auch Hans-Werner Sinn haben die Politik für die Kon-

Digitalisierung – Wirtschaft 4.0

In aller Munde ist mittlerweile die Digitalisierung, die die Arbeitswelt und unsere gesamte Gesellschaft gravierend verändern wird. Mit Digitalisierung werden neue Technologien bezeichnet, die Produkt, Maschine und Arbeitskraft, aber auch Unternehmen, Zulieferer und Kunden sowie alle Einheiten innerhalb eines Betriebs miteinander vernetzen.³⁵ Dadurch können viele Arbeitsprozesse automatisiert werden mit der Folge erheblicher Beschäftigungsverluste. Nach einer 2013 veröffentlichten Studie werden in den USA 47 Prozent aller Arbeitsplätze durch die Digitalisierung wegfallen.³⁶ Für Deutschland reichen die Schätzungen von 59 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in den nächsten 10 bis 20 Jahren durch Computer ersetzt werden könnten, bis nur etwa 15 Prozent.³⁷

unkturprogramme in der Finanzmarktkrise gelobt. Siehe Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2009/10, Tz. 243 und H.-W. Sinn, *Kasino-Kapitalismus. Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist*, Berlin 2010, S. 299 f.

35 Vgl. M. I. Wolter u. a., *Industrie 4.0 und die Folgen für Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Szenario-Rechnungen im Rahmen der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen*, IAB-Forschungsbericht 8/2015, S. 11 und dies., *Wirtschaft 4.0 und die Folgen für Arbeitsmarkt und Ökonomie. Szenario-Rechnungen im Rahmen der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen*, IAB-Forschungsbericht 3/2016, S. 9.

36 Vgl. C. B. Frey, M. A. Osborne, *The Future of Employment: How Susceptible are Jobs to Computerisation?*, Oxford 2013, S. 38.

37 Eine knappe Übersicht über die neuesten Studien findet sich bei S. Timpf, *Beschäftigungswirkungen der Digitalisierung und kein Ende der Arbeit?* Dossier «Digitalisierung» – Teil 4 einer Mini-Serie im Rahmen der Kommission «Arbeit der Zukunft»,

Fest steht: Digitalisierung verändert bestehende und vernichtet alte, schafft aber auch viele neue Arbeitsplätze. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) schätzt für den Zeitraum bis 2025: 1,5 Millionen Arbeitsplätze wird es bis dahin nicht mehr geben, dafür werden aber ebenso viele Arbeitsplätze neu entstehen. Das Produzierende Gewerbe wird – gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen – an Bedeutung verlieren. Dafür werden die Branchen «Information und Kommunikation» und «Erziehung und Unterricht» profitieren.³⁸ Nach einer jüngsten Analyse des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat der digitale Wandel zwischen 2011 und 2016 sogar mehr Arbeitsplätze geschaffen als zerstört.³⁹

Neue gesellschaftliche Konfliktlinien

Nicht nur die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Politik haben sich seit den 1980er-Jahren drastisch verändert. Auch die wahlentscheidenden gesellschaftlichen Strukturen sind heute ganz andere als noch in den «goldenen Jahren» der alten Bundesrepublik.

In den 1980er-Jahren begann sich – parallel zum wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel und all den anderen, bereits geschilderten wirtschaftlichen und politischen Veränderungen – auch die Parteiidentifikation⁴⁰ zu lockern. Ende der

1970er-Jahre gaben beim Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen rund 80 Prozent an, einer Partei zuzuneigen, Ende der 1990er-Jahre waren es nur noch zwei Drittel.⁴¹ Im sozio-ökonomischen Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hat sich die Parteibindung von über 60 Prozent (1984) auf rund 40 Prozent (2009) verringert.⁴²

Seit den 1980er-Jahren können sich die Parteien auf immer weniger Stammwähler stützen. Die Ursachen für dieses geänderte Wählerverhalten sind vielfältig. Die traditionellen Milieus – Katholiken mit enger Kirchenbindung im ländlichen Raum, die der CDU/CSU ein verlässliches Wählerreservoir sicherten, und protestantische, gewerkschaftlich organisierte Facharbeiter in Großstädten, die die Kernklientel der SPD bildeten – haben als wahlbestimmender Faktor an Bedeutung verloren.⁴³ Die traditionellen Konfliktlinien Kapital – Arbeit bzw. Marktfreiheit – soziale Gerechtigkeit haben an Bedeutung eingebüßt.

desrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie in einer bestimmten Partei in Deutschland zu?» Zusätzliche Frage, wenn die erste mit «ja» beantwortet wird: «Welcher Partei neigen Sie zu?» Vgl. M. Kroh, Die abnehmende Bedeutung des Elternhauses: Intergenerationelle Übertragung von Parteibindungen in Deutschland 1984 bis 2010, in: R. Schmitt-Beck (H.), *Wahlen in Deutschland. PVS-Sonderheft 45*, Baden-Baden 2012, S. 205.

https://www.boeckler.de/pdf/timpf_beschaeftigungswirkungen_4.pdf.

38 Vgl. M. I. Wolter u. a., *Wirtschaft 4.0...*, a.a.O., S. 62.

39 Vgl. M. Arntz, T. Gregory, U. Zierahn, *Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit: Makroökonomische Auswirkungen auf Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Löhne von morgen*, Mannheim 2018, S. 74 ff.

40 Die Frage, mit der die Wahlforscher die Parteibindung ermitteln, lautet: «Viele Leute in der Bun-

41 Vgl. O. Niedermayer, *Bürger und Politik*, Wiesbaden 2001, S. 67.

42 Vgl. M. Kroh, *Die abnehmende Bedeutung...*, a.a.O., S. 206.

43 Die Zahl der Kirchenmitglieder ist seit langem rückläufig, sie sank von 2006 bis 2016 allein um rund fünf Millionen. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder (DGB-Gewerkschaften) ging ebenfalls weiter zurück, von 2006 bis 2016 um rund 600.000.

Im Zuge des Wertewandels, der Ende der 1970er- / Anfang der 1980er-Jahre einsetzte, hat sich eine neue Konfliktlinie herausgebildet: die zwischen Materialisten, die hohes Wirtschaftswachstum befürworten und für Werte wie Fleiß und Karriere eintreten, und Postmaterialisten, die kein Wirtschaftswachstum mehr wollen und statt eines höheren materiellen Lebensstandards mehr Lebensqualität in Form von mehr Freizeit und Selbstbestimmung in einer ökologisch nachhaltigen Umwelt bevorzugen. Die Folge war das Entstehen einer neuen Partei DIE GRÜNEN.

Neuerdings ist eine weitere gesellschaftliche Konfliktlinie hinzugetreten: die zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus. Sie macht sich hauptsächlich am Thema Flüchtlinge fest und «steht exemplarisch für die Gespaltenheit der Gesellschaft in eine Mehrheit, die Weltoffenheit, Toleranz und Gleichwertigkeit will, und jene nicht ganz kleine und laute Minderheit, die Abschottung, nationale Rückbesinnung und Ungleichwertigkeit fordert.»⁴⁴ Diese Konfliktlinie geht weit über das enge Thema Flüchtlinge hinaus. Es geht dabei um die grundsätzliche Frage: «Wie weit sollen die Grenzen der Nationalstaaten geöffnet und inwieweit sollen sie geschlossen werden.»⁴⁵

Kosmopoliten sind überdurchschnittlich gebildet, haben ein überdurchschnittliches Einkommen und sind räumlich und beruf-

lich sehr mobil. Als Gewinner der Globalisierung treten sie für den freien Fluss von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Menschen ein. Sie wollen nationalstaatliche Rechte – auch aus Umweltgründen – auf supranationale Instanzen übertragen. Kommunitaristen sind eher unterdurchschnittlich gebildet, verdienen weniger als der Durchschnitt, lehnen Multikulturalismus ab, sind weder räumlich noch beruflich sehr mobil und gehören eher zu den Verlierern der Globalisierung.⁴⁶ Diese Konfliktlinie geht mitten durch die alten Volksparteien und spaltet die Gesellschaft.⁴⁷

Was bedeuten diese politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen seit den 1980er-Jahren für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik?⁴⁸

Arbeitsmarktperspektiven

Anders als in den letzten 40 Jahren wird aufgrund des Altersaufbaus der Bevölkerung das Erwerbspersonenpotenzial ab

44 Friedrich-Ebert-Stiftung u. a., Zusammenfassung zentraler Ergebnisse der Studie «Gespaltene Mitte – feindselige Zustände», Presse-Handout vom 21.12. 2016 S. 4.

45 Vgl. W. Merkel, Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: P. Harfst, I. Kubbe, T. Poguntke (eds.), *Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy*, Wiesbaden 2017, S. 10.

46 Ebenda, S. 12. Einen Überblick über die verschiedenen Strömungen des Kommunitarismus bietet W. Reese-Schäfer, *Kommunitarismus*, 3. Aufl., Frankfurt a. M. 2001.

47 Die Grundwertekommission der SPD hat in ihrer Schrift «Ein neues Jahrhundert sozialer Demokratie» vom Juni 2017 betont, dass die Gegenüberstellung von Kosmopolitismus und Kommunitarismus als neue Konfliktlinie zu pauschal ist und einer Präzisierung bedarf. Dem ist grundsätzlich zuzustimmen, für eine Beschreibung der veränderten Rahmenbedingungen politischen Handelns dürfte der Hinweis auf diese neue Konfliktlinie dennoch ausreichen.

48 Wichtige Schlussfolgerungen für die Politik linker Parteien generell zieht A. Nölke, *Linkspopulär. Vorwärts handeln statt rückwärts denken*, Frankfurt a. M. 2017. Nach Nölke müssen linke Parteien vor allem die neue Konfliktlinie Kosmopolitismus vs. Kommunitarismus anerkennen.

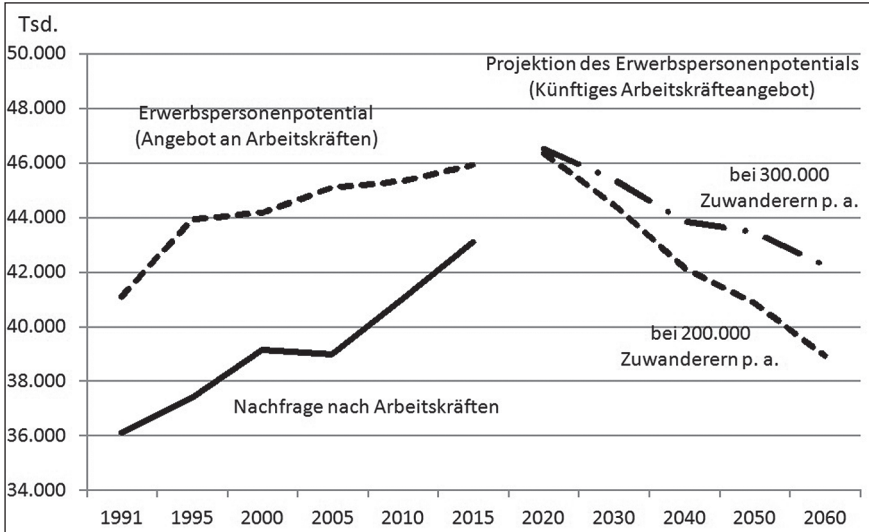


Schaubild 5 Arbeitskräfteangebot (Erwerbspersonenpotential) und Arbeitskräftenachfrage
 [Quelle: Kurzberichte des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, diverse Ausgaben]

2020 sinken, und das sogar noch bei einer jährlichen Zuwanderung von 300.000 pro Jahr. Geht man von einer Zuwanderung von nur 200.000 Personen pro Jahr aus, geht das Erwerbspersonenpotential bis zum Jahr 2050 um knapp fünf Millionen, bis 2060 um 7,5 Millionen zurück (Schaubild 5). Das wird in der Zukunft zu einer spürbaren Entspannung auf dem Arbeitsmarkt führen. Vollbeschäftigung ist keine schöne Hoffnung mehr, sondern ein realistisches Szenario.⁴⁹ In manchen Bereichen wird es sogar zu einer Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften kommen.

Allerdings wird der Arbeitsmarkt anders funktionieren als in den 1960er-Jahren.

⁴⁹ So schrieb das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) bereits 2014: «Das Ziel der Vollbeschäftigung in Deutschland ist fern, aber erreichbar». Vgl. IAB-Kurzbericht 15/2014.

Damals konnte die Politik mit regionaler Strukturpolitik strukturelle Beschäftigungskrisen abfedern. Bestes Beispiel ist Bochum. Als sich abzeichnete, dass die Kohle als Energieträger gegenüber dem billigeren Öl an Bedeutung verlieren wird und sich das Zechensterben im Ruhrgebiet ankündigte, wurden zwei Großunternehmen im Herzen des Ruhrgebiets angesiedelt, um den Kumpels neue Arbeitsplätze anbieten zu können: das Zweigwerk der Adam Opel AG, in dem der neue Opel Kadett gebaut wurde, und die Ruhr-Universität Bochum.

Der damalige Strukturwandel fand bei hohen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten statt. Die heutigen Erfahrungen in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung zeigen: Mittlerweile gelingt es nur noch selten, in strukturschwachen Gebieten größere Industrieunternehmen mit Tausenden von Arbeitsplätzen neu

anzusiedeln. Beim heutigen Strukturwandel fallen gut bezahlte und jahrzehntelang krisensichere Arbeitsplätze in der Industrie weg. Zwar entstehen etwa gleich viele neue Arbeitsplätze. Sie erfordern jedoch eine andere Qualifikation, sind oft schlechter bezahlt als die alten und befinden sich häufig sogar noch an einem anderen Ort.

Dieser neuartige Strukturwandel hin zur Wirtschaft 4.0 verlangt von den Arbeitskräften jetzt und in Zukunft sehr viel Flexibilität und Mobilität. Die Menschen müssen nicht nur einen anderen Beruf erlernen als ihre Eltern und Großeltern. Sie müssen sich auch im Laufe ihres Erwerbslebens ständig weiterbilden, gegebenenfalls einen neuen Beruf erlernen und auch bereit sein, den Wohnort zu wechseln, also ihre gewohnte Umgebung einschließlich Verwandten, Freundes- und Bekanntenkreis zu verlassen. Das Erwerbsleben der Zukunft wird sich an einem Hochleistungsportler orientieren müssen, der regelmäßig und immer wieder hart trainieren muss, um in Form zu bleiben und nicht den Anschluss zu verlieren.

Künftig ist deshalb eine aktive Arbeitsmarktpolitik notwendig, die dem Prinzip des Forderns und Förderns folgt und Arbeitnehmer wie Arbeitslose gleichermaßen zur Flexibilität und Mobilität anhält. So wie es – völlig zu Recht – eine allgemeine Schulpflicht für alle gibt und Sanktionen gegen Eltern verhängt werden können, die ihre Kinder nicht zur Schule schicken, so muss es eine ständige Weiterbildungspflicht für alle geben, und wer ihr nicht nachkommt, sollte mit Sanktionen rechnen müssen. Genau das aber ist der Kern der umstrittenen Arbeitsmarktreformen Gerhard Schröders. Er wollte die alte Bundesagentur für Arbeit, die vorwiegend Arbeitslosenversicherungsbeiträge einsammelte und sie in Form von Arbeitslo-

sen geld wieder auszahlte, in eine moderne Job-Serviceagentur umwandeln, die Arbeitssuchende nach Kräften dabei zu unterstützt, einen neuen Arbeitsplatz zu finden und ihnen Umschulungs- und Weiterbildungsangebote vermittelt.⁵⁰

Der Zeitpunkt für diesen Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik mag ungünstig gewesen sein. 2005, im Jahr des Inkrafttretens von Hartz-IV, standen rund 4,9 Millionen Arbeitslosen nur etwa 260.000 gemeldete offene Stellen gegenüber, d.h. auf eine offene Stelle kamen 19 Arbeitslose. In einer solchen Arbeitsmarktlage nützten den Arbeitslosen auch keine Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. Im Gegenteil: Diejenigen, die an einer Umschulungsmaßnahme z.B. zum Gabelstapelfahrer teilnahmen und denen anschließend eröffnet wurde, dass es dafür keinen Bedarf gibt, waren berechtigterweise frustriert.

Heute hat sich der Arbeitsmarkt gedreht: 2017 standen 2,5 Millionen Arbeitslosen knapp 731.000 gemeldete freie Stellen gegenüber – auf eine freie Stelle entfielen also nur noch 3,4 Arbeitssuchende.⁵¹ Obwohl

50 Im Wahlprogramm der SPD von 1998 wurde genau das angekündigt, was später auf heftigen Widerstand stieß: «Wir wollen dafür sorgen, dass Arbeitsfähigen, die Sozialhilfe erhalten, eine Arbeit, eine Umschulung oder eine Weiterbildung angeboten wird... dass Sozialhilfeempfänger angebotene Arbeitsplätze auch annehmen. Sollten angebotene Arbeitsplätze ohne wichtigen Grund nicht angenommen werden, so müssen die bestehenden gesetzlichen Vorschriften zur Kürzung der Sozialhilfe angewandt werden. In einer Gemeinschaft gibt es nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten.» Vgl. Innovation und Gerechtigkeit. SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998, beschlossen auf dem außerordentlichen SPD-Parteitag am 17. April 1998 in Leipzig, S. 37 f.

51 In Wirklichkeit ist die Zahl der freien Stellen weit aus höher, weil nicht alle den Job-Centern gemeldet werden.

viele prekäre Beschäftigungsverhältnisse entstanden sind⁵², belegen diese Zahlen deutlich die Wende am Arbeitsmarkt zum Positiven. Umso mehr ist es erforderlich, möglichst viele Arbeitsuchende zu qualifizieren, damit sie die wachsende Zahl offener Stellen auch besetzen können. Diejenigen, die sich mit Weiterbildung besonders schwer tun und ihren bisherigen Wohnort nicht verlassen möchten, müssen bei diesem Prozess von qualifizierten Sozialarbeitern begleitet werden. Außerdem müssten Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen speziell auf die Problemgruppe der Langzeitarbeitslosen ausgerichtet werden.⁵³

Viele werden durch Qualifizierungsmaßnahmen sozial aufsteigen können. Einige werden im neuen Beruf aber auch schlech-

ter gestellt sein als vorher, selbst dann, wenn sie einen Umzug auf sich nehmen. Gute Ausbildung, ständige, berufsbegleitende Weiterbildung sowie hohe Flexibilität und Mobilität sind zwar für künftige gesellschaftliche Teilhabe dringend notwendig. Aber auch sie werden nicht in jedem Einzelfall vor sozialem Abstieg bewahren.

Ob in Zukunft allen ein planbares Leben mit sicheren und steigenden Realeinkommen garantiert werden kann, ist aus heutiger Sicht und unter den Rahmenbedingungen des globalisierten Kapitalismus fraglich.⁵⁴ In diesem Punkt müsste der Bevölkerung reiner Wein eingeschenkt werden.

Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit

Bei der Rente kann die Politik an vier Stellschrauben «drehen»: am Rentenniveau, am Beitragsatz, bei den staatlichen Zuschüssen und beim Renteneintrittsalter. Bis 2025 sollen nach dem Koalitionsvertrag das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent sinken und der Beitrag zur Rentenversicherung nicht über 20 Prozent steigen. Wenn es auch nach 2025 bei einem Rentenniveau von 48 Prozent bleiben soll, müssen entweder die Beiträge zur Rentenversicherung steigen oder der Staat mehr Zuschüsse aus Steuermitteln zahlen. Erste Berechnungen des Munich Center for the Economics of Aging des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik, München (MEA)⁵⁵,

52 Ein Kernfehler der Hartz-Reformen bestand darin, nicht gleichzeitig einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt zu haben, der der Ausweitung des Niedriglohnssektors entgegengewirkt hätte. Doch damals waren die Gewerkschaften intern noch uneins, ob ein gesetzlicher Mindestlohn der richtige Weg wäre. Deshalb ist dieses Versäumnis nicht Gerhard Schröder anzulasten. Im übrigen hat Schröder 2013 erklärt: «Die Agenda sind nicht die zehn Gebote, und ich bin schon gar nicht Moses ... Wenn die Grundprinzipien der Agenda, also die Menschen zu fördern, aber sie auch zu fordern, ... wenn das erhalten bleibt und man im Übrigen Dinge, die sich als nicht gut genug herausgestellt haben, besser macht, dann bin ich der Letzte, der etwas dagegen hätte.» Siehe Pressekonferenz am 11.3.2013 im Anschluss an eine Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin, abrufbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=krMi5hpCjRk> (letzter Zugriff am 27.3.2018)

53 Eine sehr sachbezogene Diskussionsgrundlage für eine Hartz IV-Reform bieten die jüngsten Beiträge von S. Sell, Solidarisches Grundeinkommen. Warum die aktuelle Hartz IV-Debatte abgehoben und letztendlich auch verlogen ist (11.4.2018) und T. Krebs, Mythos Hartz IV (1.6.2018), beide auf *Makronom – Online-Magazin für Wirtschaftspolitik*, abrufbar unter <https://makronom.de>.

54 Die Grundwertekommission sieht das das Problem ähnlich und spricht deshalb vorsichtig von einer «Grundstimmung relativer Sicherheit», die zurückgewonnen werden muss. Vgl. Grundwertekommission, *Ein neues Jahrhundert sozialer Demokratie*, Juni 2017, S. 80.

55 DAS MEA wird in seinen Grundmitteln von der Max-Planck-Gesellschaft finanziert. Das Vorgän-

haben ergeben: Im Jahr 2025 müssten dafür bereits knapp 11 Mrd. Euro bereit gestellt werden. Danach würde der Bedarf sehr schnell ansteigen: 2030 auf 45 Mrd. Euro, 2035 auf über 80 Mrd. Euro. Würde die Politik dauerhaft am Rentenniveau von 48 Prozent und einem Beitragssatz von 20 Prozent festhalten, wäre 2060 ein staatlicher Zuschuss über den regulären Bundeszuschuss hinaus von rund 180 Mrd. Euro (kaufkraftbereinigt) erforderlich.⁵⁶ Bei einer Finanzierung über die Mehrwertsteuer müsste diese bereits 2025 von jetzt 19 auf etwa 20,5 Prozent angehoben werden, 2030 auf 23 Prozent und langfristig (bis 2045) sogar auf 27 bis 28 Prozent.

Um den Anstieg der öffentlichen Zuschüsse an die Rentenversicherung in Grenzen zu halten, wird die Politik nicht umhin kommen, die Beitragssätze spätestens nach 2030 moderat zu erhöhen und auch das gesetzliche Renteneintrittsalter schrittweise auf 69 oder gar 70 Jahre anzuheben. Trotz dieser negativen Perspektive muss jedoch deutlich darauf hingewiesen werden: Auch künftig wird nach der MEA-Prognose die Kaufkraft der Renten um ca. ein Prozent pro Jahr steigen. Die

gerinstitut, das Forschungsinstitut Ökonomie und demographischer Wandel an der Universität Mannheim, wurde 2001 vom Land Baden-Württemberg und vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) ins Leben gerufen. Aus seinen Prognosen der Rentenfinanzen leitete das MEA – getreu den Interessen der Versicherungswirtschaft – die Politikempfehlung ab, die private Altersvorsorge zu stärken. Dieser Empfehlung muss man nicht unbedingt folgen. Aber mit den Berechnungsergebnissen des MEA muss sich die Politik ernsthaft auseinandersetzen.

56 Vgl. A. Börsch-Supan, J. Rausch, Die Kosten der doppelten Haltelinie, in: *Ifo-Schnelldienst* 9/2018, S. 23 ff.

nächste Generation wird Renten beziehen, die eine um etwa 25 bis 30 Prozent höhere Kaufkraft haben als die heutigen Renten.⁵⁷ Es besteht daher überhaupt kein Grund zur Panikmache.

Auch in der Kranken- und Pflegeversicherung gibt es nur drei Möglichkeiten: Leistungen kürzen bzw. rationieren, d. h. mehr Eigenbeteiligung der Patienten, höhere Beiträge oder mehr staatliche Zuschüsse. Auch mit einer Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, ließen sich Beitragserhöhungen keineswegs vermeiden. Würde die private Krankenversicherung abgeschafft, erhielten die Ärzte von den heute privat Versicherten nur noch die Vergütung nach den Sätzen der Gesetzlichen Krankenkassen. Da diese Einkommensausfälle bei den Ärzten auch von den Befürwortern einer Bürgerversicherung nicht gewollt sind und auch auf heftigen Widerstand der Ärzte stoßen würden, müssten ihre Vergütungen für Leistungen an Kassenpatienten erhöht werden. Das aber würde für die Kassenpatienten bedeuten: höhere Beiträge oder mehr staatliche Zuschüsse aus Steuermitteln.⁵⁸

Die Einführung einer Bürgerversicherung müsste außerdem berücksichtigen, dass die Ansprüche der heute privat Versicherten an ihre Versicherungen Eigentumscharakter haben und Vertrauensschutz genießen. Deshalb könnte der Übergang zu einer einheitlichen Bürgerversicherung nur für Neu-Versicherte erfolgen. Der vollständige Übergang zu einem integrierten Krankenversicherungssystem könnte deshalb nur über Generatio-

57 Vgl. ebenda, S. 24.

58 Vgl. dazu B. Rürup, Die Bürgerversicherung: Mehr gesundheitspolitische Hoffnung als realpolitische Option, Handelsblatt-Research-Institute-Analyse vom 8.12.2017.

nen stattfinden und Entlastungseffekte für die Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung würden sich erst langfristig einstellen.⁵⁹

Ebenso wie für die Rentenversicherung gibt es auch für das Gesundheitswesen in Deutschland bis zum Jahr 2060 reichende Langfristprognosen, die die voraussichtliche Entwicklung der Ausgaben und den dafür erforderlichen Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeitrag abschätzen. Nach einheitlicher Auffassung der GesundheitsökonomInnen wird sich das Wachstum der Pro-Kopf-Ausgaben in der Gesetzlichen Krankenversicherung weiter beschleunigen. In die gleiche Richtung wirkt der medizinische Fortschritt, der die Dienstleistung «medizinische Behandlung» durch neue Diagnose- und Therapieformen sowie innovative Arzneimittel immer weiter verbessern wird. Bei einem unterstellten jährlichen Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um durchschnittlich 0,8 Prozent und einem Trendwachstum der Gesundheitsausgaben pro Kopf von jährlich 2,3 Prozent wäre 2060 ein Beitragssatz der Gesetzlichen Krankenversicherung von 26,7 Prozent (2018: 14,6 Prozent ohne kassenindividuellen Zusatzbeitrag) und der sozialen Pflegeversicherung von 5 bis 6 Prozent (2018: 2,55 Prozent. Kinderlose 2,8 Prozent) erforderlich.⁶⁰

Die Beitragsszenarien für die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung machen deutlich: Das bisherige politische Ziel, den Gesamtsozialversicherungsbeitrag auf 40

Prozent zu begrenzen – 2018 liegt er (ohne Krankenkassenzusatzbeitrag) bei 39 Prozent – wird sich langfristig kaum realisieren lassen. Zwar gibt es kein «ökonomisches Gesetz», wonach die Wirtschaft zum Erliegen kommt, wenn die 40-Prozent-Grenze überschritten wird. Doch ein Gesamtbeitragsatz von 61 Prozent, der sich nach bisherigen Projektionen langfristig ergäbe, dürfte sich politisch kaum durchsetzen lassen. Umso mehr ist es geboten, den Bürgern frühzeitig die Grenzen der Finanzierbarkeit des Sozialstaates klar zu machen, ohne dabei Horrorszenerarien wie etwa angeblich zukünftig drohende massenhafte Altersarmut an die Wand zu malen, Verständnis für unumgängliche Einschränkungen von (auf hohem Niveau befindlichen) Sozialleistungen zu wecken, sie auf ein langfristig höheres gesetzliches Renteneintrittsalter einzustimmen und sie auf eine Anhebung der Mehrwertsteuer mit der Folge eines allgemeinen Preisanstiegs vorzubereiten.⁶¹

Soziale Sicherheit im Sinne einer Statussicherung in allen Wechselfällen des Lebens, wie sie früher als Ideal von der Sozialpolitik angestrebt wurde, kann die Politik im globalisierten Kapitalismus nicht gewährleisten. Hier sollten auch keine falschen Erwartungen geweckt werden. Ebenso kann «soziale Gerechtigkeit» im Sinne von «mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht»⁶² unter den

59 Vgl. S. Greß, M. Längen, Die Einführung einer Bürgerversicherung. Überwindung des ineffizienten Systemwettbewerbs zwischen GKV und PKV, in: *Gesundheits- und Sozialpolitik*, Heft 3–4/2017, S. 71.

60 Vgl. F. Breyer, Demographischer Wandel und Gesundheitsausgaben: Theorie, Empirie und Politikimplikationen, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Heft 3/2015, S. 222 f.

61 Eine höhere Mehrwertsteuer empfiehlt sich auch deshalb, weil sie nicht für exportierte Waren gilt, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft also nicht beeinträchtigt. Vgl. dazu H. Adam, Zukunftsinvestitionen und Steuerpolitik im globalisierten Kapitalismus, in: *perspektivends*, Heft 2/2016, S. 107 f.

62 Grundsatzprogramm der SPD, beschlossen auf Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Okto-

Bedingungen einer globalen Weltwirtschaft mit liberalisierten Finanzmärkten von der Politik nur schwer erfüllt werden. Die Steuerpolitik als klassisches Instrument sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik der Umverteilung von oben nach unten ist wegen des internationalen Steuersatzwettbewerbs und der Vetoposition des Bundesrates zu einem stumpfen Schwert geworden. Zwar zeichnet sich seit 2011 ein Ende des internationalen Steuersenkungswettlaufs bei den Einkommensteuern ab, sodass wieder ein gewisser Spielraum nach oben besteht.⁶³ Bei der Unternehmensbesteuerung, der Bekämpfung der Steuerflucht oder der Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist jedoch jede Regierung auf die Kooperation mit anderen Ländern angewiesen. Diese internationale Abstimmung ist ein langwieriger Prozess, der langen Atem verlangt.⁶⁴

SPD – mehr nach links oder zur Mitte?

2017 hat die SPD im Vergleich zur Bundestagswahl 1998 über 10,6 Millionen Stimmen verloren. DIE LINKE hat 2017 im Vergleich zu 1998 dagegen nur knapp 1,8 Mil-

ber 2007, S. 15.

63 Vgl. S. Bach, P. Haan, Spitzensteuersatz: Wieder Spielraum nach oben, in: *DIW-Wochenbericht* Nr. 46/2011, S. 8.

64 Das macht verständlich, warum führende SPD-Politiker nur widerwillig den steuerpolitischen Wünschen der Parteibasis folgen. Vgl. beispielsweise Sigmar Gabriel, der in seiner Zeit als niedersächsischer Ministerpräsident nach eigenen Worten «Vorsitzender des Fanclubs für die Vermögensteuer gewesen sei», als Bundeswirtschaftsminister jedoch dazu gelernt habe und die Vermögensteuer, weil sie in Deutschland keine Chance habe, als tot bezeichnete. (Stuttgarter Zeitung vom 8.11.2014). Ähnlich in seinem neuen Buch P. Steinbrück, *Das Elend der Sozialdemokratie. Anmerkungen eines Genossen*, München 2018, S. 129f.

lionen Wähler dazugewonnen. Die Wähler von SPD und LINKE verhalten sich nicht wie eine Flüssigkeit in kommunizierenden Röhren. Was die SPD verliert, gewinnt die LINKE nicht dazu. Oskar Lafontaine mag gehofft haben, einen Großteil enttäuschter SPD-Wähler für DIE LINKE mobilisieren zu können. Doch seine Rechnung ist nicht aufgegangen.⁶⁵

Die SPD hat bei allen Bundestagswahlen nach 1998 in alle Richtungen Wähler verloren, 2017 beispielsweise 470.000 an die AfD, 450.000 an die FDP, 430.000 an die LINKE und 380.000 an die GRÜNEN. Alle Zahlen sind Nettowerte, also Zugewinne abzüglich Verluste, und wurden von infratest dimap ermittelt. Egal, ob die SPD mehr nach links oder mehr in die Mitte rückt, in jedem Fall wird sie Wähler verprellen. Das gilt auch für Nicht-Wähler, die früher SPD gewählt haben. In einer 2013 vom Forsa-Institut durchgeführten Befragung SPD-affiner Nicht-Wähler erklärten 66 Prozent, es würde ihre Bereitschaft, wieder zur Wahl zu gehen, erhöhen, wenn die SPD wieder wie zu Zeiten von Helmut Schmidt oder Gerhard Schröder modernisieren und erneuern will. 42 Prozent wünschten sich dagegen eine Abkehr von der Schröderschen Politik.⁶⁶ Mit anderen Worten: Nach einer Linkswende wären 66 Prozent der ehemaligen und derzeitigen Nicht-Wähler kaum motiviert, wieder zur Wahl zu gehen und SPD zu wählen. Bei einer noch mehr in die Mitte gerück-

65 In der Sendung ANNE WILL am 5.11.2014 hat Lafontaine sein Scheitern eingestanden: «Mein Anliegen war, die Zerstörung des Sozialstaates zu verhindern. Und an der Stelle sind wir leider nicht weit gekommen.»

66 Vgl. M. Güllner, *Nichtwähler in Deutschland. Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Berlin 2013.

ten SPD wären 42 Prozent der SPD-affinen Nicht-Wähler von der SPD noch mehr enttäuscht als jetzt schon.

Die jüngste Studie des Instituts «policy matters» über Werte und Konfliktlinien in der deutschen Wählerschaft im Jahr 2017 macht das Dilemma, in dem sich die SPD befindet, noch deutlicher.⁶⁷ Laut dieser Studie zerfällt die deutsche Gesellschaft in drei Hauptgruppen, denen jeweils drei Typen zuzurechnen sind:

- Zufriedene (42 Prozent): Engagiertes Bürgertum, Kritische Bildungselite und die Zufriedene Generation Soziale Marktwirtschaft.
- Verunsicherte (32 Prozent): Konservative Besitzstandwahrer, Verunsicherte Leistungsindividualisten und Gesellschaftsferne Einzelkämpfer.
- Enttäuschte (25 Prozent): Desillusionierte Arbeitnehmerschicht, Missachtete Leistungsträger und Abgehängtes Prekariat.

In keiner der drei Hauptgruppen hat die SPD einen Schwerpunkt, ihre Wählerschaft ist quer über alle Gruppen und Typen verteilt. Besonders stark verloren hat sie im Vergleich zu 2006⁶⁸ beim engagierten Bürgertum (- 14 PP), Verunsicherten Leistungsindividualisten (- 15 PP), der Desillusionierten Arbeitnehmerschicht (- 16 PP) und den Missachteten Leistungsträgern (- 16 PP). Die neun Typen haben ganz unterschiedliche Erwartungen an die Politik. Deshalb: die SPD kann machen, was sie will. In

67 Vgl. R. Müller-Hillmer, J. Gagné, *Was verbindet, was trennt die Deutschen? Forschungsförderungsreport Nr. 2 der Hans-Böckler-Stiftung*, Düsseldorf 2018.

68 In diesem Jahr ist eine erste Studie dieser Art durchgeführt worden. Die Zahlen in Klammern sind jeweils Prozentpunkte (PP).

jedem Fall wird sie eine der Wählergruppen enttäuschen.

Fazit

Angesichts der geschilderten Restriktionen ist sozialdemokratische Wirtschaftspolitik im nationalen Rahmen nicht mehr möglich. Sigmar Gabriels Analyse ist deshalb voll zuzustimmen: «Fast alle Bedingungen für den sozialdemokratischen Erfolg in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts sind verschwunden. ... die Krise der deutschen Sozialdemokratie (hat) weniger etwas mit einem Regierungsbündnis mit den Konservativen in Deutschland zu tun ... als mit diesen völlig veränderten Rahmenbedingungen ... Erst wenn wir uns wirklich zu diesen Veränderungen bekennen und daraus auch Konsequenzen ziehen, werden sich unsere Wahlergebnisse verbessern.»⁶⁹

Eine Konsequenz aus den veränderten Rahmenbedingungen muss sein, der Bevölkerung ehrlich zu sagen: Die SPD allein kann die Globalisierung nicht zurückdrehen – auch dann nicht, wenn sie bei der nächsten Bundestagswahl 50 Prozent plus eine Stimme bekäme. Begrenzte politische Gestaltungsfähigkeit einzuräumen mag zwar schwer fallen, dürfte aber der einzige Weg sein, Glaubwürdigkeit und Vertrauen zurückzugewinnen.

Die Globalisierung, der technologische Fortschritt in Gestalt der Digitalisierung und die demografische Entwicklung sind in ihren Wechselwirkungen höchst komplex und nur schwer zu durchschauen. Die SPD muss sich beherzt dieser Zukunftsthemen annehmen, darf dabei aber keine unrealisti-

69 S. Gabriel, Sehnsucht nach Heimat, in: *Der Spiegel*, Heft 51/2017, S. 30 f.

schen Erwartungen wecken und nicht davor zurückschrecken, unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Sie muss für die Bürgerinnen und Bürger zu einer Art Coach werden, der ihnen viel abverlangt und gelegentlich auch unpopuläre Maßnahmen zumutet, dem sie aber auch zutrauen, sie verlässlich durch eine schwierige Phase der sozial-ökonomischen Entwicklung zu führen.

Eine erste Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung und der Liberalisierung haben Sigmar Gabriel und Manuel Macron vor drei Jahren in einem gemeinsamen Presseartikel skizziert: Europa muss zu einer Sozialunion weiterentwickelt werden.⁷⁰ Mit einer gezielten und wohldosierten Sozial- und Steuerkonvergenz wie z. B. Mindestlohnkorridoren nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der Länder sowie einer harmonisierten Körperschaftssteuer⁷¹ wäre sicherzustellen, dass Steuerwettbewerb und Sozialdumping keine Spirale nach unten auslösen und zu unkoordinierten Kürzungen bei Löhnen und Sozialleistungen führen.

Das ist ein ur-sozialdemokratischer Ansatz! Durch verbindliche arbeitsrechtliche, soziale und tarifvertraglich abgesicherte Mindeststandards soll sich kein Unternehmen durch schlechtere Arbeitsbedingungen einen Wettbewerbsvorteil am Markt verschaffen können. Dieses Prinzip war jahrzehntelang in den Nationalstaaten sehr erfolgreich. Unter den neuen öko-

nomischen Rahmenbedingungen muss dieses Prinzip auf die EU-Ebene und später auf die internationale Ebene gehoben werden. Darüber hinaus haben Gabriel und Macron vorgeschlagen, im Euroraum durch ein Budget «Fiskalkapazität» zu schaffen, um keynesianische Konjunktur- und Wachstumspolitik durch direkte öffentliche Investitionsprogramme zu ermöglichen.⁷²

Ur-sozialdemokratisch bedeutet aber auch: Es geht um die Wieder-Einhegung des Kapitalismus durch den Staat, nicht um die Überwindung des Kapitalismus. Angestrebt wird eine soziale Globalisierung und Digitalisierung, kurz: eine soziale Demokratie auf europäischer Ebene.⁷³ Die Weiterentwicklung der EU zu einer Sozialunion wird zwar ein langer und steiniger Weg sein, der viel Beharrlichkeit und Geduld erfordert.⁷⁴ Aber eine pragmatische Politik vieler kleiner Schritte innerhalb des kapitalistischen Systems war immer das Markenzeichen der SPD in ihrer 155-jährigen Geschichte. Denn kleine Schritte sind, wie schon Willy Brandt in Bezug auf seine Ostpolitik festgestellt hat, besser als große Worte.

70 Siehe S. Gabriel, M. Macron, Warum Europa zu einer Sozialunion werden muss, in: *Die Welt*, 4.6.2015 – abrufbar unter <https://www.welt.de/wirtschaft/article141919414/Warum-Europa-zu-einer-Sozialunion-werden-muss.html>.

71 Näheres hierzu siehe L. Hakelberg, *Steuervermeidung im Binnenmarkt. Wie eine europäische Gegenmaßnahme aussehen könnte*, Berlin 2017 (Reihe Politik für Europa der Friedrich-Ebert-Stiftung)

72 Die Finanzierung dieses Budgets soll über die Körperschaftssteuer und eine einzuführende Finanztransaktionssteuer erfolgen. Die Sorge von EU-Kritikern, die deutschen Steuerzahler müssten für Investitionen in Südeuropa bezahlen, ist also unbegründet.

73 So auch G. Horn, Zeit für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik! Gastbeitrag in *Die Zeit* vom 16.5.2017, abrufbar unter <http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-05/spd-wirtschaftspolitik-globalisierung-digitalisierung-bundestagswahlkampf/komplettansicht>.

74 Zu den Schwierigkeiten einer koordinierten Sozialpolitik siehe z. B. P. Becker, *Europas soziale Dimension. Die Suche nach der Balance zwischen europäischer Solidarität und nationaler Zuständigkeit*, SWP-Studie, Berlin 2015.

Horst Heimann

«Erneuerung der SPD!» – Was ist das? Eine Richtungsentscheidung: Soziale Gerechtigkeit oder neoliberale Agendapolitik?

Der auf die Zukunft gerichtete Begriff «Erneuerung der SPD» könnte zur Meinung verleiten: Dann müssen wir nur nach vorne blicken und dürfen keine Zeit verlieren für einen «Blick zurück im Zorn». Doch ohne historisches Wissen und Bewusstsein wäre jedes Bemühen um «Erneuerung» zum Scheitern verurteilt. Daher wird dieser Beitrag analysieren, welche Schwächen, Fehler und Defizite der SPD Ursachen für den Niedergang der Partei waren. Notwendiges Selbstbewusstsein bedeutet nicht, die eigenen Schwächen zu ignorieren, sondern sie zu erkennen und zu benennen. Aber die SPD kann für ihre «Erneuerung» nicht nur aus ihren Schwächen und Fehlern im 21. Jahrhundert lernen, sondern auch aus ihren Stärken und Erfolgen im 20. Jahrhundert. Daher gilt der Rückblick auch der erfolgreichen Erneuerung und dem Aufstieg der SPD zur stärksten Partei Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre im 20. Jahrhundert.

Ursache für zunehmende Politikverdrossenheit und sinkende Wahlbeteiligung, auch für den dramatischen Abstieg der SPD, ist es, dass die Wähler kaum noch klare Unterschiede zwischen den etablierten Parteien zu erkennen vermögen und daher nicht wissen, ob sie zwischen Alternativen auswählen können, um mit ihrer Stimme die Richtung der künftigen Ent-

wicklung zu beeinflussen. Vor allem die programmatische Annäherung zwischen den kleiner werdenden großen Volksparteien SPD und Union verwischt die zur Wahl stehende Alternative zwischen einer Politik für soziale Gerechtigkeit oder neoliberaler Politik für mehr Ungleichheit. Eine solche Alternative könnte zwischen SPD und Union erst wieder erkennbar werden, wenn die SPD im Prozess der von allen beschworenen Erneuerung glaubwürdig klärt, ob sie wieder für soziale Gerechtigkeit steht oder weiter für die neoliberale Agendapolitik der rot-grünen Koalition.

Hauptursache für die dramatischen Wahlniederlagen der SPD seit 2009 war es, dass sie den Wählern nicht überzeugend vermitteln konnte, für welche Richtungsalternative sie eintritt. Das hatte sogar der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel erkannt: Nach dem enttäuschenden Wahlergebnis im September 2013, mit 25,7 Prozent nur ein Zugewinn von 2,7 Prozent gegenüber dem Tiefststand von 23 Prozent 2009, stellte er im November auf dem Parteitag in Leipzig zutreffend fest: «Ja, die Deutschen wollten auch dieses Mal mehr soziale Gerechtigkeit und sahen das Auseinanderdriften von Arm und Reich als Problem an. Die SPD konnte die Wählerinnen und Wähler aber nicht ausreichend von ihrer eigentlichen Kernkompetenz der sozi-

alen Gerechtigkeit überzeugen. Der Zwiespalt der Agendapolitik war von uns nicht auszuräumen.»¹

Auch nach 2013 hat die SPD den «Zwiespalt der Agendapolitik nicht ausgeräumt»

Auch in 4 Jahren Opposition war es der SPD nicht gelungen, die Wähler von ihrer «Kernkompetenz der sozialen Gerechtigkeit zu überzeugen» und den «Zwiespalt der Agendapolitik ...auszuräumen.» Daher stellte Gabriel sich selbst und der SPD 2013 die Aufgabe, in den kommenden 4 Jahren Groko den «Zwiespalt der Agendapolitik» auszuräumen, damit die SPD 2017 deutlich mehr als 25,7 Prozent gewinnen könne. Doch statt ernsthaft diesen «Zwiespalt» auszuräumen, vor allem auch die anhaltend «zwiespältige» Beurteilung der Agendapolitik durch die Partei, haben sich Gabriel und Teile der SPD, «glaubwürdig», und vor allem auch erfolgreich darum bemüht, diesen «Zwiespalt» zu erhalten und sogar zu vertiefen: Die entscheidende Richtungsalternative soziale Gerechtigkeit oder neoliberale Agendapolitik wurde zwar immer wieder erwähnt, wieder vergessen, verharmlost, ignoriert, vor allem auch immer wieder ganz unterschiedlich bewertet, sodass man ständig sowohl Loblieder auf die Agendapolitik als auch scharfe Kritik an ihr vernehmen konnte. Und damit haben SPD-Politiker viele potenzielle SPD-Wähler zumindest irritiert und verhindert, verlorene Wähler zurückzugewinnen, also von den 25,7 Prozent im Jahr 2013 wenigstens auf etwa 30 Prozent 2017 aufzusteigen.

1 Sigmar Gabriel: Rede beim ordentlichen SPD-Bundesparteitag am 14. 11. 2013 in Leipzig. Mitteilung für die Presse. Herausgeberin: Andrea Nahles, S. 5.

Als Beleg für die Hege und Pflege des «Zwiespalts der Agendapolitik» durchführende SPD-Politiker sei hier nur auf einige Fakten und Beispiele hingewiesen. (Ausführlich analysiert und kritisiert habe ich diese Problematik in folgenden Artikeln: H. Heimann: 2017 – «Weiter so!» – oder Politikwechsel? In: spw 5/2014; ders., Plädoyer für einen Politikwechsel 2017 – gegen «Weiter so!» mit «Starken Ideen». In: spw 5/2015; ders., 2017: Politikwechsel gegen wachsende Ungleichheit nur mit Rot-Rot-Grün! Anmerkungen zu Klassengesellschaft und Klassenkampf. In: perspektiven ds, 1/15.)

2013 waren die drei relativ linken Parteien mit einem Projekt für einen sozial-ökologischen Politikwechsel in den Wahlkampf gegangen: Höhere Steuern für Superreiche, um die notwendigen sozialen Reformen und Zukunftsinvestitionen finanzieren zu können. Und sie erhielten für dieses Projekt von den Wählern im Bundestag die absolute Mehrheit. Doch statt den Mehrheitswillen der Wähler zu nutzen und in einer Koalition politisch umzusetzen, übernahmen immer mehr rote und grüne Politiker die postfaktischen Argumente der neoliberalen Klassenkämpfer: Die linken Programme mit den Forderungen nach höheren steuerlichen Belastungen der hart arbeitenden Bürger haben einen Kanzlerwechsel zu Steinbrück verhindert. März 2014 beklagte sich Steinbrück bei einer Podiumsdiskussion, die SPD sei mit einem Programm für Steuererhöhungen «auf die Schnauze gefallen.» (*Süddeutsche Zeitung*, 28.3.2014)

Im April 2014 erklärte Gabriel im Bundestag: Angesichts sprudelnder Steuereinnahmen könne kein Mensch nachvollziehen, «wenn wir öffentlich erklärten, wir ... müssten die Staatseinnahmen erhöhen.»

(*Der Spiegel*, 5.5.2014) Viele SPD-Politiker, die Forderungen nach Steuererhöhungen zur Ursache für unbefriedigende Wahlergebnisse erklärten, verfügten schon damals über «alternative Fakten», nahmen aber schlichte Tatsachen nicht zur Kenntnis: Alle empirischen Meinungsumfragen vor und nach der Wahl 2013 bestätigten: Eine große Mehrheit der Wähler – zwischen zwei Dritteln und mehr als drei Vierteln – stimmte immer den steuerpolitischen Forderungen dieser drei Parteien zu, die ja dafür im Bundestag faktisch auch die absolute Mehrheit erhielten.

Im Juni 2014 forderte Stephan Weil eine Kurskorrektur der SPD, weil sie mit ihrem aktuellen Profil vor allem «den Punkt Soziales» bediene. (*Süddeutsche Zeitung*, 13.6.2014) Und im Juli beklagte er: «Zugunsten eines starken Profils bei der sozialen Gerechtigkeit» habe die SPD ihre Wirtschaftskompetenz vernachlässigt. (*Frankfurter Rundschau*, 26./27.7.2014) Zahlreiche Statements prominenter SPD-Politiker demonstrierten immer deutlicher: Mit einem Kurswechsel wollen sie tatsächlich den «Zwiespalt der Agendapolitik» ausräumen, und zwar zugunsten eines klaren Bekenntnisses zur Agendapolitik, auf die eine erneuerte SPD stolz sein müsse.

In einem gemeinsamen Gastbeitrag in der *Süddeutschen Zeitung* vom 5. Januar 2015 lobten Sigmar Gabriel und Andrea Nahles ausdrücklich Schröders «Agenda 2010» als Grund dafür, dass die Arbeitslosigkeit stark zurückgegangen und Deutschland wieder ein «Wirtschaftswunderland» geworden sei. Und darauf «können Sozialdemokraten stolz sein.» Da auch andere Medien über dieses Loblied auf die Agendapolitik ausführlich berichteten, konnten noch mehr Wähler durch die angestrebte

Kurskorrektur irritiert werden. Angesichts der Bemühungen, sich von den linken Inhalten des Wahlprogramms von 2013 reumütig zu distanzieren, konstatierte Die ZEIT schon im September 2014 sarkastisch, dass Gabriel mit einem «radikalen Kurswechsel» seinen Genossen zumute, «nun Positionen (zu) vertreten, die sie vorher bekämpft hatten.» Statt «durch höhere Steuern» wolle Gabriel jetzt «die Renovierung von Brücken und Straßen ... mit dem Geld privater Investoren (finanzieren). Eine Idee direkt aus dem Nachlass der FDP.»²

Der neue Glaube sozialdemokratischer Politiker – «Von der FDP lernen, heißt siegen lernen!» – erreichte den Zenit im Sommerloch 2015: Mit dem vom Parteipräsidium beschlossenen «Impulspapier» mit dem Titel «Starke Ideen für Deutschland 2025» legte die Führung ein reines neoliberales FDP-Programm vor, in dem soziale Gerechtigkeit keine Rolle mehr spielt. Wie alle FDP-Politiker sehen die «Starken Ideen» beim Thema Investitionen und «Investitionsschwäche» nur das Problem, dass sich «private Investoren» zu sehr zurückhalten. Um das zu ändern, «bedarf (es) höherer Akzeptanz und besserer Anreize für solche Investitionen. Bürokratieabbau ist dafür ein wichtiger Schritt.» (S. 23) Dagegen wäre «die SPD gut beraten, bei der Frage nach den «notwendigen finanziellen Ressourcen ... die Antwort darauf nicht vorschnell mit dem Ruf nach höheren Schulden oder Steuern zu geben.» (S. 11)

Dieses «Starke Ideen» genannte «Impulspapier» wiederholt nicht nur «glaubwürdig» die Abkehr vom linken Wahlprogramm 2013, insbesondere von den Forderungen nach Steuererhöhungen für Superrei-

2 *Die Zeit*, 25. 9. 2014, S. 11.

che, sondern dokumentiert erstmals auch die selbstkritische Absage an den Markenkern soziale Gerechtigkeit. Schon am 18. Juli 2015 hatte Die ZEIT, nicht das Neue Deutschland, die Quintessenz dieses Papiers, auch als «Gabriel-Papier» bezeichnet, auf den Punkt gebracht: «Der Schlüsselbegriff lautet nicht mehr ‚Gerechtigkeit, sondern Sicherheit.‘ Es ziele nicht «auf die Ausgestoßenen», sondern auf die, die «sich pudelwohl (fühlen)». Und man muss ergänzen: Es kann nur auf die zielen, die «sich pudelwohl fühlen», weil es es in unserer idyllischen Wellnessgesellschaft keine «Ausgestoßenen», keine Not und Armut gibt. Denn «Deutschland ist ein starkes Land». Und zwar dank der Agendapolitik, die «Deutschland von Grund auf zum Besseren verändert (hat).» (S. 9)

Dass die neu aufgestellte SPD im Sommer 2015 «die Ausgestoßenen» ignoriert, nur noch – wie die FDP – an denen interessiert ist, «die sich pudelwohl fühlen», zeigt auch eine vorgeschlagene Leitfrage für eine «offene und kontroverse» Diskussion (Vorwärts, 8–9/2015): «Was heißt für Dich Wohlstand?» Natürlich kann man nicht mehr die Frage diskutieren: «Was bedeutet für Dich Armut?» Denn nach einem Jahrzehnt erfolgreicher Agendapolitik könnte man bestenfalls noch fragen: «Was war eigentlich sog. Armut?» Und wo es Armut nicht mehr gibt, kann auch «Gerechtigkeit» keine Rolle mehr spielen, sondern nur noch «Sicherheit», wie Die ZEIT konstatierte. Mehr als andere Parteien verspricht daher die SPD «auf dem Weg zur Macht» nicht nur «Sicherheit», sondern sogar «Neue SICHERHEIT», die auf 8 einander folgenden Zeilen 5 mal beschworen wird.

Doch die «Starken Ideen» werfen auch einen kritischen Blick auf «4: Eine WELT

VOLLER UNSICHERHEITEN» (S. 9) Und da erwähnt man endlich auch künftige soziale Probleme, nämlich die Gefährdung unseres Sozialstaats in der Zukunft, die «eine sehr tiefgreifende Verunsicherung der Bevölkerung» hervorgerufen habe, und zwar aus klar erkennbaren Gründen: «Die Bedenken hinsichtlich der Zuwanderung in das Sozialsystem sind groß.» (S. 10) Also auch die SPD hat die Gründe für die Gefährdung des Sozialstaats klar erkannt, mit denen CSU und AfD die Bevölkerung «tiefgreifend» verunsichern. Um sich wieder von der CDU zu unterscheiden, positionierte sie sich also deutlich rechts von der «sozialdemokratisierten Merkel-CDU».

Mit diesen «Starken Ideen» hatte die SPD ihre zwiespältige Haltung zur Agendapolitik ausgeräumt und sich klar für diese Politik entschieden, die «Deutschland von Grund auf zum Besseren verändert (hat).» (S. 9)

Diese immer wieder durch die Medien geisternden Loblieder auf die Agendapolitik haben mit dazu beigetragen, dass die SPD von 25,7 Prozent 2013 im Jahr 2017 nicht wenigstens auf 30 Prozent aufstieg, sondern auf 20,5 Prozent abstürzte. Damit die SPD nicht noch weiter abstürzt (Ende Februar 2018 erstmals mit 15,5 Prozent von der AfD mit 16 Prozent überholt!), müsste sie endlich eine «ehrliche Debatte über *diesen Grund* der Wahlniederlagen» führen, wie Martin Schulz in seinem Mitgliederbrief vom 29. 9. 2017 klar erkannt hatte:

Keine ehrliche Debatte über die Gründe der Wahlniederlagen. (Schulz, 29. 9. 2017)

Nach vier «Wahlniederlagen in Folge hat es keine ehrliche Debatte über die Gründe der damaligen Wahlniederlagen gegeben und

sind auch keine echten Konsequenzen gezogen worden.» Und er nannte als Voraussetzung für einen besseren Neustart nach dem Fiasco vom 24. 9. 2017 die Erkenntnis: «Nicht die politischen Gegner sind schuld an unserer Wahlniederlage», sondern «der Kanzlerkandidat und die gesamte SPD haben diese Wahl verloren.» Damit hatte er die notwendigen Voraussetzungen für die von allen beschworene «Erneuerung der SPD» klar genannt. Aber gegen diese Voraussetzungen hat die gesamte SPD schon am 24. September nach 18 Uhr verstossen, als sie einmütig geschlossen, erleichtert euphorisch die Absage an eine neue Groko bejubelte: Endlich hat die SPD den Mut gehabt, sofort «echte Konsequenzen» aus einer Niederlage zu ziehen, allerdings – was aber keiner bemerkte oder beanstandete – ohne dass es eine «ehrliche Debatte über die Gründe (dieser Wahlniederlage) gegeben» hat.

Denn die Sofortentscheidung für die Opposition war nicht das Ergebnis rationalen Nachdenkens, sondern nur ein emotionaler Kurzschluss, ein schmerz lindern des Trostpflaster, das 100 Prozent der Sozialdemokraten erleichtert auf die Zahl 20,5 klebten, so spontan, wie 100 Prozent Schulz gewählt hatten. Damit begann «die Erneuerung der SPD» mit einem Fehlstart, da diese Sofortentscheidung auch der von Schulz im Mitgliederbrief vom 29. 9. genannten Einsicht widersprach, dass «nicht die politischen Gegner schuld an unserer Wahlniederlage (sind).» Denn nur wenn tatsächlich «Merkel» schuld an unserer Niederlage gewesen wäre, könnte die Trennung von ihr die SPD wieder von Sieg zu Sieg führen.

Erst nach der spontanen Sofortentscheidung für die Opposition begann die Suche nach rationalen Argumenten für diese Kurz-

schluss handlung. Schnell fand man das Hauptargument: Die SPD hat bisher durch jede Groko Wähler verloren und wird auch bei einer neuen Groko noch mehr Wähler verlieren. Und in der Regierung kann sich die SPD nicht erneuern. Diese Argumente konnten nur 100 Prozent der Sozialdemokraten für überzeugend halten, weil sie paradoxerweise «angenehme Wahrheiten» aus ihrem Gedächtnis verdrängt hatten, nämlich die Erinnerung an das, was auf die erste Große Koalition folgte:

Nach der Großen Koalition 1966 – 1969: Mit 45,8 Prozent wurde die SPD 1972 zur stärksten Fraktion und mit 500 000 neuen Mitgliedern zur stärksten Partei mit über einer Million Mitgliedern 1976 (In diesem Zeitraum war die SPD nicht eine einzige Minute in der Opposition, um sich erneuern zu können!)

Von 1966 bis 1969 war die SPD Juniorpartner der Union in einer Großen Koalition: Nach ihrer Rolle als Juniorpartner der Union übernahm sie 1969 die Führung in einer Kleinen Koalition. 1972 wurde sie mit 45,8 Prozent (1965 = 39,3 Prozent), bei einer Wahlbeteiligung von 91,1 Prozent, erstmals stärkste Partei und Fraktion im Bundesstag. Die Mitgliederzahlen stiegen von 710 448 im Jahr 1965 auf 778 945 im Jahr 1969 und auf 1 022 191 im Jahr 1976.³ Die Neuaufnahmen in der SPD stiegen von 60 095 im Jahr 1965 über 93 827 im Jahr 1969 auf 155 992 im Jahr der «Willy-Wahlen» 1972.⁴ Insgesamt gewann die SPD nach Eintritt in die Große Koalition fast eine halbe Million neue Mitglieder.

3 Siegfried Heimann, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Richard Stöss (HRSG.), *Partei-handbuch*, Band 2 FDP:WAV, Opladen 1984, S. 2174.

4 Ebd., S. 2175.

Ursache für diesen historischen Aufwärtstrend war natürlich nicht der Eintritt in die Große Koalition 1966, sondern die politisch-intellektuelle Erneuerung der SPD in der zweiten Hälfte der 1960er- und der ersten Hälfte der 1970er-Jahre. (Warum und wie diese «Erneuerung der SPD» als klare Richtungsentscheidung zwischen der Alternative Kalter Krieg oder Friedenspolitik damals gelingen konnte, wird später noch – als Lehre für hier und heute – darzustellen sein.)

Wohin treibt die offensive Rechte die defensive plurale Linke in Deutschland im 21. Jahrhundert?

Schon Ende der siebziger Jahre, also bereits vor der «moralisch-politischen Wende» unter Kohl, war «Genosse Trend» aus der SPD ausgetreten, und nach der Jahrtausendwende, vor allem seit 2015, wurde er sogar zum «Volksgenossen Trend», und das nicht nur in der AfD. Die Ursachen für den Niedergang der pluralen Linken liegen vor allem in eigenen Fehlern, die sie erkennen müsste, um wieder offensiv und stärker zu werden, vor allem auch folgendes Versagen: Bis zum 24. 9. 2017 hatten die Parteien «links von der Union» noch die absolute Mehrheit im Bundestag, und zwar trotz der bereits sichtbaren Stärkung der Rechten. Erst am 24. 9. 2017 haben die Wähler diesen Parteien die Mehrheit im Bundestag entzogen, da die «Eliten» (die Auswahl der Besten) dieser Parteien unwillig und unfähig waren, den eindeutigen Mehrheitswillen der Wähler zur politischen Gestaltung zu nutzen, für den von allen geforderten sozial-ökologischen Politikwechsel. Nur Minderheiten in diesen Parteien haben überhaupt die Frage diskutiert, in welcher Machtoption können

wir einiges von unseren schönen linken Programmen verwirklichen: Und nur wenige hatten den Mut zur Aussage: Nur in einer rot-rot-grünen Koalition.

Die Veränderungen der Kräfteverhältnisse zwischen Rechts und Links beschrieb *Der Spiegel* am 20. 1. 2018 in seiner Titelstory «LINKS UNTEN» wie folgt: Die drei Parteien links von der Union kamen «bei der Bundestagswahl 1998 gemeinsam auf 52,7 Prozent, ... im Herbst 2017 nur noch auf 38,6 Prozent. ... Das rechte Lager verbesserte sich im selben Zeitraum von 41,4 Prozent (Union und FDP) auf 56,2 Prozent bei der letzten Bundestagswahl (nun inklusive AfD).» (S. 16) Und während zur Jahrtausendwende Sozialdemokraten in 12 von 15 EU-Staaten regierten, werden beim Treffen von 28 Regierungschefs im Frühjahr 2018 noch 6 Sozialdemokraten dabei sein. (Ebd.)

Die Alternative «Opposition oder Groko» war für die SPD zunächst kein Problem, da sich die gesamte SPD geschlossen für die Opposition «engagierte», und Union, Grüne und FDP über eine Regierungsbildung diskutierten. Auch noch nachdem Lindner Jamaika platzen ließ, weil ihm der Politikwechsel unter Merkel nicht weit genug nach rechts ging, wollten alle Sozialdemokraten weiter «Seit an Seit (in die Opposition) schreiten», sangen alle weiter im einstimmigen Chor: «Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Kaiser noch Tribun, uns aus dem Elend zu erlösen, müssen wir uns nur von Merkel lösen!»

Erst nach einem Appell des Bundespräsidenten an die 3 Parteivorsitzenden einer möglichen Großen Koalition endete die Geschlossenheit der SPD. In einem Gespräch mit dem SPIEGEL vom 20. Januar 2018 wiesen die Journalisten Schulz darauf

hin, «dass Sie nach der Jamaikaabsage der FDP zunächst weiter gegen eine Neuaufgabe der Großen Koalition waren.» (S. 21) Schulz entschuldigt sich dafür mit dem Argument: «Aber da kannten wir die Haltung des Bundespräsidenten noch nicht.» Aber als seine «Haltung» bekannt war, «haben die Parteigremien und ich dann sehr schnell reagiert.» (Man könnte auch sagen, frei nach Kant, dann haben sie sich zur Nutzung ihrer Vernunft der Hilfe des Bundespräsidenten bedient und erkannt, dass eine neue Groko vernünftiger sei als Opposition.) Danach plädierte die eine Richtung der SPD für eine neue Groko, während die andere Hälfte weiter so fühlte und marschierte wie alle nach 18 Uhr am Wahlabend. Und so marschierte die eine Hälfte jetzt Richtung Groko, die andere wie bislang alle weiter in die entgegengesetzte Richtung, nach dem bewährten Motto: Getrennt marschieren, gemeinsam untergehen!

Die heftige Kontroverse Opposition oder Groko spaltet nicht nur die SPD, sondern die gesamte plurale Linke. Während die einen die Groko für das kleinere Übel hielten, unterstützten andere die Bemühungen derer, die wie die Jusos, die SPD «am gefährlichen Gang in die große Koalition noch hindern (wollen).» (Stephan Hebel, «SPD-EINTRITTE – Jetzt aber schnell», in: *Frankfurter Rundschau*, 30. Januar 2018). Die bei den Wahlen im September 2017 auf 38,6 Prozent geschrumpfte, und weiter schrumpfende Linke (1998 noch 52,7 Prozent), war also in zwei Lager von je knapp 20 Prozent zerfallen, die sich gegenseitig bekämpften. Und getrennt kämpfte auch jedes knapp 20 Prozent starke linke Lager gegen die auf 56,2 Prozent gewachsene, und weiter wachsende Rechte.

Da die heftige Kontroverse Groko oder NoGroko seit dem 4. März 2018 durch die Mehrheit der SPD-Mitglieder entschieden ist, kann es nicht mehr darum gehen, die Argumente der Groko-Gegner zu kritisieren. Aber es bleibt noch die Kritik an einer spezifisch linken Denkweise, die unabhängig ist von der Frage nach einer Regierungsbeteiligung, die aber der pluralen Linken schadet: Die Groko-Gegner begründeten ihre Haltung mit dem Argument: In einer Groko können wir unsere linken Ideen, Werte und Zielvorstellungen nicht verwirklichen. Sie behaupteten auch nicht, dass dies in der Opposition möglich wäre. Sie ignorierten die Frage, welche konkreten linken Ziele könnten wir mit welchen Gruppierungen und Parteien in absehbarer Zukunft praktisch-politisch durchsetzen, und nicht nur auf unseren Papieren drucken.

Dieses Praxis-Defizit in der pluralen Linken kann man analysieren und erklären mit Hilfe eines Begriffspaars von Max Weber: Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Für viele linke Argumentationsmuster gilt:

Vorrang der Gesinnungsethik gegenüber der Verantwortungsethik.

Diese Argumentationsmuster entsprechen dem Konzept, das Max Weber «Gesinnungsethik» nannte, die Alternative zur «Verantwortungsethik»: Der Gesinnungsethiker fragt, ob meine Beurteilungen und praktischen Entscheidungen meinen ethischen Normen, also meiner Gesinnung, entsprechen und mit meinem Gewissen vereinbar sind. Dagegen fragt der Verantwortungsethiker darüber hinaus, welche praktischen Folgen eine Entscheidung hat, die ich zu verantworten habe. Und diese Folgen muss ich mit meinen ethischen Normen beurteilen und fragen, ob und wie

ich diese Folgen im Lichte meiner ethischen Normen verantworten kann.

Für Gesinnungsethiker ist die Frage nach den praktischen Folgen einer politischen Entscheidung nicht so wichtig wie die Frage nach den Folgen für ihr gutes Gewissen: Was müssen wir denken und wie müssen wir entscheiden, damit wir uns weiter als gute Sozialdemokraten fühlen und ein gutes linkes Gewissen behalten können, weil wir unserer edlen Gesinnung treu geblieben sind. Diese linke Gesinnungsethik tendiert auch dazu, soziale und politische Tatsachen zu verdrängen, wie z.B. das Argument, eine Regierungsbeteiligung mache die «Erneuerung der SPD» schwierig oder unmöglich. (Exemplarisch in einem Newsletter von «DL 21 Forum Demokratische Linke – Die Linke in der SPD» vom 29. 1. 2018, abgedruckt auch in spw, Heft 224, 1–2018.) Diese Begründung ignoriert historische Fakten: In der Groko von 1966–1969 haben aktive Sozialdemokraten die SPD grundlegend erneuert, während es inaktive Sozialdemokraten in der Opposition gegen Schwarz-Gelb von 2009–2013 versäumten, ihre Partei erfolgreich zu erneuern. Und in der langjährigen Oppositionszeit von 1982 – 1998 konnte die Partei sogar, von der Basis unbemerkt, zur «Neuen SPD» à la «New Labour» mutieren, sodass Schröder als Regierungschef die Agendapolitik (Steuergeschenke für die Superreichen, gegenfinanziert durch massive Kürzungen der Sozialausgaben) praktisch durchsetzen und den unaufhaltsamen Abstieg der SPD einleiten konnte.

Nur wer diese historische Agenda-Tatsache nicht kennt (in einer Umfrage am Wahlsonntag im September 2009 von Zweidritteln der Befragten als Bruch mit den sozialdemokratischen Grundwerten beurteilt), konnte das postfaktische Argument ver-

wenden, dass eine neue Groko «die Unterschiede von zwei Parteien (verwischt), die im Grund jeweils ein anderes Gesellschaftsmodell verfolgen». (Ebenfalls im News Letter von DL 21 vom 29. 1. 2018 und spw 1–2018) Denn dieser frühere Unterschied war im 21. Jahrhundert nicht mehr sichtbar, weil ihn die SPD verwischt hatte, nicht Merkel. Und wenn die Erfahrungen der vergangenen Grokos tatsächlich zeigen, dass die SPD «kaum in der Lage (war), ihre Unterschiede zur Union ... herauszustellen» (ebd.), so war dafür nicht das, in der Tat vorhandene politische Geschick von Merkel die Ursache, sondern das noch größere politische Ungeschick der SPD.

Wenn man selbstgefällig für alle Unzulänglichkeiten und Defizite der eigenen Partei Merkel verantwortlich macht, entzieht man sich nur der Aufgabe, diese Defizite durch eigene Anstrengungen selbst zu überwinden. Voraussetzung für eine «Erneuerung der SPD», die einen neuen Aufstieg der Partei möglich macht, ist daher die Einsicht, und zwar bei Anhängern und Gegnern der Groko:

Nicht «Opposition oder Koalition» entscheidet über «Sein oder Nichtsein», sondern «Agendapolitik oder Gerechtigkeit.»

Während bis zum 4. März 2018 zwei Hälften der SPD in entgegengesetzte Richtungen marschierten, könnte die gesamte Partei nach der von allen respektierten Entscheidung der Basis diskutierend Richtung «Erneuerung» voranschreiten. Sie müsste beginnen, die bisher versäumte Diskussion über die Richtungsentscheidung zwischen «Agendapolitik oder Gerechtigkeit» nachzuholen, um den Wählern wieder zu zeigen, wofür sie politisch steht und wo Unter-

schiede zwischen dem «Gesellschaftsmodell» der SPD und dem der Parteien rechts von ihr bestehen. Denn das ist die Voraussetzung, um verlorene Wähler zurückzugewinnen. Als Anfang 2017 Martin Schulz von Gabriel inthronisiert und vom Parteitag mit 100 Prozent zum Vorsitzenden gewählt wurde, hielten das viele für den Einstieg in die erhoffte Richtungsentscheidung. Mit seiner Betonung der sozialen Gerechtigkeit, glaubwürdig wegen gleichzeitiger Kritik an Schröders Agendapolitik, sprach er als neuer Vorsitzender das aus, was viele enttäuschte Wähler von der SPD noch erhofft hatten. Und so kletterte die SPD in den Umfragen überraschend schnell auf über 30 Prozent und lag in einigen Umfragen kurzzeitig sogar vor der Union.

Da die Partei das Thema Gerechtigkeit nicht inhaltlich überzeugend präzierte und unglaubwürdig wurde, als sie nach agendakritischen Worten von Schulz auf ihrem Parteitag den Agendakanzler Schröder mit stürmischen Ovationen feierte, landete sie nach kurzem Aufstieg über 30 bei 20,5 Prozent. Dass die Zweifel vieler Wähler an der Gerechtigkeitsrhetorik der SPD berechtigt waren, bestätigte Gabriel in einem Interview mit der ZEIT vom 2. 11. 2017. Die Ursache für den Absturz auf 20,5 Prozent sah er im Thema Gerechtigkeit, mit dem sich die SPD nur von den Folgen «der Agenda 2010 ... endlich befreien wollte.» Schadenfroh verhöhnt er das Wahlprogramm von 2017, weil Gerechtigkeit «nicht das Problem der Wähler» war, «sondern ein Problem der Innensicht der SPD. Die hat dann das Programm mit 100 Prozent als eine Art Befreiung bejubelt, die Wähler nur zu 20 Prozent.» Er behauptet also, die SPD habe nur 20,5 Prozent erhalten, weil nur eine so kleine Minderheit am Thema Gerechtigkeit interes-

siert war. Obwohl er selbst zu den 100 Prozent «Bejublern» gehört hatte, wäscht er jetzt seine Hände in Unschuld: «Ich habe das damals für einen Fehler gehalten – war aber weitgehend allein mit dieser Auffassung.» Er erwähnt auch nicht, dass er selbst auf dem Parteitag 2013, wie hier bereits mehrmals zitiert, genau umgekehrt argumentiert hatte, nämlich: Die Wähler «wollten auch dieses Mal mehr soziale Gerechtigkeit», waren also am Thema, anders als 2017, interessiert. Und 2013 war er selbstkritisch genug, um öffentlich einzugestehen: Wenn dennoch nur 27,5 Prozent SPD gewählt haben, dann deshalb, weil die SPD nicht mehr überzeugen konnte, dass sie ernsthaft für mehr Gerechtigkeit eintrete.

Tatsächlich falsch ist auch Gabriels Selbstlob, ich «war aber weitgehend allein mit dieser Auffassung», dass das Thema Gerechtigkeit falsch war. Denn offensichtlich teilten die «Netzwerker» (nicht an rechts oder links orientiert, sondern nur an oben) seine Ablehnung des Themas Gerechtigkeit: Nach dem Wahldesaster distanzierte sich eine ganze Ausgabe ihres Zentralorgans «Berliner Republik» vom Thema Gerechtigkeit, an dem sie selbst und, angeblich auch die Wähler, nicht interessiert waren. Mit diesem Thema «wirkte die SPD wie aus der Zeit gefallen». (Genauer: wie aus dem «neoliberalen Zeitgeist gefallen.») Die Wähler zweifelten natürlich nicht an der Glaubwürdigkeit der SPD, weil sie die «Berliner Republik» gelesen haben, sondern weil sich viele SPD-Politiker immer wieder auch mal so äußerten wie dieses inzwischen verstummte Medium der «Neuen SPD» à la «New Labour.»

Aus dieser Analyse folgt: Die SPD hat nicht nachhaltig Vertrauen verloren, weil sie zwischen Opposition oder Koalition schwankte, sondern weil sie ständig zwi-

schen neoliberaler Agendapolitik und ihrem Markenkern soziale Gerechtigkeit pendelte, weil sie unwillig und unfähig war, zwischen dieser Alternative eine Richtungsentscheidung zu fällen und zu klären, wofür sie politisch steht. Die Ursache für dieses Versagen ist eine politische Mentalität, die sie beharrlich Merkel vorgeworfen hat: Sie entziehe sich einer ernsthaften Diskussion über Alternativen, verwische gravierende Unterschiede und gebe damit den Wählern nicht die Möglichkeit, sich für einen Politikwechsel zu entscheiden. Als Voraussetzung für eine glaubwürdige «Erneuerung» dagegen müsste die SPD zunächst erkennen:

Auch die SPD entzog sich der Diskussion über Alternativen – Das war und ist «ein Anschlag auf die innerparteiliche Demokratie!»

«Heute gibt es einen enormen Diskussionsbedarf im Land.» Denn Ursache für die politische Vertrauenskrise sei, dass man nicht fähig und willens zur argumentativen Auseinandersetzung sei, stellte Heiko Maas in einem Beitrag in der Wochenzeitung Die ZEIT vom 16. 6. 2016 zutreffend fest. Aber falsch war seine Ursachenerklärung: «Unter der Großen Koalition hat Deutschland das Streiten verlernt.» Denn in der Gesellschaft, in den Sozialverbänden und sozialen Bewegungen, in Wissenschaft und Publizistik wird noch über die Notwendigkeit eines Politikwechsels gestritten. Unabhängig von Regierungskonstellationen haben die politischen Eliten und die Parteien weitgehend das Streiten über Sachprobleme und Alternativen verlernt und die demokratische politische Kultur deformiert. Thatchers «TINA» – There is no alternativ – hatte gesiegt. Wo es keine Alternative gibt, können auch Parteien nicht «an der Meinungs- und Willens-

bildung des Volkes mitwirken.» Und weil die SPD «das Streiten verlernt» hatte, konnte «Basta!» zum Markenkern der innerparteilichen Demokratie werden.

Wie im Eingangabschnitt «Auch nach 2013 hat die SPD den «Zwiespalt der Agendapolitik nicht ausgeräumt» dargestellt, haben viele Statements von SPD-Politikern und vor allem das im Sommer 2015 vom Parteipräsidium veröffentlichte neoliberale Konzept «Starke Ideen für Deutschland 2025», den Eindruck erweckt, die SPD habe sich wieder für eine Fortsetzung der Agendapolitik entschieden. Aber schriftlich dokumentiert lag auch eine linke Alternative vor: das vom Landesvorstand der SPD Schleswig-Holstein am 1. Juni 2015 beschlossene Diskussionspapier «DIE ZEIT IST REIF: MEHR GERECHTIGKEIT WAGEN», das nach intensiven Diskussionen in der Partei im April 2016 in überarbeiteter Fassung von einem Landesparteitag verabschiedet wurde.⁵ Martin Schulz hatte an diesen Diskussionen teilgenommen und engagiert für das Thema Gerechtigkeit argumentiert, das er dann als neuer SPD-Vorsitzender übernommen und damit die SPD kurzfristig mit über 30 Prozent stärker als die Union gemacht hatte. (Warum es zu keiner Richtungsentscheidung zwischen diesen unterschiedlichen Konzeptionen kam, die den Unterschied zwischen SPD und CDU/CSU wieder sichtbar gemacht hätte, wird im letzten Abschnitt erklärt.)

Aus einem langen Gespräch mit einem Groko-Gegner zitierte Die ZEIT vom 15. 2. 2018 wörtlich einen Juso: «Es geht um den politischen Stil im Land. Rechts und links

⁵ Vergl dazu ausführlich: Ralf Stegner, Die Zeit ist reif: Mehr Gerechtigkeit wagen. Positionen der SPD Schleswig-Holstein. In: *perspektivends* 1/16.

müssen wieder unterscheidbar sein. Und das geht in einer großen Koalition einfach nicht.» Doch wie und warum sehr wohl in einer Groko «rechts und links wieder unterscheidbar» werden können, sei hier kurz erläutert am Beispiel der Erneuerung und Linkswende der SPD in der Groko 1966 – 1969, und das nicht in der Absicht, Groko-Gegner zu kritisieren, sondern um sie zu ermutigen, aktiv an der «Erneuerung der SPD» mitzuwirken.

Eine Sternstunde sachlicher und leidenschaftlicher Streitkultur = Politikwechsel

Eine aufblühende Streitkultur in der gesamten Gesellschaft führte Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre zum entscheidenden Politikwechsel in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Politisch umgesetzt wurde dieser Wechsel vom Kalten Krieg zur Entspannungs- und Friedenspolitik, und auch zur kapitalismuskritischen Gesellschaftspolitik, durch die an Haupt und Gliedern erneuerte SPD. In dieser Zeit war nicht nur die SPD nach links gerückt und 1972 zur stärksten Partei geworden. In einer partizipativen Demokratie war die gesamte Gesellschaft politisch bewusster, weltoffener, toleranter und stabiler geworden, also deutlich nach links gerückt. Das Kräfteverhältnis zwischen rechts und links hatte sich wie noch nie in der deutschen Geschichte zugunsten einer starken und selbstbewussten Linken verändert. Erst in dieser Aufbruchphase endete der hegemoniale rechte «deutsche Sonderweg» und fand die politische Kultur Deutschlands den Anschluss an die demokratische politische Kultur des Westens in der Tradition der Aufklärung.

Seit Ende der 1940er-Jahre entsprach die antikommunistische Politik des Kalten Krieges zunächst der vorherrschenden Meinung in der Gesellschaft und auch in den Parteien, ausgenommen nur die KPD. In dieser Phase des Ost-West-Konfliktes, in dem Deutschland auf der Seite «der Guten» kämpfen durfte, blieb zunächst das traditionelle rechte Freund-Feind-Denken vorherrschend. Aber seit Ende der 1950er- und Anfang der 1960er-Jahre erkannten kleine Minderheiten in der Gesellschaft und in den Parteien links von der Union, in Wissenschaft und Publizistik, dass angesichts des atomaren Gleichgewichts (overkill capacity) eine «Politik der Stärke» nicht zur «Befreiung der unterjochten Völker im Osten» führen kann, sondern zur Selbstvernichtung der Menschheit in einem atomaren Holocaust. Der Bau der Mauer 1961, der einerseits antikommunistische Emotionen verstärkte, motivierte aber auch die politische Vernunft, intensiver über Alternativen nachzudenken.

Schon vor der Außerparlamentarischen Opposition (APO) gegen die Groko von 1966 – 1969 entwickelten sich eine liberale intellektuell-publizistische Opposition (LIPO) und in der SPD eine innerparteiliche Opposition (IPO), die in kritischen öffentlichen Debatten Grundlagen für einen Politikwechsel ausarbeiteten und dafür immer mehr Anhänger mobilisierten.⁶ Zahlreiche kritische Publikationen und Medienberichte, Tagungen, Seminare und Demonstrationen, schufen eine kritische Öffentlichkeit,

6 Vergl. dazu ausführlich: H. Heimann, Neue Wege des politischen Engagements? In: *aus politik und zeitgeschichte – beilage zur wochenzeitung das parlament*, B 25/69, 21. Juni 1969. Zur innerparteilichen Diskussion ders., Theoriediskussion in der SPD, Frankfurt/Köln 1975.

die auch die innerparteiliche Opposition in der SPD ermutigte und stärkte. Auf allen Ebenen der Partei wurde lebhaft diskutiert, wurden Anträge für einen Politikwechsel verabschiedet, wichtige Führungspositionen neu besetzt, viele neue Mitglieder gewonnen. Ein zunächst kaum wahrnehmbarer «linker Flügel» wurde Ende der 1960er-Jahre so stark, dass er sowohl in der Gesamtgesellschaft als auch in der Partei deutlich erkennbar wurde, aber auch von der Gesamtpartei als legitimer Bestandteil der SPD anerkannt wurde. Auf dem Parteitag im März 1968 in Nürnberg wurde der bekannte «rote» Jochen Steffen aus Schleswig-Holstein in den Parteivorstand gewählt, und der linke Harry Ristock, den die «rechte» Berliner SPD wegen einer Demonstration gegen den Vietnamkrieg gerade aus der Partei ausgeschlossen hatte, wurde wieder als Mitglied aufgenommen.

Ohne die besonderen Verdienste von Willy Brandt und Egon Bahr für den Politikwechsel zu schmälern, ist doch zu betonen: Ohne die damals auf allen Ebenen der Parteiorganisation mobilisierten aktiven Mitglieder hätten sie das nicht gegen die starken Widerstände in Partei und Gesellschaft durchsetzen können.

Auch die bis vor kurzem besonders «parteyfrommen» Jungsozialisten wurden Mitte der 1960er-Jahre zu einem innerparteilichen Machtfaktor für eine «Erneuerung der SPD» durch eine für alle erkennbare Linkswende. Sie konnten daher nachhaltig viele neue Mitglieder werben, auch aus der inzwischen sich selbst zerstörenden, zu allem Nein-sagenden Studentenbewegung, und zwar mit der Aufforderung: «Tritt ein, sag Ja zu einer neuen Ostpolitik, und auch zu einer neuen kapitalismuskritischen Gesellschaftspolitik!» Angesichts einer massiven

Eintrittswelle beschwor der schrumpfende rechte Flügel die Gefahr einer «kommunistischen Unterwanderung», die er durch Parteiordnungsverfahren einzudämmen versuchte. Der stellvertretende Juso-Vorsitzende Norbert Gansel stellte dagegen in der Neuen Gesellschaft erfreut fest: «Viele kleine Unterwandererstiefel haben die SPD in Bewegung gesetzt!»

Die Erfolge der Ende der 1960er-Jahre nach links gerückten Jusos spielten nicht nur eine herausragende Rolle in den Berichten der Massenmedien über aktuelle parteipolitische Ereignisse, sondern auch in den kontroversen wissenschaftlich-publizistischen Debatten über kapitalismuskritische Reformpolitik. Nur als ein Beispiel für das damals starke Interesse an Theoriedebatten sei hier ein Bestseller genannt, der von Norbert Gansel im September 1971 herausgegebene Sammelband «Überwindet den Kapitalismus oder Was wollen die Jungsozialisten?» (Der Erstauflage 1.–20. Tausend vom September folgte schon im Oktober die zweite Auflage 21.–30. Tausend, Januar 1973 die vierte Auflage 39.–45. Tausend, Februar 1974 die fünfte Auflage 46.–53. Tausend.) Und die Wahlergebnisse widerlegten die «postfaktischen» Argumente des «rechten Flügels»: Die linken Jusos vergraulen die Wähler: Durch ihren eigenständigen Wahlkampfbeitrag unter dem Motto «Sozialismus, weil's vernünftig ist» trugen sie sogar zum großen Wahlsieg im September 1972 bei. Der als Protagonist der Juso-Linkswende bekannte Norbert Gansel erhielt in seinem Wahlkreis in Kiel 55,2 Prozent der Zweitstimmen und sogar 59,4 Prozent der Erststimmen. Durch diese innerparteiliche Linkswende, ermöglicht durch intensive Diskussions- und Lernprozesse, konnte die SPD, zwischen 1966 und 1969 als Juniorpartner

der Union in einer Großen Koalition, immer mehr kritische Bürger davon überzeugen: Die SPD erneuert sich grundlegend und wird zu einer klar erkennbaren linken Alternative, die sich unverwechselbar von den Unionsparteien unterscheidet.

In dieser Zeit der Groko waren sowohl in der Gesamtgesellschaft als auch in der SPD, sogar auch in der FDP, die Akteure aus dem linken Spektrum offensiv und bestimmten Themen und Inhalte einer lebhaften Debatte über einen notwendigen Politikwechsel. Dagegen agierten die Akteure der Rechten resigniert und trotzig gegen ihren unaufhaltsamen Abstieg, so wie gegenwärtig viele Akteure der pluralen Linken. Da die Akteure der politischen und intellektuell-kulturellen Linken offensiv-selbstbewusst dachten und handelten, gelang es ihnen, die Jahrhunderte währende rechtsnationale Hegemonie in Deutschland erstmals durch eine linke Hegemonie zu überwinden. Das war also nicht das Geschenk eines linken Zeitgeistes, sondern vor allem ein mühsam erkämpfter Erfolg der politischen und intellektuellen Akteure im linken Spektrum, und zwar sowohl der Eliten als auch der engagierten Aktivbürger an der Basis.

Die Wiederherstellung einer rechten Hegemonie seit den 1990er-Jahren des 20. Jahrhunderts

Auch der Ausbau einer rechten Hegemonie seit den 1990er-Jahren war nicht das Geschenk eines rechten Zeitgeistes an das rechte Spektrum in Deutschland, sondern das persönliche «Verdienst» der rechten und linken Akteure. Aber nicht in erster Linie die guten Leistungen der rechten Akteure, sondern vor allem die Defizite im Denken und Handeln der linken Akteure haben die

zügige Wiederherstellung einer rechten Hegemonie begünstigt.

Bei den in diesem Beitrag analysierten Ursachen für den Abstieg der SPD handelt es sich nicht nur um Defizite im Denken und Handeln von Sozialdemokraten, sondern der heterogenen pluralen Linken insgesamt, vor allem auch der Intellektuellen. Die Wiederherstellung einer rechten Hegemonie, inzwischen verstärkt durch rechtsextremistische Kräfte, begann schon Ende des 20. Jahrhunderts mit der Offensive des Neoliberalismus, der auch die Eliten im linken Spektrum infizierte, aber nicht die Normalbevölkerung, die Basis. Alle Meinungsumfragen bestätigten, dass sich das politische Meinungsspektrum der Gesamtbevölkerung sogar weiter nach links verschob, als im 1. Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts die Eliten weit nach rechts in den Sumpf der neoliberalen Ideologie abstürzten.⁷ Dabei entstand die Kluft zwischen denen da oben und uns hier unten, die Rebellion der Basis gegen ihre Eliten. Der Rechtspopulismus, besonders als rassistisch-fremdenfeindliche Bewegung seit 2015, konnte auch deshalb so dramatisch erfolgreich sein, weil es ihm gelang, auch Menschen aus dem linken Spektrum anzusprechen, die sich von ihren Eliten verlassen fühlten. Diese Erfolge rechter Ideologien, von den linken Eliten zunächst ignoriert, waren die Grundlage für die Erfolge der Parteien im rechten Spektrum: Zwischen 1998 und 2017 verloren die 3 relativ linken Parteien über 14 Prozent, von 52,7 Prozent fiel ihr Anteil auf 38,6 Prozent.

Die plurale Rechte expandierte, weil ihre Akteure politisch geschickter agierten

⁷ Vergl. ausführlich: H. Heimann, Deutschland rückt nach links, in: *perspektivends* 2/07.

als viele Akteure der pluralen Linken, die daher schrumpfte. Die rechten Akteure sind zwar moralisch nicht besser, aber politisch geschickter und raffinierter nutzen sie ihre Handlungsspielräume und Chancen, sodass sie an Zustimmung und Macht gewinnen. Dagegen denken und handeln viele Linke politisch so ungeschickt, dass sogar die Rechte davon profitieren kann.

Dieses harte Urteil sei kurz an zwei Beispielen erläutert: Die linke Kritik an FDP-Chef Lindner wegen seiner Absage an eine Jamaika-Koalition und die linke Kritik an Merkel, verbunden mit der Hoffnung auf einen Linksruck nach einem «Ende der Ära Merkel».

Welche Gründe hatten Linke, Lindner zu verurteilen, weil er einen, wenn auch bescheidenen, Politikwechsel und Aufbruch nach rechts verhindert hat? (Steuergeschenke für Superreiche, Wegfall des Soli auch für die oberste Einkommensschicht, Vernachlässigung sozialer Aufgaben und dringend notwendiger Zukunftsinvestitionen.) Warum bedauerten es Linke, dass Lindner all die guten Taten einer Jamaika-Koalition verhindert hat, sogar den echten «Neuanfang», dass endlich einmal ein Verteidiger von reichen Steuerbetrügern Finanzminister wird, als der er natürlich noch mehr tun könnte für seine Klienten, also «hart arbeitende Bürger» und «Leistungsträger», die der «Sozialstaat abzockt»? Als «Verantwortungsethiker» hatte dagegen aber der DGB-Chef Hoffmann kein Verständnis dafür, dass es Linke bedauerten, dass der Politikwechsel nach rechts zunächst nicht stattfinden konnte. Statt ihn zu verurteilen, war er Lindner sogar «persönlich dankbar», dass er all diese guten «Jamaika-Taten» verhindert hat. (*Frankfurter Rundschau*, 20./21. 1. 2018)

Auch Dierk Hirschel von ver.di kritisierte zwar den Koalitionsvertrag, aber bei der Wahl zwischen einem kleineren und einem größeren Übel entschied er sich, als «Verantwortungsethiker» für das kleinere Übel. «Unter dem Strich sind die schwarz-roten Pläne immer noch besser als die wirtschaftsliberale Agenda einer Jamaika-Koalition.» (Ver. di publik 1/2018)

Obwohl auch die besonders linken Linken engagiert für linke Visionen und einen Politikwechsel und Aufbruch nach links plädierten, und diese Linkswende auch ehrlich wünschten, wurde nur ein realisierbares praktisches Nahziel ihrer linken Agitation gegen Merkel sichtbar:

Politikwechsel und Aufbruch nach rechts – nach dem Ende der «Ära Merkel»

Zunächst die gesamte SPD, dann nur noch die knapp halbe SPD, aber auch große Teile der pluralen Linken, in Politik und Medien, wiederholten ständig ein Hauptargument gegen eine Regierungsbeteiligung der SPD: Mit einer neuen Groko unter Merkel wird es keinen Politikwechsel und Aufbruch geben, sondern nur ein einschläferndes «Weiter so!» Die SPD würde sogar Merkel retten und verhindern, dass die von einer ganz neuen und breiten «Volksfront» gefeierte «Merkeldämmerung» zum erwünschten «Ende der Ära Merkel» führt und der Wille des Volkes – «Merkel muss weg!» – endlich erfüllt wird. Denn ein «Groko-Aus» würde ja als Scheitern Merkels gedeutet, Neuwahlen nötig machen und zu ihrem freiwilligen oder erzwungenen Rücktritt führen. Und das wäre ein ein Sieg für große Teile der pluralen Linken, die in Neuwahlen ohne Merkel das Ende ihrer Politik des «Weiter so!» sahen und den Aufbruch

für einen Politikwechsel, den alle wünschen.

Und dieser Politikwechsel, den Merkel verhindere, war auch die Hoffnung vieler linker Intellektueller, wie hier am Beispiel des Kabarettisten Böhmermann zu demonstrieren ist: In einem fast ganzseitigen Beitrag in der ZEIT vom 8. 2. 2018 – «Kevin Kühnert mischt die Republik auf» – wurde der Juso-Vorsitzende «hochgeschrieben». Und zum Beleg für das Lob «So viel Juso war schon lange nicht mehr», diente die Schilderung seines Auftritts bei Böhmermann: Kühnert sitzt in der Maske: «Er hört, wie er angekündigt wird: «Der Mann, der Deutschland auf den Kopf stellt, die neue Kraft der SPD!», ruft Jan Böhmermann. «In drei Monaten könnt ihr euren Kindern erzählen: Ich war dabei, als Kevin Kühnert die Merkel gekippt hat!» Das Publikum jöhlt.»

Das linke «Publikum jöhlt» über den angekündigten Sieg, also über die Verwirklichung einer konkreten linken Utopie: Endlich Politikwechsel, weil «Merkel weg» ist : Linke Politiker, Intellektuelle, Publizisten, Kabarettisten etc., stimmten ein in den rechtspopulistischen Chor: «Merkel muss weg!» Und sie hätten den Sturz Merkels als großen Sieg für die Linke gefeiert, weil sie unfähig waren, die praktischen Folgen dieses «Sieges» zu kalkulieren: Dann hätten tatsächlich «Zwerge schnell zu Riesen werden können» (Kühnert auf dem Parteitag der SPD im Januar 2018): Aber nicht Jusos und SPD. Früher als gehofft, wären die unverbrauchten jungen Gesichter der Jungen Union um Jens Spahn plötzlich zu «Riesen» geworden, um den von Merkel verschuldeten Stillstand zu beenden und den von links bis rechts geforderter Politikwechsel und Aufbruch zu starten. Ein neues Jamaika-Angebot, weit rechts von Merkels Politik, hätte

Lindner dankbar angenommen. Die Spahns, Söders, Dobrindts, Seehofers, Lindners etc. hätten auch in Deutschland der «konservativen Revolution» zum Sieg verhelfen und vielleicht sogar dem Endziel näherkommen können: Anschluss Deutschlands an Österreich-Ungarn von Kurz und Orban.

Doch selbst wenn der durch den Sturz Merkels ermöglichte Politikwechsel der CDU nach einem Groko-Aus nicht ganz so radikal geworden wäre, es wäre doch ein Politikwechsel nach rechts und ein erster Schritt in Richtung Orbanisierung der CDU und Deutschlands geworden. Rechte Merkel-Kritiker handelten also politisch klug, weil sie durch einen Sturz Merkels ihre rechten Ziele verwirklichen könnten. Linke dagegen, die ebenfalls auf Merkels Abgang hofften, agitierten politisch einfach nur dumm, weil sie aktiv für einen Rechtsruck in der deutschen Politik arbeiteten. Auch wer nur die aktuellen Tagesnachrichten zur Kenntnis genommen hätte, konnte sehen, dass es in der CDU keine personelle Gruppierung gab und gibt, die Merkel ablösen möchte, damit die Partei weiter nach links rückt.

Große Teile der linken Eliten konnten und wollten nicht sehen, dass ein Erfolg ihrer linken Agitation zu einem politischen Rechtsruck geführt hätte, den nur die Basis der SPD-Mitglieder verhindert hat. Und diese Basis hat auch verhindert, dass die Unterschiede zwischen SPD und Union schnell wieder größer geworden wären, allein durch die «Entsozialdemokratisierung» der CDU, nachdem «Merkel weg musste». Doch nach der Wiederwahl Merkels am 14. März 2018 können die Unterschiede zwischen SPD und CDU nur wieder größer und sichtbar werden durch eine Linkswende, also eine «Resozialdemokratisierung der SPD». Das wird zwar für die SPD anstrengender. Aber auf diesem

mühevolleren Weg könnten auch bei Wahlen die Größenunterschiede zwischen beiden Parteien wieder kleiner werden.

Vernachlässigte, aber entscheidende Aspekte für eine «Erneuerung der SPD» an Haupt und Gliedern

(Dabei geht es vor allem um jene Aspekte, die für eine Richtungsentscheidung wichtig sind, aber dennoch in den Diskussionen vernachlässigt oder ignoriert werden.)

Um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, muss die SPD eine Richtungsdiskussion führen, um die bisher vermiedene Richtungsentscheidung zu fällen und den Wählern glaubwürdig zu vermitteln: Wir haben uns endgültig gegen die Agendapolitik und für soziale Gerechtigkeit entschieden. Das hat auch Olaf Scholz im Prinzip erkannt: In einem Interview in Die ZEIT vom 22. Februar 2018, mit dem Titel «Schluss mit dem Zickzack» forderte er: «Die SPD muss geradlinig sein. Mal in die eine Richtung blinken, mal in die andere – woher sollen die Menschen wissen, wofür wir stehen? Erfolgreich sind wir, wenn jemand, der unser Wahlprogramm nicht kennt, trotzdem weiß, woran er mit uns ist. Und deshalb darf es keinen Zickzack-Kurs geben.» Um glaubwürdig «geradlinig» zu werden, ist aber zu präzisieren: SPD-Politiker dürfen nicht mehr «mal nach rechts blinken, mal nach links», nicht mehr mal die Agendapolitik bejubeln, mal scharf kritisieren. (Belege für diesen schädlichen Zickzack-Kurs in diesem Beitrag im Abschnitt: Auch nach 2013 hat die SPD den «Zwiespalt der Agendapolitik nicht ausgeräumt.»)

In der notwendigen Richtungsdiskussion ist auch die verbreitete Fehleinschätzung zu korrigieren, die SPD müsse die Inhalte

für eine linke Neupositionierung erst selbst mühsam erarbeiten. Exemplarisch für diese Fehleinschätzung ist ein Beitrag von drei stellvertretenden Juso-Bundesvorsitzenden in Heft 224, 1 – 2018 von spw: Nach ihrer weitgehend zutreffenden Feststellung, dass die Autoren des Koalitionsvertrages «sich nicht an die großen Fragen unserer Zeit herangewagt» haben, irren sie mit der Aussage, dass «auch andernorts die Antworten auf die Fragen unserer Zeit heute rar gesät» seien und mit ihrer Schlussfolgerung: «Wir müssen diese Antworten also selber erarbeiten.» (S. 7) Dieser Irrtum beruht einfach auf großen Wissenslücken: Viele Sozialdemokraten auf allen Ebenen der Organisation haben infolge der Entpolitisierung nicht zur Kenntnis genommen, dass «andernorts die Antworten auf die Fragen unserer Zeit» nicht «rar», sondern reich gesät sind. «Diese Antworten» sind in zahlreichen Publikationen von Sozialwissenschaftlern und Publizisten, von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Verbänden, ja sogar der SPD, weitgehend sehr gründlich «erarbeitet» worden. (Vergl. in diesem Beitrag den Abschnitt «Auch die SPD entzog sich der Diskussion über Alternativen».) Da sich die SPD weitgehend von den kritischen Diskursen in der Gesellschaft, sogar in Teilen der SPD, abgekoppelt hatte, sind deren «Antworten auf die Fragen unserer Zeit» nicht systematisch in einem innerparteilichen Willensbildungsprozess für ein Reformprogramm und für eine Richtungsentscheidung für mehr soziale Gerechtigkeit verarbeitet worden.

Der Mythos von der vorbildlichen sozialdemokratischen Basis der SPD

Da diese Wissenslücken zusammenhängen mit einer Entpolitisierung vieler Sozi-

aldemokraten, muss auch eine weitere Fehl einschätzung korrigiert werden, nämlich: Der Mythos von der vorbildlichen sozialdemokratischen Basis und den abgehobenen «entsozialdemokratisierten» Führungsgremien. Für die vielen Anhänger dieses Mythos wäre die «Erneuerung» schon gelungen, wenn nur möglichst viele jüngere und weibliche Funktionäre von der Basis in höhere und gut dotierte Führungspositionen aufrücken könnten. Diese beliebte sachgrundlose Idealisierung einer unterdrückten und vorbildlichen Basis verschleiert nur eine unangenehme Wahrheit: Nicht nur die Führung, auch die Basis der SPD hat politisch zu wenig diskutiert und sich weitgehend einer Richtungsdebatte und –entscheidung entzogen.

Das im Sommer 2015 vom Parteipräsidium veröffentlichte Impulspapier «Starke Ideen für Deutschland 2025» wurde offensichtlich vorher nicht diskutiert, ja sogar nicht einmal gelesen. Denn es ist einfach unvorstellbar, dass bei einer auch nur oberflächlichen Lektüre nicht wenigstens eine Person bemerkt haben sollte, dass es sich dabei um ein extrem neoliberales Pamphlet handelte, das nichts mehr mit sozialdemokratischen Überzeugungen zu tun hat. Und obwohl diese «Starken Ideen» weit rechts vom Koalitionsvertrag angesiedelt waren, provozierten sie keine öffentlich oder innerparteilich wahrnehmbare Gegenkampagne.

Es gab allerdings auch einen Versuch an der Basis, mit einem politischen Antrag die Partei zu einer Richtungsentscheidung aufzufordern. Schon wenige Monate nach Veröffentlichung der «Starken Ideen» beschloss die Abteilung Dahlem der Berliner SPD im Herbst 2015 einen Antrag «Gegen wachsende Ungleichheit, für mehr

soziale Gerechtigkeit», der auch vom Landesparteitag der SPD-Berlin angenommen wurde. Auf dem Bundesparteitag empfahl die Antragskommission «Überweisung an SPD-Vorstand zur Vorbereitung Wahlprogramm 2017.» (Antragsbuch S. 823 f. !!!) Dieser Antrag, der es sogar bis auf den Bundesparteitag geschafft hatte und an den Vorstand «zur Vorbereitung Wahlprogramm 2017» überwiesen wurde, verwarf die neoliberale Richtung der «Starken Ideen», die den «Markenkern der sozialen Gerechtigkeit unkenntlich macht.» Und als Grundlage für die Diskussion über das Wahlprogramm 2017 empfahl er ausdrücklich das Papier der SPD Schleswig-Holstein «DIE ZEIT IST REIF: MEHR GERECHTIGKEIT WAGEN.»

Obwohl dieser Antrag die Partei zu einer klaren Richtungsentscheidung aufforderte, kam eine in Partei und Öffentlichkeit wahrnehmbare Diskussion darüber nicht zustande. Als Folge einer Entpolitisierung hatte «die SPD das Streiten verlernt». Es gab und gibt zwar noch rechte und linke Positionen, die meist friedlich nebeneinanderstehen, aber nicht zur offenen Kontroverse motivieren. Und es gab und gibt nicht mehr – wie Ende der 1960er-Jahre – einen in Partei und Öffentlichkeit wahrnehmbaren und stärker werdenden linken Flügel, medienwirksam verstärkt durch aktive Jusos. Vor allem dieser offensive linke Flügel unterstützte die Erneuerung der SPD durch zahlreiche Veranstaltungen und politische Anträge an der Basis und in den mittleren Gremien, fasste linke Konzepte und Meinungen zu einem alternativen Gesamtkonzept zusammen, das in einer Richtungsdiskussion zur Mehrheitsmeinung gemacht wurde. Dadurch wurde die SPD schon in der Großen Koalition klar unterscheidbar von der führenden Regierungspartei CDU/CSU.

Da es in jüngster Vergangenheit eine solche Richtungsdiskussion nicht gab, wurden die neoliberalen «Starken Ideen» nicht in einem Beschluss eines Bundesparteitages transparent und verbindlich abgelehnt, sie verschwanden aber klammheimlich aus dem intellektuellen Angebot der SPD und spielten auch im Wahlprogramm 2017 keine Rolle mehr. Aber sie spukten weiter in den Köpfen führender SPD-Politiker, die immer wieder mal in diese, mal in jene Richtung blinkten.

Da im 21. Jahrhundert an der Basis und auf allen Ebenen der Parteiorganisation immer seltener Veranstaltungen und Diskussionen zu politischen Themen stattfanden, ist eine Entpolitisierung der Gesamtpartei nicht zu übersehen. Aktive Mitglieder kleben im Wahlkampf zwar noch fleißig Plakate und verteilen an Infoständen Kugelschreiber und Wahlprogramme, die viele selbst nicht gelesen haben. Die Partei ist nicht mehr oft der Ort, an dem man Informationen austauscht, wo man motiviert wird, politisch zu analysieren und zu argumentieren, kontrovers zu streiten, und mit politischen Anträgen an der politischen Meinungs- und Willensbildung der Partei mitzuwirken. Auch politisch interessierte Funktionäre können solche Probleme kaum ansprechen, da sie ja von dieser Basis gewählt werden möchten und sie daher lieber lobend ansprechen.

Natürlich gibt es auch heute noch leidenschaftlich-emotionalen Streit, wenn z.B. eine Gruppierung gern irgendwo einen «Kreisverkehr» einrichten, eine andere spontan entstandene «Echokammer» ihn aber verhindern möchte oder ihn gern an einer ganz anderen Stelle hätte, oder wenn die einen die neue Bordsteinkante am Bürgerinnen- und Bürgersteig für zu hoch, die

anderen für zu niedrig halten. Oder wenn plötzlich jemand für eine Funktion oder gar für ein Amt kandidieren möchte, für das er gar nicht vorgesehen war.

Erstmals seit vielen Jahren haben Parteilinke und Jusos mit ihrer medienwirksamen No/Groko-Kampagne kurzfristig Teile der Basis und der mittleren Funktionärschichten für Diskussionen über ein politisches Thema mobilisiert. Wenn das dabei geweckte Interesse an politischen Kontroversen nachhaltig auf die Debatten über die programmatische Neupositionierung und Erneuerung der SPD gelenkt werden könnte, wäre das ein wichtiger Schritt in Richtung Resozialdemokratisierung der SPD. Zu diesem Zweck könnten aktive Jusos in Ortsvereinen, in denen seit Jahrzehnten nicht mehr politische Probleme diskutiert wurden, eine Repolitisierung einfordern, z.B. Anträge diskutieren und beschließen, um den «Markenkern soziale Gerechtigkeit» durch eine aktive Basis zu stärken. Und sollten sie bei einem solchen Versuch gewarnt werden: «Politische Texte, die länger sind als eine Seite, kann man unserer Basis (meist Akademiker!) nicht zumuten», könnten sie mit der altmodischen Alternative antworten: Lesen, lesen, diskutieren, diskutieren, Meinungen in Anträgen formulieren. Damit könnten sie die verlorene Streitkultur wiederbeleben, die Ende der 1960er-Jahre Grundlage für die Linkswende der SPD war. In diesen intensiven Sachdiskussionen wurden Sozialdemokraten auf allen Ebenen der Partei zu kompetenten Multiplikatoren, die mit guten Argumenten besser für einen Politikwechsel werben konnten als unpolitische PR-Experten.

Diese transparenten Kontroversen überzeugten viele Wähler, dass es der SPD dabei nicht darum geht, herauszufinden, wie sie

mehr Wähler und gut dotierte Machtpositionen gewinnen könne, sondern welche Außen- und Gesellschaftspolitik am besten dem Wohl des deutschen Volkes und der Völkergemeinschaft dient. Und gerade dadurch gewann sie viele neue Mitglieder und Wähler. Und es gab eine Parteiführung unter dem charismatischen Willy Brandt, der den Mitgliedern und der gesamten Bevölkerung seit vielen Jahren bekannt und vertraut war und nachhaltig das Vertrauen in die SPD stärken konnte. Was dagegen die Führungsgremien der SPD ihrer Basis und der Öffentlichkeit in den «Närrischen Wochen» im Februar 2018 geboten hatten, inspirierte wohl eher zu dem Urteil, Adenauers Bonmot upgedated: «Die Lage der SPD ist hoffnungslos, aber nicht ernst!»

Da alle Gruppierungen der Partei das Mitgliedervotum respektierten, konnte die SPD nach dem 4. März beginnen, über den Grundwiderspruch ihrer Politik zu diskutieren, nämlich über die Alternative Agendapolitik oder soziale Gerechtigkeit. In dieser Diskussion sollten Sozialdemokraten die jüngsten Aussagen Steinbrücks in seinem neuen Buch «Das Elend der Sozialdemokratie» als eine Ursache für «das Elend der SPD» erkennen. (Steinbrück ist es zu «verdanken», nicht Merkel, dass in Deutschland mühelos erworbene hohe Kapitaleinkommen geringer besteuert werden als Einkommen aus anstrengender Arbeit.) Und wenn Steinbrück wieder, wie auch viele andere große und kleine SPD-Alphatiere, die Parole «Gerechtigkeit» als Ursache für den Niedergang der Sozialdemokratie denunziert, so sollten sich Sozialdemokraten davon nicht irritieren lassen, sondern zu erklären versuchen, woher die Abneigung führender SPD-Politiker, auch bei den Grünen, gegen das Bekenntnis zur Gerechtigkeit kommt.

Wie ist ihr angeblich «rationales» Argument zu beurteilen?: Mit dem Thema «mehr Gerechtigkeit» kann man keine Wahlen gewinnen, da unsere Gesellschaft ja schon gerecht ist.

Die SPD hat nicht ihre Wählerbasis verloren, diese Wählerbasis hat (hatte?) ihre Partei verloren

Aufschlussreich für die Antwort auf diese Frage waren die überraschenden Ergebnisse einer Meinungsumfrage schon vor über einem Jahrzehnt: 80 Prozent des Volkes hielten die sozialen Verhältnisse für ungerecht, nur 20 Prozent für gerecht. Aber bei gleichzeitig befragten gewählten «Volksvertretern» urteilte das Gerechtigkeitsgefühl genau umgekehrt: Nur 20 Prozent hielten die Verhältnisse für ungerecht, 80 Prozent aber für gerecht. Dieses Missverhältnis dürfte auch heute noch tendenziell zutreffen und eine Ursache für das gewachsene Mißtrauen des Volkes gegenüber den «Eliten» sein.

Eine weitere Ursache für die wachsende mentale Kluft zwischen Volk und «Eliten» ist eine verbreitete sozialwissenschaftliche Erklärung für die europaweiten Wählerverluste der sozialdemokratischen Parteien: Durch den objektiven sozialstrukturellen Wandel unserer Gesellschaft habe die Sozialdemokratie ihre natürliche linke Wählerbasis verloren. Sie müsse sich also neue Wähler in der aufgestiegenen Mitte suchen. Doch realistisch und mit Fakten zu begründen ist die umgekehrte Argumentation: Durch den subjektiv-persönlichen Meinungswandel der SPD-Spitzenpolitiker, durch ihre Entscheidung für neoliberale Gegenreformen, hat die historisch gewachsene Wählerbasis der SPD ihre Par-

tei verloren. Durch den objektiven sozialen Wandel ist die traditionelle Wählerbasis der SPD nicht geschrumpft, sondern sogar größer geworden. 40 Prozent der Gesamtbevölkerung aus den unteren Einkommenschichten haben inzwischen weniger Einkommen als in den neunziger Jahren. Die «kleinen Leute» sind noch da, aber viele sehen ihre «Schutzmacht» nicht mehr. Sie sind anders geworden, sie sind sogar mehr geworden, zählen politisch aber weniger. Und sie sind nicht mehr so selbstbewusst, wie einst durch ihr Vertrauen zur SPD, die ihnen nicht nur materielle Verbesserungen verschaffte, sondern auch ein Gefühl der Würde vermittelte.

Nicht nur rund 20 Prozent Arme sehen in ihrer Armut ein Problem, sondern auch 70 Prozent der Gesamtbevölkerung, nur 29 Prozent sehen in der Armut ein kleines oder gar kein Problem. Und 82 Prozent glauben, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich in den letzten Jahren größer geworden sind, nur 3 Prozent glauben an einen Rückgang. Und nur 37 Prozent halten die Aussage von Jens Spahn für richtig, dass die Hartz-IV Leistungen ausreichend sind, 55 Prozent meinen, dass sie nicht reichen. (Politbarometer des ZDF vom 16. März 2018) Wenn also die SPD endlich eine Richtungsentscheidung für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit fällen sollte, gäbe es dafür ein ausreichendes Wählerpotenzial.

Die Erarbeitung eines solchen Reformprogramms für einen Politikwechsel nach links ist nicht zu leisten von einer unpolitischen Expertenkommission, sondern nur durch die Mitarbeit vieler Sozialdemokraten auf allen Ebenen der Parteiorganisation. Und wenn dann auch noch Sozialverbände und kritische soziale Bewegungen und Organisationen in diese Diskussion einbezogen werden,

dann können viele Wähler schon vor dem Wahlkampf das neue Programm miterarbeiten und kennenlernen. Und das könnte auch Spitzenpolitiker zu einer solidarischen Mitarbeit zwingen: Auch sie müssten ihre spezifischen politischen Überlegungen in diesen gemeinsamen Diskussionsprozess einbringen, statt sich durch individuelle Statements in den Medien persönlich so geschickt zu profilieren, dass die SPD noch mehr Profil verliert. Und sie müssten ein Programm, das viele gut kennen, auch für sich selbst als verbindlich anerkennen und darauf verzichten, mal in die eine Richtung, mal in die andere zu blinken und abzugeben.

Mit einem solchen Reformprogramm, das eine klare Richtungsentscheidung gegen die Agendapolitik enthielte, wäre die SPD wieder als linke politische Alternative auch zur Merkel-CDU erkennbar. Und sie könnte die Initiative ergreifen, um die von Protagonisten der pluralen Linken totgesagte Alternative Rot-Rot-Grün wiederzubeleben. Natürlich ist es notwendig, die Grundsatzentscheidung für soziale Gerechtigkeit für viele einzelne Politikbereiche zu präzisieren. Da die Partei das nach der Wahl von Martin Schulz zum SPD-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten im Frühling 2017 nicht getan hatte, verlor sie schnell wieder Vertrauen und stürzte von kurzfristig erklommenen über 30 Prozent auf 20,5 Prozent im September 2017 ab.

Diese offensiv-linke Perspektive wurde auch schon kurz nach der Bundestagswahl an der Basis mit Argumenten diskutiert, die gültig geblieben sind. Daher sei hier aus einem Antrag der Abteilung Dahlem der Berliner SPD zitiert: «Ein glaubwürdiges Programm für einen sozial-ökologischen Politikwechsel muss daher unabdingbare Mindestforderungen enthalten:

1. Mühelos erworbenes Kapitaleinkommen darf mit höchstens 25 Prozent nicht mehr geringer besteuert werden als Einkommen für Arbeit. ... 2. Wiedereinführung der Vermögenssteuer. 3. Angemessene Erbschaftsteuer. 4. Erhöhung des Spitzensteuersatzes. 5. Erhöhung des Mindestlohnes, des Kindergeldes und der Hartz-IV-Sätze. ... 7. Um glaubwürdig für einen Politikwechsel zu werben, müssen die Reformparteien den Wählern auch eine realistische Machtoption für die praktische Umsetzung ihres Programms anbieten. SPD in der Opposition ist keine überzeugende Machtoption. ... Gegen starke Widerstände in den eigenen Reihen muss die SPD erkennen und deutlich sagen: Ein Reformprogramm, das wieder den Markenkern soziale Gerechtigkeit glaubwürdig erkennbar macht, kann nur durch eine regierungsfähige und -willige Mehrheit von SPD, Grünen und LINKEN durchgesetzt werden. ... Und wenn sich die SPD nicht aktiv für die Machtoption Rot-Rot-Grün engagiert, dann gibt sie das Ziel von Willy Brandt auf: Eine Mehrheit links von den Unionsparteien.»

Wenn die SPD sich aber wieder für dieses Ziel von Willy Brandt glaubwürdig engagiert, dann könnte sie auch eine Mahnung von ihm wieder ernst nehmen, und wieder zur Schutzmacht der «Kleinen Leute» werden: In einem Artikel zum 140. Geburtstag von August Bebel schrieb Willy Brandt: «Bebel, der Praktiker ... wußte, was andere dann nicht mehr wußten: Die Massen des Proletariats und auch des Kleinbürgertums, die der SPD in wachsendem Maße ihre Stimme liehen, brauchten die Hoffnung auf eine bessere Zukunft so sehr wie das tägli-

che Brot. Würde die SPD einmal nicht mehr Träger dieser Hoffnung sein, sie hätte ihre Seele verloren, in jedem Fall das Vertrauen der Massen verspielt.»⁸

Mit der Agendapolitik hat die SPD nachhaltig «das Vertrauen der Massen verspielt», weil sie «ihre Seele verloren» hatte. Mit einer klaren Richtungsentscheidung für eine glaubwürdige Politik für mehr soziale Gerechtigkeit könnte sie «ihre verlorene Seele» wiederfinden und auch das «verspielte Vertrauen der Massen» zurückgewinnen.

P.S. Zur Ermutigung: Noch ist die plurale Linke nicht verloren!

In Heft 224, 1–2018 von spw «200 Jahre Marx» beklagten 3 Juso-Bundesvorsitzende, die Autoren des Koalitionsvertrages hätten «sich nicht an die großen Fragen unserer Zeit herangewagt.» (S. 7) Doch im selben Heft haben das mutige Linksintellektuelle gewagt und auch die Antworten gefunden. Nur als Leckerbissen, der süchtig macht nach Weiterlesen, sei hier auf ein Kleinod eines neuen linken Theoriefrühlings verwiesen: «Postmoderne/poststrukturelle FeministInnen lehnen den Ansatz der difference-between mit der Begründung ab, dass dieser ontologische und epistemologische Binaritäten schaffe, die genauso limitierend wirken wie die universalisierenden Kräfte der Aufklärungs-Identitäten.» (In: Marxismus, Feminismus und «Intersektionalität». Von Mojab und Carpenter. S. 44)

8 Willy Brandt, in: Iring Fetscher (Hg.), Geschichte als Auftrag – Willy Brandts Reden zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin/ Bonn 1981, S. 94.

Thesen zur globalen Nachhaltigkeit

Die Transformationsaufgabe als Perspektive sozialdemokratischer Politik

«Wir können die erste Generation sein, der es gelingt, die Armut zu beseitigen, ebenso wie wir die letzte sein könnten, die die Chance hat, unseren Planeten zu retten»

*(UNO- Generalsekretär Ban Ki-Moon
August 2015)*

Vorbemerkungen

1 Perspektiven haben einen Ausgangspunkt und eine Richtung. Politische Perspektiven richten den Blick von der Gegenwart des Gemeinwesens aus in dessen Zukunft. Ihre Richtung hängt davon ab, welche Ziele von welcher Gegenwart aus gesetzt und verfolgt werden. Wo Zukunft nicht politisch gedacht wird, gibt es auch keine politischen Perspektiven. Politik, die keine oder unpolitische Perspektiven hat, wird zuerst orientierungslos, dann kraftlos und schließlich unattraktiv.

2 Wer heute Zukunft politisch denken und politische Perspektiven aufzeigen will, kommt an der globalen Nachhaltigkeit als Ziel allen politischen Handelns nicht vorbei. Die globalen eskalierenden und nicht-nachhaltigen Prozesse der Gegenwart stellen die grundsätzliche Zukunftsfrage der Menschheit schlechthin und verbinden die Beantwortung dieser Frage mit einer denkbar kurzen Frist. Entweder die Menschheit wird in den nächsten 20- 30 Jahren eine

nachhaltige Welt, eine Welt in Balance auf den Weg gebracht haben, oder die Menschheit wird auf diesem Planeten aufhören. Nachhaltigkeit ist die einzig tatsächlich alternative Perspektive aller heutigen Politik.

3 Wo Zukunft nicht politisch gedacht wird, spielt Nachhaltigkeit keine Rolle. Es besteht auch ein Zusammenhang zwischen der immer prekärer werdenden Lage der Politik in Deutschland und in den Industrieländern und der Art, wie diese Politik über Nachhaltigkeit redet und es zulässt, wie über Nachhaltigkeit geredet wird. Dies gilt in besonderer Weise für die SPD und die politische Linke insgesamt, deren politisches Grundverständnis mit Fortschritt und Gestaltung einer «besseren» Zukunft verbunden ist.

4 Dass das Wortfeld um «Nachhaltigkeit» in der Sprache und in der politischen Diskussion unscharf, falsch, bagatellisierend, inflationär, gedankenlos etc. gebraucht wird, geschieht nicht interesse- und absichtslos. Je mehr Verdruss am Nachhaltigkeitsbegriff erzeugt wird, umso mehr wird abgelenkt von der Situation, in der Nachhaltigkeit ihre wirkliche politische Gestaltungskraft entfaltet. Je weniger Nachhaltigkeit als alternatives politisches Ziel verstanden und gesehen wird, desto mehr Raum gibt es, private und unpolitische Sonderinteressen zu ver-

folgen, desto weniger politische Gestaltung wird gewollt und akzeptiert, desto schwächer wird das Primat der Politik.

5 Die vermeintliche Unschärfe des Nachhaltigkeitsbegriffes spricht indes nicht gegen den Begriff, sondern vor allem dafür, sich über das politische Potenzial klarzuwerden, ihn als politischen Begriff zu verstehen und für die Politik zu nutzen.

Und dieses Potenzial ist erheblich und auch für die Sozialdemokratie von überragender Bedeutung: Da das Ziel der Nachhaltigkeit letztlich auch den Kern aller sozialdemokratischen und linken Orientierung und Zielsetzung bilden muss und bildet.

Nachhaltigkeit = Achtung und Schutz der Würde des Menschen + Erhaltung der Umwelt für den Menschen

6 Nachhaltigkeit ist ein politischer Begriff. Er hat letztlich den Erhalt der Polis, d.i. des Gemeinwesens zum Ziel.

Hans Carl von Carlowitz führte vor 300 Jahren das Prinzip der nachhaltigen Waldbewirtschaftung als politische Vorgabe ein, um das Verschwinden und den Kollaps der Wälder als Folgen des Bergbaus im Erzgebirge zu verhindern. Heute 300 Jahre nach Carlowitz bedeutet Nachhaltigkeit die Vermeidung und die Verhinderung des Kollapses globaler – ökologischer und zivilisatorischer – Systeme, und damit die Verhinderung und Vermeidung eines heute drohenden und vorstellbaren Kollapses der Welt als Polis der Menschheit.

Nachhaltigkeit ist untrennbar mit dem Gedanken des Kollapses verbunden. Was nicht nachhaltig ist, führt zu Kollaps und Verlust.

7 Die Verhinderung des Kollapses verlangt, vom Ende her, vom verhinderten Kollaps her zu denken, und von diesem Ende her zu verstehen, was heute notwendig ist. Vom Ende her gedacht, wird es entweder eine für Menschen bewohnbare Erde geben, die nachhaltig ist, d. i. eine Erde, auf der die Menschen so wirtschaften, dass von ihnen keine Gefahr des Kollapses der Erdsysteme mehr ausgeht, oder es wird keine für die Menschheit bewohnbare Welt mehr geben.

8 Von diesem Ende her gedacht, können wir Nachhaltigkeit bzw. einen nachhaltigen Zustand der Welt als einen Zustand beschreiben, in dem zweierlei realisiert wird: Zum einen die Achtung und der Schutz der Würde des Menschen, daraus abgeleitet die Realisierung des Schutzes der Menschenrechte, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zum anderen die Erhaltung der Umwelt für den Menschen durch die Realisierung einer vollkommenen Stoffkreislaufwirtschaft auf der Basis regenerativer Energieerzeugung. Beides gehört zusammen. Es sind die zwei Seiten derselben Medaille.

9 Die im September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedeten globalen Nachhaltigkeitsziele «Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung» (Sustainable Development Goals (SDG)) denken die Welt vom Jahr 2030 her und formulieren in 17 Zielen, wie die Welt im Jahr 2030 gestaltet sein muss, um den Kollaps der Weltpolis zu verhindern.

Die Frist des Jahres 2030 ist dabei nicht allein als politische Absichtserklärung zu verstehen. Diese Frist markiert vor dem Hintergrund der gegenwärtigen realen globalen Veränderungsprozesse durchaus auch die Frist, jenseits der diese Prozesse viel-

leicht nicht mehr gestaltbar bzw. aktiv beeinflussbar erscheinen. Viel mehr Zeit ist wohl nicht für eine Menschheit und Weltbevölkerung (die auf die zehn Milliarden Menschen in den nächsten 25 Jahren zusteuert, das bedeutet: 25 Jahre lang wächst die Weltbevölkerung jedes Jahr um die Bevölkerung Deutschlands) die Welt noch in politisch – zivilisatorischer Weise zu organisieren.

10 Umfang und Zeitplan der SDG formulieren eine gewaltige Aufgabe, der sich kein Land, keine Gesellschaft, letztlich niemand auf der Welt – außer bei Strafe von Zivilisationsbrüchen und letztlich des Unterganges – entziehen kann. Die SDG richten sich an alle Länder der Welt. Die verschiedenen Ziele adressieren indes verschiedene Länder und Gesellschaften in unterschiedlicher Weise.

11 Die Industrieländer sind in besonderer Weise von SDG 12 im Hinblick auf Förderung und Schaffung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster angesprochen. Sind es doch die in den Industrieländern praktizierten Produktions- und Konsummuster, die sich nicht auf eine Welt mit bis zu 10 Milliarden Menschen übertragen lassen, ohne dass die globalen Erdsysteme kollabieren.

Damit zielt SDG 12 vor allem auf die Transformation der Lebensstile und Wirtschaftsweisen in den Industrieländern in dem Sinne, dass diese sich von ihrer gegenwärtigen Weltunverträglichkeit zur Weltverträglichkeit transformieren, dass sie als Muster für die Welt taugen und in Umkehrung der ursprünglichen Weltanschauungsperspektive der Anschauung der Welt standhalten können.

12 Die Schaffung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster stellt den Industrieländern die Aufgabe der großen Transformation von der Linearwirtschaft zur völligen Kreislaufwirtschaft. Kennzeichen der Kreislaufwirtschaft sind die völlige Vermeidung von Abfall, d. i. Schadstoffeintrag in die Umwelt, und die Nutzung ausschließlich kreislaufwirtschaftlich erzeugter regenerativer Energien.

13 Dass dieses mehr ist als nur eine wirtschaftliche Entwicklung, zeigt sich begrifflich/gedanklich z. B. im Verschwinden des Verbrauchers bzw. des Verbrauches. In einer Kreislaufwirtschaft wird nichts mehr verbraucht. Die Stoffe werden genutzt bzw. gebraucht. Und im Gegensatz zum Verbrauch, der sich im Verbrauch erschöpft, sind Gebrauchen und Nutzen immer mit einem «für etwas», mit einem Zweck verbunden.

Die Transformation von einer Verbrauchswirtschaft zu einer Gebrauchswirtschaft wird daher auch eine Veränderung gesellschaftlicher Wertvorstellungen bedeuten. Sie geht einher mit der Notwendigkeit, bei Produktion und Konsum bewusst gesetzte Zwecke und Ziele zu verfolgen.

14 Zu dieser großen gesellschaftlichen Transformation gibt es keine politisch sinnvolle Alternative. Sie ist notwendig für eine Zukunft dieser Erde mit Menschen.

Wenn Nachhaltigkeit – d.i. Erhalt der Welt als Polis – eine politische Notwendigkeit ist, dann ist es auch politisch notwendig, dass unsere Produktion und unser Konsum, unser gesamtes wirtschaftliches Verhalten, sei es als Unternehmer oder Verbraucher, sich an Nachhaltigkeit orientieren.

15 Die Etablierung dieses nachhaltigen Verhaltens ist freilich nur auf an Nachhaltigkeit orientierten Märkten möglich, das sind Märkte, auf denen letztlich nur nachhaltig hergestellte Produkte gehandelt werden können.

Solche Märkte werden sich allein durch individuelles Verhalten von Marktakteuren, von Unternehmern, Anbietern und Verbrauchern nicht etablieren. Es dürfte für die meisten Akteure auch grundsätzlich nicht einleuchtend sein, warum der einzelne für die Lösung eines kollektiven Problems, nämlich die mangelnde Nachhaltigkeit des Wirtschafts- und Marktsystems, das der einzelne allein nicht verursacht hat, in Anspruch genommen werden soll.

Wenn die Etablierung nachhaltiger Märkte politisch notwendig ist, dann kann diese Etablierung letztlich nicht von den Entscheidungen, den Vorlieben und Interessen einzelner Akteure abhängig gemacht werden.

Vielmehr ist dann auch die Politik gefordert, die Rahmenregeln und die Ordnung für diese Transformation zu setzen.

Deshalb formuliert die Transformation die umfassende Marktregulierung als politische Aufgabe.

Die Regulierung der Märkte ist die notwendig politische Aufgabe, um den menscheitsgeschichtlich präzedenzlosen Verbrauch der planetaren Lebensgrundlagen so schnell wie möglich zu beenden und damit die menscheitsgeschichtlich ebenso präzedenzlose anthropogene Bedrohung der Menschheit abzuwehren.

16 Regeln bedeuten Konsens, Nachvollziehbarkeit und Verlässlichkeit. Im Hinblick auf Nachhaltigkeit kann es, weil Nachhaltigkeit, d.i. die Bewahrung der Welt als

einem Ort, an dem Polis möglich ist, gut ist, von alledem nicht genug geben.

Konsens, Nachvollziehbarkeit und Verlässlichkeit können natürlich grundsätzlich auch freiwillig, ohne gesetzte Regeln, erfolgen. Freiwilligkeit bedeutet im Gegensatz zu Gesetzgebung dann aber nur, dass der Konsens von einzelnen oder mehreren – auch allen – auf Grund der Verfolgung von Einzelinteressen problem- und auch folgenlos aufgekündigt werden kann. Das darf in Fragen der Nachhaltigkeit nicht geschehen, da Nachhaltigkeit keine Frage von Einzelinteressen ist.

Wenn Nachhaltigkeit Konsens ist, dann ist prinzipiell auch nachhaltigkeitsbezogene Gesetzgebung Konsens.

17 Der Verweis auf die Verantwortung und Zuständigkeit der Politik und des Gesetzgebers, die notwendigen Regeln zu setzen, macht indes – zumal in Demokratien – das Bemühen um die Förderung und Veränderung des individuellen Konsums in Richtung Nachhaltigkeit oder des einzelnen Unternehmens oder das Bemühen um Geldanlage- und Investitionsentscheidungen in Richtung Nachhaltigkeit nicht überflüssig oder gar sinnlos.

Im Gegenteil: Die Diskussion um nachhaltigen Konsum und nachhaltige Geldanlagen ist eine notwendige Voraussetzung, sie ist notwendig für die Schaffung des politischen Klimas, das die Politik dann in die Lage setzt, die auch hinreichenden Voraussetzungen zur Etablierung dieser Märkte, nämlich die gesetzlichen Regelungen, auf den Weg zu bringen.

18 Konkret könnte in Europa diese gesetzliche Regelung so aussehen, dass die EU, die für die Marktpolitik zuständig ist, festlegt, dass auf den Märkten Europas nur

noch nachhaltig produzierte Waren und mit Nachhaltigkeit vereinbare Dienstleistungen angeboten werden dürfen.

Eine «Nachhaltigkeitsdesignrichtlinie» könnte in einer Weiterentwicklung bzw. Neuausrichtung der schon bestehenden Ökodesignrichtlinie bestehen. Diese Ökodesign-Richtlinie dient bisher der Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte. Sie zielt auf eine verbesserte Energieeffizienz und allgemeine Umweltverträglichkeit von Elektrogeräten. Letztlich wird in ihr also ein Rahmen für die Produktgestaltung gesetzlich definiert.

Dieser Rahmen könnte nun um weitere Nachhaltigkeitskriterien erweitert bzw. konkretisiert werden, sodass nicht nur Energieeffizienz und allgemeine Umweltverträglichkeit von Produkten, sondern auch Sozialverträglichkeit und Rahmenbedingungen für den Herstellungsprozess vorgegeben werden.

Die Ausverhandlung einer solchen Richtlinie ist natürlich ein großes Projekt. Es gibt

aber – vor dem Hintergrund des Notwendigen – kaum einen Grund, warum das in den nächsten zehn Jahren in Europa nicht auf den Weg gebracht werden kann.

Ausrichtung der Digitalisierung auf globale Nachhaltigkeit

19 Zu einer Fortschrittserzählung der Sozialdemokratie wird neben der Marktregulierung aber auch die Ausrichtung der seit wenigen Jahrzehnten menscheitsgeschichtlich in Geschwindigkeit und Qualität ebenso präzedenzlosen digitalen Revolution und Digitalisierung auf die Nachhaltigkeit und die globalen Nachhaltigkeitsziele hin gehören.

Mit dieser Ausrichtung – und vermeintlich nur mit dieser Ausrichtung – kann es sein, dass der Menschheit mit der Digitalisierung und digitalen Kommunikation das Instrument in die Hand gegeben wird, das die notwendige Transformation unserer Wirtschaft und Lebensweise tatsächlich denkbar und bewältigbar erscheinen lässt.

BEITRÄGE UND DISKUSSIONEN

Richard Saage

Utopie und Utopieforschung. Zur Anatomie eines Forschungsdesigns¹

I. Fragestellung

Meine Auseinandersetzung mit den politischen Utopien seit 1987 haben sich in vier publizistischen Formaten niedergeschlagen: in einer Monografie *Politische Utopien der Neuzeit* (1991)², in der das utopische Denken seit Morus in systematisch verdichteter Form diskutiert wird; in einem vierbändigen Handbuch *Utopische Profile* (2001–2003)³, in dem die wichtigsten klassischen Utopien der letzten 500 Jahre als einzelne Entwürfe, ihr Entstehungskontext und ihre Wirkungsgeschichte im Mittelpunkt stehen sowie in

sieben Sammelbänden⁴, in denen Teilaspekte des utopischen Phänomens zur Darstellung gelangen. In Verbindung mit der Darstellung gelangt über den Stand der Utopieforschung handelt es sich insgesamt um ein Textvolumen von weit über 2000 Druckseiten, die ich unmöglich in einer Redezeit von 20 bis 30 Minuten vorstellen kann und will.

Ich schlage daher eine andere Herangehensweise an mein Thema vor. Zunächst

- 1 Der Aufsatz ist aus einem Vortrag hervorgegangen, den ich am 16. Juli 2017 in Berlin gehalten habe.
- 2 Richard Saage, *Politische Utopien der Neuzeit*. Mit einem Vorwort zur zweiten Auflage: Utopisches Denken und keine Ende? Zur Rezeption eines Buches, Bochum 2000.
- 3 Richard Saage, *Utopische Profile Bd. 1: Renaissance und Reformation*, 2. Auflage, Münster 2009; ders., *Utopische Profile Bd. 2: Aufklärung und Absolutismus*, Münster 2002; ders., *Utopische Profile Bd. 3: Industrielle Revolution und Technischer Staat im 19. Jahrhundert*, Münster 2002; ders., *Utopische Profile Bd. 4: Widersprüche und Synthesen des 20. Jahrhunderts*, 2. Auflage, Berlin 2006.

- 4 Richard Saage, *Vertragsdenken und Utopie. Studien zur politischen Theorie und zur Sozialphilosophie der frühen Neuzeit*, Frankfurt a.M. 1989; ders., *Das Ende der politischen Utopie?*, Frankfurt a.M. 1990; ders., *Vermessungen des Nirgendwo. Begriffe, Wirkungsgeschichte und Lernprozesse der neuzeitlichen Utopien*, Darmstadt 1995; *Innenansichten Utopias. Wirkungen, Entwürfe und Chancen des utopischen Denkens*, Berlin 1999; ders., *Utopisches Denken im historischen Prozess. Materialien zur Utopieforschung*, Berlin 2006; ders., *Utopische Horizonte. Zwischen historischer Entwicklung und aktuellem Geltungsanspruch*, Berlin 2010; ders., *Auf den Spuren Utopias. Stationen des utopischen Denkens von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart*, Berlin 2015.
- 5 Richard Saage, *Utopieforschung. Band I: An den Bruchstellen der Epochenwende von 1989*, zweite Auflage, Berlin 2008; ders., *Utopieforschung. Band II: An der Schwelle des 21. Jahrhunderts*, Berlin 2008.

möchte ich kurz darauf eingehen, wie ich zur Wahl meines Forschungsprojekts gekommen bin und welches Erkenntnisinteresse mich motiviert hat, mich mit ihm weit über zwei Dekaden hinaus zu beschäftigen. Sodann möchte ich kurz darlegen, was mich bewogen hat, meine Studien im Fokus des klassischen, auf Thomas Morus zurückgehenden Utopiebegriffs voranzutreiben. Es sollen einige Bemerkungen folgen zu der selbstkritischen Potenz des klassischen Ansatzes, die Lernprozesse im utopischen Diskurs möglich machten. Meine Ausführungen schließe ich mit einem kurzen Kommentar zum Problem der Genesis und Geltung des utopischen Konstrukts, seiner Verwirklichungsproblematik und seiner Zukunftsfähigkeit.

II. Erkenntnisinteresse, Auswahlkriterien, Utopiebegriffe

Anfang der 1980er-Jahre fragte mich mein Göttinger Kollege Peter Lösche, ob ich Interesse habe an dem Projekt «Utopieforschung» der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft Darmstadt im Rahmen ihrer Reihe «Erträge der Forschung». Ich sagte zu, könne aber erst dann beginnen, wenn ich laufende Arbeiten abgewickelt habe. So kam es, dass ich erst 1987 mit der Inangriffnahme des Auftrags begann. Dabei war von Anfang an mein Erkenntnisinteresse an der Utopieproblematik klar: Mich hatten schon die utopischen Strömungen in der Studentenbewegung Ende der 1960er-Jahre in emotionaler Hinsicht ziemlich kalt gelassen, und auch zu Beginn meines Projekts lag mir nichts ferner, als mich auf die Suche nach einem persönlichen Utopia zu begeben, nach dem ich oft bei Vorträgen gefragt werde. Was mich interessierte, war vielmehr zweierlei: einer-

seits die Frage, von der ich mich als Historiker der politischen Ideen und als deren Analytiker herausgefordert sah: Stellt das utopische Denken einen kontinuierlichen Theoriestrang dar, der wie der Kontraktualismus (Pufendorf, Hobbes, Locke etc.) oder der Machtstaatsdiskurs (Bodin, Machiavelli, Carl Schmitt) eine eigenständige Tradition des politischen Denkens ausgebildet hat? Oder ist es eher eine fragmentarische Aneinanderreihung von utopischen Textfragmenten und Zukunftsbildern, die außer Literatur nichts zu bieten vermag? Andererseits wurde diese Fragestellung seit dem Fall der Berliner Mauer von der in den Feuilletons vertretenen These überlagert, mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Europa sei das Ende des utopischen Zeitalters⁶ vollzogen: für mich ein mächtiger Ansporn, diese Behauptung auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen.

Mein Einstieg in die Utopieforschung erwies sich indes als außerordentlich beschwerlich. Die Forschungslage war unübersichtlich, weil sie auf konkurrierenden und oft gegensätzlichen Utopiebegriffen beruhte. Die erste Einsicht nach wenigen Wochen war, dass ein eigenes Urteil über die bisherigen Forschungsergebnisse nur dann möglich schien, wenn ich mich den Quellen, also den utopischen Entwürfen seit Platon und Morus selbst, zuwandte. Nur in Kenntnis der wichtigsten Manifestationen des utopischen Denkens, wie sie sich in den klassischen Texten niederschlugen, konnten die Ergebnisse der Utopieforschung evaluiert werden. So kamen 33 Texte in die engere Auswahl. Die Kriterien waren: 1. Es muss sich um fiktionale Entwürfe handeln,

6 Vgl. Joachim Fest, *Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters*, Berlin 1991.

welche der umfassenden Kritik der sozio-ökonomischen und kulturellen Verhältnisse der Herkunftsgesellschaft des jeweiligen Autors eine rational nachvollziehbare Alternative gegenüberstellen. 2. Die Texte müssen innovative Elemente enthalten, die so in den Vorgängertexten nicht auftauchen, weil sie den spezifischen Verhältnissen der jeweiligen Epoche Rechnung tragen. 3. Die Form der Darstellung muss auf Gesamtgesellschaften fokussiert sein. Sie geben den in ihnen agierenden Individuen den Rahmen vor und bestehen damit auf der Differenz zu individualisierten Konstrukten wie Robinsonaden, Erziehungsromanen etc.

Die zweite Einsicht bestand in der Erkenntnis der Notwendigkeit, mir ein tragfähiges Interpretationsparadigma zu erarbeiten, das geeignet war, das oft sperrige Material in vergleichender Perspektive zu strukturieren. Allein in den Sozialwissenschaften ragten drei Ansätze heraus, die auf den ersten Blick für diesen Zweck in Frage kamen. Da ist zunächst der *intentionale Utopiebegriff* Ernst Blochs⁷ zu nennen. Aber dessen Verankerung auf der Ebene des subjektiven Bewusstseins generiert ein ausuferndes Muster des Utopischen, in dem fast alle nach vorn gerichteten kulturellen Erscheinungen einer besseren Welt von Tagträumen über Chiliasmen bis zu Beethovens Neunter Symphonie Platz finden. Die Option für diesen Ansatz hätte die Auflösung der Konturen der politischen Utopie bedeutet. Aber auch Karl R. Poppers⁸ *totalitarismustheoretischer Utopiebegriff* ent-

sprach nicht meinem Forschungsziel, die Vielfältigkeit des utopischen Denkens zum Ausdruck zu bringen. Im Kern reduziert Popper das utopische Denken auf einen archaischen Typus: die *Politeia* des Platon. Auf den holistischen Totalitarismus festgelegt, nimmt dieser Ansatz die Fülle der Quellen des utopischen Diskurses nicht zur Kenntnis, auf deren Untersuchung es eigentlich ankommt.

Aus forschungsstrategischen Gründen habe ich mich für das dritte Muster, den *klassischen Utopiebegriff*, entschieden, der sich auf Morus' *Utopia*⁹ bezieht und von Norbert Elias¹⁰ für die Sozialwissenschaften wiederentdeckt wurde. Morus hat den Begriff aus den beiden altgriechischen Silben *où=nicht* und *tópos=Ort* zu dem Wort Nicht-Ort oder Nirgendwo synthetisiert. In der Übertragung auf den gesamten Utopiediskurs der letzten 500 Jahre läuft der klassische Utopiebegriff auf das Wunsch- oder Furchtbild einer archaischen (staatlich verfassten) oder anarchistischen (staatsfreien) Sozietät hinaus, das auf kritisch analysierte Fehlentwicklungen der Herkunftsgesellschaft des jeweiligen Autors reagiert und aus der Kritik heraus ein alternatives gesellschaftliches Szenario generiert.

III. Vorteile des klassischen Ansatzes

Worin liegen die forschungspragmatischen Vorteile dieses klassischen Utopiebegriffs? Als rationalistisches Konstrukt des neuzeitlichen «Geist des Machens» bietet

7 Ernst Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*. 3 Bde, Frankfurt a. M. 1985.

8 Karl R. Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band I: Der Zauber Platons*, 7. Auflage, Tübingen 1992.

9 Thomas Morus, *Utopia. Lateinisch/Deutsch*. Übersetzt von Gerhard Ritter. Mit einem Nachwort von Eberhard Jäckel, Stuttgart 1983.

10 Norbert Elias, Thomas Morus' Staatskritik, in: Wilhelm Voßkamp (Hg.), *Utopieforschung*. Zweiter Band, Frankfurt a. M. 1985, S. 101–150.

er hinreichende Kriterien der Abgrenzung von anderen Genres wie der Robinsonade, dem Märchen, der Legende, Science Fiction einerseits und sozialwissenschaftlichen Paradigmen wie der Futurologie, dem Marxismus oder der Prognostik andererseits. Aber auch die Differenz zu geistesgeschichtlichen Strömungen wie dem Mythos, dem Kontraktualismus, der Eschatologie und dem Chiliasmus ist unübersehbar. Sodann ist der klassische Utopiebegriff nicht auf den Staatsroman im Sinne von Robert von Mohl¹¹ festlegbar; er kann sich auch in anderen Medien wie dem Verfassungsentwurf, dem Fürstenspiegel, dem Dialog, dem Film, der Architektur, der Malerei etc. Ausdruck verschaffen. Und schließlich ist der klassische Utopiebegriff seit Morus selbstreflexiv; er ist also in der Lage, sich selbst in Frage zu stellen und so Lernprozesse zu ermöglichen.

Tatsächlich ist das Moment der Selbstreflexivität der Dreh- und Angelpunkt meiner Utopieforschung. Diese Dimension ist sowohl von den Kritikern als auch von nicht wenigen Autoren oft ignoriert worden, die versucht haben, das Genre der Utopie epochenspezifisch weiter zu entwickeln. Und doch ist die Selbstreflexivität von ihren Anfängen bei Morus bis hin zu den klassischen Dystopien bei Samjatin, Huxley und Orwell dem utopischen Diskurs eingeschrieben. Morus spaltet sich in *Utopia* in zwei Personen: In Hythlodæus, den Lobredner Utopias, und in den Kritiker, der seinem Gegenüber bohrende, an die Fundamente des idealen Konstrukts rüttelnde Fragen

stellt: Resultiert aus dem kommunistischen Gemeineigentum nicht Stagnation der gesellschaftlichen Entwicklung? Begünstigt es nicht einen tristen Egalitarismus, der die Eigeninitiative der Bürger erlahmen lässt? Und ruft die Aufhebung des Mein und Dein nicht statt Harmonie Streit und Konflikt hervor?

450 Jahre später gelangt diese Selbstinfragestellung in den klassischen Dystopien zu ihrem Schule machenden Ausdruck: In Samjatins *Wir*¹², in Huxleys *Schöne neue Welt*¹³ und in Orwells *1984*¹⁴ tauchen alle Topoi von Morus archaischer Utopia erneut auf, jetzt aber radikal ins Negative verkehrt: Was für Hythlodæus ein etatisches *Eutopia* war, ein Idealstaat, der selbst noch Platons *Politeia*¹⁵ übertraf, erscheint nun als Inbegriff einer totalitären Schreckensherrschaft, aus der die letzten Reste der Humanität getilgt sind. Und doch sind diese Dystopien Varianten, nicht Negationen des utopischen Musters: Ihr Grundzug ist konstruktiv, nicht zynisch; ihre Stoßrichtung ist humanitär, nicht nihilistisch: Sie verstehen sich als Warningschilder vor einer gesellschaftlichen Zukunft, die wir nicht anstreben können, wenn wir an unserer Humanität festhalten wollen.

11 Robert von Mohl, *Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften. In Monographien dargestellt.* Erster Band, Teil III: Die Staatsromane, Erlangen 1855.

12 Jewgenij Samjatin, *Wir*. Roman. Mit dem Essay: Über die Literatur und die Revolution. Aus dem Russischen von Gisela Drohla, Köln 1984.

13 Aldous Huxley, *Schöne neue Welt. Ein Roman der Zukunft.* In der Übersetzung von Herberth E. Herlitschka, Frankfurt a.M. 1985.

14 George Orwell, *1984.* Ins Deutsche übertragen von Kurt Wagenseil, Frankfurt a.M. u.a. 1984.

15 Platon, *Politeia*, in: ders., *Sämtliche Werke* 3. In der Übersetzung von Friedrich Schleiermacher, Hamburg 1990, S. 67-310.

IV. Herkunftsprägungen im Licht von Genesis und Geltung

Der klassische Utopiebegriff kann uns aber auf Grund seiner Wirkungsgeschichte auch Auskunft geben über die Bedingungen seiner Entstehung und über die Möglichkeiten seiner spezifischen Realitätseinwirkung sowie über seine Zukunftsfähigkeit.

In der Auseinandersetzung über die Herkunftsgeschichte der politischen Utopie ist zu wenig unterschieden worden zwischen ihrer *Genesis* und ihrer *Geltung*. So ketzerisch es auch angesichts des herrschenden Zeitgeistes klingen mag: Das klassische Muster ist seinem Ursprung nach *eurozentrisch*. Nur in einem Umfeld, wie es in Westeuropa vorlag, konnte sich utopisches Denken im hier gemeinten Sinn durchsetzen: Der hegemoniale Individualismus der Renaissance rief die Gegenbewegung des utopischen Kollektivismus hervor. Die Entdeckung der Neuen Welt verstärkte den Impetus alternativen Denkens. Und die Säkularisierung der Welt kreierte den Geist des Machens, ohne den es das utopische Denken nicht gäbe. Gewiss, die politische Utopie ist sowohl von antiken wie von christlich-mittelalterlichen Einflüssen geprägt worden. Aber in Morus' *Utopia* wurden sie nachhaltig modernisiert: Die Bedeutung der Arbeit, in der Antike eher in der Hierarchie der Werte im unteren Bereich angesiedelt, avancierte zum gesellschaftlichen Leitbegriff, und das Organisationsmodell des mittelalterlichen Klosters, seiner transzendenten Bezüge entledigt, mutierte im utopischen Denken zu einem reinen Funktionsmodell im Dienst der Befriedigung weitgehend säkularisierter menschlicher Bedürfnisse.

Aber die Geschichte des utopischen Denkens zeigt auch, dass dessen europäisch

geprägte Herkunft von einem *universalistischen Geltungsanspruch* überlagert wurde. Es sollte sich nämlich zeigen, dass utopisches Denken in andere Kulturen exportierbar ist. Wenn nicht alles täuscht, scheint es zu einem Ferment der Globalisierung geworden zu sein, wie die seit H.G. Wells *A Modern Utopia* (1905)¹⁶ aktuell gewordenen utopischen Weltstaatskonzepte zu zeigen scheinen.¹⁷ Diesen Tatbestand hat der Utopieforscher Hans Ulrich Seeber in seinem jüngsten Buch *Globalisierung, Utopie und Literatur*¹⁸ auf eine prägnante Formel gebracht. Inwiefern dieser Vorgang zur Bereicherung außereuropäischer Kulturen oder zu deren Nachteil beigetragen hat, ist eine offene Frage. Fest steht indes, dass sich die Geltung des utopischen Konstrukts von ihren Herkunftsbedingungen zu lösen vermag und eine Assimilierungsfähigkeit erkennen lässt, die ihr von ihren Kritikern oft abgesprochen wird.

Damit ist die Frage aufgeworfen, welchen Weg des Realitätsbezugs das utopische Denken im Laufe seiner Geschichte eingeschlagen hat. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass alle Versuche, utopische Konstrukte direkt, d.h. möglichst Eins-zu-Eins umzusetzen, gescheitert sind. Als Beispiel seien die utopischen Kommunen des 19. Jahrhunderts in den USA genannt, die sich auf die Entwürfe von Etienne Cabet¹⁹,

16 Herbert G. Wells, *A Modern Utopia*. Introduction by Mark R. Hillegas, Lincoln 1967.

17 Vgl. hierzu neuerdings Jo Leinen / Andreas Bummel, *Das demokratische Weltparlament. Eine kosmopolitische Vision*, Bonn 2017.

18 Hans Ulrich Seeber, *Globalisierung, Utopie und Literatur. Von Thomas Morus (1516) bis Darcy Ribeiro (1982)*, Berlin 2017.

19 Etienne Cabet, *Voyage en Icarie*. Présentation d'Henri Desroche, Paris/Genève 1979.

Charles Fourier²⁰ und Robert Owen²¹ beriefen. Ihr Niedergang hatte vielfache Gründe: Streitigkeiten in den Führungsgremien, mangelnde Kontrolle besitzindividualistischer Neigungen ihrer Mitglieder durch die utopische Solidargemeinschaft sowie der Konkurrenzdruck der kapitalistischen Außenwelt. Aber auch der Versuch der Bolschewiki in der Sowjetunion, die klassische Utopie im gesamtgesellschaftlichen Stil durchzusetzen, zeitigte desaströse Folgen. Der zum System geronnene Antiindividualismus und seine Ersetzungen durch bürokratische Superstrukturen brachte genau die Fehlentwicklungen hervor, die Morus einst dem Lobredner *Utopias*, dem Intellektuellen Hythlodius, entgegenhielt: trister Egalitarismus unterhalb der Leitungsebenen, Stagnation der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung aufgrund des Fehlens einer Zivilgesellschaft, das Erlahmen der individuellen Innovationsbereitschaft aufgrund staatlicher Bevormundung: Defizite, die zum Untergang der Sowjetunion führten.

Viel erfolgreicher erwies sich der indirekte Weg utopischer Realitätseinwirkung- und -veränderung: Gemeint ist nicht der utopische Bauplan auf einer gesellschaftlichen *tabula rasa*, sondern die Assimilierung des utopischen Konstrukts mit bereits laufenden Modernisierungsprozessen, die sie zu verstärken, zu akzentuieren oder – wie in den Dystopien – zu bremsen suchten. Als Beispiele können Morus' *Utopia* und Cam-

panellas *Sonnenstaat*²² zitiert werden. Die Hauptstadt Utopias Amaurotum bricht mit der mittelalterlichen Stadt. Sie geht von einer rationalen Planung aus, die, an geometrischen Figuren und Kriterien orientiert, das Funktionieren der Stadt garantiert. Wälder werden abgeholzt und Berge eingeebnet, wenn sie dem Menschen im Wege stehen. Dieses instrumentelle Naturverhältnis ist genauso ein Vorbote der industriellen Gesellschaft wie die Zeitmessgeräte bei Campanella, die die Zeit von dem natürlichen Tagesablauf lösen und der Disposition der modernen Zivilisation zur Verfügung stellen.

V. Zukunftsfähigkeit des klassischen Musters

Doch was folgt aus diesen Befunden für die Zukunft der politischen Utopien? Ein Alleinstellungsmerkmal kann die politische Utopie nach den Erfahrungen ihrer 500-jährigen Geschichte nicht mehr erheben: von ihr kann nur im Plural die Rede sein, um deren Akzeptanz in einer demokratischen Öffentlichkeit gerungen werden muss. Das schließt die Ablehnung des utopischen Denkens mit ein. Wer nämlich der Meinung ist, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts lassen sich nur im gegebenen gesellschaftlichen Status quo lösen, dem muss mit nachvollziehbaren Gründen der utopische Horizont als dysfunktionaler Wegweiser erscheinen. Wer aber die Ansicht vertritt, dass fiktive Szenarien unverzichtbar sind, um Lösungsstrategien für die anstehenden Probleme und deren Risiken einschätzbar und diskutierbar zu machen, wird

20 Charles Fourier, *Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen*. Hrsg. von Theodor W. Adorno. Eingeleitet von Elisabeth Lenk. Deutsche Übersetzung: Gertrud von Holzhausen, Frankfurt a.M. 1966.

21 Robert Owen, *The Book of the New Moral World. In seven Parts (1842-1844)*, New York 1970.

22 Tommaso Campanella, *Sonnenstaat*. Übersetzung Klaus J. Heinisch, in: ders. (Hg.). *Der utopische Staat*, Reinbek bei Hamburg 1996, S. 115-169.

das utopische Denken als unverzichtbares Erbe der europäischen Zivilisation zu schätzen wissen.

Aber diesen Status kann das utopische Denken nur dann wahren, wenn es als regulatives Prinzip den Anspruch auf eine Ein-zu-Eins-Umsetzung aufgibt, den es als Zeit-utopie seit Mitte des 18. Jahrhunderts durch seine Assimilierung mit dem geschichtsphilosophischen Fortschrittsglauben einst erhoben hat. Ist dies nicht der Fall, so

depraviert sie zur Ideologie, für deren Blutspur das ganze 20. Jahrhundert zeugt. Nur wenn die politische Utopie auf ihrer Differenz zwischen normativem Anspruch einer humanen Gesellschaft und den Depravationen der soziopolitischen Realität der jeweiligen Herkunftsgesellschaft besteht, kann sie ihren Status als deren kritisches Korrektiv und als Erkundungsraum noch nicht entdeckter Möglichkeiten behaupten.

Martin Redlich

Die Krise(n) der Ukraine Über die fehlende Trennung von Politik und Wirtschaft

Am 21. November 2013 gab Wiktor Janukowytsch bekannt, dass die Ukraine das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterzeichnen werde. Einen Tag später, neun Jahre nach dem Ausbruch der «Orangen Revolution», versammelten sich erneut tausende Ukrainer auf dem Maidan, dem «Platz der Unabhängigkeit», um gegen die Entscheidung der Regierung zu protestieren. Der Unmut über die allgegenwärtige Korruption vermischte sich mit Forderungen nach einem grundlegenden Umbau des politischen Systems und dem Rücktritt des Staatspräsidenten und seiner Regierung. Anders als bei den Protesten im November und Dezember 2004 kam es diesmal zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Molotowcocktails flogen und Scharfschützen schossen auf Demonstranten. Drei

Monate nach dem Beginn des «Euromaidan», am 22. Februar 2014, erklärte das Parlament der Ukraine Janukowytsch für abgesetzt. Einen Monat später stimmten die Bewohner der Krim in einem umstrittenen Referendum für die Angliederung an Russland. Die ostukrainischen Oblasten (Regierungsbezirke) Donezk und Luhansk erklärten sich zu eigenständigen Volksrepubliken. Es folgte ein Bürgerkrieg, welcher tausende Opfer forderte, weite Teile der Ostukraine zerstörte und das Verhältnis zwischen Russland und anderen Nationen grundlegend erschütterte. Eine ausgehandelte Waffenruhe wird von allen Beteiligten regelmäßig gebrochen, wodurch ein Ende des Konflikts nicht abzusehen ist. Die Gründe für die Krise der Ukraine sind komplex. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass

das Land über viele Jahrhunderte zwischen verschiedenen Reichen aufgeteilt war. Der Dnepr wurde dabei oft als Grenze verwendet. Wechselnde Herrschaften der Litauer, des Russischen Reiches oder der Habsburger Monarchie prägten die jeweiligen Regionen der Ukraine nachhaltig. Auf die kurzen Jahre der Eigenstaatlichkeit nach dem Ersten Weltkrieg folgte die Angliederung an die UdSSR. Unter der sowjetischen Herrschaft erlebte die Ukraine politische, ökonomische und gesellschaftliche Prägungen, welche noch bis heute nachwirken. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion waren die Hoffnungen groß, dass die Ukraine sich rasch zu einem demokratischen Staat mit einer funktionierenden Marktwirtschaft entwickeln würde. Der Transformationsprozess verlief jedoch schleppend. Die dauerpräzente politische und wirtschaftliche Krise der Ukraine ist sowohl das Ergebnis, als auch der Grund dieses stagnierenden Transformationsprozesses.

Was ist Transformation?

Transformation lässt sich als Oberbegriff definieren, der «alle Formen, Zeitstrukturen und Aspekte des Systemwandels und Systemwechsel[s]»¹ umfasst. Es handelt sich um einen Wandlungsprozess, der den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich einschließt. Aus einer Demokratie wird eine Diktatur oder auch umgekehrt. Mit Blick auf die ökonomische Sphäre lässt sich festhalten, dass es sich dann um eine Transformation handelt, «wenn das bisherige System nicht in die gleiche oder eine

andere Form übertragen, sondern wenn es total zerstört wird und dann etwas anderes entsteht, das mit dem alten nichts gemeinsam hat.»² Charakteristisch für die Transformation ist somit die grundlegende Verschiedenheit des neuen Systems B gegenüber dem alten System A. Im Gegensatz zur Transition geht der Begriff der Transformation über die Betrachtung der formalen Charakteristika eines Systemwechsels hinaus. Vielmehr geht es um grundsätzliche Änderungen im Bereich der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, welche zu der Schaffung fundamental neuer Regeln führen. Die Transformationsforschung stellt in den Mittelpunkt ihrer Untersuchung, ob die veränderten Regeln von der Gesellschaft akzeptiert und eingehalten werden. Folglich lässt sich Transformation auch als eine Änderung des gesellschaftlichen Bewusstseins auffassen. Kennzeichnend für die Transformation ist, dass es sich hierbei um einen Prozess handelt, der von starker Interaktion gekennzeichnet ist.³ Sowohl der Verlauf als auch das Ergebnis des Systemwechsels ist durchgehend von Entscheidungen unterschiedlichster Akteure geprägt. Gleichzeitig erfolgt die Transformation nicht im Vakuum. Äußere Faktoren, wie etwa Weltkonjunktur und Globalisierungen, haben Einfluss auf den möglichen Erfolg und Misserfolg der Transformation.

Da es sich bei Systemtransformation um komplizierte Vorgänge handelt, wurde oft versucht, mittels verschiedener Theorien die

1 Merkel, Wolfgang: *Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Wiesbaden 2010, S. 66.

2 Lee, Duck Ho: *Die Umwandlung von sozialistischen zu kapitalistischen Gesellschaften in den postkommunistischen Ländern und die koreanische Einheit*, Berlin 2002, S. 5.

3 Vgl. Płoszajski, Piotr: *Polnische Reformen. Die schwere Kunst des Lernens und Vergessens*, Lublin 1995, S. 64.

Komplexität des Sachverhaltes nachvollziehbarer zu machen. Anhand der Systemtheorie(n) lassen sich Verknüpfungen von «funktionalen Erfordernissen sozioökonomischer Systeme und der Herausbildung von sozialen und politischen Strukturen, die diese Anforderungen erfüllen»⁴, erkennen. Hierdurch ist einerseits die Analyse der Fehlleistungen des alten Systems möglich. Andererseits können die Herausforderungen für das neue System abgebildet werden. Talcott Parsons war einer der zentralen Vordenker der Systemtheorie. Er entwarf das Modell der *funktionalen Differenzierung sozialer Teilsysteme*. Angestoßen durch die industrielle Revolution entwickelte sich eine Ausdifferenzierung der vier Teilsysteme Politik, Wirtschaft, soziale Gemeinschaft und Kultur. Diese Entwicklung war nötig, um den wachsenden Anforderungen der Umwelt zu genügen. Jeder Bereich muss sich dabei auf eine eigene Aufgabe konzentrieren. Die Wirtschaft ist für die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse zuständig. Aufgabe der Politik ist es, Ziele zu definieren und für die Einhaltung zu sorgen. Demgegenüber muss die soziale Gemeinschaft dafür sorgen, dass jedes Individuum in der Gesellschaft eine eigene Rolle zugesprochen bekommt. Mittels der Kultur sollen die geltenden Wertevorstellungen eingehalten und weitergegeben werden. Diese sozialen Teilsysteme sollen sich zwar nicht restriktiv voneinander abschotten, allerdings auch nicht zu stark miteinander interagieren. Ein Übergewicht eines Bereichs geht meistens zu Lasten der anderen Bereiche. Dies lässt sich beispielsweise an den ehemaligen Ostblockstaaten nachvollziehen. Die politische Sphäre war allen Bereichen übergeordnet und dik-

tierte die jeweiligen Handlungen. Folglich war es die Aufgabe der Kultur, das politische System als das Bestmögliche darzustellen, während die Wirtschaft die beschlossenen Jahrespläne zu erfüllen hatte, ungeachtet des tatsächlichen volkswirtschaftlichen Bedarfs und der Kapazitäten. Um die Entwicklung von einer traditionellen zu einer modernen Gesellschaft zu vollziehen, ist die funktionale Ausdifferenzierung der sozialen Teilsysteme unumgänglich.

Damit die Gesellschaft auf die Herausforderungen der Umwelt reagieren kann, muss sie sich anpassen und *evolutionäre Universalien* herausbilden. Diese umfassen: Bürokratie, Marktorganisation, universalistische Normen im Rechtssystem, demokratisches Assoziationsrecht und allgemeine und freie Wahlen.⁵ Sind diese Universalien vorhanden, kann das politische System auf die wechselnden Herausforderungen reagieren. Anderenfalls droht ein Legitimitätsverlust und politische Instabilität. Ebenfalls zur Stabilität trägt die Frage der Legitimation des politischen Systems bei. Demokratien besitzen hierbei ein Alleinstellungsmerkmal. «Nicht die allgemeine Legitimierung von Macht und Herrschaft ist die besondere Leistung demokratischer Institutionen, sondern die Vermittlung von Konsensus über die Ausübung von Macht und Herrschaft durch ganz bestimmte Personen und Gruppen und ganz bestimmte, bindende Entscheidungen.»⁶

Ein weiterer Vordenker im Bereich der Systemtheorien war Niklas Luhmann. Er griff die Ansichten Parsons' auf und entwickelte sie weiter. Seiner Auffassung nach sind alle Teil-

4 Merkel, *Systemtransformation*, S. 67.

5 Vgl. Parsons, Talcott: *Evolutionäre Universalien der Gesellschaft*, In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): *Theorien des sozialen Wandels*, Köln 1971, S. 55 ff.

6 Ebd., S. 70.

systeme durchweg gleichrangig. «Kein Funktionssystem kann für ein anderes einspringen; keines kann ein anderes ersetzen oder auch nur entlasten.»⁷ Für Luhmann steht die Sicherung der Autonomie jedes Subsystems im Vordergrund. Jeglicher Eingriff eines Systems in ein anderes führt zwangsläufig zu einer Effizienzminderung und folglich zu Instabilität. Beiden Theoretikern ist somit die Annahme, dass eine moderne Gesellschaft auf die funktionale Ausdifferenzierung ihrer sozialen Teilsysteme angewiesen ist, gemein. Der Unterschied liegt vor allem in der Stellung des politischen Systems. Während Parsons der Politik eine gewisse übergeordnete Position einräumt, lehnt Luhmann diese Annahme durchgehend ab.

Fehlende Ausdifferenzierung in der Ukraine

Der Herbst 1989 führte im Ergebnis zum Zusammenbruch des Ostblocks. Die ukrainische Oppositionsbewegung hatte sich gegen Ende der 1980er-Jahre entwickelt. Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl lieferte dabei einen wichtigen Anschlag. 1989 schlossen sich verschiedene oppositionelle Bewegungen in der «Ruch» zusammen. Zu Beginn konzentrierte sie sich vorwiegend auf kulturelle Forderungen, fokussierte sich jedoch im Laufe der Zeit auf den Ausbau der ukrainischen Souveränität bis hin zur Eigenstaatlichkeit. Im Zuge des gescheiterten Putsches konservativer Kommunisten erklärte die Ukraine am 24.08.1991 ihre Unabhängigkeit, welche durch die Ukrainer mittels eines Referendums am 01.12.1991 bestätigt wurde.

Die Ukraine stand vor der Herausforderung, ein neues politisches und wirtschaftliches System zu errichten. Das Land konnte dabei auf keine historischen Erfahrungen zurückgreifen und musste einen eigenen Weg in der Systemtransformation finden. Die Jahrzehnte der sowjetischen Herrschaft und insbesondere das System der staatlich gelenkten Wirtschaft hatten sich im Bewusstsein vieler Ukrainer tief verankert. Einen konsequenten und schnellen Übergang zu marktwirtschaftlichen Prinzipien nahm die neue ukrainische Führung unter der Leitung von Präsident Krawtschuk nicht vor. Bis Ende 1994 waren lediglich 15% der etwa 63.000 Unternehmen der Ukraine in private Hand übergegangen. Ein zentrales Problem war die fehlende weitreichende Unterstützung durch die Bevölkerung für eine grundlegende Umstrukturierung der Wirtschaft. Die nostalgische Haltung der Ukrainer bei wirtschaftlichen Fragen zeigte sich unter anderem im Wahlverhalten. Bei der ersten freien Parlamentswahl 1994 konnte die Kommunistische Partei der Ukraine 83 der 355 Sitze gewinnen und bildete die größte Fraktion. Viele Ukrainer wünschten sich eine stärkere staatliche Kontrolle der Wirtschaft. Die Hyperinflation von 10.000% des Jahres 1993 hatte die Armut im Land dramatisch verschärft und den Wechsel zu einem marktwirtschaftlichen System wenig attraktiv erscheinen lassen. Ein weiteres Problem stellte der Einfluss der Nomenklatur dar. Die alten Eliten der Sowjetzeit hatten die Entmachtung der kommunistischen Partei weitgehend unbeschadet überstanden. Offiziell hatten sie sich der sowjetischen Ideologie entledigt und sich der Verteidigung der ukrainischen Unabhängigkeit verschrieben. Jedoch bestanden ihre alten Netzwerke zwischen Administra-

7 Luhmann, Niklas: *Ökologische Kommunikation – Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Opladen 1990, S. 207.

tion und Betrieben fort. Auf der einen Seite fehlte diesen Akteure jegliches Wissen, wie Privatisierungsprozesse zu organisieren sind und wie essenzielle Eckpunkte einer ukrainischen Marktwirtschaft aussehen sollten. Auf der anderen Seite hatte die Nomenklatur wenig Interesse an einer Änderung der bisherigen Verhältnisse. Zustimmungen zu Privatisierungen ließ sie sich erkaufen oder bestand auf einer Beteiligung an späteren Firmengewinnen. Gleichzeitig versuchten Betriebsleiter und Manager von Unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu erlangen. Bei der Parlamentswahl 1994 zogen 163 Abgeordnete als «unabhängige Kandidaten» in das Parlament ein. Mehr als 25 % dieser «unabhängigen Kandidaten» war in einer leitenden Funktion in staatlichen, teilstaatlichen oder privaten Firmen tätig. Diese nutzten ihre Funktion als Mandatsträger, um mögliche Privatisierungen ihrer eigenen Betriebe zu verhindern, oder um die staatliche Subventionierung zu gewährleisten. Das ukrainische Gesetz sah kein Verbot der Gleichzeitigkeit von wirtschaftlicher Tätigkeit und der Abgeordnetenfunktion vor. An diesem Punkt zeigt sich deutlich der Beginn des grundlegenden Problems der fehlenden funktionalen Ausdifferenzierung der sozialen Teilsysteme. Seit Beginn der Unabhängigkeit der Ukraine wurde die Entflechtung des politischen und wirtschaftlichen Systems nicht konsequent verfolgt. Die politische Führung des Landes war nicht bereit, weitreichende Kontrollfunktionen über die Wirtschaft abzugeben. Wenn diese stattfanden, so zeichnete sich der Prozess durch erhebliche Bürokratie und Langatmigkeit aus, an dessen Ende nicht selten eine Bereicherung der Nomenklatur stand. Zentrale Wirtschaftszweige der Ukraine wurden von der Privatisierung kom-

plett ausgeklammert, so etwa der Energiebereich oder der militärisch-industrielle Komplex. 1998 waren 9 der 10 umsatzreichsten Betriebe der Ukraine in staatlicher Hand. Die Gewinne flossen dabei nicht durchgehend in den Staatshaushalt zurück, sondern verschwanden oftmals zwischen der Betriebsführung und der Nomenklatur. Der Staat griff somit in weite Teile der Wirtschaft ein. Die alte Administration verfügte jedoch über keine Kenntnisse, um das ökonomische System nach marktwirtschaftlichen Prinzipien zu organisieren. Folglich konnte die Wirtschaft ihr eigentliches Potenzial nicht komplett entfalten. Grundlegende Modernisierung und betriebsinterne Umstrukturierungen blieben aus. Gleichzeitig sorgten die Wirtschaftsvertreter mittels ihres Abgeordnetenmandats und den Kontakten in die Verwaltung dafür, dass ihre Betriebe üppige staatliche Subventionen erhielten. Unrentable Unternehmen bestanden dadurch über Jahre weiter fort und belasteten den Haushalt des Landes.

Oligarchen und Politik

Die Einflussnahme wirtschaftlicher Unternehmer auf politische Prozesse zeigte sich am deutlichsten anhand der Oligarchen. Im Zuge des unter Gorbatschow angestoßenen wirtschaftlichen Wandlungsprozesses gelang es einigen Unternehmern, zahlreiche Betriebe in ihren Besitz zu bringen. Öl, Gas und Metallverarbeitung bildeten dabei die wesentlichen Aktivitätsfelder. Mittels des Erwerbs von ganzen Produktionsketten konnte sie ihre ökonomische Autonomie behaupten und zu Oligarchen aufsteigen. Ihre Gewinne nutzten die Oligarchen, um in anderen Branchen aktiv zu werden. Sie erwarben Fußballclubs, kauften Zeitungen

und erschufen eigene Fernsehsender. Der ab 1994 regierende Präsident Kutschma suchte aktiv die Nähe zu den Oligarchen. Ihm ging es weniger um eine eigene wirtschaftliche Bereicherung als vielmehr um die Sicherung seiner Machtposition. Den Oligarchen versprach Kutschma eine Vorzugsbehandlung und Vergünstigung bei anstehenden Privatisierungen. Im Gegenzug sollten diese in ihren Medien Werbung für den Präsidenten machen und insbesondere bei seiner Wiederwahl 1999 finanzielle Unterstützung leisten. Gleichzeitig weiteten die Oligarchen ihren Einfluss auf die Legislative auf, indem sie entweder bestehende Parteien übernahmen und umbauten oder neue Parteien gründeten. Durch ihre parlamentarische Vertretung konnte sie einerseits zur Machtsicherung Kutschmas beitragen und andererseits politische Entscheidungen zu ihren ökonomischen Ungunsten verhindern. Ein nützlicher Nebeneffekt war, dass sie mittels der Immunität vor Strafverfolgung bei fragwürdigen Geschäften geschützt waren. Somit entstand ein enges Netz der Abhängigkeit zwischen den politischen Eliten auf der einen Seite und den Großunternehmen auf der anderen Seite. Die nach den Systemtheorien von Luhmann und Parsons für eine Demokratie und moderne Gesellschaft notwendige funktionale Ausdifferenzierung des wirtschaftlichen und politischen Teilsystems wurde unterlaufen. Der Hauptverlierer dieser Entwicklung war das politische System der Ukraine. Aufgabe des Parlaments und des Präsidenten wäre es gewesen, dem Allgemeinwohl zu dienen. Dieses wurde jedoch regelmäßig zugunsten oligarchischer Partikularinteressen benachteiligt. Politische Parteien erhielten schnell den Ruf, lediglich das Ansinnen von Oligarchen zu vertreten.

Das Parlament als Kontrollorgan gegenüber der Regierung erfüllte diese Aufgabe nicht. Die Legislative wurde mittels des Agierens der in ihren vertretenen Oligarchen und Kutschma-treuen Parteien als verlängerter Arm der Exekutive wahrgenommen. Das öffentliche Ansehen zentraler Akteure und Institutionen im demokratischen System litt unter diesen Entwicklungen erheblich und beschädigte letztlich den demokratischen Konsolidierungsprozess. Auf der anderen Seite war die fehlende Ausdifferenzierung zwischen Politik und Wirtschaft auch hinderlich für die ökonomische Entwicklung. Der politische Einfluss der Wirtschaftsvertreter wurde genutzt, um die eigenen ökonomischen Betriebe durch Subventionen zu unterstützen, unabhängig von deren realer Wirtschaftlichkeit. Mögliche Strukturreformen, die zu einer etwaigen Verbesserung der gesamtökonomischen Leistung der Ukraine geführt hätten, wurden oftmals verhindert.

Die Macht der Oligarchen setzte sich auch nach der «Orangen Revolution» fort. Zwar waren Juschtschenko und Timoschenko mit dem Versprechen angetreten, die Einflussnahme der Oligarchen zu beenden, jedoch ließen sie ihren Worten kaum Taten folgen. Eine Änderung im Verhalten der Oligarchen nach dem Ausscheiden Kutschmas aus dem Amt der Präsidenten erfolgte nur dahingehend, dass diese ihre Ressourcen nun nicht mehr allein auf eine Person fokussierten, sondern Einfluss auf alle größeren Parteien nahmen. So etablierten sich Oligarchen im Umfeld des neuen Präsidenten Juschtschenko genauso wie im engeren Kreis des Oppositionsführers und Wahlverlierers Janukowytsch. An ihrem generellen Einfluss büßten sie jedoch auch unter der neuen Staatsführung nichts ein. Ein positiver Nebenef-

fekt der Einflussnahme der Oligarchen auf mehrere Parteien war die steigende Meinungsvielfalt. Anstelle der Berichterstattung über eine Person, wie es noch unter Kutschma der Fall war, wurde nun eine größere Bandbreite der unterschiedlichen Parteipositionen in den jeweiligen Medien der Oligarchen abgebildet. Der Wahlsieg Janukowytschs 2010 führte ebenfalls zu keiner Änderung mit Blick auf die Machtstellung der Oligarchen. Jedoch begann Janukowytsch nach der Parlamentswahl 2012 vermehrt, Oligarchen aus politischen Einflusspositionen zu entbinden und ersetzte diese durch Vertraute aus seinem Umfeld. Dieser Personenkreis wurde in den Medien als «Familie» bezeichnet, da zahlreiche Posten mit Bekannten von Janukowytschs Sohn besetzt wurden. Neben dem Ziel der Machtzentrierung in der Präsidentialadministration hatte Janukowytsch ebenfalls den Wunsch, einen ökonomischen Wohlstand ähnlich dem der Oligarchen zu erreichen. Seine politische Führungsrolle nutzte er, um private wirtschaftliche Interessen durchzusetzen. An diesem Punkt war die fehlende Trennung der ökonomischen und politischen Sphäre erneut deutlich sichtbar. Janukowytschs politische Position diente der Befriedigung seines wirtschaftlichen Gewinnstrebens.

Die enge Verflechtung zwischen Politik und Wirtschaft war und ist ein wesentliches Merkmal der Ukraine. Oligarchen organisierten Parteien um sich herum, waren im Parlament vertreten und übernahmen Regierungsposten. Ihren Einfluss nutzten sie, um ihre individuelle ökonomische Situation von Seiten des Staates positiv zu flankieren. Partikularinteressen einer kleinen Gruppe genossen somit Vorrang gegenüber dem allgemeinen Volkswillen. Unter sämtlichen Präsidenten und Regierungschefs war

diese Situation gegenwärtig. Die Oligarchen konnten sich als inoffizieller aber gleichwohl einflussreicher Teil des politischen Systems etablieren. Weitreichende Entscheidungen entgegen dem Interesse der Oligarchen waren praktisch kaum möglich. Vor allem in ökonomischer Sicht zeigte sich die Tragweite ihrer Machtposition. Das politische System der Ukraine war dadurch einer starken Belastung ausgesetzt. Die hegemoniale Vormachtstellung eines Zirkels von Großunternehmen ließ das Vertrauen der Bevölkerung in Parteien, Parlament und Regierung schwinden. Wesentliche Pfeiler des demokratischen Systems genossen kaum Rückhalt in der Bevölkerung. Bei größeren Demonstrationen, ob nun während der «Orangen Revolution» oder dem «Euromaidan», war eine Hauptforderung immer wieder die Bekämpfung der Korruption und das Zurückdrängen der Oligarchen. Das große Misstrauen der ukrainischen Bevölkerung gegenüber zentralen Akteuren und Institutionen der ukrainischen Demokratie wurde zu einem erheblichen Teil durch die enge Verflechtung von Politik und Wirtschaft befördert. Mittels der fehlenden Ausdifferenzierung der Wirtschaft und der Politik konnte diese ihre eigentlichen Grundfunktionen nicht mehr erfüllen. Die Ökonomie beeinflusste die Politik auf Kosten der demokratischen Grundordnung, um privaten Profitinteressen zu dienen. Viele Politiker ließen diese Entwicklung zu, da sie sich, wie im Falle Kutschmas, Unterstützung für Wahlkämpfe erhofften, oder auf eine eigene ökonomische Bereicherung abzielten.

Was tun?

Die Krisen der Ukraine haben unterschiedlichste Ursachen. Die hier beschriebene

fehlende funktionale Ausdifferenzierung der politischen und ökonomischen Teilsysteme bildet dabei nur einen Teil einer ganzen Reihe von Problemen, die letztlich für die aktuelle Situation in der Ukraine verantwortlich sind. Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass eine strikte Trennung zwischen Politik und Wirtschaft, wie Luhmann sie fordert, realistischer Weise kaum möglich bzw. wünschenswert ist. Die Bankenkrise 2008 hat belegt, dass eine Entkopplung der Ökonomie von der politischen Kontrolle weitreichende Folgen haben kann, die auf andere Bereiche ausstrahlen. Allerdings zeigt das Beispiel der Ukraine, dass eine zu enge Verflechtung von Politik und Wirtschaft für eine Demokratie, insbesondere dann wenn sie sich noch in einem Konsolidierungsprozess befindet, schädlich sein kann. Wenn Oligarchen in Parlamenten sitzen, Regierungsgämter übernehmen und weitreichenden Einfluss auf politische Prozesse jenseits der verfassungsmäßigen Ordnung haben, so ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass diese vorrangig ihre Individualinteressen auf Kosten des Allgemeinwohls befriedigen. Die Bürger der Ukraine haben gemerkt, dass über Jahrzehnte die Interessen von Oligarchen eher Gehör fanden als ihre eigenen. Das sinkende Vertrauen in Parteien, Parlament, Regierung und Politiker war somit eine logische Folge. Sollte der Krieg in der Ostukraine irgendwann beendet sein, was sich derzeit nicht absehen lässt, so steht das Land vor gewaltigen Herausforderungen. Neben der Aussöhnung mit einem großen Teil der Bevölkerung und dem Wiederaufbau des Ostteils des Landes muss auch das politische System grundlegend umstrukturiert werden. Eine Konsolidierung des demokratischen Systems ist ohne die Beschränkung der Ein-

flussnahme der Oligarchen faktisch ausgeschlossen. Durchgehende Transparenz bei politischen Prozessen sollte dabei den Hauptfokus bilden. Die Ukraine ist bekannt für schwer nachvollziehbare Abläufe in politischen Meinungsfindungs- und Entscheidungsprozessen. Parteien und Parlament sollten hier eine grundlegende Neujustierung ihrer Arbeit anvisieren. Eine öffentliche Einsicht in bevorstehende Gesetzesentwürfe unter Nennung der Verfasser wäre hierbei ein möglicher Schritt. Ebenso sollten Parteien offenlegen, welche Spenden sie von welchen Privatpersonen bzw. Vereinen oder Unternehmen erhalten haben. Nicht zuletzt bedarf es einer Verhaltensänderung politischer Akteure. Diese sollten sich als Teil des politischen Systems begreifen und ihrer grundlegenden Aufgabe der Volksvertretung nachkommen. Das Anstreben eines Mandats allein aus der Motivation heraus, politische Entscheidungen zugunsten des privaten Wirtschaftsunternehmens zu beeinflussen bzw. vor Strafverfolgung geschützt zu sein, reicht nicht aus, um das Funktionieren eines demokratischen Systems zu gewährleisten. Eine staatspolitisch verantwortliche Haltung im besten Sinne ist in der Ukraine kaum zu finden, ist jedoch für das Überleben einer Demokratie von grundlegender Bedeutung. Wenn es zukünftigen Generationen gelingt, diese Haltung zu entwickeln, nach ihr zu handeln und sich dem Einfluss der Oligarchen zu widersetzen, dann kann die Konsolidierung der ukrainischen Demokratie gelingen. Andernfalls drohen dem Land eine dauerhafte Krise, und der Verbleib im Status einer ungefestigten Demokratie, die nicht stark genug ist, um sich gegen innere und äußere Bedrohungen zu verteidigen.

HOCHSCHULPERSPEKTIVEN

Ralf Ludwig

Promotionsrecht für Fachhochschulen: Der falsche Weg!

Von einem «wissenschaftspolitisch historischen Ereignis» sprach der hessische Wissenschaftsminister Boris Rhein vor zwei Jahren bei der Vergabe eines eigenständigen Promotionsrechts an die Fachhochschulen (FHs) in seinem Bundesland. Als erste Fachhochschule in Deutschland hat die Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Fulda das Promotionsrecht erhalten und darf nun ihren Studierenden eigenständig einen Dokortitel verleihen. Inzwischen findet die Initiative von Rhein in anderen Bundesländern Nachahmer. Einmal davon abgesehen, dass auch Wissenschaftspolitiker offensichtlich nur noch Entscheidungen von «historischer Tragweite» fällen, handelt es sich um eine angestoßene Entwicklung, der unbedingt Einhalt geboten werden muss, wenn wir die gut austarierte und arbeitsteilige Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Deutschland sowie die Qualität einer Promotion nicht weiter aufs Spiel setzen wollen.

Ein Promotionsrecht für Fachhochschulen hört sich scheinbar attraktiv an. Neuland werde betreten, ein Wagnis werde eingegangen, die Zeit für ein Promotionsrecht an den FHs sei reif gewesen. Den Universitäten wird in gleichem Atemzug vorgeworfen, mit altbekannten Argumenten, die sich allesamt widerlegen ließen, ein Privileg verteidigen zu wollen. Aufgewacht bin ich

kürzlich in einer Senatskommissionssitzung meiner Universität, in der dieses Thema im Rahmen der Novellierung des Landeshochschulgesetzes diskutiert wurde. Zu meiner Überraschung traten die Gruppen der Studierenden und der wissenschaftlichen Mitarbeiter für ein Promotionsrecht der FHs ein. Zwingende Argumente dafür gab es nicht. Mein Eindruck war eher, dass die Kommissionsmitglieder beim Kampf zwischen David (FHs) und Goliath (Unis) auf der Seite des vermeintlich Schwächeren stehen wollten. Auch wenn biblische Ausmaße noch nicht erreicht sind, so möchte ich an dieser Stelle einige Argumente dafür anführen, das Promotionsrecht ausschließlich bei den Universitäten zu belassen.

Das bestehende Hochschul- und Wissenschaftssystem hat sich bewährt.

Natürlich sollte das bestehende Hochschul- und Wissenschaftssystem ab und an auf den Prüfstand gestellt werden. Aber warum Bewährtes aufgeben? Im Hochschul- und Wissenschaftssystem haben Fachhochschule und Universitäten eigenständige Profile mit sich gegenseitig ergänzenden Aufgaben. Die FHs garantieren eine anwendungsorientierte und praxisnahe Ausbildung, die Universitäten hingegen eine Ausbildung durch

Wissenschaft und exzellente Grundlagenforschung. Diese Struktur und Aufgabenteilung sollte nicht verwässert werden. Alle Einrichtungen verlören ihren «Markenkern».

Chronische Unterfinanzierung der Hochschulen

Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung sind Voraussetzungen für eine sich entwickelnde Volkswirtschaft. Aus diesem Grund muss die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen ein Ende finden. Stattdessen werden mit befristeten Sonderprogrammen die Spitzenforschung einzelner Universitäten gefördert («Exzellenzinitiative») oder die größten Löcher in der Lehre gestopft («Hochschulpaktmittel»). Die Arbeitsfähigkeit von Universitäten hängt immer stärker von Drittmitteln ab. Wir brauchen keine Titeldiskussion, sondern eine solide Grundfinanzierung der Universitäten, damit sie ihre Daueraufgaben in Lehre und Forschung erledigen können.

Promotionsrecht für wenige FHs oder einzelne Fachbereiche?

Ein defensives Argument der Protagonisten für die Einführung des «Doktorhuts an Fachhochschulen» lautet: Wir fordern für Fachhochschulen kein grundsätzliches Promotionsrecht (heute noch nicht, aber vielleicht morgen?), sondern nur für nachweislich forschungsstarke Einrichtungen. Kriterien seien dabei Publikationen und Drittmittelwerbung. Ein solches Promotionsrecht für nur wenige FHs oder Fachbereiche würde unweigerlich zu einem Zweiklassensystem und neuen Forderungen führen: nach einer besseren Ausstattung (damit forschungsstark promoviert werden kann!), nach einer Angleichung der Lehrdeputate

(damit mehr Zeit für die Forschung bleibt!) und nach einer erhöhten Besoldung (gleicher «Lohn» für gleiche Arbeit an FHs und Universitäten).

Bachelor, Master, Promotionsrecht, was noch?

Mit der Einführung von Bachelor und Master im Rahmen des Bologna-Prozesses wurden aus Fachhochschulen inzwischen allerorten «Hochschulen für Angewandte Wissenschaften», die nun Titel wie den Bachelor und Master vergeben dürfen. Dagegen war wenig zu sagen, denn schließlich sind die FHs für eine gute Lehre bekannt. Zu einer FH-Professur gehört ein umfassendes Lehrdeputat von 18 Semesterwochenstunden. Die Kehrseite der Medaille ist wenig Zeit für die Forschung. Bei der Zahl und Qualität der Veröffentlichungen sowie der Drittmittelwerbung hinken die FH-Professoren natürlicherweise hinterher. Im Schnitt warb 2014 ein Universitätsprofessor achtmal so viel Drittmittel ein wie ein FH-Professor, nämlich 33 gegen 256 Tausend Euro. Nun sind Drittmittel nicht das Maß aller Dinge. Fakt aber bleibt: Grundlagenforschung findet an den FHs kaum statt. Exzellente Wissenschaft und Forschung aber sind der Nährboden für eine anspruchsvolle und erfolgreiche Promotion, die ihren Namen verdient.

Was ist eine Promotion?

Gerne würde ich den Wissenschaftsministerinnen des Bundes und der Länder diese Frage stellen. Lesen wir die Antwort bei «Dr. Wikipedia»: «Die Promotion (lateinisch promotio «Beförderung») ist die Verleihung des akademischen Grades eines Doktors oder einer Doktorin in einem bestimmten Studienfach und in Form einer Promotionsurkunde. Sie

gilt als Nachweis der Befähigung zu besonders vertiefter wissenschaftlicher Arbeit und beruht auf einer selbstständig verfassten wissenschaftlichen Arbeit, der Dissertation, sowie einer mündlichen Prüfung (Rigorosum, Disputation oder Kolloquium) ...»

Daraus ergeben sich zwangsläufig Fragen für die Vergabe des Promotionsrechts an Fachhochschulen: Ist eine vertiefte «wissenschaftliche Arbeit» ohne nennenswerte Grundlagenforschung überhaupt möglich? Kann ein betreuender Fachhochschulprofessor mehr Erfahrung mit wissenschaftlicher Arbeit aufweisen als die bei seiner eigenen Promotion? Mit einem Promotionsrecht für FHs würde diese bescheidene Erfahrung wohlmöglich auch noch wegfallen. Welchen Umfang und welche Qualität haben Promotionen? Wer begutachtet die Dissertationsschriften? Universitäts- oder andere FH-Professoren? Welche Maßstäbe werden angelegt. Gleiche Fragen stellen sich für das Rigorosum oder die Disputation. Werden die Ergebnisse der schriftlichen Doktorarbeit zeitnah veröffentlicht?

Die Sorgen über ein absinkendes Niveau einer Promotion sind durchaus begründet. Man kann auch wie George Turner bekla-gen, dass generell zu viel über nicht relevante Fragen «herumpromoviert» werde. Dieser Trend wird durch die Verleihung des Promotionsrechts an immer mehr Institutionen jenseits der Universitäten sicher verstärkt. Turner befürchtet zudem, dass aus Prestigegründen «jede kleine Klitsche zur Doktor-Schmiede» würde.

Wissenschaftliches Arbeiten

Eine Promotion dient nicht primär der Erreichung einer höheren Gehaltsstufe in der Wirtschaft, sondern bestätigt die Befähigung

zu vertiefter selbstständiger wissenschaftlicher Arbeit. Nach Meinung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) ist die «Promotionsphase kein dritter Studienabschnitt nach dem Erwerb der Grade «Bachelor» und «Master», sondern vielmehr die erste Stufe einer Forscherlaufbahn oder jeder anderen Laufbahn, die den Beleg einer eigenständigen Forschungsleistung (Dissertation) erfordert». Wenn das der Anspruch an eine Promotion ist, dann sind die Fachhochschulen denkbar schlecht auf das «Promovieren» vorbereitet.

Alleinstellung durch «Spezialisierung und Randständigkeit»

Ein häufig gehörtes Argument lautet auch: Die FHs könnten in Fächern promovieren, die an den Universitäten nicht gelehrt werden. Vorsicht, hier muss einer auch an den Universitäten grassierenden Entwicklung Einhalt geboten werden: nämlich der zunehmenden Ausdifferenzierung und Spezialisierung von Fächern und Studiengängen. Das kann ich selbstkritisch auch aus der Chemie berichten. Anstatt bereits bei den Bachelor- und vor allem Masterstudiengängen frühzeitig spezialisierte Studiengänge anzubieten (Biochemie, Materialchemie, Meer- eschemie, Katalyse, etc.), sollte mit einem allgemeinem, aber anspruchsvollem Chemiestudium die Grundlagen für eine Promotion gelegt werden. Doch die Verlockungen sind zu groß, über immer mehr Studiengänge die Zahl der Studierenden in die Höhe zu treiben, um so die Vorgaben der Hochschulleitungen und Länderministerien zu erfüllen. Bei den Fachhochschulen ist darüber hinaus die Tendenz zu beobachten, dass Ausbildungsberufe zu Studiengängen entwickelt werden. Mit dem Charakter einer Promotion hat dies alles nichts zu tun.

Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen im «Wartestand»

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie die Max-Planck-, Leibniz-, Fraunhofer- und Helmholtz-Institute trappeln schon seit Jahren mit den Hufen. Durch den «Pakt für Forschung und Innovation» erhielten sie seit 2005 Haushaltszuwächse von bis zu fünf Prozent. Davon können die Universitäten nur träumen (Perspektiven 2016). Sollten die FHs ein Promotionsrecht erhalten, dann könnte es den außeruniversitären Forschungseinrichtungen kaum verwehrt werden. Dann würde Spitzenforschung mit Promotionsrecht nur noch dort stattfinden. Weniger starke Promovenden verblieben an den Universitäten. Dieses Spannungsverhältnis besteht schon seit längerem. Ohne ausschließliches Promotionsrecht würden die Universitäten diesen Wettbewerb ein- und für allemal verlieren. Festzuhalten bleibt: Lehre und Forschung werden sich nur an Universitäten gegenseitig durchdringen, nicht aber an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen (ohne Lehre) oder an den Fachhochschulen (keine kompetitive Grundlagenforschung).

Universitäten: An die eigene Nase fassen

Die Universitäten können und müssen selbst dazu beitragen, dass das Promotionsrecht ihr Privileg bleibt. Der Trend verläuft anders. Promotionen sind durch Plagiatsaffären in Misskredit geraten. Es verstärkt sich der Eindruck, dass heute zu jedem beliebigen Thema promoviert werden kann. Qualität und Seriosität einer Promotion sind in Frage gestellt. Die Promotion steckt zweifellos in einer Krise. Einige Wissenschaftler sprechen bereits von der Vergabe von

«Dokortiteln für Wiederkäuern». Ein immer stärker verschultes Studium und das von der Politik geforderte «Fitmachen für den Arbeitsmarkt» gefährden die Qualität und das eigentliche Ziel einer Promotion. Die Promotion wird immer mehr als dritter Studienabschnitt (nach Bachelor und Master) gesehen, als ein weiteres Zertifikat für eine erfolgreiche Bewerbung auf dem Arbeitsmarkt. Wenn die Universitäten ihr Privileg also behalten wollen, dann müssen die Promotionen ein auf Qualität und Wissenschaftlichkeit beruhendes Gütesiegel bleiben oder wieder werden.

FH-Absolventen ohne Promotion?

Müssen FH-Absolventen nun ohne Promotion bleiben? Mitnichten. Besonders in den technischen Fächern gibt es seit langem gut funktionierende Promotions-Kooperationen zwischen beiden Hochschultypen. Deshalb hat sich die «Konferenz der Fachbereichstage» (KFBT) auch nicht der Forderung nach einem eigenständigen Promotionsrecht für die Fachhochschulen angeschlossen. Angestrebt wird stattdessen ein «kooperatives Promotionsverfahren», das einerseits die wissenschaftliche Qualität einer deutschen Promotion erfüllt, und andererseits FH-Professoren als gleichberechtigte Gutachter kollegial am Betreuungs- und Begutachtungsprozess beteiligt. Ausgezeichnete FH-Absolventen müssen also zur Promotion nicht zwingend an eine Universität wechseln. Die «kooperative Promotion» ermöglicht ihnen eine Promotion an der eigenen Hochschule. Aus Sicht der Fachhochschulen gibt es zwei leicht überwindbare Hürden: Erstens, die FHs müssen sich auf Partnersuche begeben (Kooperationsverträge zwischen FHs und Unis existieren allerorten!) und zweitens im

Promotionsausschuss die Anwesenheit von Universitätskolleginnen ertragen. Ist das machbar? Ich meine ja.

Eigene Erfahrungen mit FH-Absolventen

Meine Erfahrungen mit FH-Absolventen sind ausgezeichnet. Sie sind sehr gut ausgebildet und bringen eine entschiedene Einstellung zur Promotion mit. In Abhängigkeit von geltenden Promotionsordnung bestehen für sie in der Regel zwei Möglichkeiten zur Promotion. Entweder wechselt der Master-Absolvent an eine Universität und beantragt die Zulassung zur Promotion, und/oder es existiert wie oben beschrieben ein «kooperatives Promotionsverfahren». Beim Übergang zur Universität werden den Promovenden in der Regel noch der Besuch von Veranstaltungen aufgebürdet, die sie auf der Fachhochschule nicht oder nicht ausreichend haben besuchen können. In meinem Fach der Chemie gehören dazu in der Regel die «Theoretische Chemie», Vorlesungen der «Physikalischen Chemie» und Spezialveranstaltungen zum eigentlichen Promotionsthema. Der Wechsel von Fachhochschulern an eine Universität ist in der Regel nicht durch das fehlende Promotionsrecht der FHs motiviert. Die ausgezeichneten Absolventen wollen an einer Universität, eventuell in Kooperation mit einer exzellenten außeruniversitären Forschungseinrichtung, vertieft wissenschaftlich arbeiten und Spitzenforschung betreiben.

Großzügige Politik: Die Titelverleihung kostet nichts

Ein kurzes *Fazit* lautet: Bei den bestehenden «Spielregeln» ist es jedem sehr guten Fachhochabsolventen möglich, sich im Rah-

men eines «Kooperationsvertrages» an der eigenen FH oder durch einen Wechsel an eine Universität promoviert zu werden. Solche Wechsel tun im Übrigen gut und weiten den Horizont. Das gilt auch für Absolventen eines Universitätsstudiums spätestens nach dem Bachelor oder Master.

Bleibt also die Frage zu beantworten, warum sich Wissenschaftspolitiker bei der Vergabe des Promotionsrechts an die Fachhochschulen ungewohnt großzügig zeigen. Die simple Antwort lautet: Es kostet nichts, bringt aber Sympathiepunkte. Anstatt beide, Fachhochschulen und Universitäten auskömmlich zu finanzieren, verteilen sie Freibriefe für die Titelverleihung. Und hier schließt sich der Reigen zu der anfänglich erwähnten Senatskommissionssitzung: Es gibt doch nichts Schöneres für eine Landesregierung, als wenn sich die Gruppen einer Universität in einer so wichtigen hochschulpolitischen Frage wie dem Promotionsrecht gegeneinander ausspielen lassen.

Literatur

- Boris Rhein, Bernhard Kempen: Passt der Doktorhut zur Fachhochschule? In: *ZEIT Campus*, 1. Dezember 2016.
- George Turner: Der Dr. FH ist unverantwortlich. In: *Der Tagespiegel*, 24.10.2016.
- Bärbel Brockmann: Wie FH-Absolventen promovieren können. *Süddeutsche Zeitung*, 24.10.2017.
- Maximilian Sippenauer: Ein Dokortitel fürs Wiederkäuen. *Süddeutsche Zeitung*, 21.10. 2017.
- Birgitta vom Lehn: Herr Prof. Dr. (FH). *FAZ*, 28.03.2014.
- Julia Becker: Promovieren mit Fachhochschulabschluss? *academics, DIE ZEIT Forschung & Lehre*, März 2016.
- www.hrk.de/themen/forschung/promotion (15.03.2018).

30 Jahre nach Tian'anmen

Studierende in China zwischen Hoffnung und Bevormundung

Kaum ein anderes Land hat in den letzten drei Jahrzehnten eine so rasante Entwicklung erlebt wie die Volksrepublik China. Nirgendwo sonst ist die Mittelschicht stärker gewachsen, sind mehr Menschen aus der Armut aufgestiegen. Und zu keinem Zeitpunkt hat es in China mehr junge Menschen gegeben, die an den Universitäten des Landes studieren. Anders als 1989, im Schicksalsjahr der chinesischen Studenten, ist die gegenwärtige Generation politisch apathisch und hält sich aus öffentlichen Angelegenheiten heraus. Der Autor Robert Liniek arbeitete fünf Semester lang vom Frühjahr 2016 bis Sommer 2018 als Dozent für deutsche Sprache und Kultur an der Ocean University of China in der Küstenstadt Qingdao, die zwischen 1889 und 1919 deutsche Kolonie war. Er hat Beobachtungen aus dem Alltag und der Weltsicht der Studenten festgehalten.

Kollektivismus und Leistungsdruck an Schulen und Universitäten

Das erste Semester eines chinesischen Studenten beginnt mit militärischem Drill. Vierzehn Tage Leibesertüchtigung in soldatischer Tarnkleidung läuten die Studienzeit an der Ocean University of China ein. In den frühen Morgenstunden, kaum ist die Sonne über den Laoshan-Bergen in Qingdao aufgegangen, stehen Hunderte und Aberhunderte von Studierenden in Reih und Glied. Man soll den künftigen Akademikern nicht

vorwerfen können, sie würden im Studium erschlaffen und die Wehrfähigkeit des Landes vernachlässigen. Exerzierende Studenten gehören zum Alltag der chinesischen Universitäten. Den Jungakademikern wird klargemacht, dass Sekundärtugenden und Kollektivismus nicht nur zur Schule, sondern auch zur Hochschule gehören. Auch sonst sind die Studienanfänger Gehorsam gewohnt. Bittet man einen der Germanistikstudenten zu Beginn des ersten Semesters um eine Antwort, springen sie – noch ganz die Verhaltensregeln der gerade absolvierten Oberschule verinnerlicht – von ihrem Stuhl, um dem Lehrer Respekt zu erweisen. Für den neuen ausländischen Dozenten in der Deutschabteilung an der Ocean University of China waren diese Beobachtungen ein Kulturschock, an den zu gewöhnen schwierig war und Zeit brauchte. Undenkbar wären derartige Szenen in Deutschland.

Viele Studenten in China hoffen, mit Studienbeginn den größten Lernstress bereits hinter sich zu haben. Denn in China bedeutet die Schulzeit die anstrengendste Zeit des Lebens: Die schulische Bildung des in der Regel einzigen Kindes hat für chinesische Familien den höchsten Stellenwert, dem sich alles andere unterzuordnen hat. Dafür sind die Eltern der Mittelschicht bereit, viel zu opfern. Dies geht so weit, dass einige Familien das gesamte Ersparte für den Kauf einer Wohnung ausgeben, die in einem Bezirk mit einer besseren Schule liegt, die dem Kind dann als weiterführende

Mittelschule zugewiesen werden kann. Der Schultag ist lang, der Unterricht frontal und nicht vordergründig auf Urteilsbildung oder die Erziehung zu mündigen Persönlichkeiten ausgerichtet. Im Mittelpunkt steht die Vorbereitung auf abfragbares Wissen, alles dreht sich um die Prüfungen am Ende eines Schuljahres. Die Wochenenden fast aller Schüler sind reserviert für privaten Nachhilfeunterricht, besonders nachgefragt ist Fremdsprachenunterricht, der an den öffentlichen Schulen zu kurz kommt. Die soziale Herkunft, die materiellen Möglichkeiten der Familien entscheiden im sozialistischen China maßgeblich über die Qualität der Bildung und damit den Schulerfolg der Kinder.

Am Ende der Schulkarriere läuft alles auf die Hochschulzugangsprüfung, das so genannte Gaokao, hinaus. Von dem Ergebnis dieser Prüfung allein hängt ab, ob der Schulabgänger die gewünschte Universität, den angestrebten Studiengang besuchen darf. Besonders beliebt sind die finanziell stark geförderten Universitäten, die Mitglieder in den Programmen «Project 211» und «Project 985» sind, zu denen auch die Ocean University of China gehört. Wer sich für ein Studium an diesen Universitäten qualifiziert, darf sich glücklich schätzen. Nicht nur erfüllen sie damit die hohen Erwartungen der Eltern, sondern auch die Karriereaussichten hellen sich auf.

Politische Apathie und verordneter Nationalismus

Viele Pflichtveranstaltungen prägen den Studienalltag, ideologische Indoktrination zum Marxismus chinesischer Prägung inklusive. Seit dem Beginn der Präsidentschaft von Xi Jinping im Jahr 2012 ist der offizielle

Ton in China nationalistischer geworden, vor allem mit Blick auf den Status von Taiwan und die zwischen China und seinen Nachbarn strittigen Inseln im Südchinesischen Meer. Aber auch der Personenkult um Xi und seine angeblichen Verdienste um die Weiterentwicklung des Sozialismus chinesischer Prägung gehören mittlerweile zum Curriculum. Kritische Studierende sprechen hinter vorgehaltener Hand von «Gehirnwäsche», die meisten ertragen die Indoktrination tapfer und doch ohne jede Leidenschaft. Jene Studierende, die in die kommunistische Jugendliga eintreten, verpflichten sich zur Teilnahme an vielen Fortbildungen, um später Parteimitglied zu werden. Selbst diese Studierenden sind nach eigener Aussage politisch meistens desinteressiert. Sie entscheiden hauptsächlich aus Karrieregründen, in der Hoffnung auf spätere Pfründe und gedrängt von den Eltern, sich der Staatspartei mit über 90 Millionen Mitgliedern anzuschließen.

Während die marxistische Ideenwelt an Chinas Universitäten eher in die Leere zu laufen scheint, ist der Nationalismus wirkmächtiger. Die allgegenwärtige Parteiorganisation, in der Studienverwaltung durch zahlreiche Sekretäre vertreten, sorgt dafür, dass die nationalistischen Vorgaben in regelmäßigen Informationsveranstaltungen auch an die Studenten weitergegeben werden. Durchaus mit Erfolg, wie die chinesische Studierende Yang Shuping in den USA zu spüren bekam: Als Yang im Mai 2017 an der University of Maryland ihr Studium abschloss, nutzte sie ihre Rede auf der Abschlussfeier, um die demokratische Kultur an amerikanischen Universitäten zu würdigen, die es in China nicht gäbe. In ihrer Heimat galt Yang fortan als Nestbeschmutzerin. Dabei kam die moderatere Kritik an

Yang Shuping noch von den offiziellen Presseorganen des Landes. Sie habe das Vaterland beleidigt, hieß es in der China Daily, dem englischsprachigen Zentralorgan der KP. Die schärfste Häme bis hin zu persönlichen Drohungen gab es in den sozialen Medien, in denen Yang u. a. als «Verräterin» wüst beschimpft wurde. Die Kritik kam auch von Studierenden chinesischer Universitäten, die sich mit nationalistischen Tiraden gegen Yang überboten.

Abgesehen von nationalistischen Empfänglichkeiten hier und da, ist der chinesische Durchschnittstudent ein politischer Abstinenzler. Waren Teile der chinesischen Jugend zur Zeit der Reformära des Mao-Nachfolgers Deng Xiaopings hochpolitisiert und in der Hoffnung, dass auf die wirtschaftliche Öffnung auch politische Reformen folgen, sind die Studierenden von heute ohne Illusionen. Wohl keine Generation der Zwanzig- bis Dreißigjährigen in China war politisch antriebsloser als die gegenwärtige. Dabei hatte China im 20. Jahrhundert durchaus eine Tradition politischer Studierendengenerationen, die ganz ungleicher Art waren: Beginnend bei der «Bewegung des vierten Mai» im Jahr 1919, deren Proteste sich gegen die Fremdbestimmung durch Japan und westlicher Mächte sowie die für China demütigenden Bestimmungen des Versailler Vertrags richteten; die ideologisch verblendeten und von Mao aufgestachelten Rotgardisten, die während der «Großen Proletarischen Kulturrevolution» ab 1968 das Land terrorisierten und ihre eigenen Lehrer öffentlich demütigten; schließlich die Studentenproteste in der Demokratiebewegung von 1989, von der chinesischen Führung brutal niedergeschlagen. Inzwischen studiert eine Generation des nüchternen Pragmatismus und des Ego-

zentrismus. Wer still hält und sich auf die rasche «Erledigung» des Studiums konzentriert, ist klar im Vorteil. Das Gemeinwohl ist für den durchschnittlichen chinesischen Studenten inzwischen ein eher abstrakter Begriff – allen nationalistischen Phrasen zum Trotz.

Die chinesische Hochschulrealität und die Verlockungen des Auslands

Das Kontrastprogramm zu den sozialistischen Losungen, die alle Seminarräumen dekorieren, ist in den Pausen zu erleben. Die großen Widersprüche der «sozialistischen Marktwirtschaft» – so die offizielle Bezeichnung für das ökonomische Experiment der Volksrepublik – machen auch vor dem Campus nicht Halt: Vor der Mensa wirbt Coca Cola, direkt daneben bemühen sich chinesische Startups um Nachwuchs. Während sich Studentenvertreter in Deutschland wohl gegen eine solche kommerzielle Vereinnahmung «ihrer» Hochschule wehren würden, findet in China keine kritische Reflexion dieser Vermarktung statt. Vor dem Stand der privaten Sprachschulen bilden sich lange Schlangen. Sie locken mit der Verheißung eines Auslandsstudiums, ihre Prospekte bieten sündhaft teure Kurse für Englisch-Zertifikate und Unterstützung bei der Suche nach einer geeigneten Universität in Übersee. Eine ganze Industrie von Sprachschulen und Visa-Agenturen blüht in China und lebt vom Traum junger Leute nach einem Studium im Ausland. Die Zahl junger Chinesen, die es nach dem ersten Abschluss in der Heimat ins westliche Ausland zieht, ist ungebrochen hoch.

Fraglos haben die Universitäten des bevölkerungsreichsten Landes in der Qualität von Forschung und Lehre große Fort-

schritte gemacht. Dennoch hinken viele von ihnen im internationalen Vergleich noch hinterher. Das betrifft vor allem provinzielle und drittklassige Universitäten. Wissenschaftliche Integrität etwa steckt an diesen Hochschulen oft in den Kinderschuhen. Da eine beträchtliche Zahl der einheimischen Dozenten bis heute keinen Begriff vom Schutz geistigen Eigentums hat und selbst vielfach auf fragwürdigem Wege zum akademische Titel gekommen ist, wird die Vermittlung akademischer Grundsätze in Haus- und Abschlussarbeiten stark vernachlässigt. Es verwundert daher kaum, dass Studierende, die in der Hochschulzugangsprüfung schlecht abgeschnitten haben und Studienplätze an nachrangigen Universitäten angeboten bekommen, mit den Füßen abstimmen und schon als Schulabgänger ins Ausland gehen – vorausgesetzt, die finanzielle Situation der Familien lässt es zu. Seit 2005 hat sich die Zahl der Chinesen, die im Ausland studieren, verdoppelt: Im Jahr 2018 sind über 800.000 Chinesen an ausländischen Universitäten eingeschrieben, davon rund 40% in den USA. Noch immer sind internationale Abschlüsse angesehener und auf dem Arbeitsmarkt vielversprechender als einheimische Diplome. Und Wettbewerbsfähigkeit hat einen hohen Stellenwert in einem Land mit nahezu anderthalb Milliarden Bürgern.

Arbeitspensum chinesischer Studierender: Zu beschäftigt für den Aufstand

Dass bei vielen Studenten das Fernweh reift, verwundert auch aus einem anderen Grund nicht: Die chinesische Universität ist zwar kein Gefängnis. Es gibt durchaus Freiräume und attraktive Studienbedingungen: Arbeitsgemeinschaften, ein von Stu-

dierenden verantwortetes Campus-Radio, gigantische Sportanlagen, ein großes Kursangebot, internationale Studierende und Dozenten. Doch das Gefühl der Enge und Entmündigung nimmt bei vielen Studierenden mit der Semesterzahl zu. Zwischen vier und sechs von ihnen leben in einem winzigen Zimmer im Studentenwohnheim. Für alle Studierenden besteht Residenzpflicht auf dem Campus. Bis spätestens 22 Uhr müssen die Studierenden in ihren Zimmern sein, ansonsten bleiben sie ausgesperrt, eine halbe Stunde später wird das Licht zentral abgeschaltet. Studenten gelten in China nicht als gleichberechtigte Erwachsene, denen man auf Augenhöhe begegnet. Das erklärt vielleicht auch, weshalb ausländische Dozenten ihre chinesischen Studierenden zwar für außerordentlich fleißig und motiviert halten, sie aber auch als unreif, naiv und verspielt wahrnehmen, jedenfalls verglichen mit ihren westlichen Altersgenossen. Der Wechsel vom behüteten Zuhause der Eltern an die Universität geht in China nicht mit einem spürbaren Mehr an Verantwortung einher.

Auch das Engagement der Studenten in kulturellen Campus-Aktivitäten sind eher von oben verordnete Initiativen, in deren Rahmen die Studierenden gewisse Freiheiten haben, etwa bei Theatergruppen. Zu den unterstützten Initiativen von Studierenden gehören unter anderem so harmlose Aktivitäten wie etwa die Pflege der streunenden Hunde auf dem Campus oder eine Aktion zur vorbildlichen Mülltrennung. Immerhin: Eine von einem Kollegen und mir initiierte Studentenzeitschrift auf Deutsch, die auch als ein Leseangebot für die deutschsprachige Community in der Stadt Qingdao gedacht ist, wurde überraschend zugelassen. Ein subversiver Hin-

tergrund dieser Idee wurde offenbar nicht angenommen.

Chinesische Studierende werden von der Universität auf Trab gehalten. Studierende eines geisteswissenschaftlichen Fachs belegen im ersten Studienjahr zusätzlich noch Unterricht in Mathematik und Naturwissenschaften. Viele Aspekte des chinesischen Universitätsalltags erinnern eher an eine Schule. So gibt es jedes Jahr ein zweitägiges Sportfest, die Teilnahme an den Wettkämpfen ist obligatorisch. Die Studierenden besuchen über die Hälfte aller Kurse in festen Klassenverbänden, denen ein Klassenlehrer vorsteht. Turniere und Wettbewerbe spielen eine große Rolle auf dem Campus, was sicher auch dem chinesischen Wettbewerbsgeist geschuldet ist.

Die ersten beiden Studienjahre werden von der Universitätsverwaltung straff durchgeplant. Das verordnete Arbeitspensum, das nicht ansatzweise zu vergleichen ist mit dem europäischer Studierender, hat offenbar einen Hintersinn, der über das vorgebliche Ziel, die Studierenden zu umfassend gebildeten, wettbewerbsfähigen Absolventen auszubilden, hinausgeht: Die Studentenproteste vom Tian'anmen-Platz in Beijing im Juni 1989 haben sich ins kollektive Gedächtnis eingebrannt. Gespräche über dieses sensibelste Datum der chinesischen Geschichte werden fast nie offen geführt, sondern eher andeutungsvoll, kryptisch: So sprechen geschichtsbewusste und kritische Chinesen, auch an den Universitäten, am 4. Juni vom «Vorabend» jenes Tages, als Panzer der Volksbefreiungsarmee die friedlichen Studierendenproteste niederwälzten. Und auch die chinesische Führung hat die Ereignisse des Jahres 1989 nicht vergessen. Nichts fürchtet sie mehr als ein zweites Tian'anmen, Forderungen nach Mei-

nungsfreiheit und Mitbestimmung sollen gar nicht erst aufkeimen. Keine Universität Chinas möchte Ausgangspunkt von «Unruhen» sein. Umso mehr bemühen sich ihre Leitungen, die Studierenden maximal auszulasten und ihnen zugleich mit Angeboten für die Gestaltung der spärlichen Freizeit entgegenzukommen.

Selbst wenn es wieder vereinzelt Widerstände gebe, so blieben sie in China doch isoliert. Erwartungsgemäß gab es nach dem Tod des großen Regimekritikers Liu Xiaobo, eines Hochschullehrers aus Nordchina, der in Anerkennung seines Engagements für Menschenrechte in China und für seine Vermittlung während der Proteste 1989 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden war und im Juli 2017 in chinesischer Haft gestorben ist, keine einzige Solidarierungsaktion an einer chinesischen Hochschule. Natürlich muss das persönliche Risiko eines politischen Engagements jenseits der Parteilinie in Rechnung gestellt werden. Dass die meisten Studierenden den Namen Liu Xiaobo nicht einmal kennen, ist jedoch bezeichnend und auch das Ergebnis einer rigiden Informationspolitik, staatlich überwachter Medien und der berüchtigten chinesischen Internetzensur, auch als «Great Firewall» verspottet. Sie setzt vor allem auf die Sperrung allzu kritischer ausländischer Online-Medien und sozialer Netzwerke wie Facebook.

Und dennoch: Das kollektivistische Fundament der chinesischen Universität bröckelt an manchen Stellen. Immer häufiger empören oder amüsieren sich Studierende in den sozialen Netzwerken wie Weibo oder Wechat über den herablassenden Umgang mit ihnen, die oft widersprüchliche Politik der Universitätsoberen, die Militärübungen oder die ideologische Vereinnahmung.

Es gibt auch eine wachsende Zahl von Studenten, die sich der Residenzpflicht auf dem Campus erfolgreich und ungeahndet entzieht, die mehr Distanz, mehr Unabhängigkeit von der 24-Stunden-Universität sucht. Und wenn sie schon nicht die Möglichkeit haben, im Ausland zu studieren, machen viele Studierende doch immerhin von der Möglichkeit Gebrauch, Sommerschulen europäischer Universitäten zu besuchen, Eindrücke von der Außenwelt einzufangen,

die ihr chinesisches Bild einer Universität ergänzen. Zugleich kehren jährlich Zehntausende von chinesischen Absolventen ausländischer Hochschulen in die Heimat zurück, denn attraktive Stellen mit guten Verdienstaussichten gibt es inzwischen auch in Chinas boomender Wirtschaft. Dass sie neben ihrem Abschluss auch die Erfahrung eines liberaleren Studiensumfelds mitbringen, stellt den Status Quo der chinesischen Universitäten vor Herausforderungen.

JUNGE PERSPEKTIVEN

Hendrik Küpper

Der utopische Mangel der heutigen Sozialdemokratie Junge Perspektiven zwischen Krise, Regierung und Erneuerung

Eine Partei, die 150 Jahre Geschichte nicht nur «in alter Frische» überleben, sondern diese, den tief veränderten Umständen gemäß, mit neuem Elan und einer in der jetzigen Zeit mitreißenden Mission fortführen will, muss zum Wandel zur rechten Zeit fähig sein. Sie kann dabei freilich nicht dem Modell der »Quasikristalle« folgen, das es der Einfühlung des Betrachters überlässt, in den vielen divergenten Episoden, aus denen sich im Verlaufe der wechselnden Umstände von Opposition und Regierung ihre Praxis zusammensetzt, etwas Verbindendes zu erkennen. Die SPD hat sich, den Notwendigkeiten entsprechend, in ihrer langen Geschichte mehr als einmal an Haupt und Gliedern erneuert.¹

Anlässlich des 150. Geburtstages der SPD im Mai 2013 betonte der sozialdemokratische Politikwissenschaftler Thomas Meyer, dass die Geschichte der Sozialdemokratie ohne tiefgreifende Erneuerungsprozesse nicht denkbar ist. Will die SPD mit ihrer Politik die geistige Situation der Zeit nicht ver-

fehlen, darf sie einen «Wandel zur rechten Zeit» nicht verpassen. Inzwischen – 5 Jahre später und zum zweiten Mal nacheinander in einer Großen Koalition an der Regierung beteiligt – hat die Rede von der Erneuerung in der SPD erneut Konjunktur und einen neuen Höchststand erreicht. Das historisch schlechte Ergebnis von 20,5 % bei der vergangenen Bundestagswahl im September 2017 sowie die noch schlechteren Umfragewerte in der letzten Zeit lassen für alle deutlich werden, was eigentlich lange klar war: Die SPD befindet sich in einer tiefen Krise. Ein umfassender Erneuerungsprozess ist unausweichlich, will die SPD eine relevante politische Kraft bleiben. Doch obwohl innerhalb der Partei vermutlich alle für Erneuerung sind, fällt es höchst unterschiedlich aus, was unter dieser verstanden wird.

Während es beispielsweise Initiativen wie SPD++ oder Disrupt SPD besonders um die organisationspolitische Erneuerung geht, scheinen einige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten am liebsten von jetzt auf gleich alles umkrepeln zu wollen oder auch nur einzelnes Personal austauschen zu wollen. Die SPD selbst scheint inzwischen besonders auf digitale Beteiligungsformen zu setzen. Doch bereits im Jahr 2000

¹ Thomas Meyer, *Zwischenruf: Der utopische Überschuss der Sozialdemokratie*, in: «Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte» 5/13, S.59.

wusste Helga Grebing: «Der Anspruch, alles neu machen zu wollen, wirkt eher hilflos: [...] Ein inhaltsarmer internet-trächtiger Praktizismus – so kündigt [die] SPD an, dass Gästebücher, Foren und Chats Beteiligungsmöglichkeiten an der Programmdiskussion für Mitglieder und Nichtmitglieder eröffnen sollen – läuft im modischen Trend liegend auf die Auflösung eines angedachten gesellschaftlichen Ganzen hinaus, dessen Reflexion man sich nicht mehr zutraut.»² Ein Erneuerungsprozess also, in welchem konkreter Politik keine Gesellschaftsanalyse und keine kritische Reflexion der bestehenden Verhältnisse vorausgeht, kann nicht zielführend sein. Und ohnehin macht Meyer an einer späteren Stelle seines eingangs erwähnten Textes darauf aufmerksam, dass neue Antworten der Sozialdemokratie ehrgeizig sein müssen und durchaus über unmittelbar erreichbare Ziele hinausgehen dürften, «nicht als Utopismus des bloßen Wünschens, sondern als eine realistische Utopie mit konkreten Begründungen der Machbarkeit.»³ Ohne ein Andenken des gesellschaftlichen Ganzen ist dies unmöglich.

Statt ausschließlich nach einer organisationspolitischen oder personellen Erneuerung zu streben oder blindes Vertrauen in digitale Strukturen und Partizipationsmög-

lichkeiten zu setzen, müsste also vor allem gefragt werden: Wie sieht ein zeitgemäßes Theorie-Praxis-Verhältnis aus? Woher wird eine neue utopische Energie gewonnen? Und worin bestehen die zentralen Aufgaben der politischen Linken zwischen Krise und Erneuerung? Kurz: Alte Fragen mit neuen Inhalten zu füllen – darum soll es in der nächsten Ausgabe gehen. Oder anders: Einen Beitrag dazu zu leisten, den utopischen Mangel der heutigen Sozialdemokratie zu überwinden und ihr zurück zu einem utopischen Überschuss zu verhelfen, von dem sie historisch stets zehren konnte, ist Ziel dieser Ausgabe.

In den vergangenen Monaten gab es in diversen Zeitschriften, Büchern und auf zahlreichen Internetseiten bereits fruchtbare Beiträge zur Erneuerung der Sozialdemokratie, von denen exemplarisch auf einige an dieser Stelle kurz eingegangen werden soll: Der politische Ökonom Andreas Nölke legte mit seinem Buch *Linkspopulär* ein alternatives, linkspopuläres Programm vor, das auf einer ökonomischen Gesellschaftsanalyse basiert und für die Schließung einer links-kommunitaristischen Repräsentationslücke durch die Sozialdemokratie plädiert.⁴ Nils Heisterhagen kritisierte in seinem Buch *Die liberale Illusion* die liberale Selbstzufriedenheit und fordert einen linken Realismus, der bestehende Probleme nicht schönredet und mit dem Wiedererlernen einer visionsgeleiteten linken Systemkritik einhergeht.⁵ Zudem sprach er sich gemeinsam mit dem Demokratietheoretiker Dirk Jörke für eine «Wiedergewinn-

2 Helga Grebing, *Sozialismus im 21. Jahrhundert. Programmatische Konturen*, in: Dieter Dowe (Hg.), *Demokratischer Sozialismus in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Referate und Diskussionen einer internationalen Konferenz des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Instituts für Soziale Bewegungen der Universität Bochum in Berlin am 2. Oktober 2000*, Bonn 2001, S.49.

3 Thomas Meyer, *Zwischenruf: Der utopische Überschuss der Sozialdemokratie*, in: «Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte» 5/13, S.62.

4 Andreas Nölke, *Linkspopulär. Vorwärts handeln statt rückwärts denken*, Frankfurt a.M. 2017.

5 Nils Heisterhagen, *Die liberale Illusion. Warum wir einen linken Realismus brauchen*, Bonn 2018.

nung des Wirklichen» und die Wiederkehr der Sozialdemokratie als Gegenmacht zum Kapital aus.⁶ Der Gewerkschafter Dierk Hirschel führte eine Abkehr von der Agendapolitik als Voraussetzung für Glaubwürdigkeit an und ergänzt: «Wenn die SPD die Deutungshoheit linker Politik zurückerobert und wieder linke Volkspartei werden will, dann braucht sie emanzipatorische gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus. Dabei geht es im Kern um demokratisch egalitäre Entwürfe einer anderen Welt.»⁷ Ähnlich sieht das auch der Soziologe Oliver Nachtwey, der in einem erneuerten demokratischen Sozialismus und einem inklusiven demokratischen Populismus, der für die vielen da ist, einen möglichen Ausweg aus der Krise der politischen Linken sieht.⁸ Und mit Johano Strasser, der auf die Ökologie setzt sowie empfiehlt, die «Zwecke wieder höher [zu] schätzen als die Mittel»⁹ und Gesine Schwan, die von der SPD endlich eine klare wirtschaftspolitische Alternative zum Neoliberalismus sowie die Weiterentwicklung der «Theorien von John Maynard Keynes unter der Bedingung der Globalisierung»¹⁰ fordert, haben sich auch zwei in

der Sozialdemokratie tief verwurzelte Intellektuelle zur Erneuerungsdebatte geäußert. Und auch von Politikerinnen und Politikern kamen beispielsweise mit der *Anleitung zur Radikalisierung der Sozialdemokratie*¹¹ und *Die SPD – linke Volkspartei im 21. Jahrhundert* wichtige Erneuerungsbeiträge, insbesondere auch von jungen Politikerinnen wie Wiebke Esdar und Elisabeth Kaiser.

Zwar ließe sich die Aufzählung an dieser Stelle noch um weitere wichtige Beiträge ergänzen, doch es wird bereits deutlich: Der Wunsch nach einer Sozialdemokratie, die endlich wieder eine gesamtgesellschaftliche Alternative anbieten kann, die für alle Menschen da ist und die an Glaubwürdigkeit zurückgewinnen kann, besteht in hohem Maße. Darüber hinaus wurde deutlich, dass die verschiedenen Autorinnen und Autoren mit ihren Ideen und Überlegungen zur Revitalisierung der SPD implizit meist drei Schritten berücksichtigen, die in einer Analyse als Grundlage, einer Neudefinition inhaltlicher und kultureller Art sowie in der Neuformulierung der politischen Strategie bestehen.¹² Die folgenden Texte junger Autorinnen und Autoren sollen einen auf diesen drei Schritten basierenden gebündelten Beitrag zum Erneuerungsprozess einer regierenden SPD in der Krise leisten, die Erneuerungsdebatte jüngerer Menschen auch außerhalb des Internets fortführen sowie anregen, dass die Sozialdemokratie zurück zu ihrem utopischen Überschuss findet.

6 Vgl. Nils Heisterhagen, Dirk Jörke: *Wiedergewinnung des Wirklichen*, <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/wiedergewinnung-des-wirklichen-1>.

7 Dierk Hirschel, *Keine «Nebensächlichkeiten des Wahlkampfes»*, <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/keine-nebensaechlichkeiten-des-wahlkampfes>.

8 Oliver Nachtwey, *Für die vielen, nicht die wenigen*, in: «Die Zeit» 6/18, <https://www.zeit.de/2018/06/die-linken-spd-linke-gruene-krise>.

9 Johano Strasser, *Wie die Erneuerung der SPD gelingt*, <http://www.fr.de/kultur/sozialdemokratie-wie-die-erneuerung-der-spd-gelinkt-a-1441453>.

10 Gesine Schwan, *Erneuerung: jetzt!*, in: «Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte» 11/17, S.50-54.

11 Weitere Informationen zu dem Anliegen und dem Text sind unter dem folgenden Link verfügbar: <http://europaradikale-sozis.eu/>.

12 Vgl. Matthias Machnig und Karsten Rudolph, *Wege aus dem Wachkoma. Schritte zur Neubegründung der Sozialdemokratie*, in: «Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte» 5/18, S. 38.

Ein Interview mit dem «Blätter»-Redakteur und Politologen Albrecht von Lucke zur dramatischen Lage der politischen Linken, insbesondere der Sozialdemokratie, eröffnet hierzu die Ausgabe. Mark Fischer setzt sich im Anschluss mit dem Utopiebegriff bei Karl Mannheim und dessen Bedeutung für die Sozialdemokratie auseinander. Es folgen Beiträge von Dorian Baganz, der die SPD in ihrer Mutlosigkeit am Abgrund sieht, sowie ein Text für eine linke SPD im 21. Jahrhundert von neu gewählten, jungen Abgeordneten, der bislang nur online erschienen ist und in dieser Ausgabe von Wiebke Esdar eingeleitet wird. Beiträge zur Bildungspolitik kommen sowohl von Jöran Klatt, der sich mit dem anachronistischen Bildungsnarrativ der Sozialdemokratie im Zeitalter der Digitalisierung auseinandersetzt, von Armin Alizadeh, dessen Artikel

auf die Erneuerung des sozialdemokratischen Bildungsverständnisses abzielt sowie von Jacqueline Dejoze, die die sozialdemokratische Hochschulpolitik der vergangenen Jahre kritisch beleuchtet. Im Anschluss plädiert Carsten Schwäbe für die Bewältigung der neoliberalen Vergangenheit der SPD, während Johannes Heinen die intellektuelle und ökonomische Krise der SPD analysiert und sich im Anschluss daran für eine neue linke Bewegung ausspricht. Eine außenpolitische Kritik Moritz Rudolphs an dem deutschen Mehrheitsbewusstsein, das Berlin als Prügelknaben sieht, sowie die Rezensionen von Aleksandra Petković, Mark Fischer und Hendrik Küpper schließen die Ausgabe.

Interview mit Albrecht von Lucke

«Die deutsche Sozialdemokratie muss endlich ihre existenzielle Lage begreifen»

Die Lage für die politische Linke hat sich seit der Bundestagswahl 2017 radikal verändert. Die Möglichkeit einer wirklich linken Regierungsalternative ist in weite Ferne gerückt und insbesondere die SPD scheint zuletzt immer tiefer in die Krise zu schlittern. Ein umfassender Prozess der Identitätsbestimmung ist längst überfällig – trotz oder vielleicht gerade wegen der Neuauflage der Großen Koalition.

Der Politologe, Jurist und «Blätter»-Redakteur Albrecht von Lucke beleuchtet die

Situation der politischen Linken, analysiert die Krise der Sozialdemokratie und zeigt auf, welche Herausforderungen die SPD bewältigen muss, um ihren Status als Volkspartei nicht gänzlich zu verlieren. Das Interview führte Hendrik Küpper.

junge perspektiven: In Ihrem Buch *Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken* aus dem Jahr 2015 beleuchten Sie die Probleme und Versäumnisse der poli-

tischen Linken und weisen auf die Gefahren für unsere Demokratie hin, sofern ein Wiedererstarken der politischen Linken ausbleibt. Insbesondere in den letzten Monaten konnte jedoch der Eindruck gewonnen werden, dass sich die Lage des linken Flügels unserer parlamentarischen Demokratie noch weiter verschlechtert hat. Wie steht es Ihrer Meinung nach derzeit um die politische Linke?

Albrecht von Lucke: Das Neue für die gesamte politische Linke besteht darin, dass sie seit der Bundestagswahl 2017 weit, weit entfernt von jeglicher Machtperspektive ist. Das ist die neue Lage. Wir hatten ja von 2005 bis 2017 immer – von einer kurzen Phase zwischen 2009 bis 2013 abgesehen – so etwas wie eine rechnerische linke Mehrheit. Diese Mehrheit existiert inzwischen nicht mehr. Und, um in der Tradition Lassalles zu sagen, was ist: Man wird von dieser Möglichkeit meines Erachtens für eine lange Zeit Abschied nehmen müssen.

Das wiederum hat mit dem grundsätzlichen Phänomen zu tun, das die AfD darstellt: Sie ist die dritte fundamentale Schwächung der Sozialdemokratie in der Geschichte der Bundesrepublik. Wir konnten in der Vergangenheit bereits zweimal beobachten, dass es die SPD in den Zeiten ihrer Regierung mit starken Konkurrenten zu tun bekommen hat. Zunächst kamen in den 1970er-Jahren die Grünen auf, dann nach 1998 und der Agenda 2010 die heutige Linkspartei und jetzt hat sich mit der AfD der dritte Konkurrent der SPD herausgebildet. Und das eigentlich dramatische dabei ist, dass es dadurch das erste Mal zu einem Konkurrenten von rechts kommt, der aber letztlich die gleiche Wählerschaft anspricht. Damit ist die SPD nun von allen Seiten in die Mangel genommen – wobei noch eine CDU hin-

zukommt, die in der Ära Merkel kaum mehr als konservativ oder gar rechts zu bezeichnet ist und damit ebenfalls um die klassische SPD-Klientel konkurriert. Und in dieser Situation historischer Schwäche der SPD zielt nun auch noch eine neue «linke Sammlungsbewegung» unter Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht direkt auf die SPD-Klientel.

Sie haben damit externe Schwächungen der SPD angeführt, die sich historisch aus den Veränderungen innerhalb des Parteiensystems ergeben haben. Diese Veränderungen sind zugleich aber auch nicht unabhängig von der Entwicklung und den Entscheidungen der SPD selbst. Richtet man nun den Blick auf die Entwicklung der SPD, dann – und dies zeigt schon allein die Zeit nach der Wahl – wird schnell deutlich, in was für einer prekären und hilflosen Lage sich die SPD derzeit befindet. Worin bestehen denn die zentralen Fehler der SPD in der näheren Vergangenheit?

Wenn wir zurückblicken, könnte sich das Wahljahr 2017 vielleicht – endgültig werden wir das möglicherweise in ein paar Jahren wissen – als das Jahr eines historischen Scheiterns der SPD entpuppen. Denn in der Tat hat es Anfang des Jahres mit der Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten eine große Chance gegeben, noch einmal an eine Wählerschaft anzuknüpfen und eine Wählerschaft zu mobilisieren, die die SPD im Zuge ihrer Agenda 2010-Zeit verloren hat. Doch diese Chance ist von Martin Schulz nicht eingelöst worden. Konkret handelt es sich bei dieser vertanen Chance um die große Gerechtigkeitsfrage. Ein angemessener Umgang mit dieser ist zwar im Wahlkampf angekündigt worden, aber letztlich wurde dieses Versprechen (auch einer Korrektur der Hartz-Gesetze)

nie wirklich konkret eingelöst. Dies stellt das große Scheitern der SPD in Gänze und von Martin Schulz persönlich dar. Alles, was danach gekommen ist, wie beispielsweise das gewaltige Führungsversagen nach der Wahl, das weit über Martin Schulz hinausgeht und letztlich ein kollektives war, speziell das Verhalten nach dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen, hat der SPD natürlich zusätzlich geschadet. Gleichzeitig, und das verschärft die Situation, ist es nach dem Wahlausgang und der anfänglichen Absage an eine weitere Große Koalition zu einer tiefen Spaltung innerhalb der SPD gekommen, die bis heute anhält. Wie geschwächt das Führungspersonal der SPD aktuell ist, zeigt unter anderem die Wahl von Andrea Nahles zur neuen Parteivorsitzenden.

Sie weisen damit auf das schwache Ergebnis von 66 Prozent hin, das Andrea Nahles bei ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden erhalten hat. Dies lässt sich als ein fatales Zeichen der Basis interpretieren, wonach das Vertrauen in die Führung der Partei bei weiten Teilen der Basis kaum noch existiert. Wie beurteilen Sie das Ergebnis und die damit fehlende Unterstützung der Parteiführung durch die Basis?

Mir ist es wichtig aus diesem Grund noch einmal auf die historisch beispiellose Lage hinzuweisen, in der sich die SPD augenblicklich befindet. Der Druck von drei Seiten ist so neu und einzigartig, dass eigentlich jedem in der Partei klar sein müsste, dass jegliche weitere Schwächung der Führung der SPD mehr schadet als nützt. Und vor diesem Hintergrund zeigt das schwache Ergebnis von 66 Prozent für Nahles, dass ein Teil der SPD-Mitglieder den Ernst der Lage bislang noch immer nicht begriffen hat. Das betrifft – bei allem Verständnis für das Unbehagen der Mitglieder – nicht zuletzt die #nogroko-Befürworter, die Nah-

les' Herausforderin Simone Lange gewählt haben.

Worauf es ankommt, ist zu begreifen, dass es in den nächsten drei Jahren um nicht weniger als um die Frage geht, ob die SPD überhaupt noch einmal eine Partei werden kann, die sich über der 20 Prozent-Marke bewegt – oder ob sie eine Partei wird, die sich zukünftig mit der AfD im Mittelfeld, in der Region von etwa 15 Prozent, duelliert. Um das zu verhindern, bedarf es der Konzentration aller Kräfte. Denn in jedem Fall dürfte die Bundestagswahl 2021 für die Zukunft der SPD entscheidend sein. Um es auf den Punkt zu bringen: Die SPD befindet sich strategisch, aber auch personell, in der wohl schwersten Krise ihrer Geschichte. Diese Einsicht in die existenzielle historische Situation scheint mir bei der Basis und etlichen Parteitagdelegierten noch nicht angekommen zu sein. Andernfalls hätte man bei aller Sympathie für Frau Lange eingesehen, dass es zunächst einmal darauf ankommt, die eigene Führung nicht noch weiter zu schwächen, da diese momentan ohnehin so schwach erscheint, wie es vielleicht noch nie der Fall war.

Vor dem Hintergrund dieser neuartigen Lage stellt sich besonders auch die Frage, wie sich die SPD inhaltlich aufstellen sollte. In Ihrem eingangs erwähnten Buch plädieren Sie dafür, dass die Sozialdemokratie ihre Orientierungslosigkeit mit einem klaren Linkskurs überwinden sollte. Halten Sie an dem Linkskurs als Empfehlung weiterhin fest?

Die SPD hat ja gerade, wie bereits festgestellt, die Möglichkeit eines stärkeren Linkskurses verspielt. Hätte sie diesen im vergangenen Bundestagswahlkampf eingeschlagen, hätten damit durchaus auch wieder Wähler zurückgewonnen werden können, die in das Lager der Nichtwähler abge-

wandert waren. Es bleibt allerdings definitiv der Auftrag der SPD, diese Option in der Zukunft einzulösen, wenngleich dies durch ihre erneute Regierungsbeteiligung in der Großen Koalition aber natürlich auf keinen Fall leichter geworden ist. Hinzu kommt, dass die Sozialdemokratie vor der grundsätzlichen Herausforderung steht, dass sie es mit einer hochgradig heterogenen SPD-Wählerschaft zu tun hat. Sie muss, und das unterscheidet sie in erheblichem Maße von allen anderen Parteien, völlig unterschiedlich eingestellte Wählerinnen und Wähler sammeln und abholen. Dieses Spannungsverhältnis zu meistern bedeutet, Anziehungskraft zu entwickeln sowohl für eine sozial eher schwache, der unteren Arbeiterschaft angehörige Wählerschaft, als auch für eine der bürgerlichen Mitte zugehörige, teils akademische oder Facharbeiter-Wählerschaft. Dieser Spagat, der der SPD in ihren Hochzeiten – ich denke dabei besonders an den Anfang der 1970er-Jahre und an das Jahr 1998 unter Schröder und Lafontaine – gelungen ist, ist heute durch ihre Regierungsbeteiligung und durch die neue, dreifache Konkurrenz um einiges schwieriger geworden. Eine Linkspartei wird die SPD immer auf der linken Seite überholen, sprich: sie mit Maximalforderungen überbieten. Die Grünen werden ihr das ganze Feld der Ökologie streitig machen, woran auch das Innehaben des Umweltministeriums nichts ändern kann. Und selbst auf dem Feld der abgehängten Arbeiterschaft wie auch der abstiegsgeängstigten Mittelschicht droht ihr nun die AfD weitere Wähler abzunehmen, mittels der Forderung eines exklusiven «solidarischen Patriotismus» (Björn Höcke) von rechts, nämlich bloß für alle Deutschen.

Die zentrale Herausforderung der SPD besteht nun darin, nicht ausschließlich auf

einen stärkeren Linkskurs zu setzen, sondern zugleich durch starkes Personal und starke Inhalte auch andere, eher konservative Wählergruppen anzusprechen. Gelingt dies nicht, ist es äußerst fraglich, ob die derzeitigen Attraktionskräfte der SPD stark genug sind, um sich weiter als Alternative zur CDU/CSU und damit als Volkspartei zu behaupten. Das aber, diese Stärke als Volkspartei und mögliche Kanzleralternative zur Union, ist der Nimbus gewesen, von dem sie in der bundesrepublikanischen Vergangenheit zehren konnte.

Greift es denn überhaupt noch, CDU und CSU aus strategischer Sicht zusammenzudenken?

Hier lohnt sich in anderer Hinsicht ein Blick auf die völlig neue Gestaltung unseres Parteiensystems. Die enorme Aufsplitterung in sieben Parteien lässt heute rein rechnerisch eigentlich nur noch eine starke Volkspartei der Mitte zu. Hinzu kommt, dass die SPD der fast schon natürliche Koalitionspartner der CDU geworden ist, da die Unterschiede zwischen den beiden Parteien sehr viel kleiner geworden sind. Anders ausgedrückt: Die Rolle der Opposition in der Regierung wird weniger durch die SPD als durch die CSU übernommen – und zwar indem diese versucht, die Auseinandersetzung mit der AfD durch das Kopieren eben dieser zu suchen, um sich so gegen CDU und SPD zu profilieren.

Aus dieser neuen Situation resultiert dann auch, dass die SPD bislang keine Optionen hatte, sich ausreichend von der CDU abzugrenzen. Bislang gelingt es der SPD nicht, sich eigenständig zu profilieren, was aber auch an der Schwäche ihres Personals liegt. Ein klares strategisches Zentrum oder gar ein Anführer bzw. eine Anführerin mit natürlicher Autorität ist bisher, gerade mit Blick auf die nächste Bundestagswahl, noch nicht zu erkennen.

Kurzum: Die SPD steht vor einem Haufen an Problemen und auch ein Blick auf die bevorstehenden Wahlen in Bayern und Hessen im Herbst 2018 und in Sachsen, Brandenburg und Thüringen im Herbst 2019 stimmt alles andere als optimistisch. Die absehbaren Schläppen, die die SPD erleiden dürfte und die zu einer weiteren Schwächung des Führungspersonals führen werden, drohen die ohnehin fatale Lage der Partei und ihrer Spitze weiter zu verschärfen.

Mit Kevin Kühnert und den Jusos scheint es momentan zumindest einen frischen, linken Wind in der Partei zu geben, der auch medial Aufmerksamkeit erfährt und zumindest ein wenig Hoffnung bereitet. Besteht Anlass zu der Hoffnung, dass die Jusos der SPD zu alter Stärke verhelfen können und müsste dazu nicht jetzt auch im Anschluss an die #nogroko-Kampagne eine inhaltlich angelegte Kampagne folgen?

Die Jusos befinden sich zunächst einmal in einer ganz komplizierten Lage. Auf der einen Seite dürfen auch sie die ohnehin hoch labile Führung nicht weiter schwächen. Das bedeutet zwar nicht, dass sie keine Kritik mehr üben sollten, was nämlich auf der anderen Seite für eine notwendige Kurs-Änderung durchaus nötig ist, aber es muss eine Art der solidarischen Kritik sein. Um das Problem zu verdeutlichen: Der scharfe Angriff Kevin Kühnerts nach der unglücklichen und politisch gefährlichen Aussage von Andrea Nahles «Wir können nicht alle [Flüchtlinge] aufnehmen» ist, wenngleich er seine Berechtigung hat, natürlich immer gleichzeitig auch eine weitere Schwächung der Parteiführung. Es muss also, und das ist die Herkulesaufgabe, vor der die Jusos stehen, ein Verhältnis gefunden werden, bei dem man Kritik übt, ohne die Führung weiter massiv zu schwächen.

Dafür aber müssen die Jusos die ganze Problematik der Partei viel stärker in den Blick nehmen und begreifen, dass sie nicht nur Jusos sind, sondern immer auch die SPD. Als zentrales Beispiel lohnt es sich an dieser Stelle, bei der Flüchtlingspolitik der SPD zu bleiben: Wenn die Jusos sich weiter als die Speerspitze einer universalistischen Position verstehen, also einer Position, die in Richtung offener Grenzen geht und damit stark jener der Linkspartei ähnelt, dann werden sie keinen Beitrag dazu leisten können, dass die SPD sowohl den Arbeitnehmerflügel als auch den Akademikerflügel anspricht. Natürlich müssen die Jusos weiterhin kritisch bleiben und darauf drängen, dass die SPD für die Zeit nach einer Großen Koalition ein klares und eigenständiges Profil hat. Aber dies werden, vor dem Hintergrund der Gesamtsituation der SPD, keine puristischen Positionen sein können, die wie die Forderung nach offenen Grenzen letztlich nicht realitätstauglich sind. Denn eines gilt es dabei stets zu bedenken: So moralisch richtig etliche Forderungen der Jusos auch sein mögen – ohne eine starke Sozialdemokratie sind diese Forderungen fast nichts wert.

Wenn es der Sozialdemokratie also nicht gelingt, ihren Argumentationskorridor – noch einmal anders ausgedrückt – sowohl für kommunitaristische als auch für kosmopolitische Positionen zu öffnen, dann steht sie vor dem Aus?

Genau, das geschickte Bedienen beider Seiten, oder genauer: das Ausbalancieren der Positionen, die beide ihre Berechtigung haben, stellt die zentrale Herausforderung für die SPD dar. Es hat keinen Sinn, wenn man die kommunitaristische bzw. die regionalistische Seite weiterhin vernachlässigt. Zumal es in diesem Zusammenhang immer

auch um die Identitätsfrage geht, die von links häufig als bloß rechts konnotiert aufgefasst wird. Also zum Beispiel die Fragen «Wo haben die Menschen eine Heimat?» und «Wo erfahren die Menschen so etwas wie Sicherheit?»

Auch wenn sich dabei immer die Gefahr regressiver, ausgrenzender Tendenzen auf-tut, darf die Linke die Schutzdimension des Nationalstaats nicht vernachlässigen, wie dies soeben zu Recht Michael Bröning in seinem Buch *Lob der Nation* dargelegt hat. Die nationale Frage darf die SPD – nicht nur im Hinblick auf ihre potenzielle Wählerschaft – in keinem Fall den Rechten überlassen. Denn die Nation bleibt bis auf Weiteres eine entscheidende Größe, gerade für die sozial Schwachen. Nur die universalistische Linie zu fahren, wird der Partei daher empfindlich schaden. Deswegen kommt es ganz entscheidend auf diesen Spagat an, also darauf, Kommunitarismus und Kosmopolitismus zusammenzudenken.

Das bedeutet, den Schutz der sozial schwachen Deutschen zu denken, ohne die Interessen der Migrantinnen und Migranten zu vergessen. Die komplizierte Aufgabe der Sozialdemokratie, sofern sie ihrem Anspruch als Volkspartei gerecht werden will, muss es also sein, sich eben nicht einseitig festzulegen, sondern ein Narrativ zu entwickeln, das beide Seiten gleichermaßen anspricht.

Besonders die Jusos müssen dabei im Kopf haben, dass die kosmopolitisch orientierte Wählerschaft im Zweifel ohnehin eher die Grünen oder die Linkspartei wählt. Für die Parteispitze wird dagegen noch etwas anderes von ganz zentraler Bedeutung sein: nämlich die eigene Schwäche zu erkennen und sich im Hinblick auf eine glaubwürdige Erneuerung auch in personeller Hinsicht darüber klar zu werden, dass

sie sich viel stärker als bisher um starken Nachwuchs kümmern muss. Ein erstes wichtiges Zeichen kann sie hier bereits im Hinblick auf die im Frühjahr 2019 anstehenden Europawahlen setzen.

Neben dem inhaltlich-strategischen wie auch dem personellen Aspekt des Erneuerungsprozesses existieren aber auch eine Reihe an neuen bzw. aktuellen Themenfeldern, auf die die Sozialdemokratie bislang keine überzeugenden Antworten gefunden zu haben scheint. Beispielsweise der Umgang mit der Digitalisierung (Stichwort: digitaler Kapitalismus), die ökologische Frage, die sich durch die Globalisierung stellt, und auch das bislang fehlende wirtschaftspolitische Gegennarrativ zum Neoliberalismus – wie könnte ein gelungener Umgang mit zentralen Herausforderungen im 21. Jahrhundert aussehen?

Wenn man sich die großen Krisen der Gegenwart bewusst macht, wird eines deutlich: Neben der historischen Veränderung des Parteiensystems gibt es noch ein weiteres, ganz zentrales Problem, das sich aus der historischen Rolle der SPD in der Bundesrepublik ergibt. Die SPD ist nämlich immer dann gewählt worden, wenn sie ein progressives Zukunftsversprechen für Zeiten hatte, die von Optimismus geprägt waren.

Schon die Wahl Willy Brandts 1969 war Ausdruck einer durchaus optimistischen Entwicklung, denn der erste demokratische «Machtwechsel» (Arnulf Baring), zur sozial-liberalen Koalition, war auch die Verheißung einer besseren, liberaleren und gerechteren Zukunft. «Wir wollen mehr Demokratie wagen», aber auch «Deutsche – wir können stolz sein auf unser Land!» waren nur zwei Sätze von vielen, die den Optimismus dieser Zeit als einer Aufbruchzeit ausdrückten. Und auch 1998, bei der Wahl von Rot-Grün, gab es ein optimistisches Zukunftsverspre-

chen, das seinen Ausdruck fand in der Verheißung einer weltoffenen, multikulturellen Gesellschaft und einer «neuen Bürgerlichkeit» (Gunter Hofmann) nach dem *Muff der verkohlten Republik*.

Auch in dieser Hinsicht ist die heutige Zeit viel dramatischer – und für die Linke, speziell die SPD, wenig verheißungsvoll. Wir befinden uns in einer absolut konservativen Zeit, in einer Phase der Regression, eines rechten roll backs, und es gibt überhaupt keinen gesellschaftlichen Optimismus, der in eine solidarische und progressive Richtung führen könnte. Für die Chancen der SPD stellt das eine völlig neue, dramatisch erschwerte Situation dar.

Und vor diesem Hintergrund ist die neue, historische Lage des digitalen Kapitalismus gerade keine optimistische Frage. Diese Krise ereilt die SPD an ihrem schwächsten Punkt und sie ist zugleich vielleicht ihre finale Herausforderung. Denn natürlich ist die SPD bei dieser Frage – Wie ist diese kommende Zeit zu denken, angesichts einer zunehmenden Entwertung und Überflüssigmachung von Arbeit? – als Arbeiterpartei am stärksten gefragt.

Jetzt lässt sich das Szenario in zwei Richtungen denken: Erstens, und das ist die optimistische Lesart der digitalen Revolution, könnte man sagen, dass jede Innovation bislang immer neue Arbeitsplätze geschaffen hat. Die digitale Revolution könnte also, bei einer derartigen Neuschöpfung von Arbeit, zu einer zwangsläufigen Revitalisierung der SPD als Arbeiterpartei führen. Ich persönlich tendiere allerdings eher zur zweiten, pessimistischen Lesart, die folgendes bedeutet: Wenn einer Arbeitsgesellschaft zunehmend die Arbeit ausgeht, und das droht durch die Digitalisierung ja auf einigen Feldern, dann ist das zunächst

einmal die allergrößte Herausforderung für die klassische Arbeiterpartei, nämlich die SPD. Denn der Wegfall dieser Arbeitsplätze würde für einen Teil ihrer Klientel, nämlich die bislang noch gesicherte Mittelschicht, gewaltige Abstiegsängste nach sich ziehen und das wiederum könnte potenziell auch dort für einen Rechtsruck sorgen.

Für die SPD kommt es also entscheidend darauf an, die Angst als die größte Ressource der Rechtspopulisten in den Griff zu bekommen. Denn wie verschiedene Studien zeigen, ist es weit mehr die Angst vor dem Abstieg als der reale Abstieg selbst, der die Menschen in die Arme der Rechtspopulisten treibt.

Es wird also darauf ankommen, die gesellschaftliche Solidarität zu erneuern. Dafür könnte die Schaffung eines staatlichen Arbeitsmarktes der richtige Weg für jene sein, die auf dem «freien» Markt nicht zu vermitteln sind. Insofern geht der Vorschlag eines solidarischen Grundeinkommens in die richtige Richtung. Was ich dagegen nicht glaube ist, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen die Lösung für das Problem der steigenden Angst sein wird. Denn das würde die Autonomie der Menschen schwächen und sie von staatlicher Alimentierung abhängig machen, was eine neue Quelle der Angst und der Wut auf andere, konkurrierende sozial Schwache wäre.

Greifen wir zum Abschluss noch einmal den optimistischen Umgang mit Herausforderungen und Problemen auf. Welche drei Schritte würden Sie der SPD empfehlen, um den regressiven Tendenzen eine Sozialdemokratie entgegenzusetzen, die durch einen Zukunftsoptimismus geprägt ist und ihre derzeitige Schwäche überwinden kann?

Als erstes muss mit Blick auf den kommenden digitalen Kapitalismus die SPD für

gerechte Teilhabe und Anerkennung aller Menschen streiten. Dafür wird es auf eine neue Form der Solidarität im digitalen Kapitalismus ankommen, die über die traditionelle Arbeiterklasse hinausgeht und auch jene Menschen berücksichtigt, die in der «freien» Marktwirtschaft keine Chancen haben.

Als zweites muss der SPD die angesprochene Symbiose gelingen, zwischen jenen Global Playern, die sich im globalen Kapitalismus glänzend betätigen können, die aber auch die Bodenhaftung ans Nationale zunehmend verlieren, und denen, die auf das Nationale angewiesen bleiben. Auch dafür muss ein ansprechendes Narrativ einer neuen Solidarität zwischen Globalisten und Lokalisten geboten werden. Sprich: Mehr Globalisierung wagen!

Und die dritte Herausforderung wird darin bestehen, dass die SPD in diesen, durch radikale Verunsicherung geprägten Zeiten die Sicherheitsdebatte für sich gewinnt. Anstatt wie die Rechtspopulisten

die Flüchtlinge als Sündenböcke für alle großen Herausforderungen zu instrumentalisieren, muss die SPD deutlich machen, dass sich die zentrale Frage nicht um *drinnen versus draußen*, Inländer gegen Migranten, dreht. Die Spaltung der Gesellschaft erfolgt in erster Linie durch den digitalisierten, finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, wodurch die Schicht der Nicht-Mobilen, deren eher einfache Arbeit radikal ersetzbar ist, strukturell benachteiligt wird.

Kurzum: Wie ist ein geregelter Kapitalismus mit Gerechtigkeit und Teilhabe für alle möglich, der also nicht nur den shareholder value mehrt, sondern auch den stakeholder value? Das ist und bleibt die Gretchenfrage der Sozialdemokratie – wenn auch unter gänzlich neuen Vorzeichen. Es geht also für die SPD angesichts historisch völlig neuer Herausforderungen durchaus darum, zu ihren Wurzeln zurückzufinden und sich für mehr Umverteilung und Gerechtigkeit einzusetzen, der Chancen wie der Ergebnisse.

Mark Fischer

Utopie und politisches Bewusstsein

Bei Diskussionen um Fragen aktueller politischer Entwicklungen in liberalen Demokratien, die eine Tendenz zu populistischen und autoritären Bewegungen aufweisen, scheinen sozialdemokratische Konzeptionen derzeit macht- und ideenlos. Dabei lässt sich keineswegs von generell neuen und unbekanntem Herausforderungen für politisches Handeln sprechen. Ein Blick auf einen Autor wie Karl Mannheim (1893–1947) lässt bei aller gesellschaftlichen Veränderung nun – neunzig Jahre nach den 1920er-Jahren – klare Parallelen gesellschaftlicher Problemstellungen damals und heute erkennen. Im Folgenden wird anhand Mannheims Darstellungen in *Ideologie und Utopie* ([1929] 1995) die Einordnung und politische Bedeutung dieser beiden Begriffe bei Mannheim skizziert.

Zur Verbindung von Denken und Handeln

Mannheims erklärtes Ziel lautet zu untersuchen, «wie Menschen wirklich denken» (1995, S.3). Dabei versteht er «untersuchen, nicht wie Denken in den Lehrbüchern der Logik erscheint, sondern wie es wirklich im öffentlichen Leben und in der Politik als ein Instrument kollektiven Handelns funktioniert» (ebd.). Mannheim sieht dieses Denken hier selbstredend vor allem als soziologisch zu analysierenden Untersuchungsgegenstand an. Sein Ansatz steht für eine kollektivistische Sichtweise auf das Bewusstsein und ist streng antiindividualistisch: «Es sind also nicht die Menschen als solche,

die denken, oder isolierte Individuen, die das Denken besorgen, sondern Menschen in bestimmten Gruppen, die einen spezifischen Denkstil in einer endlosen Reihe von Reaktionen auf gewissen typische, für ihre gemeinsame Position charakteristische Situationen entwickelt haben» (S. 4-5). Denken und Handeln sind hierbei in doppelter Hinsicht miteinander verknüpft. Das politische Handeln wird beeinflusst durch dominierende Ideologien und Utopien in den jeweiligen Denk- und Handlungskollektiven. Gleichzeitig haben Praktiken immer auch Einfluss auf Denkweisen und können durch von der Tradition abweichende Impulse eine Veränderung des Denkens herbeiführen.

Funktionen von Utopie und Ideologie

Die Unterscheidung von Ideologie und Utopie hat bei Mannheim eine gesellschaftsfunktionale Perspektive. Ideologien stehen generell im Dienst der «[...] steten Reproduktion der bestehenden Lebensordnung» (S.169). Utopien hingegen sind «all jene seinstranszendenten Vorstellungen (also nicht nur Wunschprojektionen), die irgendwann transformierend auf das historisch-gesellschaftliche Sein wirkten» (S.179). Utopie beinhaltet die Möglichkeit der konkreten Gestaltung der Welt durch das Bewusstsein hin auf ein vorgestelltes Sein. Was Utopie und was Ideologie darstellen, ist gebunden an die «*Seinswirklichkeit*» (S.169, kursiv i.O.). Mit anderen Worten: Das kollektive

Bewusstsein und seine mögliche Kategorisierung bestehen immer abhängig von sozial-historischen Situationen (vgl. S.174). Mannheim räumt der Veränderungsmöglichkeit realer gesellschaftlicher Zustände durch geistige Projektion zwar – anders als dies in einer strengen Lesart historischen Materialismus möglich wäre – eine bedeutende Rolle ein; allerdings erkennt Mannheim nichtsdestotrotz die Entwicklungen von Produktionsmitteln als Auslöser neuer gesellschaftlicher Schichtenbildung an. Statt einer unbedingten Determiniertheit weiterer Entwicklungen existiert bei Mannheim ein steter Konflikt zwischen verschiedenen Formen des sich neu formierenden Bewusstseins innerhalb dieser Schichten und möglicher Vorstellungen von anstrebswerten Gesellschaftsmodellen.

Wechselwirkung von Utopie und Ideologie

Die Widersprüchlichkeiten innerhalb von Ideologien führten historisch mit dem Aufkommen neuer Schichten und neuer Denkweisen zu einem unaufhaltsamen Konflikt. Mannheims Analyse moderner politischer Geisteshaltungen zeigt eine stete Auseinandersetzung zwischen Herrschaftsbewusstsein in Form von Ideologie und utopischem Denken untergeordneter aber aufstrebender Schichten. Verschiedene Bewusstseinsstile entwerfen unterschiedliche Vorstellungen von politischem Handeln und anstrebswerter Zielvorstellungen. Hierbei treffen sie, einmal in Aktion gesetzt, auf Gegenbewegungen, die selbst neue Utopien und Ideologien hervorbringen können. Als Beispiele gelten für Mannheim z. B. der Chiliasmus der Bauernaufstände vs. die Herausbildung einer theoretisch formulierten Realpolitik innerhalb der herrschenden

Klasse des Feudaladels und liberal-bürgerlicher Individualismus, Rationalismus und Fortschrittsdenken vs. Konservatismus und auf die Vergangenheit bezogene Utopien in der reinen Verwirklichung vermeintlich bestehenden Gemeinschaftsdenkens, weltanschaulicher Holismus und Antirationalismus. Mannheims Analysen dieser verschiedenen Geisteshaltungen, die auch sozialistisches und faschistisches Bewusstsein umfassen, können zum Verständnis aktueller politischer Denktraditionen beitragen.

Dekonstruktion von Utopie und Ideologie

Das Umschlagen von Utopie in Ideologie hat mit einer politischen Praxis zu tun, die in der Folge mit einer Einbindung der sie vertretenden Schichten in den politischen Entscheidungsprozess einhergeht. Die Übernahme zentraler politischer Entscheidungsfunktionen kann zu einem Zurücktreten utopischer Grundlinien im Sinne einer tagespolitisch motivierten Handlungsweise führen, die das utopische Moment immer weiter in den Hintergrund drängen. Machterhalt und Herrschaft spielen dann eine entscheidende Rolle im Handeln und Denken.

Mannheim hebt hervor, dass Ideologien dazu tendieren für die soziale Lebensrealität Glaubenssätze aufzustellen, die praktisch unerfüllbar sind. In der Feudalherrschaft war dies z. B. die «christliche Menschenliebe» (S.171), die in diesem Zwangssystem schon prinzipiell nicht umsetzbar war. Das ideologische Bewusstsein erkennt diesen Widerspruch aber nicht an. Hierfür sieht Mannheim drei mögliche Gründe. Das handelnde Individuum kann den Widerspruch zwischen Praxis und Grundsatz nicht erkennen, weil dies aufgrund seiner spezifischen historischen und sozialen Denk-

struktur unmöglich ist (S.172–173). Als zweites nennt Mannheim «vitale Instinkte», die das bewusste Erkennen der Widersprüche vermeiden wollen. Dies kann als eine Art Selbsttäuschung aus Selbstschutz aufgefasst werden, die sich aber durchaus aus sozialen und ökonomischen Interessen ableitet (S.173). Der dritte Aspekt wäre die bewusste Lüge, also ein intendiertes Auseinanderfallen von gesprochenem Wort und tatsächlichem Handeln (ebd.). Ideologie, die durch die bewusste Lüge aufrechterhalten wird, hat selbst für die sie vertretene Gruppe keinen Wahrheitsgehalt mehr, kann aber nach außen als Herrschaftsinstrument weiterverwendet werden.

Ende der Utopie – Ende der Geschichte?

Mannheim beschließt das 4. Kapitel in *Ideologie und Utopie* über *Das utopische Bewusstsein* mit einer Warnung vor dem Ende jeglichen ideologischen und utopischen Denkens. Während sich in früheren Zeiten Ideologien und Utopien inhaltlich bekämpften, sieht Mannheim schon zu seiner Zeit das Delegitimieren des Argumentierenden selbst als Hauptziel neuer Argumentationstechniken, hier noch auf Basis marxistisch-soziologischer Ideologiekritik (S.218). Damit nimmt der Autor Ende der 1920er-Jahre anhand der dortigen Erfahrungen die Problematik der Postmoderne und des Poststrukturalismus vorweg. Dekonstruktion und Ideologievorwurf können zu einer Lähmung politischen Denkens und Handelns führen. Problematisch wird es dann, wenn die Dekonstruktion jeglichen utopischen oder ideologischen Denkens nicht mit einer Rekonstruktion neuer politischer Zielstellungen von Handlungen verbunden wird, sondern Politik zu einem

scheinbaren reinen Sach- und Verwaltungsakt degradiert.

Es entstünde die größte Paradoxie, die denkbar ist, daß nämlich der Mensch der rationalsten Sachbeherrschung zum Menschen der Triebe wird, daß der Mensch, der nach einer so langen opfervollen und heroischen Entwicklung die höchste Stufe der Bewußtheit erreicht hat – in der bereits Geschichte nicht blindes Schicksal, sondern eigene Schöpfung wird –, mit dem Aufgehen der verschiedenen Gestalten der Utopie den Willen zur Geschichte und damit den Blick in die Geschichte verliert. (S.225)

Die positiven Effekte für einen auf praktischer Ebene lösungsorientierten Kapitalismus in seinem Sinne sieht Mannheim an dieser Stelle schon ohne Referenzmöglichkeit zum Zeitalter des Neoliberalismus (S.218–219). Doch dieses Ende der Geschichte ist hier nicht positiv besetzt. Umso mahrender scheinen diese Worte vor dem Hintergrund einer sich bereits manifestierenden Klimakatastrophe und dem Aufstieg populistischer Ideologien jenseits allen Geschichtsbewusstseins. Mannheims Position lässt sich bei aller historischen und soziologischen Analysetätigkeit als ein in der Konsequenz erstaunlich antirelativistischer Aufruf zum Beziehen eines politisch-utopischen Standpunktes samt darauf aufbauender politischer Handlung lesen. Diese Bedeutung der Utopie, diesseits von floskelhaften Wahlkämpfen und taktisch gesetzten Versprechungen, scheint gerade heute im politischen Handeln der Sozialdemokratie ein notwendiger Weise wiederzubelebendes Gut zu sein. Mit Mannheim wäre anzunehmen, dass ohne eine Wiederbelebung utopischer Elemente innerhalb des von der

Sozialdemokratie vertretenen politischen Bewusstseins keinerlei Erfolgsaussichten für ein Wiedererstarken als gesellschaftliche Bewegung bestehen. Die Krise der Sozialdemokratie bestünde unter diesem Blickwinkel nicht im Niedergang von klassischen Milieus und Klassenformationen, sondern in ihrer Unfähigkeit anhand einer utopischen Richtungsorientierung politisches Denken und Handeln auszurichten und politisches Bewusstsein innerhalb der Bevölkerung zu

prägen. Dieser Tendenz entgegenzusteuern – egal ob in Regierungsverantwortung oder in der Opposition – scheint zumindest *ein* zentrales Moment für eine Revitalisierung der Sozialdemokratie darzustellen.

Literatur

Mannheim, Karl (1995): *Ideologie und Utopie*. 8. Aufl. Frankfurt a. M.: Klostermann.

Dorian Baganz

Radikal oder tot: Die SPD am Abgrund

Der dritte Weg hat die SPD an den Rande des Abgrunds gebracht. Dass sie das nicht begreift, zeugt nicht von besonderer Intelligenz und analytischer Fähigkeit. Dabei gäbe es genügend Ideen, den mannigfachen Herausforderungen zu begegnen.

«Aus unzähligen Rinnsalen läßt der giftmischende Kapitalismus unablässig Tod und Siechtum in die Leiber der besitzlosen Arbeitssklaven strömen. Wir begnügen uns, bedauernd die Berufskrankheiten zu beschreiben, die frühes Sterben bewirken, und, an die grausige Erscheinung wie an ein Unvermeidliches gewohnt, werden wir uns kaum völlig bewusst, daß diese Massenvergiftung, die der Mehrheit der Menschen den größten Teil des von der Natur gewährten Lebens widernatürlich raubt, das fluchtwürdigste Verbrechen ist.» Der große Kurt Eisner hat das vor über hundert

Jahren in seinem Artikel «Sittenbilder des Kapitalismus» so formuliert. Ein Blick auf Eisners Worte verrät: Die Sozialdemokratie ist ein hocheffektives politisches Projekt. Arbeitssklaven gibt es heute zwar noch immer, aber vornehmlich in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Für die eigenen Leute hat die europäische Sozialdemokratie einen Konsens mit dem Kapital erstritten, der ein Leiden, wie es Eisner für den Beginn des letzten Jahrhunderts konstatiert, zu einem Fall für die Staatsanwaltschaft und nicht für die Politik macht. Und damit sind wir schon bei der Malaise unserer Zeit: Der SPD scheint das zu reichen.

Von wegen Wirtschaft

Auf den Keynesianismus, der Ende der 1970er-Jahre in der exerzierten Form an seine Grenzen gekommen war, folgte die

bis heute andauernde, nicht enden wollende Zeit des Neoliberalismus mit seiner mythisch anmutenden Verehrung des Wettbewerbs. Die Apologeten der Katallaxie versprachen die Besserstellung aller durch ein unbedingtes Bekenntnis zu den heilenden Kräften des Marktes. Wäre die Sache nicht so ernst, würde sich diese Erzählung wunderbar als wirtschaftspolitische Posse eignen, denn Tatsache ist: Seit Endes des Keynesianismus sind die Gewinne in wichtigen kapitalistischen Staaten zwar kräftig gestiegen, die Investitionen hingegen sind in den Keller gegangen. Wo ist das ganze schöne Geld nur geblieben, wenn die Lohnquote im gleichen Zeitraum ebenfalls gesunken ist? Der emeritierte Professor für Wirtschaft und Politikwissenschaft, Mohssen Massarrat, spricht in diesem Zusammenhang von einer «Umverteilung einer beträchtlichen Kapitalmenge von der Realwirtschaft zum Finanzsektor.» Bekanntlich sind die kleineren Portemonnaies, die sozialdemokratische Klientel, in dieser Sparte eher selten anzutreffen. Wieso haben die Genossen nicht wenigstens innerhalb der eigenen Landesgrenzen dieser Entwicklung entgegengewirkt? Seit 1998 regierten sie doch, mit einer vierjährigen Ausnahme, andauernd – und bis 2005 sogar ohne die leidigen Christdemokraten! Stattdessen potenzierten sie diesen Trend.

Der Umgang mit den Armen im viktorianischen Zeitalter war archaisch. Damals glaubte man, nur die ständige Drohkulisse brutalen Elends würde sie vor einem Leben in Faul- und Trägheit bewahren. Dieses Denken war das Gegenteil von Sozialdemokratie, der es doch darum geht «den Arbeiter aus der sozialen Stellung eines Proletariers zu der eines Bürgers zu erheben und so das Bürgerthum oder Bürgersein zu verallgemeinern», wie es Eduard

Bernstein gegen Ende der viktorianischen Epoche aufschrieb. Damals war die Blütezeit der Bewegung noch in weiter Ferne. Doch war es ein sozialdemokratischer Kanzler, Gerhard Schröder, der ihr über hundert Jahre später den Garaus machte und uns mit der *Agenda 2010* und dessen Kernstück Hartz IV wieder ein Stück näher an die Mentalität der Zeitgenossen von Queen Victoria brachte. Die heutigen Jobcenter mit ihren Repressalien und Disziplinierungsinstrumenten entsprechen den schrecklichen Armenhäuser und Schuldnergefängnisse der Viktorianer, die Charles Dickens damals so lebensecht beschrieben hat: Sie dienen der Abschreckung der Ärmeren davor, sich auch nur im Geringsten auf die Mehrheitsgesellschaft zu verlassen. Und damit nicht genug: Schröders Arbeitsmarktreformen schufen Lohndumping, die Steuerreform entlastete Kapitaleigentümer und Topverdiener – was den oben beschriebenen Trend natürlich verstärkte, statt ihm entgegenzutreten (wie es die Aufgabe der SPD gewesen wäre). Wofür braucht man noch gleich die Sozialdemokraten?

Amalgamierung mit dem Kapital

Als Martin Schulz Anfang 2017 als Kanzlerkandidat der SPD antrat, schien sich der Wind zu drehen. Die Akklamation im Willy-Brandt-Haus: Mitreißend! Leider kamen die *wirklich* mutigen Töne erst nach der Wahl, die der SPD das schlechteste Ergebnis ihrer Nachkriegsgeschichte (20,5 %) bescherte. «Wir müssen wieder Mut zur Kapitalismuskritik fassen», sagte er im Oktober 2017 im Gespräch mit der ZEIT und sprach von einer «Unterwerfung der europäischen Sozialdemokratie, der progressiven Kräfte weltweit unter diese These, es gehe nicht mehr ums

System, sondern nur noch um die Verteilung der Effekte im System» und machte so die «Ursachen für unsere Krise» aus. Doch für Schulz war es zu spät.

Heute sind diese Töne in der Parteilite gänzlich marginalisiert. Im Finanzministerium sitzt mit Olaf Scholz ein Mann, der (trotz anstehender Integrationsaufgabe, Investitionsstau etc.) die Politik seines Vorgängers Schäuble, vorneweg das Halten der schwarzen Null, im Großen und Ganzen fortsetzen wird. Und mit Jörg Kukies benannte Scholz ausgerechnet einen Spitzenfinanzmanager von Goldman Sachs als seinen Staatssekretär. Die Frage nach dem «Wieso» scheint, dank der perfekten Vernetzung dieses maximal unseriösen Finanzdienstleisters, fast müßig. Vielleicht war unser Finanzminister einfach das Langweiler-Image leid und wollte mit dem rüden Donald Trump zumindest eines gemein haben: die Amalgamierung mit dem Finanzmarkt. Eine Finanztransaktionssteuer kriegt man mit diesen Leuten auf jeden Fall nicht gebacken. Dabei müsste die SPD gerade gegen diese Leute das Ressentiment schüren – gegen all die Hedgefonds-Manager und Blackrock-Kapitalisten, gegen die Selbstbediener und Armut-Profitere. Doch sie schürt lieber das – unter ihren Anhängern schon viel zu weit gediehene – Ressentiment gegen die Schwächsten der Gesellschaft: die Flüchtlinge. «Wir können nicht alle bei uns aufnehmen», sagte die amtierende Parteivorsitzende, Andrea Nahles, vor einiger Zeit. Wissend, dass das auch keiner behauptet hat. Wissend, dass der Klassenfeind ein anderer ist.

Die SPD hat in den vergangenen Jahren auch etwas erreicht, schon klar. Doch ein Blick auf ihren größten Erfolg, den Mindestlohn, zeigt: Sie ist zur Partei der

schlampig durchgeführten Schönheitsreparaturen geworden. So fand eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) von Ende letzten Jahres heraus, «dass der Mindestlohn zwar zu einer starken Steigerung niedriger Löhne geführt hat, aber dass längst nicht alle, die einen Anspruch darauf haben, ihn auch bekommen.» Außerdem decken die aktuell 8,84 Euro das Leben in Großstädten nicht, wie eine brandaktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung herausgearbeitet hat. Eventuell sollte man demnächst Schönheitsreparaturen wieder denen überlassen, die davon etwas verstehen: Immobilienkaufleuten. Die Genossen dagegen werden für *echte* Veränderung gebraucht. Doch deren Parteilite hält Kindergelderhöhungen oder Programme für Langzeitarbeitslose noch immer für eine «Investition in den sozialen Zusammenhalt», dabei ist dieser am meisten gefährdet, weil die SPD ständig nur solche Petitesse für ihre Leute herausschlägt.

Umverteilung und Internationalismus: Nix für die SPD?

Wenn die älteste Partei Deutschlands überleben will, muss sie einen radikalen Gegenentwurf zum jetzigen System anbieten. Die Deutschen haben ihr gezeigt, dass sie mit einer bis ins Mark konsensorientierten und pragmatischen SPD nichts anfangen können. 1999 schlugen der britische Premier und der deutsche Bundeskanzler in ihrem *Schröder-Blair-Papier* «eine neue angebotsorientierte Agenda für die Linke» vor und ebneten so auf theoretischer Ebene für die europäischen Sozialdemokratien den Weg in den Neoliberalismus. Das Elektorat ließ dies nicht unvergolten: Von

40,9% im Jahr 1998 ging es stetig abwärts für die Genossen und auch die 23% im Jahr 2009 waren, wie wir heute wissen, nur ein vorläufiger Tiefstand. Trotzdem setzt die Partei ihren Kurs stur fort. Oder anders ausgedrückt: Zwei Dinge sind unendlich, das Universum und die Dummheit der SPD-Führung, aber beim Universum können wir uns nicht ganz sicher sein.

Wir kennen die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft. Die Stichworte lauten: Arbeitslosigkeit, Ungleichheit, Globalisierung und Automatisierung. Die Bücherregale und Zeitungen sind voller Ideen, wie man mit diesen Problemen umgehen kann. Da wären beispielsweise die Ökonomen Kalle Moene und Debraj Ray, die vorschlagen, dass alle Länder von der UN verpflichtet werden sollen, ein garantiertes Mindesteinkommen, ein Universal Basic Share (UBS), wie sie es nennen, in Höhe von 10 bis 12 Prozent des *jeweiligen* Nationaleinkommens einzuführen, um auf diese Weise Verteilungsgerechtigkeit mit einem Anreiz, die Entwicklung des eigenen Landes voranzubringen (weil das Erreichte als Bonus zu jedem zurückkäme), in Einklang zu bringen. Umverteilung und Internationalismus: Wäre das nicht etwas für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands? Oder sie könnte sich für eine Arbeits-

zeitverkürzung, wie sie Keynes schon 1930 für «unsere Enkelkinder» voraussagte, stark machen, um Arbeitslosigkeit (wer glaubt eigentlich den Statistiken?) und Finanzmarktexzessen (wenn das Geld den Arbeitnehmern ausbezahlt wird, landet es nicht im Finanzsektor) entgegenzutreten. Radikal kommen uns diese Vorschläge sowieso nur vor, weil die SPD seit Jahren nicht liefert. Das Werk von Stein Rokkan und Seymour Martin scheint in Vergessenheit, doch einen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit gibt es heute noch immer – er kommt nur anders daher. Aber er produziert nach wie vor Abhängige, für die sich die SPD einsetzen könnte. Und vielleicht würde sie dann sogar im Gegenzug von diesen gewählt. Repräsentative Demokratie ist ein reziprokes Geschäft. Deswegen steht die SPD da, wo sie steht.

Gibt es Hoffnung, dass die SPD von ihrem Kurs Abschied nimmt und zurückkehrt zu den Werten des pleonastischen *demokratischen Sozialismus*? Mit einem Parteiapparat, der stets die Idee einer «Erneuerung» okkupiert und ihr den Stachel zieht, wohl kaum. Ein gefährlicher Weg: Bei der letzten Bundestagswahl haben 500.000 ehemalige SPD-Wähler ihre Stimme der AfD gegeben. Andrea Nahles wird diese Leute nicht so einfach zurückholen können.

Die SPD – linke Volkspartei im 21. Jahrhundert

Der Tag der Bundestagswahl war für mich einer, bei dem Erfolg und Misserfolg nah beieinanderlagen. Persönlich habe ich mich sehr darüber gefreut, dass ich erstmals und direkt in den Bundestag gewählt wurde; tief enttäuscht war ich aber über das schlechteste Bundestagswahlergebnis, das die SPD in ihrer Nachkriegsgeschichte erreicht hat.

Aus diesem Erlebnis wuchs für mich der Ansporn etwas dazu beizutragen, die SPD besser und zukunftsfähig aufzustellen – eben weil wir neu im Bundestag sind, haben wir auch eine besondere Verantwortung bei der Erneuerung der SPD. Wir – das sind in diesem Fall die zwölf neuen, jungen Abgeordneten, die in unserem gemeinsamen Thesenpapier «Unsere SPD – linke Volkspartei im 21. Jahrhundert» diesen Ansporn beschreiben.

Unser Ziel ist eine starke Sozialdemokratie, die sich für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und Europa einsetzt. Die vielen positiven Reaktionen und Zuschriften auf unser Papier geben uns die Rückmeldung, dass danach große Sehnsucht besteht. Dafür muss die SPD aber aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Wir dürfen nicht noch einmal neoliberalen Trends hinterherlaufen, sondern müssen uns auf

unsere eigenen Ideale besinnen. Wir brauchen eine inhaltliche Präzisierung und klare Positionierung der Sozialdemokratie in allen großen gesellschaftlichen Zukunftsfragen. Und wir brauchen einen stärkeren Austausch mit zivilgesellschaftlichen Bewegungen.

Unser Debattenbeitrag soll zu beidem einen Anstoß geben, damit am Ende eine echte Erneuerung der SPD steht.

Als junge und neu gewählte Bundestagsabgeordnete haben wir dieses Papier verfasst, um einen Debattenbeitrag zur Erneuerung unserer Partei zu leisten. Wir sind davon überzeugt, dass nur eine starke Sozialdemokratie die sozialen Herausforderungen und wichtigen Zukunftsfragen verantwortungsvoll beantworten kann. Nur die SPD muss und kann die linke Volkspartei im 21. Jahrhundert sein. Wir wollen, können und werden diesen Anspruch weder anderen Parteien noch irgendeiner Bewegung überlassen.

Das Vertrauen in die Sozialdemokratie hat in den letzten 15 Jahren stark abgenommen, in dessen Folge auch der Zuspruch der Wählerinnen und Wähler. Ursache hierfür sind nicht in erster Linie jeweilige Koalitionsbildungen, sondern das Handeln unserer Partei. Das Vertrauen in die sozialdemokratischen Parteien in Europa ist zurückgegangen, weil sie in den letzten Jahrzehnten, in denen die neoliberalen Ideen die Politik dominierten, einen Anteil an den sozialen Rückschritten hatten. Aber moralische

1 Das hier abgedruckte und von Wiebke Esdar eingeleitete Thesenpapier von zwölf neu gewählten, jungen Bundestagsabgeordneten wurde im März bereits online veröffentlicht und kann u. a. über den folgenden Link abgerufen werden: <http://www.wiebke-esdar.de/neuigkeiten/2018/3/16/die-spd-linke-volkspartei-im-21-jahrhundert>.

Anklagen helfen nicht bei der Neuorientierung. Stattdessen gilt es, die Sichtweisen und Handlungsgründe der Akteure in jener Zeit zu erkennen, um gemachte Fehler zu korrigieren und das eigene Handeln neu auszurichten. Europaweit nehmen unterschiedliche zivilgesellschaftliche Bewegungen aktuelle politische Entwicklungen auf. Zumeist teilen sie die grundsätzlichen Werte der Sozialdemokratie. Deshalb wollen und müssen wir diesen Bewegungen zukünftig offener begegnen und sie, wo immer möglich, im sozialdemokratischen Kontext einbinden. So können wir konkrete Anliegen der Bürgerinnen und Bürger wieder direkter aufnehmen. Die Erneuerung unserer Partei darf sich nicht auf organisatorische Fragen beschränken, sondern muss vor allem eine neue inhaltliche Präzisierung sozialdemokratischer Politik sein. Sie setzt eine ehrliche Ist-Analyse voraus.

Bei der Erneuerung der SPD geht es im Wesentlichen um eine klare Positionierung in gesellschaftlichen Zukunftsfragen und um einen neuen Politikstil. In der Vergangenheit wurden inhaltliche Konflikte zu oft nicht geklärt, sondern mit Formelkompromissen übertüncht. Diese Zeit muss vorbei sein. Wir müssen klare und verständliche Positionen beziehen und unser politisches Handeln danach ausrichten.

- Die schwarze Null ist kein finanzpolitisches Programm und kein eigenständiges Ziel. Politische Herausforderungen brauchen politische Antworten. Die notwendige Antwort auf die zu geringe Investitionstätigkeit und die zunehmende soziale Spaltung sind höhere Investitionen in Bildung, Wohnungsbau, Verkehrs- und digitale Infrastruktur sowie eine Veränderung der Einnahmenseite des Bundes.

Hohe Einkommen und große Vermögen müssen endlich wieder einen angemessenen Anteil an der Finanzierung gesellschaftlicher Zukunftsaufgaben tragen. Kapital muss mindestens so stark besteuert werden wie Einkünfte aus Arbeit. Eine von der Sozialdemokratie angestoßene Debatte um eine geeignete Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist dringend notwendig. Zu oft wurde der Begriff Generationengerechtigkeit missbraucht, um den Sozialstaat zu schwächen. Wir wollen eine Neubestimmung des Begriffs: Generationengerechtigkeit ist Verteilungsgerechtigkeit. Es geht nicht darum, Jung gegen Alt auszuspielen, es geht um Chancen auf ein gutes Leben für alle Generationen, heute und morgen.

- Das neoliberale Dogma «Privat vor Staat» hat den Versicherungsunternehmen und Akteuren auf dem Kapitalmarkt hohe Gewinne beschert, nicht aber den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand gemehrt. Vielmehr kann sich eine größer werdende Zahl von Menschen in unserem Land nicht mehr sicher sein, in ausreichendem Maße gegen bestehende Lebensrisiken abgesichert zu sein. Die SPD muss daher für eine weitere Stärkung der solidarischen gesetzlichen Rentenversicherung sorgen, statt auf private Versicherungsunternehmen zu setzen. Wir brauchen eine Neuordnung in der Sozialpolitik, die in jeder Lebenslage dafür sorgt, dass sich Menschen auf einen starken Staat verlassen können.
- Soziale Ungleichheit schwächt die wirtschaftliche Entwicklung und Prosperität einer Volkswirtschaft. Die Lohnzurückhaltung und Ausweitung des Niedriglohnssektors der letzten 20 Jahre hat Deutschland international wettbewerbs-

fähig gemacht und für mehr Beschäftigung gesorgt, jedoch um den hohen Preis der Zunahme von prekärer Arbeit und Ungleichheit. In Europa hat die lang anhaltende Phase deutscher Leistungsexportüberschüsse zu wirtschaftlichen Verwerfungen geführt. Eine aktive staatliche Wirtschaftspolitik ist deshalb dringend notwendig. Gemeinsam mit den Gewerkschaften, Sozialverbänden und Unternehmensverbänden muss die SPD die Wirtschaft in Deutschland und Europa als Garant für Wohlstand und Fortschritt aller Menschen ausgestalten, beispielsweise durch Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, starke Einschränkung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, einen europäischen Mindestlohn und die Stärkung öffentlicher Güter wie Bildung, Gesundheit und Wohnungsbau.

- Um auch zukünftig gute und sichere Arbeitsplätze zu garantieren, brauchen wir eine starke Wirtschaft mit einem klaren Bekenntnis zu kleinen und mittelständischen Unternehmen und zum Handwerk. Über wirtschaftliche Stärke entscheiden nicht die niedrigsten Steuersätze oder möglichst wenig Regulierung, sondern eine leistungsstarke Infrastruktur, hervorragend ausgebildete Fachkräfte, politische und gesellschaftliche Stabilität sowie der gesellschaftliche Mut zur Innovation. Diesen Mut braucht die Sozialdemokratie.
- Durch die Digitalisierung der Arbeit und der Gesellschaft befinden wir uns inmitten einer technologischen Revolution. Das bietet große Chancen. Wir wollen und dürfen diese Entwicklungen aber nicht unreguliert dem freien Markt überlassen. Politik trägt Verantwortung dafür, diesen gesellschaftlichen Fortschritt zu

gestalten, indem sie Menschen durch Aus- und Weiterbildung darauf vorbereitet und für entsprechende Gesetzgebung und rechtliche Eindeutigkeit sorgt. Während die Investitionen von der Allgemeinheit getragen werden, dürfen die Gewinne nicht ausschließlich privatisiert werden. Von der Digitalisierung muss die gesamte Gesellschaft profitieren.

- Die Umweltfrage ist eine soziale Frage. Die Folgen des Klimawandels treffen die benachteiligten Regionen unserer Erde und die wirtschaftlich schwachen Teile einer Gesellschaft stärker als finanzstarke Gruppen. Die SPD muss darum der führende Teil einer sozial-ökologischen Bewegung sein. Hier haben wir Erfahrung und Kompetenz. Es war die SPD, die Deutschland aus der Kernkraft und die erneuerbaren Energien zu ökologischem und wirtschaftlichem Erfolg geführt hat. Klar ist: Auch bei den nächsten Schritten der Energiewende dürfen wir die soziale Frage nicht aus dem Blick verlieren. 2022 geht das letzte AKW vom Netz. Im nächsten Schritt müssen wir zeitnah aus der Kohlekraft aussteigen. Hier brauchen sowohl die Beschäftigten wie auch die betroffenen Regionen klare Zukunftsperspektiven.
- All diese Antworten kann nur ein soziales und demokratisches Europa geben. In den letzten Jahren hat eine Politik des Kaputtsparens und der Abschottung die europäische Idee schwer beschädigt. Daher fordern wir einen Neustart für die Europäische Union. Wir wollen ein solidarisches Europa, das für alle Bürgerinnen und Bürger erfahrbar wird. Dafür müssen wir nicht nur Entscheidungsprozesse demokratisieren, sondern den europäischen Zusammenhalt auch durch kon-

krete soziale, wirtschaftliche, friedenspolitische und kulturelle Initiativen stärken. Einem neoliberal-konservativen Dogma wollen wir eine sozialdemokratische Alternative entgegensetzen.

Zu einer starken und klaren inhaltlichen Positionierung gehört für unsere politische Arbeit ein offener, zuhörender, bürgernaher, transparenter und klarer Stil. Als Vertreterinnen und Vertreter einer Volkspartei ist es uns dabei wichtig, in gesellschaftlichen Gruppen verankert zu sein und diese einzubeziehen.

- Eine starke Streitkultur: Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Papiers haben für oder gegen die neue große Koalition argumentiert. Uns eint, dass wir alle um den besten Weg für die Menschen und die Sozialdemokratie ringen. Wir wollen auch zukünftig kontrovers und hart in der Sache diskutieren, aber immer fair im Umgang. Das belebt unsere Partei, macht die Demokratie spannend und wieder attraktiv für viele Menschen – davon sind wir überzeugt.
- Wir müssen auch in der Auseinandersetzung mit den demokratischen Mitbewerberinnen und Mitbewerbern die Begriffe Streit und Debattenkultur wieder stärker voneinander trennen. In Zeiten großer gesellschaftlicher Veränderungen ist eine offene, auch kontroverse Debatte um die richtigen Weichenstellungen – gerade auch unter Koalitionspartnern – keine Schwäche, sondern belebendes Element der Demokratie.
- Eine gute Politik beginnt mit der Betrachtung des Lebensalltags der Bürgerinnen und Bürger: Unsere Aufgabe als Partei ist es zuzuhören, zu hinterfragen und die

Themen aufzugreifen, sie zu diskutieren und eine sozialdemokratische Antwort zu formulieren. Auf Augenhöhe, nicht von oben herab. Dies ist ein dauerhafter Prozess, dies ist unser Politikverständnis. Es geht nicht um einmalige Beteiligungsformate oder Veranstaltungsreihen.

- Mehr Offenheit und Sichtbarkeit: Dem gesunkenen Vertrauen in die Politik wollen wir mit mehr Transparenz innerparteilicher wie parlamentarischer Entscheidungsprozesse begegnen. Unser Anspruch ist es, Entscheidungswege und -gründe offensiv zu erklären. Wir wollen eine ernstgemeinte Beteiligung und Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern sowie unserer Parteibasis. Dazu gehört eine klare und verständliche Sprache, die die Abläufe nachvollziehbar macht. Im Bundestag werben wir dafür, dass die Sitzungen der ordentlichen Ausschüsse zukünftig grundsätzlich öffentlich tagen.
- Wir brauchen in der SPD und weit über sie hinaus eine breit angelegte Debatte, die selbstbewusst gerechte, solidarische und nachhaltige Antworten auf die ökologischen und sozialen Fragen in Deutschland, in Europa und in der Welt erarbeitet. Sie müssen über das unmittelbare Regierungshandeln als Partner in einer Koalition hinausgehen. Ziel der SPD muss es sein, diese Zukunftsdebatte in der Partei zu führen, in die Gesellschaft zu tragen und am Ende parlamentarische Mehrheiten diesseits von CDU und CSU möglich zu machen.

Verfasst von: Wiebke Esdar, Timo Gremmels, Elisabeth Kaiser, Elvan Korkmaz, Helge Lindh, Siemtje Möller, Falko Mohrs, Josephine Ortleb, Johannes Schraps, Michael Schrodli, Manja Schüle sowie Marja-Liisa Völlers

Die Wiederkehr der Bildungskatastrophe? Über das anachronistische Bildungsnarrativ der Sozialdemokratie im Zeitalter der Digitalisierung

Wer über Digitalisierung oder Bildung redet, dem versprechen diese Themen den Nimbus der Wichtigkeit. Immerhin ist Digitalisierung eine große «Herausforderung», wie man nicht selten mahnend von Politiker_innen hört. In der Regel folgt danach der optimistische Schwenk: die Digitalisierung berge auch enorme «Chancen». Ähnlich verhält es sich mit Bildung: Ein Mehr an ihr zu fordern verspricht Zustimmung.

Indes: Beide Themenkomplexe sind in der Tat von besonderer Bedeutung – vor allem für die Sozialdemokratie. Denn in beiden Bereichen bedarf es der Aufarbeitung großer Versäumnisse. Hinzu kommt, dass sie eng miteinander verbunden sind, ist es vor allem das eigene Bildungsnarrativ, das den Erneuerungsprozess und damit auch eine für die Ära der Digitalisierung zeitgemäße sozialdemokratische Politik blockiert.

Der Mythos vom Aufstieg durch Bildung

Es erscheint provokativ zu behaupten, dass ausgerechnet die Sozialdemokratie im Bereich der Bildungspolitik schlecht aufgestellt sei. Denn Bildung ist traditionell eines ihrer Lieblingsthemen. Die «Partei des Aufstiegs» sieht gerade gelungene Bildungspolitik als Instrument zu diesem an. Doch es ist besonders das traditionell tief verwurzelte Bildungsverständnis, orientiert an sozialer Mobilität und Aufstieg, aufgrund

dessen es der Partei immer weniger gelingt, ein zeitgemäßes Konzept der Bildungspolitik zu entwickeln.

Historisch gesehen kann die Sozialdemokratie mit ihrer Bildungspolitik auf ein Erfolgsmodell zurückgreifen: Im Aufstieg der Arbeiterbewegung hat Bildung stets eine Schlüsselrolle gespielt. In Richtung des zu erreichenden Ziels des Aufstiegs ihrer Schützlinge aus den «unteren Klassen» waren vor allem die Bildungsinstitutionen der Weg. Über sie konnten aus «einfachen Arbeiter_innen» möglicherweise einst Angehörige des Bürgertums werden.

Mit dieser Einstellung konnte die Sozialdemokratie dann besonders in bildungspolitischen Krisenzeiten punkten, beispielsweise als Georg Picht 1964 die «Bildungskatastrophe» ausrief.¹ Damals sorgte sich die Öffentlichkeit vor allem um die neu entdeckten Abgehängten im Bildungssystem. Sinnbild dieser Krise wurde alsbald das «katholische Schulmädchen vom Lande». Es galt die Aufgabe zu bewältigen, dass junge Menschen das Abitur machen sollten, die dies vormals allein aufgrund ihrer Herkunft nicht absolviert hätten. Das sozialdemokratische Bildungsnarrativ war dabei – indem es das katholische Schulmädchen adressierte – sogar doppelt funktional: Es wirkte

1 Georg Picht: *Die deutsche Bildungskatastrophe: Analyse und Dokumentation*, Olten 1964.

einerseits sozialkulturell als Gleichberechtigungsdiskurs und andererseits bediente es auch den Mythos des sozioökonomischen Aufstiegs per se. Gerichtet war diese Erzählung vor allem gegen den Konservativismus, in dem Sozialdemokraten seit jeher eine rückwärtsgewandte Kraft sehen, die unter Bildung lediglich die Reproduktion der eigenen Klassen und Schichten versteht und sie auch nur diesen zugänglich macht.

Folglich erhebt die Sozialdemokratie Anspruch auf das Erbe dieser Bildungspolitik. Nach und nach ging diese vom Status der progressiven Forderung der Arbeiter_innen in die DNA staatstragender Mythologie über. Langsam aber sicher wandelte sich auch Deutschland von einer Agrar- und Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft.² Frauen spielten dabei eine wichtige Rolle, denn die neu entstehenden Berufe, die eines gewissen Bildungsgrades bedurften, aber oft noch repetitiver Natur waren, sollten zunächst vor allem von ihnen übernommen werden. Nicht nur Sekretärin, sondern auch Telekomunikation, Programmierarbeiten und vor allem Berechnungswesen waren Bereiche, in denen – anders als es heute den Anschein macht – bereits in den 1950ern Frauenberufe entstanden. Erst als derartige Berufe zunehmend gesellschaftliche Anerkennung und auch eine entsprechende Vergütung erhielten, tauchten die Männer wieder auf.

Abklang der Sozialen Moderne

Diese Zeit, in der neue Berufsgruppen entstanden und sozialer Aufstieg vor allem durch Bil-

dungsinstitutionen gelang, nennt der Soziologe Oliver Nachtwey «soziale Moderne».³ In dieser prosperierenden Ära schien es Aufstieg und die Modernisierung der Gesellschaft im Doppelpack zu geben. So entsprach es völlig dem Zeitgeist, wenn sich die SPD seit jeher zugleich als Kraft der Modernisierung und sozialer Gerechtigkeit gab.

Wenn auch heute vielleicht nicht mehr das katholische Schulmädchen adressiert wird, dann aber gleichwohl das Arbeiterkind mit Migrationshintergrund. Doch stets bleibt das Aufstiegsnarrativ – sowohl der Sozialdemokratie als auch im gesellschaftlichen Konsens –, einem meritokratischen, also dem Leistungsgedanken folgenden, Ideal zu entsprechen. Der Leistungsgedanke ist so unhinterfragt, dass Franz Walter meint, in ihm die letzte verbliebene, konsensfähige soziale Utopie zu sehen, im Sinne eines klaren Orientierungshorizontes.⁴ Gerech ist nach diesem Ideal, dass sich der Verdienst nach der Leistung richtet. Problematisch wird dies jedoch, wenn vor allem Bildungspolitik bedeutet, dass die Menschen sich, um sich etwas leisten zu können, permanent an rasant wandelnde Bedürfnisse des Marktes anpassen müssen – und die Sozialdemokratie so von der progressiven zur konformistischen Kraft wird. Denn: Auch, wenn die Sozialdemokratie noch heute gerne den Mythos «Aufstieg durch Bildung» bedient und die entsprechende Rhetorik konserviert hat – das Narrativ ist anachronistisch geworden.

2 Daniel Bell: Die nachindustrielle Gesellschaft. In: Wolfgang Welsch und Jean Baudrillard (Hg.): *Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion*. Berlin 1994², S. 144 – 152.

3 Oliver Nachtwey: *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin 2016, S. 17 – 41.

4 Franz Walter u. Stine Marg: I + E = LW. Meritokratie als Alltagsutopie der neuen Mitte. In: *INDES – Zeitschrift für Politik und Gesellschaft* Jg. 2/2012, H. 2. S. 6–18.

Generationenkonflikt

Heute ist dieser Leistungsgedanke besonders in der Sozialdemokratie ausgeprägt. Nicht zuletzt erklärt sich dies durch einen Blick auf die Alterskohorte: Denn vor allem über die Bildungsinstitutionen kletterte ein gehöriger Teil der Nachkriegsgeneration empor. Sicherlich war der Weg aus Arbeiterfamilien, ärmlichen Verhältnissen und nicht selten weg vom durch den Ungeist des Dritten Reiches geprägten Wertvorstellungen ein beschwerlicher. Und daher ist ihr Aufstieg aus dieser Welt bis heute für die Nachkriegsgeneration eine positive Lebenserzählung ihrer selbst: den steinigen Weg bewerkstelligt zu haben, konnte so manche/r aus dieser Generation sich alsbald auf die Fahnen schreiben. Daher glaubt man in dieser Generation in der Regel an sozialen Fortschritt, Modernisierung – teilt aber auch und vor allem das Ideal der Leistung. Und sie ist es, die seit den 1980ern in Amt und Würden sitzt – und die vergangenen drei Dekaden sozialdemokratischer Historie geprägt hat.

Aus verschiedenen Gründen steht in den westlichen Demokratien nach und nach der Sozialstaat zur Disposition und obwohl auch gesellschaftlicher Aufstieg immer schwieriger bis nahezu unmöglich wird, bleiben diese Aufstiegsmythen zentrale Bestandteile – auch sozialdemokratischer Programmatik. Nachtwey konstatiert, dass das Zeitalter der «sozialen Moderne» inzwischen vorüber sei, und spricht in seinem gleichnamigen Buch von einer «Abstiegsgesellschaft». Wolfgang Streeck argumentiert mit einer «Revolte des Kapitals», welches zwar in der Nachkriegsära eingesehen hätte, an der Konsolidierung der Gesellschaft mitwirken zu müssen, aber gegen seine Regulie-

rung seit den 1970er-Jahren wieder mehr für sich selbst fordere.⁵ Der Philosoph Byung Chul Han sieht einen neuen, internalisierten Arbeitsethos der Selbstausbeutung, der sich in den Denkweisen der Menschen ausgebreitet habe. Früher wurde Arbeit als eine oktroyierte Notwendigkeit angesehen. Zwar müsste man sich in der Regel gegen den Willen der Besitzenden richten, innerlich sei aber eine Distanzierung möglich gewesen. Han spricht von einer vergangenen «Disziplinargesellschaft», die wir mit dem Dogma des Leistungsgedankens gegen eine «Burnout- und infolge eine Müdigkeitsgesellschaft» ausgetauscht hätten.⁶ Zwar hätten wir uns heute vieler Verbote entledigt und seien objektiv freier, als es die Menschen in der sozialen Moderne waren, doch gleichzeitig hätten wir nun auch verstärkt die Verantwortung für persönlichen Erfolg oder persönlichen Scheitern übernommen. Insofern seien wir in vielerlei Hinsicht wieder nicht freier, als die Menschen früher, denn anders als diese setzten sich Menschen in zeitgenössischen Gesellschaften permanent selbst unter Druck. Der Soziologe Hartmut Rosa diagnostiziert dem Kapitalismus selbst eine permanente innere Steigerungslogik.⁷ Um bestehen zu müssen, müsse er sich auf immer neue Felder ausweiten und die Dinge monetarisieren, d.h. in seinen Warenkreislauf einbetten. Streecks Analyse ist eine vorwiegend ökonomische. Aus

5 Wolfgang Streeck: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2013, S. 26.

6 Byung-Chul Han: *Müdigkeitsgesellschaft. Um die Essays Burnoutgesellschaft und Hoch-Zeit erweiterte Ausgabe*, Berlin 2010, S. 65 – 88.

7 Hartmut Rosa: *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*, Frankfurt a.M. ¹¹2016, insbesondere S. 92 und 261.

ihr geht das Argument hervor, dass möglicherweise das Narrativ der Aufsteigergeneration auch vor allem einer historisch-ökonomischen Situation zu verdanken war, die sich nun gewandelt habe. Han und Rosa dagegen betonen die psychisch-seelische Seite der zeitgenössischen Wirtschaftsordnung.

Der Generationenkonflikt ist dabei vor allem in dem Sinne zu verorten, als dass diejenige Generation, die vom Bildungsverständnis der «sozialen Moderne» und der Sozialdemokratie am meisten profitierte, nun tragende Säule auch ihrer Partei ist. Ihre Alterskohorte und Mentalität prägen den Geist zeitgenössischer sozialdemokratischer Programmatik. Indes meint Generationenkonflikt an dieser Stelle nicht ein reines Jung-gegen-alt-Schema, denn die Aufstiegs-generation hat auch ihre geistigen Nachfahren, deren bürgerliche Interpretation der Sozialdemokratie diese zunehmend von traditionellen Milieus entfremdet.⁸ Die sich ausweitende Kluft besteht zwischen den Gewinner_innen und Verlierer_innen eines kontinuierlichen Modernisierungsprozesses, der vor allem eine permanente Anpassung der Individuen an sich wandelnde Marktbedürfnisse meint. Die Sozialdemokratie wird dabei vom Opponenten zum Agenten. Denn das Bildungsnarrativ der Sozialdemokratie ist vom Geist der Wachstumsökonomie gekapert worden. Im Zeitalter der Digitalisierung verbindet sich diese nun verstärkt mit neoliberalen Tendenzen. Ein gängiger Fehler ist daher, Digitalisierung lediglich von der technischen Seite her zu betrachten – also ggf. mit der gestiegenen

Relevanz digitaler Technologien für das Alltags- und Berufsleben gleichzusetzen.

Die «Kultur der Digitalität»

Felix Stalder spricht daher auch von einer entstanden «Kultur der Digitalität», in die sich unsere Gesellschaft seit dem 19. Jahrhundert in einem langen Prozess gewandelt habe.⁹ Für Stalder bestand dieser Weg nicht in erster Linie aus technologischen Innovationen, sondern aus einem Mäandern zwischen Sicherheiten und der wiederum folgenden Erosion gewohnter Ordnungen. Dies betrifft bei ihm drei Ebenen: Erstens stünden generell gewohnte Ordnungen wie die Heteronormativität zunehmend auf dem Prüfstand, womit er – anders als der Begriff suggeriert – nicht alleine die Neuverhandlung von Geschlechtergrenzen meint, sondern eine allgemeine Tendenz zur Infragestellung von binären Ordnungssystemen. Einst selbstverständliche Distinktionen wie Mann/Frau, Privatheit/Öffentlichkeit, Natur/Mensch und Politisch/Unpolitisch verlören den Status des Selbstverständlichen. Zweitens ginge dies einher mit der postkolonialen Situation, also einerseits einer spezifischen historisch-politischen Konstellation, in der einst herrschende Systeme und Länder nun als Hierarchien in Frage gestellt würden, sich aber auch selbst hinterfragten, aber andererseits auch mit einer allgemeinen Reflexion von Denkweisen, Vorannahmen und besonders Kategorisierungsmechanismen. Drittens dürften diese Hinterfragungen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es neben ihnen eine fortdauernde Dominanz eines Ordnungssystems gäbe, die Stalder die moderne «Wis-

8 Jöran Klatt: Pale-Ale statt Pils, in: *Cicero-Online*, 30.01.2018, online unter: <https://www.cicero.de/innenpolitik/spd-kultur-aufsteiger-68er-groko-wandel>.

9 Felix Stalder: *Kultur der Digitalität*, Berlin ²2017.

sensökonomie» nennt. Mit ihr meint er eine Reihe von sozialen Techniken der Vereinheitlichung, Messung, Standardisierung, Monetarisierung, Bürokratisierung und Quantifizierung, welche zur Entfaltung und Funktion des Industriekapitalismus zwingend notwendig waren und bis heute den Zeitgeist prägen. Sie erzeugen eine Gleichzeitigkeit von Sicherheiten und Unsicherheiten, die wiederum Reaktionen hervorriefen.

Ein Beispiel hierfür ist die zeitgenössische Tendenz, sowohl Technologien, als auch soziale Techniken der Selbstoptimierung zu entwerfen, um auf dem postmodernen neoliberalen Markt weiter bestehen zu können. EC, Paypal und (in der neuen Form) Bitcoin beschleunigen den Zahlungsverkehr, Schlafapps quantifizieren und optimieren den Schlaf, Datingapps wie Tinder die Partnersuche. Daneben gibt es auch immer mehr Menschen, die auf den beschleunigten sozialen Wandel mit Rückzugsmechanismen reagieren. Die Entbehrlichen und Überforderten suchen sich ab einem gewissen Punkt verstärkt Enklaven und wenden sich Restaurationsversprechen zu. Das gute alte traditionelle Bildungs- und Aufstiegsversprechen der Sozialdemokratie wirkt allerdings nicht als solches, da es inzwischen vom etablierten Slang der Modernisierung durchdrungen ist und die Gewinnerseite des Neoliberalismus adressiert.

Aufgabestellungen in der digitalen Kultur

Digitalität in diesem Sinne bedeutet also nicht einfach die Allgegenwärtigkeit von Smartphones, PCs, Tablets und dessen, was noch kommt. Die Digitalisierung hat ihre ganz eigene Kultur- und Ideologiegeschichte. Und dennoch tun sich Parteien und auch besonders die Sozialdemokratie

bislang schwer damit, die Tragweite der Digitalisierung zu verstehen. Nach wie vor konzentrieren sich die Kernforderungen zum Thema auf «schnelles Internet» und Online-Wahlkämpfe.¹⁰ Die Sozialdemokratie reiht sich damit ein in die weithin etablierten Umgangsformen mit der Digitalisierung, die zwei Kernprobleme ignorieren.

Erstens werden weithin und somit auch von der Sozialdemokratie häufig die Herausforderungen der Digitalisierung mit den Lösungsvorschlägen der Digitalisierung selbst angegangen. Zweifellos können hier technische Innovationen Hilfestellungen geben. Dies zeigt sich bspw., wenn die einst kryptischen und schwer zugänglichen Interfaces digitaler Technologien immer niederschwelliger werden und in naher Zukunft die Audioeingabe womöglich die Eingabetastatur als Standardinterface ablösen wird. Zweifellos wird dies Menschen, die von der digitalen Welt bisher ausgeschlossen waren, letztendlich den Zugang zu ihr ermöglichen. Es darf dabei aber nicht vergessen werden, dass dieser niederschwellige Zugang auch vor allem im Interesse der Ausweitungslogik, also des «Sog des Digitalen»,¹¹ geschieht, der durch die Monetarisierungslogik motiviert ist. Wer noch offline ist, produziert bisher keine verwertbaren Daten.

Zweitens wird eine vermeintlich zeitgemäße Bildungspolitik vor allem von der Warte der tradierten und anachronistischen Aufstiegsnarrative her erzählt. Hier zeigt sich eine besondere Schwäche der Sozialdemokratie, die unter Bildung in der Kultur der

10 Jöran Klatt: Online-Strategien ersetzen keine politische Botschaft. Die Digitalisierung als Herausforderung für die Parteien des linken Spektrums, in: *perspektivends. Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik*, Jg. 34/2017, H. 2. S. 188 – 192.

11 Felix Stalder, S. 105.

Digitalität besonders Ausbildung versteht. Auch hier wirken die Rezepte eines guten Umgangs mit der Digitalisierung meist, als wären sie selbst aus dem Silicon Valley: Ein «Laptop für jedes Schulkind», «Ausbau des schnellen Breitband-Internets» und «Cybersecurity» sind enorm marktkonforme Problemlösungskonzepte. Metaphorisch gesprochen sind sie jedoch vor allem Versuche ohnehin stattfindende Entwicklungen lediglich zu «debuggen», also kleinere Fehler im Programmiercode zu beheben. Die Alternative dazu müsste sein, am Programmcode selbst zu arbeiten, und sich zu fragen, welcher Form von Mensch, und damit Bildung und Gesellschaft, eigentlich die Digitalisierung zu dienen hat – und nicht umgekehrt.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma kann der Sozialdemokratie nur eine kritische Distanz zum Aufstiegsnarrativ bringen. Innerhalb eines Erneuerungsprozesses muss sie vor allem die Bildungspolitik auf den Prüfstand stellen, und sich fragen, ob sie stärker in Richtung Bildung kritischer, souveräner Subjekte und Bewusstseinsbildung möchte, oder weiterhin vor allem sozioökonomischen Paradigmen folgt. Es mag riskant sein aus dem Narrativ der Wissensökonomie ausbrechen zu wollen – ihm in der Abstiegsgesellschaft zu folgen bedeutet jedoch, sich zwischen Gewinner- und Verliererseite zu entscheiden, auch wenn man noch so sehr die «Chancen» betont.

Armin Alizadeh

Sozialdemokratische Bildungspolitik im 21. Jahrhundert Auf der Suche nach einem Weg aus einer Sackgasse¹

Seit den Anfängen der Arbeiter*innenbewegung kämpfen Generationen von Sozialist*innen für eine, im ersten Moment fast zu einfach anmutende Forderung: Gleiche Bildungschancen für alle Menschen. «Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten» – so lautet die sechste von insgesamt zehn Forderungen des Eisenacher Programms, beschlossen auf dem Gründungskongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) am 8. August 1869. Arbeitern und Handwerkern einen Zugang zu Bildung zu ermög-

lichen war auch der Anspruch der bereits im Vormärz gegründeten Arbeiterbildungsvereine. Sie legten damit den Grundstein zur Entstehung der Arbeiter*innenbewe-

¹ Der vorliegende Artikel basiert auf einem durch den Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen (aktuelle Mitglieder: Armin Alizadeh, Torrent Balsamo, Aljoscha Dalkner, Julian Engelmann, Julie Göths, Gabriele Schraudolf, Ann-Kathrin Zierau) gestellten Antrag, der auf dem Bundeskoordinierungstreffen 1/18 der Juso-Hochschulgruppen am 18.05.2018 beschlossen wurde. Einige Impulse aus der Generaldebatte zum Antrag, an der als Gast auch Thorsten Schäfer-Gümbel teilnahm, sind in dem Artikel mit aufgegriffen worden.

gung. Zwar vertritt die Sozialdemokratie diesen Anspruch bis heute, erfüllen konnte sie ihn jedoch nicht. Bildungschancen bleiben sehr ungleich verteilt und selbst sozialdemokratische Regierungen haben bislang keine wirksamen Maßnahmen zur Bewältigung dieser Ungleichheit ergriffen. Dabei ist es gerade die Bildungspolitik, in der die Sozialdemokratie ihre Vision einer besseren Gesellschaft erklären und explizit umsetzen kann. Dies erfordert die Hinwendung zu einer Bildungspolitik, die sich aus der Analyse und Kritik des heute existierenden Bildungsideals ergibt.

Zur Notwendigkeit eines neuen Bildungsnarrativs

Welche Verfassung von Gesellschaft auch immer politische Bewegungen anstreben, das Bildungssystem ist stets umkämpft. Durch die Inhalte und die Struktur des Bildungssystems sichern bestehende Gesellschaften ihr Fortbestehen. Wandelt sich eine Gesellschaft, so bedeutet dies meist auch Veränderungen im Bildungssystem. Auch umgekehrt gilt dies. Wird das Bildungssystem angepasst, so entsteht das Potenzial für gesellschaftliche Veränderungen. Wenn heute kaum noch ernsthaft über größere Anpassungen am Bildungssystem diskutiert wird, ist das Ausdruck eines stillschweigenden Konsenses zwischen weiten Teilen der Gesellschaft, relevanten Institutionen und Parteien. Es ist der Konsens über das heute in unseren Bildungsinstitutionen verankerte Bildungsideal. Dieses Bildungsideal beruht im Kern auf dem Maßstab der Leistung. Leistung und Erfolg werden gleichgesetzt. Gute oder schlechte Leistungen bzw. Erfolge rechtfertigen zunächst die Selektion im Bildungssystem und spä-

ter dann auch eben diese auf dem Arbeitsmarkt. Implizit wird dabei unterstellt, dass Leistung ein persönliches Verdienst ist, welches unabhängig von individuellen Merkmalen wie sozialer Herkunft, Geschlecht etc. für alle gleichermaßen zu erbringen wäre, um eine entsprechende Stellung in unserer Gesellschaft zu erreichen. Die Bildungspolitik hat sich nahezu vollkommen diesem vermeintlichen Bildungsideal verschrieben. Ziel der Bildungspolitik ist es daher heute, die Leistung – anders gesagt, den *Output* – der Lernenden immer weiter zu maximieren. Dies soll vor allem durch Mechanismen wie Selektion, Ausschluss und Wettbewerb geschehen. Ergebnis ist der immer höhere Leistungsdruck, die Erzeugung von Pseudo-Märkten im Bildungssektor und die weitere vertikale Differenzierung der Bildungslandschaft. Beispielhaft hierfür stehen Maßnahmen wie Bildungsgebühren oder die Exzellenzstrategie. In den letzten Jahren hat auch die SPD eine Bildungspolitik eingeschlagen, die sich Leistung und Wettbewerb verschreibt. Der ehemals sozialdemokratische Anspruch, durch einen gleichen Zugang zu Bildung die Gesellschaft zu einer gerechteren zu machen, wird zwar noch geäußert, praktische Politik folgt daraus jedoch nicht. Dass die Bildungsungerechtigkeit in der Bundesrepublik nach wie vor hoch ist, wird erkannt, doch auch in SPD regierten Bundesländern werden Reformen zurückgehalten, die diese effektiv bekämpfen würden. Eine emanzipatorische Bildungspolitik rückt in den Hintergrund, um die parlamentarischen oder gesellschaftlichen Mehrheiten nicht zu gefährden. Dies ist ein fataler Fehler, der der Glaubwürdigkeit der SPD schadet und die inhaltlich tatsächlich existierenden Grenzen zu konservativer Politik verwischen lässt. Dass eine

klare Abgrenzung zu konservativer Bildungspolitik nicht gelingt, liegt auch daran, dass die Sozialdemokratie aufgehört hat, sich mit anthropologischen Fragen und der Frage nach einem zeitgemäßen Menschenbild im 21. Jahrhundert zu beschäftigen, die besonders für die Bildungspolitik, generell aber für eine sozialdemokratische Erzählung unerlässlich sind. Die SPD muss auf dem Weg zu einer neuen Bildungspolitik deshalb bestehende Maßstäbe zur Debatte stellen und durch ein emanzipatorisches, humanistisches Bildungsideal neue Maßstäbe für ihre Bildungspolitik definieren. Für ein Bildungssystem, das Bildungsgerechtigkeit herstellt, Demokrat*innen erzieht und die Entwicklung jedes einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt. Sie ergibt sich nicht aus dem Streben nach höherem Output, sondern aus einem gesellschaftspolitischen Gesamtkonzept heraus. Dazu braucht es einen Streit über das sozialdemokratische Selbstverständnis von Bildung. Im Mittelpunkt aller Überlegungen müssen drei Leitmotive stehen: Die Teilhabe aller Menschen an Bildung. Die Umverteilung von Bildungschancen, hin zu Bildungsgerechtigkeit. Die Befähigung der Menschen, mündige, kritische, autonome Bürger*innen in unserer Gesellschaft zu sein. Über allem steht zudem ein humanistisches Bildungsideal, nach dem der Menschen fähig werden sollte, sich in ein reflexives Verhältnis zu sich selbst, zu anderen und der gesamten Welt zu setzen.

Die Leitmotive einer sozialdemokratischen Bildungspolitik im 21. Jahrhundert

1. Bildung soll den Menschen dazu befähigen, mündige, kritische und autonome Akteur*in unserer Gesellschaft zu sein.

Sie dient der Entfaltung einer individuellen Persönlichkeit und soll gleichzeitig, unter der Prämisse der Solidarität, Akzeptanz für unterschiedliche Lebensentwürfe schaffen. Unser Bildungssystem muss darauf ausgerichtet werden, die bestehende Bildungs- und Chancengleichheit abzubauen und dadurch allen Menschen die gleichen Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten einräumen. Dieses Verständnis setzen wir der immer sichtbarer werdenden Tendenz, Bildung nur noch unter dem Aspekt des ökonomischen Nutzens zu organisieren, entgegen. Bildungseinrichtungen müssen Freiräume sein, die nicht dem Konkurrenz- und Effizienzdenken, welches der kapitalistischen Gesellschaft immanent ist, unterliegen. Dabei muss immer auch die gesellschaftliche Dimension mitgedacht werden – unsere Vorstellung einer sozialdemokratischen Bildungspolitik drückt aus, dass Bildung stets darauf abzielen muss, eine solidarische Gesellschaft und Moderne zu ermöglichen, die auf sozialer Freiheit gründet.

2. Bildung ist das Fundament jeder demokratischen Gesellschaft. Deshalb muss die Erziehung von Demokrat*innen das oberste Ziel einer jeden Bildungseinrichtung sein. Demokratie darf dabei nicht nur theoretisch erklärt, sondern muss praktisch erlebt und erlernt werden. Schulen und Hochschulen müssen demokratisch umorganisiert und von den bestehenden autoritären Strukturen befreit werden. Deshalb heißt Demokratieverziehung für uns auch, gemeinsam über den Lehr-, Lern- und Lebensalltag zu beraten und gemeinsam Entscheidungen für die Gemeinschaft zu treffen. In existierenden Schulen und Hochschulen sucht man reale Mitbestimmungsmöglichkeiten der

Schüler*innen und Studierenden vergeben. Die Gruppe der Lehrenden hat bei Entscheidungen stets das letzte Wort. Meist fallen diese Entscheidungen gegen die Interessen der Schüler*innen und Studierenden aus, ohne die Möglichkeit des Diskurses oder der Intervention. Wollen wir die demokratische Erziehung in den Mittelpunkt der Bildung stellen, müssen wir Diskussionen nicht nur erlauben, sondern fördern. Ein Schulparlament, in dem Schüler*innen, Lehrer*innen, Eltern und Angestellte gemeinsam über die Entwicklung der Schule beraten und durch das auch der*die Schulleiter*in gewählt wird, wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ruhe und Ordnung kann eine Demokratie genauso gefährden wie Unruhe und Unordnung. In ehemals stabil-scheinenden Demokratien werden autoritäre Tendenzen auch durch das Schweigen der Massen verstärkt. Aufgabe unserer Bildungseinrichtungen muss deshalb auch sein, zum Widerstand zu erziehen: Zur Widerstandsbereitschaft und Widerstandsfähigkeit. Dieser Widerstand ist der wirksamste Schutz unserer Demokratie.

3. Bildung muss inklusiv sein. Inklusion bedeutet für uns die gleichberechtigte, selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen an unserer Gesellschaft. Unter der Prämisse, dass die Verschiedenheit der Menschen der Normalzustand ist, müssen Strukturen geschaffen werden, die diese Teilhabe unabhängig von Geschlecht, Alter, (sozialer) Herkunft, Religion, Behinderungen oder sonstigen Merkmalen für alle ermöglichen. Dies gilt auch für unser Bildungssystem. Das heutige Bildungssystem ist dagegen hoch selektiv. Es versucht homogene Gruppen durch Separation

zu erzwingen und verstärkt Chancengleichheit, statt sie abzubauen: Menschen mit Behinderung sind noch häufig vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen. Die (soziale) Herkunft entscheidet immer noch maßgeblich über den Bildungserfolg des Kindes. Ein inklusives Bildungssystem muss deshalb grundlegend anders organisiert werden. Nicht die Menschen haben sich an das System anzupassen, sondern das System muss auf die individuellen Bedürfnisse aller Lernenden eingehen. Damit dies gelingt, müssen die materiellen und ideellen Voraussetzungen geschaffen werden. Zentral dafür ist individuelle Förderung durch spezielle, vielfältige Lernformen. So können alle Menschen von Anfang an gemeinsam lernen und Akzeptanz und Wertschätzung füreinander entwickeln. Um frühe Selektion zu verhindern und für alle Kinder gleiche Chancen zu schaffen, braucht es einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen. Sie schaffen Raum und Zeit für einen rhythmisierten Schulalltag mit entsprechenden Lern- und Freizeitphasen. Über den Tag verteilt können so Unterricht, Sport und individuelle Förderung stattfinden. Die Schüler*innen können in Zusammenarbeit mit Vereinen neue gesellschaftspolitische, soziale oder künstlerische Projekte ins Leben rufen. So wird die Schule zu einer sich wandelnden und sich anpassenden Umgebung zum Leben und Lernen.

Aus diesem Fundament heraus lassen sich konkrete politische Maßnahmen entwickeln und auf dieser Grundlage können gesellschaftliche Mehrheiten erstritten werden, die auch heute kaum vorstellbare Refor-

men im Bildungsbereich ermöglichen. Doch dazu braucht es die Diskussion über ein gesellschaftliches Bildungsideal, die kaum noch jemand führen möchte. Schüler*innenvertretungen, Gewerkschaften, Elternvertretungen und Studierendenverbände kämpfen gegen Windmühlen an, wenn sie grundlegende Strukturreformen des Bildungssystems fordern. Die Sozialdemokra-

tie könnte zum Sprachrohr all derjenigen werden, die seit Jahrzehnten für ein gerechteres Bildungssystem eintreten. Sie könnte durch öffentliche Debatten die Grundlage für die lange geforderte Umgestaltung des Bildungswesens schaffen. Ein solcher Wandel des Bildungswesens eröffnet völlig neue Perspektiven – auch für den Demokratischen Sozialismus.

Jacqueline Dejeze

«Steter Tropfen höhlt den Stein» oder: Das hochschulpolitische Versagen der SPD

Als ich auf einer Tagung über die Erneuerung der SPD meine Vorschläge für eine innovative Hochschulpolitik vorstellte, erwiderte ein Teilnehmer, die Juso-Hochschulgruppen hätten auch schon zu seiner Zeit – also vor 40 Jahren – für ein alters- und elternunabhängiges BAföG gekämpft. «Steter Tropfen höhlt den Stein», antwortete ich und jemand anderes ergänzte, dass dies vielleicht ein ziemlich trauriges Ergebnis von vielen Jahren Regierungsverantwortung der SPD sei.

Seit vielen Jahren steht die SPD in verschiedenen Regierungen in der Verantwortung, oft zwar nicht im Bereich des Bildungsministeriums – aber zu Bildung hatte sie immer etwas zu sagen. «Wir sind die Partei des Aufstiegs» oder «Wir sind die Partei der Gerechtigkeit» konnte man in Interviews vieler Parteifunktionär*innen hören und lesen. Sagen kann man viel – nur kommt das bei den Wähler*innen auch

an? Der SPD wird die Kompetenz in Bildungsfragen inzwischen abgesprochen. Das haben nicht zuletzt die Landtagswahlen in NRW gezeigt, bei denen die Enttäuschung über die Bildungspolitik maßgeblich die Wähler*innen beeinflusste. Das Ministerium lag zwar in der Hand der Grünen, aber der Rufschaden war trotzdem entstanden. Zu oft hat die SPD in Fragen der Bildung in den letzten Jahren (oder Jahrzehnten) gepatzt. Dauerhafte Regierungsbeteiligung, aber kein Fortschritt bei wichtigen Gerechtigkeitsfragen im Bildungsbereich. Das musste sich irgendwann auf die Glaubwürdigkeit auswirken.

Den Studierenden geht es doch gut. Oder?

Eine Analyse der Lage der Studierenden in Deutschland bietet die 21. Sozialerhebung des deutschen Studentenwerkes von 2016, bei der 67.000 Studierende befragt

wurden.¹ Der*die durchschnittliche Studierende ist 24,7 Jahre alt und studiert in einem Vollzeitstudiengang (97% der Studierenden). Während des Studiums wechseln 20% mindestens ein Mal ihr Studienfach und 16% unterbrechen es, z.B. aufgrund gesundheitlicher oder finanzieller Probleme. Der Durchschnitt der in den Fokusgruppen befragten Studierenden (u.a. nicht verheiratet, Vollzeit, ohne Abschluss), hat 918€ im Monat zur Verfügung. In Ostdeutschland sind es 91€ weniger. Auch die Bildungsherkunft ist bei den finanziellen Ressourcen entscheidend, da Studierende mit niedriger Bildungsherkunft (nur ein Elternteil mit beruflicher Ausbildung) weniger Einnahmen haben. Die Eltern sind bei der Finanzierung immer noch der Hauptfaktor (86% der Studis werden von ihren Eltern mitfinanziert). Sie beteiligen sich mit gut 50% am Durchschnittseinkommen. BAföG macht dabei nur 12% aus. Mehr als jeder zweite Studierende geht neben dem Studium arbeiten. Nur noch 18% bekommen überhaupt BAföG (24% waren es noch 2012) – Tendenz sinkend.²

11% aller Studierenden haben eine Beeinträchtigung, die Hälfte davon psychisch. Das wirkt sich u.a. auf die Studiendauer erheblich aus. Die Regelstudienzeit kann aber gesamt gesehen sowieso kaum noch eingehalten werden. So studiert jeder Studierende im Schnitt ein bis zwei Semester länger als die Regelstudienzeit vorsieht.

1 Vgl. Middendorf, Elke [u. a.] (Hrsg.): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. http://www.sozialerhebung.de/download/21/Soz21_zusammenfassung.pdf (aufgerufen am 04.05.18).

2 Alternativer BAföG Bericht: <http://jugend.dgb.de/++co++c37e8fc0-f1d4-11e6-8af5-525400d8729f> (aufgerufen am 04.05.18).

Auch im 21. Jahrhundert entscheidet immer noch die Bildungsherkunft über die Aufnahme eines Studiums. Der Großteil der Studierenden kommt aus den sogenannten «Akademikerfamilien» (ein oder beide Elternteile haben studiert). Nachdem die Zahlen der Herkunftsgruppe «niedriges Bildungsniveau» jahrelang gefallen waren, konnte 2016 ein leichter Anstieg verzeichnet werden (um 3% auf 12%). Allerdings stieg auch die Gruppe der Studierenden mit hoher Bildungsherkunft von 22% auf 24%. Insgesamt kann aus diesen Zahlen maximal eine ernüchternde Bilanz gezogen werden. Die Lage stagniert.

Problemfelder an Hochschulen

Neben den aufgeführten, alarmierenden Zahlen lassen sich besonders drei weitere Problemfelder an deutschen Hochschulen erkennen: 1. die Teilhabe der Studierenden; 2. die Studiengestaltung; 3. die Finanzierung der Hochschulen.

Bei der Teilhabe der Studierenden ergeben sich gleich mehrere Probleme. Zum einen ist der Zugang zu Hochschulen noch immer stark begrenzt. Sehr beliebte Fächer weisen NC-Verfahren auf, die sich rein auf die Abiturnote beschränken – meistens mit einem utopischen NC. Das Problem erkannte auch das Bundesverfassungsgericht und forderte zu Nachbesserungen auf. Neben den stark begrenzten Studienplatzzahlen ergibt sich Teilhabe an Bildung aber auch aus den finanziellen Ressourcen, wie wir an den Zahlen der Sozialerhebung erkennen können. Die Entscheidung für oder gegen ein Studium wird stark von den finanziellen Mitteln bestimmt. Auch BAföG ist ein Kredit, den a) immer weniger bekommen und den viele fürchten müssen zu ver-

lieren, wenn ihre Eltern nur ein bisschen mehr verdienen und b) man zurückzahlen muss. Die Aussicht auf Schulden nach einem Studium ist für viele abschreckend.

Einen weiteren Punkt der Teilhabe bildet die demokratische Beteiligung der Studierenden an den Hochschulen. In den entscheidenden akademischen Gremien ist diese nämlich eher nett gemeint, als wirklich entscheidend. Nach einem Urteil aus den 1970er-Jahren müssen in diesen entscheidenden Gremien (meistens der Akademische Senat) eine Mehrheit an Professor*innen sitzen. Diese hätten ja schließlich die meiste Verantwortung. Die Hochschulen als Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden? Nur solange die Lehrenden auch das letzte Wort haben. Demokratische Beteiligung ist hier vor allem ein Lippenbekenntnis. Studierende müssen dauerhaft für ihre Rechte kämpfen und um diese fürchten. In Bayern gibt es nicht einmal verfasste Studierendenschaften.

Die Studiengestaltung legt den Studierenden ein enges Korsett an. Sie sollen in Regelstudienzeit fertig werden, zu Regelprüfungszeiten ihre Prüfungen ablegen und möglichst laut Plan studieren. Individuelle Entwicklung? Lieber nicht. Eine Persönlichkeitsentwicklung könnte Zeit und Geld kosten. Insgesamt wird Bildung immer mehr unter ökonomischen Aspekten gesehen. Schnell zum Abschluss und dabei möglichst passförmig für die Wirtschaft. Humboldt würde sich *im Grabe umdrehen*.

Die Ökonomisierung erreicht dabei auch die Hochschulfinanzierung. Hochschulen wetteifern um die höchsten Einschreibebahlen, denn davon hängen die eigentlich nur temporär gedachten Hochschulpaktmittel ab. Fallen die Studierendenzahlen, fallen die Mittel. Eine einfache Rechnung, die zu

einem Wettbewerb führt, der das Wesen des Studiums primär an Universitäten entzerrt. Denn es geht vor allem darum, möglichst beliebte Studiengänge zu schaffen, in die sich viele einschreiben. Und Schüler*innen schreiben sich nun Mal gerne in diese sehr spezifischen Studiengänge ein. Diese suggerieren ja gute Berufschancen und genau darum geht es heute an den Hochschulen. Während auf der einen Seite um neue Studierende gerungen wird, tobt auf der anderen Seite der Wettbewerb um die Exzellenz. Besonders herausragende Forschungsprojekte fördert der Bund mit extra Geld. Diese liegen aber vor allem in Westdeutschland und an Universitäten, die sowieso einen ausgezeichneten Ruf haben. Jeder Förderdurchgang legt dabei andere Schwerpunkte und es kann jederzeit vorbei sein mit der Exzellenz. Das musste exemplarisch die Uni Frankfurt a. M. erfahren, die ihr international anerkanntes Projekt «Normative Ordnungen» mit Exzellenzmitteln finanzierte, aber ab dem nächsten Durchgang nicht mehr dabei sein wird.³

Und was macht die SPD?

Die SPD schwimmt seit Jahren in einem Widerspruch zwischen Erzählung und Umsetzung. Die «Partei des Aufstiegs», die aber keine grundlegende, wirklich verändernde Reform des BAföGs umsetzen kann, die auch Kindern aus sozial und finanziell schwachen Familien die Möglichkeit zum Studium bieten könnte. Die «Partei der Gerechtigkeit», die sich aber wenig mutig bei mehr studentischer Mitbestimmung zeigt (z. B. als Teil von

3 Vgl. <https://www.zeit.de/2017/53/goethe-universitaet-frankfurt-exzellenzwettbewerb/seite-3> (aufgerufen am 04.05.18).

Landesregierungen, die Landeshochschulgesetze novellieren) und durch die schwierige Studienfinanzierung, die eben nicht jedem den Zugang zur Bildung möglich macht. Die «Partei der Solidarität», die sich aber am Wettbewerbsdruck unter den Hochschulen und Projekten wie Exzellenzinitiativen beteiligt. Da helfen auch keine halbherzigen Wahlplakate mit Sprüchen wie «Zum Land der Dichter und Denker passt eine Politik, die in Ideen investiert» oder «Bildung darf nichts kosten. Außer etwas Anstrengung». Mit derartigen Aussagen schließt sich die SPD der Hochschulpolitik des Wettbewerbs an und ignoriert grundlegende Tatsachen. Es reicht nicht, sich anzustrengen, denn auch die Herkunft entscheidet über Erfolg und Misserfolg.

Kein weiteres Drehen an Stellschrauben

Ja, vielleicht hat die SPD im Koalitionsvertrag der neuen GroKo Verbesserungen am BAföG erreicht. Aber reicht das? Wenn sich die SPD von anderen Parteien abheben und ihr Versprechen von Gerechtigkeit einlösen will, dann sollte sie große Veränderun-

gen anstreben. Die SPD kann die entscheidende Partei in der Bildungspolitik werden, aber dafür muss sie sich der Teilhabe aller Menschen an Bildung auch verpflichtet fühlen und die Grundlagen dafür schaffen. Wenn die SPD gerecht ist, dann ist ihr diese Teilhabe wichtig. Wenn die SPD solidarisch ist, dann glaubt sie an Bildung auf Augenhöhe – zwischen beruflicher und akademischer Bildung, aber auch zwischen den Hochschulen. Wenn die SPD sich für die Freiheit einsetzt, dann sollte sie auch für freie Entfaltung im Bildungssystem stehen.

Die SPD kann sich in der Regierung, aber auch außerhalb dieser, für ein Recht auf die Finanzierung von Bildung einsetzen, genauso wie für eine BAföG Reform. Sie kann sich für eine Reform des Hochschulzugangs und für eine weitere Demokratisierung – z. B. durch die paritätische Besetzung der Senate – stark machen. Und sie kann sich gegen die Wettbewerbspolitik zwischen Hochschulen und für eine ausreichende Grundfinanzierung der Hochschulen positionieren. Dann ließen sich Erzählung und Umsetzung vielleicht auch endlich in ein harmonisches Verhältnis rücken.

Carsten Schwäbe

#SPDerneuern heißt ihre neoliberale Vergangenheit zu bewältigen

Selten war sich die SPD so einig, wenn auf die Notwendigkeit der Erneuerung verwiesen wird. Doch der Schein der Einigkeit trägt. So verstecken sich hinter dem Wort Erneuerung je nach Lesart ganz unterschiedliche Vorstellungen über die künftige programmatische Aufstellung der Sozialdemokratie. Während viele auf eine Korrektur politischer Fehler der vergangenen Regierungsjahre hoffen, spricht zum Beispiel der SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil offen seine Langeweile über die Hartz-IV-Debatte aus und plädiert für eine Debatte zu Zukunftsthemen wie der Digitalisierung. Wie viel Vergangenheitsbewältigung braucht die programmatische Erneuerung der SPD?

Im Leitantrag des Parteivorstands zum Wiesbadener Parteitag 2018 formuliert die SPD die Ziele ihrer Erneuerung: Die programmatische und organisationspolitische Erneuerung soll die SPD wieder zur stärksten politischen Kraft machen und progressive Mehrheiten jenseits der Großen Koalition ermöglichen (Z. 34–37). Betont wird dabei auch, dass mehr Unterscheidbarkeit zwischen den Koalitionspartnern Union und SPD zur Sicherung des demokratischen Diskurses benötigt wird (Z. 25–29).

Bisher machten vor allem Initiativen zur organisationspolitischen Erneuerung der SPD wie SPD++ oder Disrupt SPD auf sich aufmerksam. Sie geben wichtige Impulse für politisches Engagement im digitalen Zeitalter, tragen jedoch nicht zur Debatte um

die inhaltliche Erneuerung bei. Mehr Profil und Unterscheidbarkeit zur Union kann es jedoch nur mit einer neuen Programmatik geben. Allerdings gibt es diese nicht ohne eine Aufarbeitung der politischen Fehler der vergangenen SPD-Regierungspolitik seit 1998, die zum Vertrauensverlust bei der Hälfte der SPD-Wähler*innen führte (Stocker 2014: 20 und Hillje 2018).

Warum ist der kritische Blick auf die Vergangenheit so wichtig für die SPD?

Zum einen knüpfen neue politische Vorstellungen – zum Beispiel für den Arbeitsmarkt im digitalen Zeitalter – an bestehenden Regelungen an, indem sie diese entweder ergänzen oder ersetzen sollen. Inwiefern Ergänzungs- oder Ersetzungsbedarf besteht, gilt es durch eine kritische Bestandsaufnahme bestehender Politik zu erkennen. Und da die SPD durch ihr Regierungshandeln die bestehende Politik stark mitgestaltet hat, lässt sich der Erneuerungsprozess nicht einfach von der Debatte um die vergangene Politik der SPD trennen. Wohl aber sollte die Debatte um Maßnahmen wie die Agenda 2010 nicht bei der Kritik enden. Vielmehr muss herausgearbeitet werden, an welchen Punkten sich die SPD von bestehenden, auch selbst durchgesetzten Regelungen wieder lösen oder aber an diesen festhalten möchte.

Zum anderen braucht es den kritischen Blick auf die vergangene SPD-Politik auch,

um sich überhaupt erst glaubwürdig von der Union abgrenzen zu können. Denn derzeit sind es CDU und CSU, die die Regelungen der Agenda 2010, und damit SPD-Politik der Vergangenheit, verteidigen und zu ihrem zu bewahrenden Markenkern gemacht haben. Darüber hinaus hat die SPD in vielerlei Hinsicht konservative Politik mitgetragen, zum Beispiel die regressiven Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik der Großen Koalition oder sogar als Opposition bei den sogenannten Rettungspaketen zur Verhinderung eines griechischen Staatsbankrotts oder den Stabilisierungsmaßnahmen für die europäische Währungsunion seit 2010. Mehr Unterscheidbarkeit zur Union führt daher zwangsläufig zur Auseinandersetzung mit der eigenen Politik.

Damit ist die kritische Aufarbeitung der SPD-Regierungspolitik die entscheidende Grundlage für die programmatische Erneuerung.¹ Langeweile sollte dabei angesichts der kontroversen Debatte in der SPD nicht aufkommen. Im Gegenteil: An dieser Debatte entzündet sich der zentrale Konflikt um die Ausrichtung der SPD: Weiterhin strebt sie im Leitantrag den Status einer Volkspartei an, die «gesellschaftliche Koalitionen über Grenzen von Schichten und Milieus hinweg» (Z. 52–53) schmiedet. Dem Status einer Volkspartei steht aus Sicht von Franz Walter (2011) jedoch entgegen, dass die SPD es nicht mehr vermag, als Interessenvertretung sozial Benachteiligter zu fungieren. Walter vertrat schon seit längerem die Auffassung,

dass die SPD sich vom Status einer Volkspartei lösen und stattdessen als Vertretung der progressiven, arbeitenden und an Leistung orientierten Mitte auftreten sollte – so wie sie es durch ihr Regierungshandeln bereits tut (Walter 2011: 273–278). Zwar könnte die SPD als nach allen Seiten koalitionsfähige Partei fungieren, gegen die nur schwer eine Regierung zu bilden ist. Allerdings haben Regierungsbeteiligungen und Wahlergebnisse in den Folgejahren gezeigt, dass sich die SPD als gemäßigte Mitte-Links-Partei kaum von einer in die Mitte gerückten Union unterscheiden kann und sie dabei mehr und mehr an Unterstützung verliert.

Wo die SPD in der Vergangenheit an Profil verloren hat

Die fehlende Unterscheidbarkeit lässt sich beispielhaft an den folgenden Politikfeldern aufzeigen, die die SPD selbst mitgestaltet hat:

- Dass der Umgang mit der Agenda 2010 weiterhin die zentrale Ausrichtungsfrage für die SPD darstellt, hat der große Zuspruch gezeigt, den Martin Schulz zu Beginn seiner Kandidatur erhielt. Dieser Zuspruch war auch mit der Erwartung vieler Menschen verbunden, nun deutliche Korrekturen an der Agenda 2010 anzustreben. Zunächst wurde diese Erwartung mit der Idee ArbeitslosengeldQ auch erfüllt. Im folgenden Wahlkampf fand jedoch eine weitere Auseinandersetzung über einen sozialpolitischen Kurswechsel nicht statt. Auch in den Koalitionsverhandlungen blieb das ArbeitslosengeldQ unerwähnt.
- Obwohl sich die SPD im Wahlkampf klar dagegen aussprach, akzeptierte sie im

¹ Jedoch führt die Übernahme des Erneuerungsbegriffs von allen Flügeln in der SPD dazu, dass die eigentlichen Konfliktlinien in der Partei überdeckt statt angesprochen werden: Während die einen vielleicht nur neue, digitale Strukturen einführen möchten, wollen die anderen einen linken Politikwechsel.

Koalitionsvertrag die Forderung der Union nach einer Begrenzung des Familiennachzugs auf 1000 Menschen sowie ein Satzungenetüm, das mindestens als Obergrenze interpretiert werden kann: «Bezogen auf die durchschnittlichen Zuwanderungszahlen [...] stellen wir fest, dass die Zuwanderungszahlen [...] die Spanne von jährlich 180 000 bis 220 000 nicht übersteigen werden.» (S. 103) Auch wenn die Parteiführung beteuert, dass es sich hier um keine Obergrenze handele, so nagen die gegenteiligen Aussagen aus der CSU sowie die Formulierung an sich an ihrer Glaubwürdigkeit und Unterscheidbarkeit als progressive Alternative zur Union.

- In der Frage des Klimaschutzes und des Kohleausstiegs ist die SPD selbst zerstritten und vermeidet eine klare Positionierung der Partei. Stattdessen unterstützt sie im Koalitionsvertrag die Einsetzung einer parteiunabhängigen Kommission zur langfristigen Planung des Kohleausstiegs, sodass auch auf diesem Politikfeld kein eigenes Profil gegenüber der Union erkennbar gemacht wird.
- Die Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung, die die SPD mit dem damaligen Justizminister Heiko Maas zunächst noch ablehnte, führte zu einem großen Vertrauensverlust der digital-affinen Community in die SPD, die nun auch in Bürgerrechtsfragen kaum noch von der Union zu unterscheiden ist.
- Wie sehr es der SPD auch an einer eigenständigen Wirtschaftspolitik fehlt, zeigt die Forderung der SPD nach einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung, die jedoch eher als verdeckte Steuersenkung für etablierte Unternehmen gesehen werden kann (Belitz et al. 2017).

Nicht nur programmatisch, sondern auch strategisch zeigten sich in den vergangenen Koalitionsverhandlungen kaum Unterschiede zur Union. Denn statt auf einem besonderen progressiven Projekt zu beharren, fokussierte sich die SPD auf das Finanzministerium, womit die SPD nicht mehr als Programm-, sondern als natürliche Regierungspartei wahrgenommen wird, der es ähnlich wie der Union mehr um den Machterhalt als um die Umsetzung der eigenen Programmatik geht.

Will die SPD sich aber als linke Volkspartei auch in Zukunft verstehen, so muss sie eine kritischere Haltung zur Großen Koalition und damit auch zur eigenen Politik einnehmen. Im Fokus sollten nicht die vermeintlichen Verhandlungserfolge in der Großen Koalition stehen, sondern das, was die SPD eigentlich erreichen möchte, aber mit der Union nicht durchsetzen kann (Schwäbe 2017). Oliver Nachtwey (2016: 232) begründet es wie folgt: «Für die Zukunft hält man keine oder allenfalls abstrakte Utopien einer besseren Gesellschaft bereit. Die Krise der Repräsentation wird infolgedessen ergänzt durch eine *Krise der linken Imagination*; übrig bleiben Ideen für das permanente Krisenmanagement der rasend-stillstehenden Gegenwart.»

Die SPD wird als linke Volkspartei für Progressive und sozial Benachteiligte gebraucht!

Gerade um wieder eine Alternative jenseits des neoliberalen «Weiter so» und des Rechtspopulismus zu bieten, braucht es linke Volksparteien, die sich nicht nur für Weltoffenheit und Akzeptanz für alle Menschen in einer Gesellschaft einsetzen, sondern dieses Engagement verbinden

mit der Forderung nach einer gleichmäßigeren Verteilung des Wohlstandes (Fraser 2017). Es ist Auftrag der SPD, dieses progressive Bündnis für beide Gruppen – das progressive, an Vielfalt orientierte Milieu und das Milieu der sozial Benachteiligten – zu organisieren. Denn die Akzeptanz von Vielfalt braucht eine breite gesellschaftliche Basis, die es nur geben wird, wenn man Menschen auch aus bildungs- und globalisierungsferneren Milieus mitnimmt und ihre ökonomischen Interessen genauso vertritt.

Dieser Politikwechsel bedarf nicht nur einer neuen Programmatik. Eine gesellschaftliche Hegemonie für progressive Ideen lässt sich nicht Top-down verordnen. Ebenso gilt es, den Strömungen der Parteibasis mehr Gehör zu verschaffen und damit auch eigene Widersprüche auszuhalten. Das Mitgliedervotum über den Koalitionsvertrag allein ist dabei noch kein Zeichen für eine bessere Beteiligung der Basis. Denn letztlich hatte sie keinen Einfluss auf die in den Verhandlungen getroffenen Kompromisse und musste über das gesamte Vertragswerk statt jeweils über die einzelnen Maßnahmen abstimmen. Außerdem zeigt sich schon im Abstimmungsmodus, in dem nur mit Ja oder Nein gestimmt werden konnte, dass die Große Koalition als alternativlos wahrgenommen wurde. Mögliche Alternativen, wie das Anstreben einer Minderheitsregierung, konnten beim Abstimmungsverfahren nicht angekreuzt werden.

Mehr Beteiligung und Partizipation sollte die SPD nicht nur intern, sondern auch extern suchen. Sie muss anschlussfähig werden zu progressiveren, zivilgesellschaftlichen Gruppen (Ypsilanti 2017: 202–203). Diesen Bewegungskarakter lebt ein ande-

res Projekt zur Erneuerung der Partei vor: In Hamburg hat sich zunächst eine Gruppe von Jungsozialist*innen zusammengeschlossen, um über progressive politische Alternativen nachzudenken. Innerhalb von wenigen Jahren hat sich aus dieser Hamburger Plattform eine Bewegung entwickelt, die Menschen aus SPD, Grüne und Linkspartei, aber auch ganz ohne Parteibuch, einschließt und in thematischen Arbeitsgruppen den Dialog über progressive Themen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen sucht. Vielleicht sind gar nicht all die digitalen Beteiligungsformate, sondern genau diese Art von basisdemokratischer politischer Bildung und Diskussion vor Ort der Schlüssel zum Erneuerungsprozess der SPD.²

Literatur

- Belitz, Heike; Dreher, Carsten; Kovac, Martina; Schwäbe, Carsten; Som, Oliver (2017): Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung in KMU—Irrweg für Deutschland?, in: *Wirtschaftsdienst* 97/5, 344–353.
- Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder: das Ende des progressiven Neoliberalismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2017, 71–76.
- Hillje, Johannes (2018): Rückkehr zu den politisch verlassenen. Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich, Das Progressive Zentrum, abrufbar unter: http://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2018/03/Ru%CC%88ckkehr-zu-den-politisch-Verlassenen_500-Gespra%CC%88che-in-rechtspopulistischen-Hochburgen-in-

2 Vgl. hierzu auch den Beitrag «Die ökonomische und intellektuelle Krise der SPD – es ist Zeit, um die Sozialdemokratie zu kämpfen» von Johannes Heinen in dieser Ausgabe.

Deutschland-und-Frankreich_Studie-von-Johannes-Hillje_Das-Progressive-Zentrum.pdf.

Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Suhrkamp.

Schwäbe, Carsten (2017): Die SPD und den demokratischen Sozialismus kann es ohne Streit nicht geben, in: *perspektivends* 2/17, 34. Jg. (2017), S.192-196.

Stocker, Rainer (2014): Demokratiedistanz politisch unzufriedener Bürger/-innen, Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von TNS Infratest Politikforschung, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10822.pdf>.

Walter, Franz (2011): *Die SPD. Biographie einer Partei*, 2. Auflage, Rowohlt.

Ypsilanti, Andrea (2017): *Und morgen regieren wir uns selbst. Eine Streitschrift*, Westend.

Johannes Heinen

Die ökonomische und intellektuelle Krise der SPD

Es ist Zeit, um die Sozialdemokratie zu kämpfen

Warum eine neue linke Bewegung dringend gebraucht wird

Die politische Linke steckt zweifellos in einer Krise. Diese manifestiert sich in der tiefen Krise der Sozialdemokratie, die im vergangenen Jahrzehnt die Hälfte ihrer Mitglieder verloren hat und sich bislang noch immer nicht davon erholt hat. Im Gegenteil – sie verschlechtert kontinuierlich und durch eigenes Verschulden die prekäre Lage. Keine andere Partei links der Mitte kann die Verluste der SPD auffangen. Der folgende Artikel soll daher zum einen die Krise der Sozialdemokratie beleuchten und zum anderen deutlich machen, weshalb es nicht ausreicht, auf eine glaubwürdige Erneuerung der SPD zu warten. Vielmehr sind wir alle in der Pflicht, Druck zu erzeugen und sowohl falsche Programmatik als auch ungläubwürdige Lobbyist*innen vom

Hof zu jagen. Der Druck muss dabei nicht nur von uns allen kommen – er muss vor allem organisiert sein!

Ein Hashtag und nicht mehr?

In der SPD wird gerade so intensiv über Erneuerung diskutiert, wie in keiner anderen Partei. Während vieles dafür spricht, dass ein Lösungsansatz besonders in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung zu finden ist, gewinnt man durch das Verfolgen der Erneuerungsdebatte den Eindruck, dass die Krise der Sozialdemokratie bloß das Ergebnis fehlender parteiinterner, digitaler Infrastruktur geschuldet ist. Ein geschicktes Ablenkungsmanöver von Dilettanten, welche die Partei seit Jahren im Würgegriff haben. Diese bestehen nach wie vor auf einer Programmatik, die einen «Neoliberalismus-Light» als soziale Gerechtigkeit

verkaufen möchte. Viele progressiv-soziale Kräfte finden in dieser Partei dadurch derzeit keine politische Heimat.

Die intellektuelle Krise – von ökonomischem Sachverstand keine Spur!

Seit dem frühen Wechsel im Finanzministerium 1999 ist die SPD in ökonomischen Fragen in ein tiefes Tal der Ahnungslosigkeit gestürzt. Sie möchte ja gerne soziale Gerechtigkeit schaffen, weiß jedoch längst nicht mehr, mit welchen ökonomischen Konzepten dies umzusetzen ist. Sie ist der Propaganda (Lobbyismus?) erlegen, dass in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung Wettbewerbsfähigkeit das Gebot der Stunde ist. Wer einfache wirtschaftspolitische Zusammenhänge ignoriert – oder es nicht besser weiß – ist anfällig für Lobbyismus von jenen, die ihre Interessen geschickt in pseudowissenschaftliche Erkenntnisse einbetten. Bei den Arbeitsmarktreformen der 2000er-Jahre hat sie sich auf Modelle einer primitiven wirtschaftswissenschaftlichen Denkschule gestützt, die nie in einer sozialdemokratischen Denkrichtung verankert war. Diese Reformen, die ihren Höhepunkt in der Agenda 2010 fanden, starteten bereits unter dem Bundeskanzler Kohl im ersten Bündnis für Arbeit und Beschäftigung. Darin verständigten sich Arbeitgeber*innenverbände gemeinsam mit der Politik und der IG Metall darauf, dass die Löhne schwächer steigen sollten. Arbeitnehmer*innen dürften nicht mehr an den Produktivitätszuwachsen der Volkswirtschaft partizipieren, da diese für Beschäftigung «reserviert» werden sollten. So kann man zwar mit dem fehlerhaften neoklassischen Arbeitsmarktmodell argumentieren, in der Realität und außerhalb von dogma-

tischen Hörsälen führen aggregierte Lohnkürzungen jedoch zu Nachfrageeinbrüchen und einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale. Dies war auch nach der Agenda 2010 der Fall. Die Arbeitslosigkeit stieg zunächst an. Diese einfachen Daten kennen Politiker*innen der SPD heute nicht einmal, dabei müssten sie dazu nur einfachste Statistiken lesen (oder lesen lassen). So saß Katarina Barley im vergangenen Jahr in einer Talkshow (Maischberger, 21.09.17) und ließ uns wissen, dass die Arbeitslosigkeit vor der Agenda 2010 jedes Jahr um eine Million gestiegen sei. «Von 2 auf 3, auf 4, auf 5 Millionen. Wir waren der kranke Mann Europas.» In Wirklichkeit ist die Arbeitslosigkeit vor den Agendareformen – zwischen 1998 und 2001 – um 705.000 Personen gesunken. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in den Jahren 2003 – 2005 hat dann zum größten Anstieg der Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung geführt. Wer nicht über die grundlegendsten Informationen verfügt, kann keine richtungsweisende Politik betreiben und manifestiert den Abwärtstrend der Sozialdemokratie, indem die sozialen Einschnitte in Lohnentwicklung und Sozialstaat als alternativlos gebrandmarkt werden.

Dass die Reformen heute dennoch als Erfolg gefeiert werden, ist Ideologie. Die bessere wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre liegt ausschließlich an unserer gewachsenen Auslandsnachfrage, die unsere schwache Binnennachfrage kompensiert. Wir haben uns durch Lohndumping gegenüber unseren «Freunden» in Europa einen Wettbewerbsvorteil verschafft und diese Unfassbarkeit sprechen wir auch noch offen aus. Wenn die SPD eine europäische Partei sein möchte, muss sie sich an gemeinsame Regeln im Euroraum hal-

ten – wie zum Beispiel an eine koordinierte Lohnpolitik – und darf keinen Merkantilismus betreiben. Wer jedoch dem Irrglauben aufsitzt, das alles sei in einer globalisierenden und sich digitalisierenden Wirtschaftswelt notwendig, legt die Axt an eine stabile Währungsunion, sowie an den sozialen Zusammenhalt in den Mitgliedsstaaten.

Ein wirtschaftspolitischer Rückblick

1963, sechs Jahre vor der ersten sozialdemokratischen Bundesregierung, wurde der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ins Leben gerufen. Man mag es sich heute kaum noch vorstellen, hatte dieser damals die Aufgabe, stärkere Eingriffe des Staates in den Markt zu rechtfertigen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (1967) orientierte sich stark an den Positionen des Ökonomen und Politikberaters John Maynard Keynes. *Preisstabilität, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, stabiles Wachstum.*

Die Jahre danach waren geprägt von nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik. Das Konjunkturprogramm 1979 senkte die Arbeitslosigkeit tatsächlich auf knapp 3%. In den zwei Jahrzehnten Nachkriegszeit erlebte Deutschland überwiegend langanhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung. Die Menschen konnten sich Jahr für Jahr mehr leisten, sie wurden am Wirtschaftswachstum und den Unternehmensgewinnen beteiligt und die Demokratie war in einer guten Verfassung.

Durch die folgenden Ölpreiskrisen kam der Keynesianismus in eine Krise. Die exogenen Preissteigerungen führten im Inland dazu, dass Gewerkschaften Lohnabschlüsse weit über der Produktivität der Volkswirtschaft einforderten. Die niedrige Arbeitslosigkeit

ermöglichte ihnen dann in Verhandlungen, diese Lohnsteigerungen durchzusetzen, die jedoch zu massiver Preissteigerung führten. Heute weiß man, dass die Ölpreissteigerungen hätten von Verbraucher*innen oder Staat gezahlt werden müssen.¹

Von dort an begann der kontinuierliche Siegeszug von primitiven Wirtschaftsmodellen, die in ihrer Konstruktion bereits so viele Fehler aufweisen, dass sie niemals dazu geeignet sein werden, sinnvolle Handlungsempfehlungen für die Politik zu liefern.

Aus dieser intellektuellen Krise heraus ergibt sich eine massive Glaubwürdigkeitskrise. Wie möchte die SPD soziale Gerechtigkeit umsetzen, wenn sie selbst daran glaubt, dass Lohnsenkungen zu mehr Beschäftigung führen? Wie will die SPD in Bildungs- und Chancengleichheit, Infrastruktur und ökologischen Umbau investieren, wenn sie glaubt, Staatsschulden funktionierten wie Privatschulden und müssten in diesen Zeiten des Nullzinses getilgt werden? Und nicht zuletzt: Wie will sie glaubhaft als europäische Partei auftreten, wenn ihre Wirtschaftspolitik zu Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg in europäischen Nachbarländern führt?

Wir müssen uns sammeln und für eine echte Sozialwende kämpfen!

Erkennt die Sozialdemokratie nicht die logischsten, makroökonomischen Zusammenhänge an und verwehrt sie sich wei-

¹ Als weiterführende Information sei an dieser Stelle auf die goldene Regel der Lohnpolitik verwiesen: Die goldene Regel der Lohnpolitik (Kaldor, Russel, Salter) besagt, dass Löhne mit der Produktivität der Volkswirtschaft steigen sollten, zuzüglich der Zielinflationsrate. Lohnsteigerungen im Geichschritt mit der Produktivität bedeuten stabiles Preisniveau. Alles darüber hinaus, führt zu Inflation.

terhin einer ehrlichen Aufarbeitung der für Europa verheerenden Arbeitsmarktreformen, wird jeder Versuch einer Erneuerung gnadenlos scheitern. Sie kann nur wieder eine bedeutende Rolle einnehmen, wenn sie der Bevölkerung glaubwürdig deutlich machen kann, dass sie für soziale Gerechtigkeit einsteht. Dies kann sie nur glaubwürdig tun, wenn sie das ökonomische Handwerkzeug zur Umsetzung dieser Politik besitzt. Zusätzlich muss sie praktisch zeigen, dass und wie eine Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Lage der Bevölkerungsmehrheit mit massiven Investitionen in den ökologischen Umbau verbunden werden kann.

Nun erscheint es mir als naiv, zu glauben, dass Olaf Scholz in den nächsten Jahren durch einen innerparteilichen Erneuerungsprozess zur Erleuchtung geführt wird. Genauso naiv wäre es aber auch zu glauben, dass eine andere Partei gerade in der Lage wäre, diese historisch wichtige Position der Sozialdemokratie anzunehmen. Warum historisch wichtig?

Wir erleben eine rechtsextreme Partei im Bundestag, die immer gezielter auch soziale Missstände benennt. So verweist Alice Weidel in ihrer Rede vom 16.05.2018 auf die inakzeptable Tatsache, dass Rentner*innen in Deutschland Flaschen sammeln müssen. Diese Aussage unterfüttert sie jedoch nicht mit glaubwürdigen ökonomischen Konzepten, sondern beschwört in derselben Rede einen Generationenkonflikt, den es faktisch überhaupt nicht gibt. Ein neoliberales Ablenkungsmanöver, das Alt und Jung gegeneinander ausspielen soll, anstatt den Fokus auf die immer größer werdenden, obszönen Vermögen zu lenken. Der Frust bei vielen sitzt tief und so besteht die Gefahr, dass sie mit weiteren Aussagen, wie

dass wir «von Idioten» regiert werden, den Nerv vieler trifft. Wir dürfen nicht in dieselbe Kerbe schlagen, müssen jedoch klarer und zugespitzter Lobbyismus und Politik gegen die Interessen der vielen benennen, um eine klare Alternative darzustellen. Unsere Aufgabe besteht nicht mehr darin, den Ruf einer angeschlagenen politischen Klasse zu retten, sondern deutlich zu formulieren, welche Anforderungen wir an Parlamentarier*innen und Regierende stellen.

Es wird Zeit, Sozialdemokratie breiter zu fassen und nicht mehr nur vertrauensvoll auf die Sozialdemokratische Partei zu setzen. Sozialdemokratie kann und muss in dieser Zeit auch außerhalb einer strukturalistischen und ökonomisch fehlgeleiteten Partei stattfinden. Also lasst uns mit parteilosen Sozialdemokrat*innen, sowie progressiven Kräften anderer Parteien gemeinsam die historische Aufgabe der Sozialdemokratie übernehmen und dem Rechtsruck klare Alternativen entgegenhalten. Lasst uns Druck auf die Sozialdemokratische Partei ausüben und von außen wie innen wieder die Deutungshoheit für echte Sozialdemokrat*innen erkämpfen. Es mag sein, dass es einen rechtsextremen Bodensatz in der Bevölkerung gibt, dem man sich nur noch mit Sitzblockaden entgegenstellen kann. Lassen wir es aber nicht zu, dass diese Hetzer*innen sozialdemokratische Themenfelder in ihre menschenverachtende Programmatik einbetten und jene einsammeln, die – gefrustet von der SPD – nach Alternativen suchen. Lasst uns selbst diese Alternative sein, in solidarischer Abgrenzung mit dem Auftrag, die Sozialdemokratie zu erneuern und nicht zu ersetzen.

Protest muss solidarisch und ökonomisch fundiert sein. Und er muss soziale Forderungen in den Mittelpunkt stellen und damit

der SPD ganz klar die Richtung für die kommenden Bundestagswahlen aufzeigen.

Wir haben die Hamburger Plattform gegründet. Wann sonst, wenn nicht jetzt, wäre es an der Zeit, endlich neue Wege einzuschlagen? Dabei müssen wir auch auf andere Projekte und Bewegungen zugehen. Viel zu lange wurde ein Kampf um die

Deutungshoheit innerhalb des progressiven Lagers geführt. Die Fähigkeit zum Kompromiss ist notwendig, wenn die politische Linke vereint gegen ein Auseinanderdriften Europas und dem Auftrieb Rechtsextremer in deutschen Parlamenten entgegentreten will. Wir müssen uns sammeln. Es ist fünf vor 12.

Moritz Rudolph

Deutschland, Europa und die Frage, wer hier das Opfer ist

Der Historiker Ronald G. Asch hat vor einigen Monaten einen Artikel in der *FAZ* veröffentlicht, in dem sich ein ganzes Stück vom deutschen Mehrheitsbewusstsein spiegelt, das so tut, als sei Berlin nicht der Zuchtmeister des Kontinents – was es tatsächlich ist –, sondern der Prügelknabe.

Asch prophezeit, dass der BREXIT das Gleichgewicht in Europa durcheinanderbringt. Die Situation heute vergleicht er mit dem napoleonischen Reich der Jahre 1806 bis 1813, das England durch die Kontinentalsperre draußen hielt. Ähnlich wie damals, so Asch, sehe sich London einem «vereinten Kontinent unter einheitlicher Führung gegenüber» – nur nicht, wie das sonst oft zu hören ist, wenn Europa nicht als Verein gleicher Staaten, sondern als hegemoniale Veranstaltung kritisiert wird – unter deutscher, sondern unter französischer. Asch dreht die kritische Intuition einfach um: «Der Ausgangspunkt für eine solche Neuverteilung der Gewichte in Europa ist günstig: Die Wirtschaftslage in Frankreich hat sich verbessert,

und in Berlin werden in den nächsten Jahren offenbar primär jene Politiker von CDU und SPD zum Zug kommen, die sich zurücksehen nach jener idyllischen Zeit, als Deutschland in seiner Rolle als Juniorpartner Frankreichs in der EU respektive der EWG sich politisch klein machen konnte, um sich ganz auf seine Wirtschaftspolitik zu konzentrieren». Man reibt sich verwundert die Augen darüber, wie offen Asch ausspricht, was gegen ihn auf der Hand liegt: Als wäre Wirtschaftspolitik keine Politik und als wäre das nicht vielleicht sogar die wichtigste in Europa. Als wäre die Bundesrepublik die ganze Zeit ein unpolitischer Naivling gewesen, der sich herumschubsen lässt, aber eigentlich nur sein Hobby im Blick hat und, weil er nicht aufpasst, von den gewieften Franzosen permanent über den Tisch gezogen wird.

War denn die Austeritätspolitik ein gesamteuropäischer Willensakt? Haben da etwa nicht die Deutschen ihre Finger besonders eifrig im Spiel gehabt, sodass irgendwann sogar der Internationale Wäh-

rungsfonds die Nase voll hatte und Berlin zur Zurückhaltung mahnte? Und war nicht schon der Euro ein zwar französisches Projekt, allerdings eines zu deutschen Konditionen – mit den sparfixierten Maastricht-Kriterien und einer inflationsaversen Zentralbank oder dem Stabilitäts- und Wachstumspakt? Trägt nicht auch der Umgang mit der Eurokrise seit 2010 deutsche Handschrift? All das scheint für Asch nicht der deutschen Rede wert gewesen zu sein, sondern – und nur so kann er die deutsche Macht wegreden – war objektive Notwendigkeit, die von irgendwoher auf die Erde fiel und die Deutschen, die armen Deutschen, mussten den Bluthund spielen, weil einer es tun musste. Und dafür bekommen sie auch noch ordentlich auf die Backen und weit und breit ist keiner, der ihnen diese edle Tat dankt.

Und die Briten, die sich jetzt verabschieden? Haben die etwa stets Partei ergriffen für die deutsche Sache? Wer auf Thatchers Spartugenden verweist und daraus eine prodeutsche Haltung der makroökonomischen Politik in London ableiten will, übersieht, dass die britische Konjunktur- und Geldpolitik stets keynesianischer war als die deutsche. Über den Stabilitäts- und Wachstumspakt etwa hat man sich an der Themse nur gewundert; er galt dort als «a ghoulis remnant of the golden age of monetarism». Mit der deutschen Trias aus ausgeglichenen Haushalten, Preisstabilität und Lohnzurückhaltung konnte man in London nie besonders viel anfangen. Das heißt: Nicht weil, sondern obwohl Großbritannien in der Europäischen Union war, konnte Deutschland sich das Maastricht-Regime nach seinem Gusto zurechtzimmern. Die Vermutung liegt nahe, dass durch den BREXIT nicht Frankreich die Führungsrolle bekommt, sondern Deutschland sie festigt.

Asch dagegen sieht Frankreich obenauf, weil Macron den Willen dazu zeige und ein bisschen wie de Gaulle wirke (Als wäre der bloße Wille schon genug; als hätte zwischenstaatliche Macht nicht auch ein paar Bedingungen wie etwa das wirtschaftliche Gewicht, die der politische Wille nicht aus dem Hut zaubern kann). Das größte Einfallsstor französischer Macht sieht Asch jedoch in Deutschland selbst: Deutschland, findet er, tickt zu rheinisch. Der Euro-Etatismus «wird vielleicht das Erbe von Martin Schulz sein, dem überzeugten Rheinländer, der den Wechsel von der Bonner Republik mit ihrer Anlehnung an Frankreich zur stärker nationalstaatlich geprägten Berliner Republik nie wirklich akzeptiert hat». Asch sieht das Zeitalter des Nationalstaats nicht untergehen, sondern gerade erst heraufdämmern. Das entscheidende Geschichtszeichen, das von 1989 ausging, ist für ihn nicht, dass der Eiserne Vorhang fiel und die Grenzen in Europa durchlässiger wurden, sondern dass das eine Deutschland dem anderen beigetreten ist. Seine Formel, die den Wandel der Bundesrepublik beschreibt, lautet: die Bonner Republik war postnational, die Berliner Republik ist post-postnational. Das gemütliche und frankophile Bonn hat ausgedient, für Asch gibt jetzt das kühl-selbstbezogene Berlin den nationalen Takt vor. Wer das nicht erkennt, lebt im Gestern und lässt sich von den Franzosen am Ring durch die Manege ziehen. Zum Schluss wagt Asch die Prognose, dass ein ordentlich regierter Nationalstaat wie Großbritannien vielleicht bessere Überlebenschancen habe als ein regelloser Haufen wie EU-Europa, «denn solche Regeln gibt es seit Ausbruch der Euro-Krise nicht mehr». Es mag stimmen, dass Regeln in der Krise gebeugt und gebrochen wurden, aber ungeregelt funktioniert Euro-Europa deshalb noch

lange nicht. In jeder politischen Versammlung gibt es Regeln und meistens steckt der mit der größten Macht dahinter. In Europa ist das Deutschland, das längst seine bismarcksche Vormachtstellung auf dem Kontinent wiedergewonnen hat, nur dass es jetzt weniger Feinde und engere Freunde hat.

Was aber stimmt, ist, dass Berlin nicht tun und lassen kann, was es will. Ist schon ein Hegemon dazu kaum in der Lage, ist es ein Halbhegemon wie Deutschland noch weniger. Er muss subtil vorgehen, hier und da Zugeständnisse machen, in einigen Bereichen anderen die Führung überlassen und führungslose Felder anerkennen. Deutlich wurde das in der Flüchtlingskrise, als es Deutschland nicht einmal gelang, einigen wirtschaftlich vollkommen von ihm abhängigen Kleinstaaten wie der Slowakei seinen Willen aufzudrücken. Der wirtschafts- und finanzpolitische Kern des Euroregimes bleibt von all diesen Zugeständnissen jedoch unberührt und die europäische Peripherie wird auch weiterhin zum zermürbenden Sparen gezwungen. Darüber, dass nur fast alles so läuft wie gewünscht, wird man hierzulande schnell wütend. Man fühlt sich übers Ohr gehauen. Gerade die halbhegemoniale Stellung ist es, die einen Opferkomplex nährt. Die Deutschen gehen seit jeher gern aufs Absolute, das bekanntlich nicht teilbar ist, und wo auch nur ein Stück davon fehlt, geraten sie in Rage. Also ziehen sie sich schmallend zurück in ihr nationales Schneckenhaus und wollen raus aus EU-Europa. Doch auch wenn der euroskeptisch-eigenbrötlerische derzeit der vorherrschende rechte Affekt ist, bietet er nicht den einzig denkbaren Ausweg aus dem Unbehagen an Europa; irgendwann könnte die politische Rechte auch auf den Geschmack einer europäischen Flucht nach vorn kommen.

Asch, der 2013 zu den Gründungsmitgliedern des Freiburger AfD-Verbandes gehörte, trat zwei Jahre später nach Bernd Luckes Abwahl wieder aus der Partei aus. Wir hören hier also, wie die erste Generation der AfD-Historiker spricht, die inzwischen schon wieder abgetreten ist. Aschs Nachfolger als AfD-Zeitdeuter könnten etwas anderes im Sinn haben. Sein Plädoyer für nationalstaatliche Selbstbescheidung steht für die kleindeutsche Lösung der Europafrage, ihre großdeutsche und irgendwann wohl auch die imperiale Antwort warten bloß darauf, ausformuliert zu werden. Gut möglich, dass, wenn die Kräfteverhältnisse sich nur genügend zu ihren Gunsten verschoben haben, die Rechtsparteien aller Länder eines Tages Europa für sich entdecken werden. Nach kleindeutscher Borniertheit werden wir uns dann noch zurücksehen.

Was Asch ganz richtig antizipiert, ist eine antideutsche Koalition, die sich wohl tatsächlich bilden wird, wenn Deutschland an seinem egoistischen Kurs festhält oder ihn gar noch verschärft – also wenn es genau das tut, was die Opferkomplexler fordern. Sie geben eine Prophezeiung, die sich selbst erfüllt. Sie haben nicht recht, aber wenn sie sich durchsetzen, bekommen sie auf eine falsche Weise recht. Durch deutschen Egoismus werden Länder, die damit nicht einverstanden sind (und das sind sehr viele), zusammengetrieben und dann steht Berlin tatsächlich isoliert und eingekreist mitten in Europa da. Giorgio Agambens Wiederaufnahme der alten Idee Alexandre Kojèves, ein lateinisches Reich gegen die deutsche Übermacht zu gründen, könnte in den kommenden Jahren noch eine Rolle spielen. Deutschland hätte dem, weil seine Stellung nur halbhegemonial ist, nur wenig entgegenzusetzen und diejenigen, die heute

von der deutschen Übervorteilung reden, werden dann sagen, sie hätten es immer gewusst; dabei haben sie es falsch gewusst.

Eine antideutsche Koalition kann Berlin vielleicht nur verhindern, wenn es einen radikalen makroökonomischen Kurswechsel vornimmt. Wolfgang Schäuble hat im November 2010 gefordert, Charles P. Kindlebergers Einsicht, dass eine stabile internationale Wirtschaft einen wohlwollenden Hegemon brauche, auf heute anzuwenden und Deutschland diese Aufgabe zu übertragen. Doch Schäuble scheint unter einem Hegemon etwas ganz anderes zu verstehen als Kindleberger – einen regelvernarrten Zwingmeister und sittenstrengen Tugendbold, der den anderen Lektionen in Sparsamkeit erteilt. Bei Kindleberger ist der Hegemon dagegen ein «consumer of last resort», der Handelsbilanzdefizite (und nicht -überschüsse) einführt, eine gemäßigte Inflation zulässt und den übrigen Volkswirtschaften dabei hilft, aus der Krise herauszuwachsen, anstatt sie zu zwingen, sich noch tiefer hineinzusparen. Als (Halb-)Hegemon kann Deutschland nicht so tun, als wäre es ein normaler Staat, es müsste weniger nach seinen Rechten und mehr nach seinen Pflichten fragen, die deutlich über das hinausgehen, was alle anderen zu schultern haben. Als stärkster Teil eines Arrangements kommt es durch dessen Bestand von ganz allein zu seinem Recht.

Ein tatsächlich Kindlebergersches Programm hat Hartmut Elsenhans vor einigen Wochen in der Zeitschrift «Internationale Politik und Gesellschaft» skizziert: Deutschland, so Elsenhans, sollte nicht nur die Macronschen Europapläne unterstützen und von der Austeritätspolitik abrücken, sondern auch dafür sorgen, dass die Löhne im Land kräftig steigen. In den meis-

ten europäischen Nachbarländern wuchsen die Löhne in den vergangenen beiden Jahrzehnten um die Produktivitätssteigerung und um die Zwei-Prozent-Zielinflation der Europäischen Zentralbank, in Deutschland oft nicht einmal um die Produktivitätssteigerung. Durch diesen preislichen Wettbewerbsnachteil haben sich in vielen Partnerländern gewaltige Handelsbilanzdefizite aufgetürmt, die nur durch Staatsprogramme nicht in hohe Arbeitslosigkeit umgeschlagen sind. Natürlich stieg dadurch die Staatsverschuldung. Und dann kommen die deutschen Schlaumeier und erzählen dir etwas von den Tugenden einer schwäbischen Hausfrau. Deutsches Exportboom-Jobwunder und europäische Schuldenbereitschaft sind, so Elsenhans, zwei Seiten derselben Medaille. Wer die öffentliche Verschuldung von Handelspartnern mindern will, muss die Handelsbilanzdefizite ausgleichen.

Die einzige politische Großkraft in Deutschland, die diesen Paradigmenwechsel derzeit durchführen könnte, ist für Elsenhans die Sozialdemokratie. Dafür braucht die aber selbst eine linkskeynesianische Wende. Der strategische Vorteil, der sich dadurch für sie ergäbe: Ihren Bruch mit dem Neoliberalismus müsste sie nicht mehr als rein moralphilosophische Gerechtigkeitsfrage verkaufen, sondern auch als nüchtern-ökonomische Erwägung und als Beitrag zur Rettung Europas. Ihr politischer Ort wäre dann nicht mehr nur das gemütlich bullernde Feuerchen der sozialen Gerechtigkeit daheim, an dem die Ausgeschlossenen sich wärmen können, wenn sie von den ökonomischen Sachzwängen zu viel haben, sondern sie könnte endlich die Sachzwänge selbst infrage stellen. Die Wahl zwischen rechts und links wäre dann nicht mehr die

zwischen Vernunft und Herz, sondern zwischen der einen und der anderen Vernunft, an die sich das Herz dann heftet – mithin ist das die Struktur alles wirklich Politischen.

Literatur

- Giorgio Agamben: Que l'Empire latin contre-attaque! In: *Libération*, 24. März 2013. In: http://www.liberation.fr/planete/2013/03/24/que-l-empire-latin-contre-attaque_890916 [20.05.2018].
- Ronald G. Asch: Das Dünkirchen der Gegenwart. In: *FAZ*, 12. Februar 2018. In: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/europa-und-der-brexit-15443524.html> [20.05.2018].
- Larry Elliot: A ghoulish remnant. How many jobs will be sacrificed before Europe scraps its absurd stability and growth pact? In: *The Guardian*, 01. November 2002. In: <https://www.theguardian.com/world/2002/nov/01/eu.politics2> [20.05.2018].
- Hartmut Elsenhans: «Schmeißt Deutschland aus dem Euro!» In: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 04. April 2018. In: <http://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/schmeisst-deutschland-aus-dem-euro-2663/> [20.05.2018].
- Charles P. Kindleberger: *Die Weltwirtschaftskrise. 1929–1939*, München 1973.
- Hans Kundnani: *German Power. Das Paradox der deutschen Stärke*, München 2016.
- Florian Rötzer (Hg.): *Der halbe Hegemon. Die Rückkehr der ‚deutschen Frage‘ und die Lage der EU*, Hannover 2016.

REZENSIONEN

Aleksandra Petković

Beauvoir wiederentdecken?

Rezension zu: Julia Korbik, *Oh, Simone! Warum wir Beauvoir wiederentdecken sollten*, Reinbek bei Hamburg 2018, Rowohlt Verlag, 320 S., 12,99 €

Feministin, Existenzialistin, Sozialistin, Aktivistin: Simone de Beauvoir ist eine der einflussreichsten Figuren der feministischen Bewegung. Auch aus der Philosophie ist die französische Intellektuelle nicht wegzudenken, wengleich sie nie als Philosophin bezeichnet werden wollte. Dennoch vertritt die Journalistin und Schriftstellerin Julia Korbik die Ansicht, der Mensch Beauvoir und die Aktualität ihrer Arbeit seien außerhalb akademischer Kreise weitgehend in Vergessenheit geraten. Mit ihrem epochemachenden Essay *Das andere Geschlecht* von 1949 werde sie zwar «sehr viel zitiert, aber sehr wenig gelesen», so die Autorin (S.20). Anfang des Jahres 2016 gründete Korbik deshalb den Blog *Oh, Simone!*, um Beauvoirs Bekanntheitsgrad zu steigern und die feministische Philosophie der Französin über die Oberflächlichkeiten ihres prominenten Privatlebens hinauszutragen. Weniger als ein Jahr später erschien nun das Buch mit gleichem Titel – in ähnlicher Anlehnung und mit ähnlichen Ambitionen. Als Ziel gab Korbik aus, in einer zeitgenössischen und persönlichen Auseinandersetzung mit Beauvoir dem beschriebenen Vergessen entgegenwirken zu wollen und einer neuen Generation zu zeigen, «warum wir Beauvoir wiederentdecken sollten».

Dazu begibt sich die Autorin in ihrem Buch zunächst auf eine biografische Spurensuche, mit deutlichem Fokus auf den Empfindungen und Erlebnissen der Philosophin. Korbik schildert, wie sich die heranwachsende Simone schon früh mit einer konservativen und religiösen Mutter konfrontiert sieht, die einen klaren Weg für das Leben ihrer Tochter vorgibt. Anregend beschreibt die Autorin die Beziehung der jungen Simone zu ihrem Vater, die intellektuell stimulierend und maßgeblich interessenbildend wirkt. Die Entwicklung einer stillen, innerlichen Antipathie gegenüber der Religion wird ebenso deutlich, nicht zuletzt während der Schulzeit im katholischen Mädcheninstitut *Cours Désir*. Wir lesen und verfolgen, wie Nonkonformismus, Emanzipation und Selbstreflexion Beauvoir bereits im Kindes- und Jugendalter prägen und wie diese in ihrem Erwachsenenleben fortbestehen.

Anders als gemeinhin üblich beschreibt Korbik Simone de Beauvoir nicht nur als Frau an Jean-Paul Sartres Seite. Sie konzentriert sich in ihren Ausführungen dezidiert auf Beauvoirs individuelle Perspektive und versucht ihren Werdegang für ein junges, modernes Publikum lebendig aufzubereiten. Sie beschreibt anschaulich – und weniger glorifizierend als üblich – den berühmten Pakt mit Sartre, der 1929 die sogenannte morganatische Ehe mit Beauvoir initiierte. Neben dieser unkonventionellen, polyamoren Partnerschaft, schildert Korbik aber auch die Besonderheit der zahlrei-

chen romantischen und nicht-romantischen Beziehungen Beauvoirs zu anderen Frauen. Dabei zeigt die Autorin, dass bereits zur Mitte des 20. Jahrhunderts in Frankreich das Private politisch war: Gewollt oder nicht, Simone de Beauvoirs Privatleben, insbesondere ihr von traditioneller Ehe und Kinderwünschen abweichender Lebensstil, beeinflusste die öffentliche Wahrnehmung maßgeblich.

Darüber hinaus verweigert sich die Autorin, Simone de Beauvoir primär in der Rolle der Aktivistin, als die sie in der Frauenbewegung häufig gepriesen wird, zu porträtieren und darauf festzulegen. Korbik stellt heraus, dass der Philosophin zuweilen der Bezug zur Realität der unterprivilegierten Frauen fehlte, ihr damit also immer noch etwas Bürgerliches anhaftete und sie sich zu bestimmten Zeiten sogar als apolitisch verstand. Erst mit den Folgen des Zweiten Weltkriegs und dem Ende des Stalinismus konfrontiert, habe die ursprünglich überzeugte Sozialistin immer mehr den Eindruck gewonnen, dass die Überwindung des kapitalistischen Systems nicht allein und automatisch zur Emanzipation der Frau führen würde. Beauvoirs Abkehr vom Individualismus hin zur Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen und politischen Pflichten wird dabei anschaulich beschrieben. Die Autorin weist dabei immer wieder auf die Fähigkeit zur Selbstkritik hin: Beauvoir habe schließlich verstanden, «was ihr Nichthandeln für andere bedeutet, und lässt endlich ihren Individualismus hinter sich» (S.201) – letztlich resultierend in ihrem Frauenrechtsaktivismus der 1960er- und 1970er-Jahre.

Die hintergründigen Betrachtungen Korbiks machen deutlich, wie weitreichend die Existenzphilosophie Sartres das Denken, aber auch das Schreiben Simone de Beauvoirs

geprägt hat. Korbik stellt heraus, wie essenziell der symbiotische, diskursive Austausch für die intellektuelle Beziehung der beiden war. Der modernen Rezeption spielt dabei in die Hände, dass Beauvoir in ihren philosophischen Ausführungen in der Regel die Formen der Erzählung, des Romans und des Essays bevorzugt hat. Die schriftstellerische Haltung des Buches spiegelt sich an diesem Punkt im Oeuvre der Philosophin: Beauvoir vermittelte ihre Gedanken erfahrungsbasiert, um damit eine Verknüpfung von Theorie und Praxis herzustellen. Diese Schreibweise sorgte nicht zuletzt dafür, dass *Das andere Geschlecht* nicht primär in wissenschaftlichen Kreisen, sondern insbesondere in der breiten Bevölkerung starke Rezeption und hohes Ansehen fand.

Korbik beschränkt sich deshalb auch nicht auf eine reine Wiedergabe der Existenzphilosophie, sondern schafft mit einem ersten Überblick über die Entwicklung, Terminologie und popkulturellen Erscheinungsformen des Existenzialismus einen Gesamteindruck dieser wissenschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Strömung. Dass sie damit an der Oberfläche bleibt, ist dem Ziel ihrer Darstellungen geschuldet: Die Autorin möchte das Interesse eines jungen Publikums wecken, keine akademische Abhandlung verfassen. Dabei zeigt Korbik deutlich auf, dass es ihr nicht lediglich um eine simple Rückbesinnung geht, sondern um die Verortung Simone de Beauvoirs in der Gegenwart: Durch prägnante inhaltliche Einblicke, popkulturelle Referenzen und Parallelen zur heutigen Zeit soll gezeigt werden, wie allgegenwärtig die Französin in der Philosophie und den Gender Studies ist und wie nützlich ihre Gedanken sein können, wenn sie darüber hinausgehend auf alltäglich diskutierte Fragen

bezogen werden. So ist Beauvoir nach wie vor für zahlreiche Ansätze und Fragen der ökonomischen Gleichstellung, Intersektionalität oder den reproduktiven Rechte von Frauen von Bedeutung.

Korbik plädiert in diesem Sinne für eine frische Herangehensweise, bei der Beauvoir «nicht nur als feministische *Grande Dame* [...] hoch oben auf ihrem Podest» (S.21) gesehen werden sollte. Sie regt zu einer ersten Auseinandersetzung mit den theoretischen Schriften Beauvoirs und dem wiederholten Lesen ihrer Standardwerke an. Korbik richtet sich in erster Linie an Personen, die sich noch nicht intensiv mit Beauvoir und ihren zahlreichen Schriften beschäftigt haben.

Das Buch reflektiert sichtbar den populären Zeitgeist und sorgt dadurch für eine größere Zugänglichkeit, dies kann aber auch – nach persönlicher Präferenz – bemüht wirken und hinderlich sein. Insbesondere in den biografischen Abschnitten entsteht oft der Eindruck, die Autorin hätte selbst an Beauvoirs Leben teilgehabt. Eine kritische Distanz ist dann nur noch schwer zu erkennen: Die lebendige, um Nähe bemühte Sprache ist an vielen Stellen affirmativ und enthusiastisch. Korbik ist überzeugt, dass Beauvoir – auch nach heutigen Maßstäben – aktuell ist und nutzt jede Gelegenheit, den Leserinnen und Lesern diese Überzeugung zu vermitteln.

Hier zeigen sich zugleich die Stärken und Schwächen des Buchs: Die Autorin bietet unter anderem eine zugängliche Darstellung und Begleitung einer faszinierenden Figur und weckt gerade deshalb das Interesse nach mehr – etwa nach zusätzlichen Ausführungen zu Beauvoirs Erweiterung des existenziellen Freiheitsbegriffs oder der Darstellung der theoretischen Kontroversen

rund um ihr Hauptwerk. Korbik gelingt es, dem facettenreichen Leben und Werk Beauvoirs im abgesteckten Rahmen gerecht zu werden. Das Ziel des Buches wird somit erreicht: Die Popularisierung und inhaltliche Heranführung an die Person Simone de Beauvoir, an ihren Feminismus und an ihre Theorie, um einer neuen, auch nicht-akademischen Generation den Einstieg in vermeintlich exklusive Themen- und Fachbereiche zu erleichtern. Lehrreich – auch für die Wissenschaft.

Mark Fischer

Eine Schärfung der eigenen Argumentation in einer durch Zahlen geprägten Welt

Rezension zu: Oliver Schlaudt, *Die politischen Zahlen. Über Quantifizierung im Neoliberalismus*, Frankfurt a.M. 2018, Klostermann Rote Reihe 102, 192 S., 19,80€

Der Philosoph Oliver Schlaudt setzt sich in seinem neuesten Buch mit der Entstehung des Bedeutungszusammenhanges von Zahlen in der Politik mit einem Fokus auf den Neoliberalismus auseinander. Diese wohlinformierte und unterhaltsame Einführung in das Thema leistet eine Bedeutungsanalyse von Zahlen am Beispiel ihrer Verwendung in verschiedenen kapitalistischen Ordnungsvorstellungen aus der geistes- und wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung.

Ausgehend von frühen ökonomischen Denkansätzen bis hin zu philosophischen Grundlagen z.B. des frühen Utilitarismus wird die Entwicklung der Zahl in der Ökonomie nachgezeichnet. Diskutiert wird in den drei Themenblöcke sowohl das Verhältnis von «Zahl und Politik», «Wert und Preis», sowie abschließend die heute dominierende

neoliberale Strategie der vergleichenden Quantifizierung im Kapitel «Sein und Besser-sein». Das Buch macht dabei die Eigenlogik von Indikatoren und Zahlen vor dem Hintergrund der dominierenden ökonomischen Denkansätze bewusst. Quantifizierte Darstellungen, wie z.B. das Bruttoinlandsprodukt, bieten eben nicht wertneutrale Messmethoden, sondern setzen eine Reihe von Grundannahmen voraus, die die Ausdrucksweise ungleicher Produkte und Prozesse in *einer* Zahl überhaupt zulassen. Deutlich wird die Bedeutung dieses Schrittes, wenn z.B. gleichsetzende Quantifizierungen verschiedener immaterieller und sachlicher Werte ihre eigenen Handlungslogiken selbst hervorbringen und als Sachzwang titulieren. Schlaudt betont, dass Entscheidungen für Quantifizierungen zu einer bewussten oder unbewussten Einschränkung politischer Handlungsspielräume führen. Zahlen als Indikatoren lassen Besonderheiten des Einzelfalls genauso außeracht wie gesellschaftliche Folgewirkungen. Die Fragen ökologischer Kosten werden z.B. übersehen in einer Zahlenorientierung auf ökonomisches Wachstum, wie sie das BIP offeriert.

In der heutigen Zeit prägt insbesondere der Neoliberalismus das Denken und Handeln institutioneller wie individueller Akteure bis tief in persönliche Lebensbereiche hinein. Dabei begründet selbstverständlich auch diese Ideologie ihren Anspruch politischer Handlungsleitung anhand scheinbar objektiverer und zahlenbasierter Instrumente. Tatsächlich entpuppt sich die Rolle des Staates im Neoliberalismus laut Schlaudt als bedeutender Faktor für die Möglichkeit des Fortbestehens neoliberaler Ordnung und ihrer Durchdringung des individuellen Alltags. Die ständige Kontrolle durch neoliberales «Monito-

ring» von staatlichen Strukturen wie auch Unternehmen wird zwar als «Demokratisierung» des Apparates verkauft. Gleichzeitig steckt hinter dieser ständigen Überwachung von Strukturen und Menschen durch Zahlen und Vergleiche ein interessengeleitetes und propagandistisch mächtiges Instrument neoliberaler Handlungslogik von Konkurrenz und Rationalisierung.

Diese Grundthesen des Buches überraschen kritisch Denkende sicher kaum. Der Reiz des Lesens liegt dafür in der fundierten historisch-philosophischen Einführung in die politische und ökonomische Zahlenwelt mit vielen anschaulichen Beispielen. Beides sorgt für das ein oder andere Aha-Erlebnis und eine Schärfung der eigenen Argumentation in einer durch Zahlen geprägten Welt.

Hendrik Küpper

Linkspopulär – eine realistische Option

Rezension zu: Andreas Nölke, *Linkspopulär. Vorwärts Handeln statt Rückwärts denken*, Frankfurt a.M. 2017, Westend Verlag, 240 S., 18,- €

Die Umfragewerte während des Schulz-Hypes im Frühjahr 2017 sowie ein Blick auf die Sozialstruktur in Deutschland verraten: Das Potenzial an möglichen Wählerinnen und Wählern für die SPD ist grundsätzlich hoch. Dennoch erzielte die SPD bei den vergangenen Bundestagswahlen im September 2017 mit 20,5% ihr historisch schlechtestes Ergebnis in der gesamten Nachkriegszeit. Wären das historische Tief der SPD sowie eine damit verbundene, schwache politische Linke im Bundestag nicht schon allein besorgniserregend genug, haben die regressiven Tendenzen in der Gesellschaft

mit dem Einzug der AfD in den Bundestag zugleich einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Der Politikwissenschaftler Andreas Nölke hat mit seinem Buch *Linkspopulär – Vorwärts Handeln statt rückwärts denken* nun einen Versuch vorgelegt, ein linkes Programm zu entwerfen, das die Sorgen des weniger privilegierten Teils der Gesellschaft ernst nehmen und dadurch dem Rechtsruck entgegenwirken soll.

Im Zentrum der Überlegungen Nölkes, der seit 2007 Professor für Politikwissenschaft mit den Arbeitsschwerpunkten Internationale Beziehungen und Internationale Politische Ökonomie am Fachbereich Sozialwissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt a. M. ist, steht der Begriff *linkspopulär*, der die zwei Facetten seiner Position deutlich werden lassen soll. Diese Position sollte, so Nölke, «nicht nur links, sondern sie sollte auch populär sein, also breite Bevölkerungsgruppen ansprechen.» (S.220) Doch wie genau entwickelt und begründet Nölke seine Position? Aufgeteilt ist das Buch in neun Kapitel, von denen sich die ersten drei Kapitel vor allem mit der Analyse der bestehenden Gesellschaft befassen. So wird der Blick zunächst, umfangreich und mit vielen sozioökonomischen Fakten untermauert, auf die subjektive als auch auf die objektive Dimension der sozialen Frage – auf Armut und auf die bestehenden Abstiegsorgen – gerichtet, ehe im zweiten Kapitel dann ausführlich die Krise des progressiven Lagers beleuchtet wird. Nachdem man in den beiden ersten Kapiteln viele sozioökonomische Fakten zur Schärfung der eigenen Argumentation, eine Übersicht über bereits bekannte Argumente und einige zum Nachdenken anregende Überlegungen erhält, analysiert das dritte Kapitel die linkspopuläre Lücke, die sich dadurch ergibt, dass keine

politische Kraft, so Nölke, die Vertretung des weniger privilegierten Teils der Gesellschaft als ihre Aufgabe ansieht. Lösen lasse sich dies erst dadurch, dass die Politik das politische Spektrum nicht mehr wie bislang vor allem eindimensional (links-rechts), sondern endlich zweidimensional (kosmopolitisch-kommunitaristisch) wahrnimmt. Während das kosmopolitisch-linke Spektrum, also dasjenige, das beispielsweise Wert auf offene Grenzen und transnationale Mobilität legt, besonders auch durch Linke und Grüne bedient wird, fehlt das politische Angebot für kommunitaristisch-links orientierte Bürgerinnen und Bürger bislang völlig. Wollen letztere ihre kommunitaristische Orientierung, die durch den Wunsch nach Schutz der lokalen oder nationalen Demokratie sowie sozialer Sicherheit auf nationaler Ebene geprägt ist, nicht aufgeben, so gäbe es bislang mit der AfD ausschließlich am rechten Rand ein politisches Angebot. Oder anders: «Durch die Abwesenheit einer links-kommunitaristischen Option fehlt vielen Wählern gerade in der für viele aktuell besonders bedeutsamen Dimension des Parteienwettbewerbs ein politisches Angebot.» (S.82) Die Aufgabe einer linkspopulären Position besteht also in der Schließung einer links-kommunitaristischen Repräsentationslücke.

Wie genau aber stellt Nölke sich das Schließen dieser Repräsentationslücke vor? Ganz zentral ist für den Politikwissenschaftler, dass eine linkspopuläre Option im Grunde sozialdemokratischen Werten folgen müsse: «Als linke Position muss sie sich für die sozial Schwachen und ein stärker egalitäres Wirtschaftsmodell einsetzen, sowie für eine friedliche Kooperation auf globaler Ebene. Als populäre beziehungsweise kommunitaristische Position muss

sie Vorbehalte gegen eine ungehemmte Globalisierung, gegen unregelmäßige Massenmigration und gegen Einschränkungen der demokratischen Souveränität artikulieren.» (S.101) Nachdem er die Grundprinzipien einer linkspopulären Position im vierten Kapitel ausführt, werden in den nachfolgenden Kapiteln konkrete politische Handlungsmöglichkeiten für die Bereiche «Wirtschaft und Soziales», «Globalisierung und Europäische Union», «Innenpolitik und Migration» sowie «Außen- und Sicherheitspolitik» aufgezeigt. Während es Nölke dabei grundsätzlich neben einer Politik, die auch stärker wieder die Interessen des weniger privilegierten Teils der Gesellschaft berücksichtigt, um die Ausbalancierung der deutschen Ökonomie und eine auf Fairness und Respekt basierende Außenpolitik geht, wird konkret beispielsweise vorgeschlagen, durch «die Stärkung der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, beispielsweise über Gesetze zur Unterstützung der Tarifbindung» (S.131) für höhere Löhne zu sorgen oder die «Entmachtung der globalen Finanzmärkte durch Definanzenzierung» (S.154) umzusetzen. Geknüpft sind sämtliche Forderungen dabei stets an «fünf Grundprinzipien, nämlich der Verbesserung der Lage der Schwachen in der deutschen Gesellschaft; einer abgestuften Solidarität in einer globalen Welt; einem Wirtschaftsmodell, das eine egalitäre Verteilung in Deutschland mit der Rücksichtnahme auf andere Wirtschaftsräume verknüpft; einen Fokus auf demokratische Selbstbestimmung auf nationaler Ebene statt auf den kosmopolitischen Illusionen einer supranationalen Demokratie; und auf Interessenausgleich und Respekt anstelle von Intervention und Machtausweitung als Leitprinzipien der internationalen Politik.» (S.101)

Im abschließenden Kapitel des Buches werden dann «die Konturen einer linkspopulären Position noch einmal im Kontrast gegen die Programmatik existierender Parteien geschärft» (S.220). Obwohl in diesem Kapitel deutlich wird, dass die Parteien einiges an Potenzial verschenken und sich grundlegend wandeln müssen, wird dabei an der Wichtigkeit dieser festgehalten.

Doch gelingt nun der Versuch einer linkspopulären Position, eines alternativen Programms gegen die Alternativlosigkeit und kann er vor allem etwas zur politischen Praxis beitragen? Hierzu lohnt sich zunächst ein Blick auf die Struktur des Buches. Wie bereits deutlich wurde, ist den Forderungen und der Entwicklung einer Position zunächst eine gelungene Analyse vorausgestellt, die Nölkes linkspopuläre Position, anders als dies oftmals der Fall ist, auf ein tragfähiges Fundament stellt, auf das jederzeit zurückgegriffen werden kann und wodurch deutlich wird, vor welchem Hintergrund Nölke seine Überlegungen anstellt. Die Verzahnung einer gesellschaftlichen Analyse mit konkreten politischen Forderungen stellt also eine besondere Stärke dieses Buches dar und ist darüber hinaus in einer zugänglichen Sprache, auch für Nichtökonominnen und Nichtökonom, geschrieben. Fernab der gelungenen Struktur gelingt es dem Autor mit dem Aufzeigen einer links-kommunitaristischen Repräsentationslücke einen wunden Punkt derzeitiger linker Politik zu treffen, woran konstruktiv angeknüpft werden kann. Insbesondere in sozialdemokratischer Hinsicht ist eine Lektüre unbedingt empfehlenswert. So lässt sich dem Buch ein realistischer und aussichtsreicher Umgang mit einer hochgradig heterogenen Wähler_innenschaft abgewinnen, der dem Rechtsruck entgegenwirkt und ein

Angebot sowohl für links-kommunitaristisch als auch für links-kosmopolitisch orientierte Bürgerinnen und Bürger bietet. Würde sich die Lektüre des Buches also schon allein aufgrund der scharfsinnigen Analyse der Gesellschaft und der Schwäche der linken Parteien, insbesondere der SPD, lohnen, so kann das Buch mit seinem Realitätsinn zusätzlich noch durch konkrete und umsetzbare Forderungen glänzen, die an sozialdemokratischen Werten orientiert sind und für die Revitalisierung verloren geglaubter sozialdemokratischer Ideen stehen. Einzig das Eingehen auf weitere relevante Aspekte und Themen, beispielsweise auf den Bereich der Bildungspolitik oder auf den Umgang mit der Digitalisierung, wäre zusätzlich wünschenswert gewesen. Kurzum: Nölke gelingt ein alternatives linkes Programm, das auf einer umfangreichen und insgesamt überzeugenden Analyse basiert, überzeugende und realistische Forderungen aufstellt und den angedachten Anspruch – sowohl links als auch populär zu sein – erfüllt. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Politik – und insbesondere die SPD – dieses Buch zu Herzen nehmen würden.

Hagen Weiler

Ohne mehr Gleichheit keine bessere Gesellschaft

Rezension zu: Jochen Dahm, Thomas Hartmann, Max Ostermeyer (Hg.): *Gleichheit! Wirtschaftlich richtig, politisch notwendig, sozial gerecht!* Bonn 2017 (J. H. W. Dietz Nachf.), 350 S, 26.- €.

Der Sammelband folgt (leider) nicht der kategorialen Struktur seines Untertitels, sondern der Gliederung in vier Teilen: «Über den Wert der Gleichheit. Landkarte

der Ungleichheit. Spezifische Aspekte der Ungleichheit. Wege zu mehr Gleichheit.» Die Herausgeber sind wissenschaftliche Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung – damals im Projekt «Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie – 2017plus» (zu den «verschiedenen Ursachen und Wirkungen der Ungleichheit (mit dem) «Ziel: gezielte politische Lösungsansätze entwickeln, die das weitere Auseinanderdriften unserer Gesellschaft verhindern».

Damit wenden sie sich gegen «die Mär, dass Ungleichheit für wirtschaftliches Wachstum unabdingbar sei» (vgl. auch im Folgenden den Klappentext/Rückseite). Nicht nur für die Herausgeber «ist inzwischen klar: Wachsende soziale Ungleichheit gefährdet die Demokratie, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Wohlstand...». Dagegen beanspruchen die Herausgeber: «Zu einer Zeit, in der das Thema Ungleichheit endlich wieder progressiv diskutiert wird, liefert dieser Band einen Gesamtüberblick an Analysen und Handlungsmöglichkeiten. Denn: Eine gute Gesellschaft braucht *mehr* Gleichheit.» (Hervorhebung im Original: warum nur «mehr»? vgl. im Folgenden)

Diesem Anspruch werden die Herausgeber nur zum Teil gerecht. So fehlt in ihrem «Vorwort» (S. 9 – 12) eine systematische Definition und Verbindung ihrer thematischen Schlüsselbegriffe (im Untertitel) sowie (nach meiner Kritik) deren – logische – Korrespondenzen zur rechtlichen Gleichbehandlung: vor den – nur so – allgemeinen Gesetzen, vor den allgemeinen gleichen Wahlen, vor den allgemeinen, gleichen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten. Erst recht fehlen danach rechts- bzw. wirtschafts-politische Diskussionen zu traditionellen Rechtfertigungsversuchen

ungleicher wirtschafts-bürgerlicher Rechte und Pflichten (angeblich wegen ungleicher «Verdienste» und «Verantwortungen», die tatsächlich längst nicht mehr valide und reliabel festgestellt und bewertet werden können).

Aus Platzgründen kann ich nur auf fünf von 27 besonders herausragende Beiträge hinweisen; die Herausgeber ermöglichen in jeweils zwei bis drei Kernzitate eine Übersicht der Beiträge (S. 12 – 17):

Richard G. Wilkinson und Kate Pickett: Der Feind zwischen uns – die psychologischen und sozialen Kosten von Ungleichheit (S. 51 – 90) analysieren, «inwiefern Ungleichheit die Qualität sozialer Beziehungen beeinflusst. Während egalitäre Gesellschaften ein höheres Niveau zwischenmenschlichen Vertrauens und ein stärkeres Gemeinschaftsleben genießen ... vergrößert stärkere Ungleichheit die Bedeutung von Statusunterschieden und des sozialen Evaluationsdrucks ... Strategien, die an egalitäre Umstände angepasst sind, richten sich stärker an Zusammenarbeit, Unterstützung und Gegenseitigkeit aus, ... ungleichere Gesellschaften lassen eine stärkere Verbreitung von Ängsten erwarten, ... mehr Störungen im Zusammenhang mit Alkoholkonsum, Drogen und übermäßiges Einkaufsverhalten».

Michael Hartmann: Soziale Ungleichheit in Deutschland. Der renommierte Elitenforscher (leider im Autorenverzeichnis vergessen!) «gibt einen Gesamtüberblick über die Ungleichheitsentwicklung in Deutschland und zieht dabei auch die vergleichsweise hohe Dichte an Milliardären ... als Indikator heran». «Deutschland belegt international einen Spitzenplatz. 2015 stammten von den 1000 reichsten Menschen der Welt 67

aus Deutschland. Damit rangiert Deutschland hinter den USA (353 Personen) und China (76) auf Platz 3 ... 2016 kam die BRD auf 154 Milliardäre ... nimmt man alle aufgezählten 500 Reichen zusammen, so verfügen sie über ein Gesamtvermögen von 700 Milliarden Euro. Das ist mehr als das Doppelte des Bundeshaushalts für 2017» (S. 112 f.). Danach erklärt Hartmann (S. 114 f.) die «forcierende» Steuerpolitik der Bundesrepublik auch ihres damaligen Bundeskanzlers Schröder: «Die zwischen 2000 und 2008 vorangetriebene Deregulierung der Finanzmärkte begünstigte die großen Kapitalvermögen. Die Gewinne aus Dividenden und sonstigen Geldanlagen sind trotz Finanzkrise massiv gestiegen ... Zweitens hat die Agenda 2010 zeitgleich ... durch Hartz IV nicht nur den sozialen Abstieg gravierend beschleunigt, sie hat durch die Deregulierung des Arbeitsmarkts (Förderung von Leiharbeit und Scheinselbstständigkeit) auch die Entstehung eines Niedriglohsektors vorangetrieben, in dem heute fast ein Viertel der Beschäftigten tätig ist. Allein jeder fünfte Beschäftigte verdient maximal 10.- € pro Stunde. Das ist ein entscheidender Grund für die Zunahme der Armut ... Sorgen die verschiedenen Steuersenkungsbeschlüsse bei den direkten Steuern (vor allem beim Spitzensteuersatz und der Körperschaftssteuer) bis 2005 vor allem für eine gute Entlastung der hohen Einkommen, kam es danach in erster Linie durch Anhebung der indirekten Steuern (vor allem durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer) zu einer Belastung der niedrigen und mittleren Einkommen. Zwischen 1998 und 2005 sank die gesamte Steuerlast des oberen Zehntels um 2,2%, während das untere Zehntel um denselben Prozentsatz stärker zur Kasse gebeten wurde».

Till van Treek: Ökonomische Instabilität durch Ungleichheit vertritt in der zunehmenden internationalen Debatte die Position (S. 118 ff.), «dass eine steigende Einkommensungleichheit eine zentrale Ursache für geringes Produktivitätswachstum bzw. gesamtwirtschaftliche Instabilität sein kann. Diese beiden Effekte können weiter verstärkt werden durch die «Zunahme politischer Korruption: Hohe Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen kann dazu führen, dass finanzstarke Interessengruppen den politischen Prozess dominieren und z.B. eine übermäßige Deregulierung der Finanzmärkte erwirken.» (In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass in der Regierung Schröder Anwälte von Banken und anderen Finanzinstituten freien Zugang zu den Ministerien erhielten, um dort den Referenten Gesetzentwürfe vorschreiben zu dürfen).

Ulrich Schneider: Der Kampf gegen die Armut ist ein Kampf um die Verteilung. Ein Plädoyer gegen Sonntagsreden und für eine stärkere Besteuerung großer Erbschaften und Vermögen. Zuerst weist der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (S. 281) auf die «quasiamtliche Armutsquote des Statistischen Bundesamtes hin, (die) trotz fester wirtschaftlicher Rahmenbedingungen eine steigende Tendenz zeigt und aktuell mit 15,7% einen neuerlichen Höchststand seit der Vereinigung erklommen hat. Das entspricht etwa 12,9 Millionen Einwohnern.» Im Einzelnen sprechen Schneiders Zahlen (S. 282 f.) für sich selbst: «300.000 wohnungslose Menschen ... eine Million Langzeitarbeitslose ... sechs Millionen in Hartz IV, darunter zwei Millionen Kinder und Jugendliche ... insgesamt lebt fast jeder Zehnte von Sozial-

leistungen ... oder Altersgrundsicherung, die in ihrer Höhe Armut nicht bekämpfen, sondern festschreiben». Diesen «privaten» Armuts-Zahlen entsprechen die öffentlichen Schulden: Bund, Länder und Gemeinden haben von ihren Gesamtschulden (zwei Billionen Euro) bisher nichts zurückgezahlt. Allein (so Scheider, S. 283) «bei den Kommunen liegt der Investitionsstau bei über 130 Milliarden Euro. Hinter den ausstehenden Straßen- und Verkehrsinvestitionen bildet der Bereich Bildung – vom Kindergarten bis zur Volkshochschule – mit 34 Millionen Euro gleich den zweitgrößten Block».

Ralf Stegner: Gleichheit – programmatische Perspektive der Sozialen Demokratie (S. 32 – 39). Auf der einen Seite beeindruckt Stegners «Fakten: ... In Deutschland gibt es die größte Vermögensungleichheit in der Eurozone. Zehn Prozent der Bevölkerung halten 60% des Gesamtvermögens. Kleine und mittlere Einkommen stagnieren... sieben Millionen Arbeitnehmer, also etwa 20% aller Beschäftigten, sind in prekären Beschäftigungsverhältnissen». Dagegen «erinnert» Stegner «gern an die klugen Worte aus dem SPD-Grundsatzprogramm (Hamburg 2007, S. 15): «Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde jedes Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Also meint Gerechtigkeit gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern. Wo die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen die Gesellschaft teilt in solche, die über andere verfügen, und solche, über die verfügt wird, verstößt sie die gleiche Freiheit und ist darum ungerecht. Daher erfordert Gerechtigkeit mehr Gleich-

heit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht. Denn große Ungleichheiten in der Verteilung gefährden die Gleichheit der Lebenschancen. Und deswegen ist die soziale Demokratie notwendig» (Hervorhebungen nicht im Original).

Warum übergeht (?) selbst Stegner den (hervorgehobenen) Selbstwiderspruch: Entweder Gerechtigkeit als gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, gleiche Teilhabe, gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern – oder Ungleichheiten? Liegt hier der programmatische Hintergrund für die konzeptionelle Praxis der SPD in der Regierung, wenn Stegner (S. 33) meint: «Viele Menschen glauben uns jedoch nicht mehr, dass wir das ernst meinen mit der Gerechtigkeit». Welcher Praxis, welcher Theorie sollten (benachteiligte) Wähler vertrauen, wenn auch für Stegner (als demokratischen Sozialisten?) (S. 33 f.) die «Verteilung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Grundgüter von Freiheiten, Rechten und Pflichten, Chancen, Einkommen und Vermögen ... nach dem Grundsatz erfolgen sollte: So gleich wie möglich, so ungleich wie nötig ... Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten können gegebenenfalls im Interesse aller sein, wenn sie ein Mehr an Freiheit begründen; sie sind aber nur dann berechtigt, wenn sie allen, auch den am wenigsten Begünstigten, mehr Vorteile bringen als strikte Gleichheit und zumindest Chancengleichheit gewährleistet wird».

Wo bleibt Stegners kritische Analyse der traditionell herrschenden Legende von Rawls, Walzer, Dworkin und Sen (vgl. Meyer S. 25), nach der es nötig erscheinen soll, dass der Reichtum nicht nur den Reichen nützt, sondern auch den Armen, dass «Gleichheit nicht Gleichmacherei» werden darf (Stegner S. 37)? Für welche Grup-

pen soll «Ungleichheit» nötig bleiben? Wie können den «am wenigsten Begünstigten Ungleichheiten mehr Vorteile bringen als strikte Gleichheit»? Würden allgemeine, gleiche staats- und wirtschafts-bürgerliche Rechte und Pflichten für alle lern- und arbeitsfähigen Menschen nicht gleiche materielle und ideelle Interessen am egalitär geteilten, gemeinsamen Wohl versprechen? Sollte danach ein «Demokratischer Sozialismus» nicht «wirtschaftlich richtig, politisch notwendig und sozial gerecht» werden?

Klaus-Jürgen Scherer Vom Schreibtisch geräumt. . .

Rezensionen zu:

Thilo Scholle: *Paul Levi. Linkssozialist – Rechtsanwalt – Reichstagsmitglied*, Berlin (Hentrich&Hentrich Verlag) 2017, Reihe Jüdische Miniaturen Band 206, 82 S., 8,90 Euro.

Nikolas Dörr: *Die rote Gefahr. Der italienische Eurokommunismus als sicherheitspolitische Herausforderung für die USA und Westdeutschland 1969–1979*. Köln, Weimar, Wien (Böhlau Verlag) 2017, 566 S., 65,- Euro.

Heidemarie Wiczorek-Zeul: *Gerechtigkeit und Frieden sind Geschwister. Politisches Engagement in Zeiten der Globalisierung*. Marburg (Schüren Verlag) 2018, 185 S, 19,90 Euro.

In der Reihe biografischer Essays, die unter dem Titel «Jüdische Miniaturen» erscheint, in der bereits beispielsweise Luise Kautsky, Hugo Sinzheimer oder Kurt Löwenstein portraitiert wurden, hat jüngst Thilo Scholle einen einfühlsamen einführenden Band Paul Levi gewidmet. Levi (1883–1930), den der französische Historiker Charles Bloch «ein Symbol der Tragödie des Linkssozialis-

mus in der Weimarer Republik» nannte, war wahrlich ein Grenzgänger zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie. Ihm ging es, hierin Fritz Sternberg sehr ähnlich, um die Einheit der Arbeiterparteien, um die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterbewegung, um die Perspektive einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, die weiter ging als die Verteidigung der formalen Strukturen des republikanischen Staates.

Bis in die erste Liga der 49 «Vordenkerinnen und Vordenker der Sozialen Demokratie» (herausgegeben von Christian Krell, Bonn 2015) schaffte er es nicht, wohl aber selbstverständlich «seine» Rosa Luxemburg. «Paul Levis Schaffenszeit umfasst nur gut zwei Jahrzehnte, vom Beginn seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt in Frankfurt a.M. im Jahr 1909 bis zu seinem Tod in Berlin im Jahr 1930. Dazwischen war er u.a. Verteidiger und enger Freund Rosa Luxemburgs, Mitbegründer der KPD, politischer Rechtsanwalt in der Weimarer Republik, Reichstagsabgeordneter erst für die KPD, dann für die SPD, intellektueller Leitstern des linken Flügels der SPD, viel gelesener politischer Publizist mit eigener Zeitschrift und bedeutender Stimme gegen die reaktionäre Justiz». (S. 9f.)

Gerade, wo sich die Entstehung der Weimarer Republik zum 100. Mal jährt, könnte der kleine Band von Scholle als Anregung wirken, den Texten und Reden von Levi mehr Beachtung zu schenken. Reformistische Praxis zu unterstützen ohne eine (wie auch immer geartete) revolutionäre Langfristperspektive aufzugeben, die demokratische Staatsform zu verteidigen, und dennoch den sozialen Gehalt nicht für sekundär zu halten – geht das? Es mündete bei Levi in die kritische Frage zum Ergebnis von 1918/19: «Wurde das Soziale geopfert, um

das Demokratische zu retten?» – Vielleicht ein willkommener Anlass, wieder einmal über konsequente soziale Demokratie, die wohl auch kapitalistische Machteliten entmachten muss und dennoch nicht revolutionären Transformationsillusionen nachhängen sollte, nachzudenken.

Immerhin war Levi jemand, der den (sicher persönlich schwierigeren) Weg von der KPD zurück zur SPD ging, und nicht den umgekehrten, wie etwa Clara Zetkin, für die die Sowjetunion in den zwanziger Jahren zur zweiten Heimat wurde. Die Erinnerung an Rosa Luxemburg ließ ihn bis zum frühen Tod ein Leben lang nicht los. Er meinte, Rosa gehöre weder den Kommunisten (auch nicht der Linkspartei! d.A.) noch der Sozialdemokratie. Denn «Sozialismus war für sie: geistig frei sein und niemandes Knecht» (S. 63), so Levi. Wer mag schon einem solch wunderbaren Sozialismusbegriff widersprechen...

*

Den Blick darauf, was sich zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus tat, wirft auch Nikolas Dörr, allerdings in einem ganz anderen Kontext. Es geht um Italien, das sich derzeit wieder einmal als Sorgenkind der EU bemerkbar macht, von einer schier unberührbaren Politikerkaste (vgl. Sergio Rizzo / Gian Antonio Stelle: *La Casta*, Milano 2007), über lähmende Bürokratie und Korruption, auch als ob man mit unmäßiger Staatsverschuldung Finanzmärkte bekämpfen könne, bis zur aktuellen Regierungsbildung der nationalistisch-rassistischen Rechten und der Antiestablishment- bzw. Antipolitik des Movimento 5 Stelle.

Doch Italien war auch immer, spätestens seit Goethes italienischer Reise, kultureller

Sehnsuchtsort, mit einzigartiger Kunstgeschichte, überwältigenden Landschaften und mediterraner Lebensweise. Nach «68» übertrug sich mancher Mythos auf die politische Kultur, Pier Paolo Pasolini und Antonio Gramsci wurden übersetzt, literarisch gab es den *Lenz* von Peter Schneider und *Rom, Blicke* von Rolf Dieter Brinkmann. Die italienische Linke mit ihrer antifaschistischen Vergangenheit, mit der Radikalität ihrer Klassenkämpfe und Streikbewegungen übte Faszination aus – wer kannte nicht das Lied «avanti populo – bandiera rossa», die Gruppe «Lotta Continua», die Zeitung «Il Manifesto»?

Schließlich weckten in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre die italienischen «Eurokommunisten» die Phantasie vieler, die einen Dritten Weg suchten, der sich vom sowjetisch dominierten Weltkommunismus verabschiedete, allerdings am Gedanken der sozialistischen Transformation festhalten sollte.

Schon damals lieferten, leider schon vor Jahren verstorbene, HDS-Mitglieder wegweisende Analysen: Heinz Timmermann war Herausgeber eines weit verbreiteten Fischer-Taschenbuches *Eurokommunismus. Fakten – Analysen – Interviews* (Frankfurt a. M. 1978). Michael Strübel veröffentlichte seine Heidelberger Dissertation unter dem Titel *Neue Wege der italienischen Kommunisten. Zur Außen- und Sicherheitspolitik der KPI (1973–1981)* in der Nomos-Verlagsgesellschaft (Baden-Baden 1982). Jetzt hat Nikolas Dörr mit der Buchfassung seiner an der Potsdamer Philosophischen Fakultät entstandenen Dissertation nachgelegt.

Längst ist der Sowjetkommunismus implodiert, der Streit der Ideologien zwischen marxistisch-leninistischem Staatssozialismus und westlich-demokratischer Sozial-

staats-Sozialdemokratie ist Geschichte, die USA wollen nicht mehr Schutzmacht des freien Europa sein. Es sind versunkene Zeiten, die von Dörr umfassend, wissenschaftlich akribisch und anschaulich, nachgezeichnet werden. Im sozialdemokratischen Jahrzehnt der 1970er-Jahre waren Sozialdemokraten fast überall in Europa stärkste Partei der Linken, nur eben in Italien nahm der PCI diese Stellung als führende linksreformerische Volkspartei ein. Noch herrschte klare Blockkonfrontation, mit dem transatlantischen Bündnispartner USA, für den die Eindämmung des sowjetischen Expansionsstrebens oberste Priorität hatte.

Unter diesen Rahmenbedingungen war der Eurokommunismus eine Aufweichung dieser klaren Verhältnisse des Kalten Krieges, so sahen beide Militärbündnisse in ihm eine Gefahr für Sicherheit und Zusammenhalt des eigenen Lagers, wiewohl der Eurokommunismus mehr mediale und politische Zuschreibung, als bewusste politische Strategie war. An ihm schieden sich, wie Dörr systematisch herausarbeitet, die Geister:

Den einen, den Amerikanern und Konservativen in Europa, erschienen die eurokommunistischen Reformbemühungen als besonders raffinierte Taktik zur Eroberung der Macht durch im Grunde weiterhin sowjettreue Parteien, häufig wurde das Bild vom Trojanischen Pferd bemüht. Dieser Containment-Politik der USA stand der sozialdemokratische «Wandel durch Annäherung» entgegen, der dazu beitrug, dass es mittels intensiver Kontakte zu einem Transfer von sozialdemokratischen Politikvorstellungen und der zunehmenden Orientierung des PCI am westlich-demokratischen Parteienmodell kommen konnte. Seit 1967 hatte die SPD einen geheimen Gesprächsfaden geknüpft, Willy Brandt, sein Berater Leo

Bauer, auch Horst Ehmke waren entscheidende Akteure.

Dörr zeichnet gerade die Schlüsseljahre 1975–79 detailliert nach: mit einer 34%-PCI auf gleicher Augenhöhe mit der DC, mit der Annäherung von Enrico Berlinguer und Aldo Moro in Richtung «historischem Kompromiss», mit dem Veto der US-Amerikaner gegen eine kommunistische Regierungsbeteiligung, mit der mysteriösen Entführung und Ermordung von Moro (seine Leiche wurde in Rom in der Mitte zwischen kommunistischer und christdemokratischer Parteizentrale gefunden), mit der Streichung des Marxismus-Leninismus aus dem PCI-Parteistatut, aber auch mit dem sich aufs Neue Einrichten als Oppositionspartei, erst recht als Enrico Berlinguer 1984 viel zu früh starb.

Hierbei waren zwei Besonderheiten historisch besonders spannend:

Erstens brauchte die SPD den PCI als kommunikative Brücke, wo es nicht immer direkt ging mit Ostberlin oder Moskau zu verhandeln. Vielleicht trug diese Vermittlerrolle dazu bei, selbstverständlich neben der eigenen Parteigeschichte von Antonio Gramsci bis Palmiro Togliatti, dass eurokommunistische Selbstständigkeit beim PCI weiter ging, als die doch letztlich primär taktischen Überlegungen der französischen oder spanischen Kommunisten.

Zweitens suchten SPD-Linke, die sich mit dem bloßen Krisenmanagement Helmut Schmidts nicht abfinden wollten, nach dem Ende des «Willy wählen»-Reformaufbruches neue Orientierung. Da war alles, was sich zwischen SPD und Kommunisten fand, ob Austromarxismus oder Eurokommunismus, besonders interessant, nicht von ungefähr forschte z. B. der damalige Theoretiker der Stamokap-Jusos Detlev Albers über Otto

Bauer und schrieb über *Demokratie und Sozialismus in Italien* ein erfolgreiches Buch (Frankfurt a. M., New York 1978).

Im Berliner Tagesspiegel war jüngst in einer Rezension des Dörr-Buches von einer «real existierenden Geisterstunde» (6. 2. 2018, S. 21) zu lesen. Doch der Band erinnert eher daran, dass die Geschichte sich damals durchaus in die «richtige» Richtung bewegte. Sozialdemokraten und sich demokratisierende Kommunisten begannen vorsichtig Verständnis füreinander zu entwickeln. Gewissermaßen deutete sich im Eurokommunismus bereits Gorbatschow (1985–91 Generalsekretär der KPdSU) an. Selbst in der DDR gab es mit «Die Alternative» von Rudolf Bahro (1977) ein starkes Vorzeichen hin zur Aufweichung der herrschenden Ideologie, was schließlich 1987 im gemeinsamen Streitkulturpapier von SPD und SED mündete.

Heute hingegen wissen wir, die Hoffnung auf das Ende der Geschichte – von Diktatur, Ausgrenzung, kapitalistischer Entgrenzung, Nationalismus, Krieg, atomarer Bedrohung usw. – hat getrogen. Durch den Sieg der osteuropäischen Bürgerbewegungen oder (je nach Sichtweise) der Implosion des Sowjetkommunismus brach nicht ein neues Zeitalter der Vernunft und Lösung der immer drängenderen Menschheitsprobleme an. Unübersichtlichkeit, Verunsicherung, Fundamentalismen, nationale Egoismen und Zukunftsängste dominieren, die kulturelle Liberalisierung nach «68» soll zurückgedreht werden. Zu den Zeiten, die in Dörrs Buch lebendig werden, prägte noch ein klarer Gegensatz von rechts und links die politische Kultur, heute ist alles, nicht zuletzt durch die digitalen Medien, unberechenbarer geworden. Gerade hat auch Italien eine Zeitenwende erlebt, hin zu «Italiener

zuerst», zu Fremdenfeindlichkeit, zu Euro- und Europakritik, zur Steuersenkung, zum einfachen Weltbild «Volk gegen Elite», ja zu Elementen des Faschistoiden.

*

Auch Heidemarie Wieczorek-Zeul schreibt in ihrer politischen Autobiografie, die sie sich zum 75. Geburtstag selbst geschenkt hat, «eine Beteiligung der KPI an der Regierung, für die es an der Wahlurne entsprechende Mehrheiten gegeben hätte, hätte ein demokratisches Beispiel kommunistischer Politik geschaffen, die Entschiedenheit des Systemgegensatzes gemildert und außerdem dem politischen System Italiens wahrscheinlich eine Reihe späterer Fehlentwicklungen erspart» (S. 29).

HWZ schildert mit klaren Worten ihren lebenslangen Kampf für eine gerechte Weltordnung, um der Gewalt den Boden zu entziehen, viele ihrer politischen Ämter und Begegnungen sowie manche Erinnerungen werden lebendig. Von der reformsozialistischen Juso-Vorsitzenden (und übrigens von Beginn an HDS-Mitglied) über die Europaabgeordnete der ersten Stunde, über die internationale Zusammenarbeit mit Willy Brandt, über ihr frauenpolitisches Engagement, über die misslungene Direktwahl-Kandidatur zum Parteivorsitz, bis hin zur erfolgreichen Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 1998 bis 2009, gilt ihr Lebensmotto bis zu zahlreichen aktuellen Initiativen und Gremien ungebrochen: «das Engagement hört niemals auf».

Die «rote Heidi» gehört noch zu denjenigen PolitikerInnen, die unbedingt glaubwürdig sind, denen man ihren wertorientierten Willen zur Veränderung immer abnimmt.

Die sich nicht damit abfinden, «dass Millionen von Menschen keine faire Chance auf ein Leben in Würde haben. Entweder, weil einfachste Grundbedürfnisse wie Nahrung, sauberes Wasser, Gesundheitsvorsorge, Bildung oder Freiheit nicht gegeben sind, oder weil bewaffnete Konflikte in ihrer Region ein lebenswertes Leben unmöglich machen. Oft genug trifft beides zu. Was wir für alle Menschen auf dieser Welt brauchen, sind Gerechtigkeit und Frieden» (S. 108).

Nicht nur Fragen der Entschuldung der ärmsten Länder der Welt, Deutschlands Zustimmung zum Maastricht Vertrag, die Reduzierung europäischer Rüstungsexporte, die Millenniums-Entwicklungsziele, die Entwicklungspolitik als Friedenspolitik des 21. Jahrhunderts, oder auch das Bekenntnis Deutschlands zum Völkermord an den Hereros in Namibia kann sie wesentlich als eigene Erfolge verbuchen.

Gegen das «Festungsdenken», einen Begriff von Philipp Blom aufnehmend, müsse die Entscheidungsgewalt über globale Entwicklungen zurückgewonnen werden, weshalb auch die Stärkung der Europäischen Union so wichtig sei, «denn sie kann zum Fels in der Brandung werden, wenn sie endlich ihrer ökonomischen und politischen Engführung entzogen wird» (S. 172). Daran hört sie nicht auf zu arbeiten: «Ohne Kooperation unterschiedlichster Akteure auf staatlicher und nicht-staatlicher Ebene, ohne Lösungsansätze sowohl auf sozialer als auch auf wirtschaftlicher und auch auf ökologischer Ebene miteinander zu verzahnen, können die Auswirkungen globaler Kapitalströme, Auswirkungen des Klimawandels oder auch Auswirkungen ungleichzeitiger sozialer und wirtschaftlicher Modernisierungsprozesse in der Welt nicht eingeeht werden» (S. 112).

Wie ein roter Faden zieht sich durch ihren Band die Alternative zum gegenwärtigen Rechtspopulismus, wo das Abgrenzende, das Fremdenfeindliche, das Nationalistische, dieses simple «Volk gegen Elite» so tut, als stünde nur dies dem Marktradikalismus und der neoliberalen Entgrenzung entgegen. Nein, «denn angesichts der Globalisierung des Kapitalismus müssen wir Regeln und Institutionen fördern, die helfen, den Kapitalismus zu «bändigen», wie das der Sozialstaat im Rahmen des Nationalstaates leisten sollte.» (S. 175).

Mit solchen Sätzen von Kooperation und Good Governance auf europäischer und globaler Ebene ist der Band wahrlich mehr als ein Blick zurück. Sondern ein hoch aktuel-

les Gegenprogramm gegen die «Fehlentwicklungen» des Rückzugs, der geschlossenen Grenzen, des eigenen Vorteils, des Handelskriegs, der Ausgrenzung, der Vorurteile, des Anti-Kosmopolitismus. HWZ hat viel bewirkt, doch die Gefahren sind zurückgekehrt: «die Bewunderung für autoritäre Herrschaft, von der Ausgrenzung der «Nichtweißen», von rassistischen Vorurteilen, von einer Verrohung des Verhaltens, aber auch der Sprache. Es ist gegen die Aufklärung gerichtet und nahe an faschistischen Denkweisen» (S. 172). Wünschen wir uns für die jüngere Generation ebenso klare Orientierungen wie bei HWZ, dass nicht auch noch in Mitte-links die nationalistische Regression Einzug hält.

AUTORINNEN UND AUTOREN

Hermann Adam (*1948), Prof. Dr., lehrt Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u.a. Bausteine der Wirtschaft, 16. Aufl., Wiesbaden 2015; Steuerpolitik in 60 Minuten, Wiesbaden 2013; Bausteine der Politik, Wiesbaden 2007.

Armin Alizadeh (*1994) studiert Wirtschaftsinformatik, Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft an der TU Darmstadt. Er ist Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen und vertritt diese im SPD-Parteivorstand.

Dorian Baganz (*1993) studiert Politikwissenschaft in Berlin und Oslo. Für die Wochenzeitung der Freitag ist er als freier Autor tätig. Hat sich publizistisch in Texten wie «Gebot der Stunde», «Erlaubt ist, was misslingt?» oder «Überall Seeheimer!» gegen eine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung und für einen Kurswechsel der SPD ausgesprochen.

Jacqueline Dejosez (*1993), studiert an der Universität Rostock Germanistik und Geschichte für das Lehramt an Gymnasien und ist bei den Jusos und in der SPD aktiv. Sie war Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen (2015–2016) und kandidierte 2017 auf der Landesliste der SPD Mecklenburg-Vorpommern für den Bundestag. Außerdem ist sie Präsidentin des Studierendenrats der Universität

Rostock und beschäftigt sich so seit einigen Jahren mit der Lage der Studierenden.

Edgar Einemann, Dr. rer. pol., Dipl.-Soz., seit 1989 Professor im Studiengang Informatik der Hochschule Bremerhaven (Schwerpunkt: Informatik und Gesellschaft). 1968–2013 SPD-Mitglied, viele Funktionen bei den Jusos und in der Partei, u.a. 1992/93 Abteilungsleiter Organisation in der Bonner SPD-Parteizentrale. URL: www.einemann.de.

Wiebke Esdar (*1984), MdB, seit 2017 direkt gewählte Abgeordnete im Bundestagswahlkreis Bielefeld-Gütersloh II. Zu ihren politischen Schwerpunktthemen gehören u.a. Kinder- und Jugendpolitik, Wissenschaftspolitik sowie Europapolitik. Zuvor war sie u.a. als ausgebildete Diplom-Psychologin am Lehrstuhl für pädagogische Psychologie der Universität Bielefeld tätig.

Klaus Faber (*1940), Staatssekretär a. D., Rechtsanwalt und Publizist in Potsdam; Vors. des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern; Vors. des Koordinierungsrats deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus; Kuratoriumsmitglied des Moses-Mendelssohn-Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam und des Zentrums für jüdische Studien Berlin-Brandenburg; Publikationen zu juristischen Themen, zur Föderalismus-, EU- und Bildungspolitik, zu Nahost-, Islam- und Antisemitismusfragen.

Mark Fischer (*1987), Doktorand an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Philosophisches Seminar, Dissertationsvorhaben im Bereich Wissenschaftstheorie, Promotionsstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, ehemals stellv. Juso-Landesvorsitzender Baden-Württemberg.

Stefan Grönebaum (*1962), Historiker, war Chefredakteur der *DEMO*-Monatszeitschrift für Kommunalpolitik, ist Referatsleiter im Wirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen.

Horst Heimann (*1933), Dr., Politikwissenschaftler, zahlreiche Veröffentlichungen zum Reformismus, zu Eduard Bernstein und zur Begründung des «Demokratischen Sozialismus».

Johannes Heinen (*1992), gelernter Bankkaufmann, studiert zur Zeit Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaften an der Universität Hamburg. Er ist vor 10 Jahren der SPD beigetreten, Mitbegründer von «WI(E)SO-Wie sozial kann Wirtschaft sein?» (www.wiesozial.de, [fb.com/wiesozial](https://www.facebook.com/wiesozial)) sowie der Progressiven Sozialen Plattform (www.plattform.pro).

Ulrich Heyder (*1942), Prof. Dr., bis 2007 apl. Prof. für Soziologie an der TU Braunschweig, anschl. Herderdozent an der TU Sophia (Bulgarien) und an der Polytechnica Bukarest (Rumänien). Zahlreiche Veröffentlichungen zu reformpolitischen Themen.

Jöran Klatt (*1986), hat Geschichte und Germanistik in Göttingen studiert und promoviert in den Sprach- und Kommunikationswissenschaften. Er arbeitet am Göttinger Institut für Demokratieforschung in der

Redaktion von INDES – Zeitschrift für Politik und Gesellschaft.

Stephan Klecha (*1978), Dr. phil., studierte Sozialwissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen, war wissenschaftlicher Mitarbeiter am dortigen Institut für Regionalforschung und promovierte 2009 mit der Dissertation *Die IG Metall und ihre Jugendarbeit. Zur Rolle gewerkschaftlicher Jugendarbeit bei Generationseinheiten*. 2012 bis 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung, arbeitet heute bei der Region Hannover als Dezernent im Team Statistik.

Hendrik Küpper (*1997), studiert seit 2015 Politikwissenschaft und Philosophie mit Lehramtsoption an der Freien Universität Berlin und ist u.a. Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen Berlin, kooperiertes Mitglied im Landesvorstand der SPD Berlin und Vorstandsmitglied der HDS e.V.. Zudem ist er Mitglied der GEW und Stipendiat der FES. Seine wissenschaftlichen Interessen gelten besonders der Politischen Theorie und Philosophie, der Anthropologie, bildungspolitischen Themen sowie der Gesellschafts- und Kapitalismuskritik.

Robert Liniek (*1985), Historiker, studierte an der Universität Rostock Geschichte und promoviert derzeit über Peter Glotz; ist seit Februar 2016 Dozent für deutsche Sprache und Kultur sowie interkulturelle Studien an der Ocean University of China in Qingdao, Volksrepublik China.

Albrecht von Lucke (*1967) ist Publizist, Jurist und Politologe. Nach dem Studium (in Würzburg und an der FU Berlin) arbeitete er zunächst als politischer Publizist und

Berliner Korrespondent der «Blätter», seit deren Umzug nach Berlin als «Blätter»-Redakteur. Daneben regelmäßige Kommentare und Teilnahme an Debatten in Hörfunk und Fernsehen (u. a. ARD-Presseclub, Phönix-Runde, Maischberger und Maybrit Illner). Zuletzt erschienen: «Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken», München (2015).

Kira Ludwig (*1965), Historikerin, Industriekauffrau, Projektmitarbeiterin am Historischen Institut der Universität Rostock.

Ralf Ludwig (*1961), Prof. Dr. rer. nat., Professor für allgemeine physikalische und theoretische Chemie an der Universität Rostock. Von 1991 bis 1993 war er Juso-Bundesvorsitzender.

Andrea Nahles (*1970), seit April 2018 SPD-Parteivorsitzende und seit September 2017 Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Studierte Germanistik und Politikwissenschaften in Bonn, 1995–99 Juso-Bundesvorsitzende, 2009–13 SPD-Generalsekretärin, 2013–17 Bundesministerin für Arbeit und Soziales im Kabinett Merkel III.

Aleksandra Petković (*1996), studiert Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Sie ist Sprecherin der Juso-Hochschulgruppe an der Freien Universität Berlin und in der SPD aktiv. Sie ist als Stipendiatin in der Grundförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Martin Redlich (*1989), Politikwissenschaftler (M.A.), promoviert an der Uni Rostock zum Thema *Die politische und wirtschaftliche Transformation der Ukraine 1990–2013*, leitet das Wahlkreisbüro des

Landtagsabgeordneten Mathias Brodkorb, seit 2008 Mitglied der SPD.

Max Reinhardt (*1975), Dr., studierte Politikwissenschaft, Geschichte, Soziologie in Marburg und Hannover. Wurde mit seiner Arbeit *Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei* (Nomos Verlag Baden-Baden 2011) an der Universität Hannover promoviert. Arbeitet interdisziplinär und ist Experte für Parteienforschung, Sozialgeschichte, Habitus-/Milieu und Feldforschung sowie für Bildungs- und Hochschulforschung.

Moritz Rudolph (*1989) promoviert in politischer Ideengeschichte an der Universität Leipzig. Zuvor hat er Politikwissenschaft, Geschichte, politische Ökonomie und Philosophie in Leipzig, Berlin, Lyon, Paris, Brügge und Tübingen studiert.

Richard Saage (*1941), Prof. Dr., (em.) Politikwissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Schwerpunkte: Politische Theorie, Geschichte der politischen Ideen, Sozialutopien, Demokratietheorien, Theorien über den Faschismus, Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit in Deutschland und Österreich sowie Deutscher Konservatismus.

Hans-Joachim Schabedoth (*1952), Dr., Politikwissenschaftler, 2013–17 SPD-Bundestagsabgeordneter, davor Arbeit in der Abt. Grundsatzfragen beim IG-Metall-Vorstand in Frankfurt a.M., sowie Leiter der Abt. Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand in Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Gewerkschaftspolitik und Regierungsarbeit seit der Kohl-Ära. Ver-

öffentlichung u. a. *SPD und Merkel – Verunfttehe vor der Scheidung*, Marburg 2017.

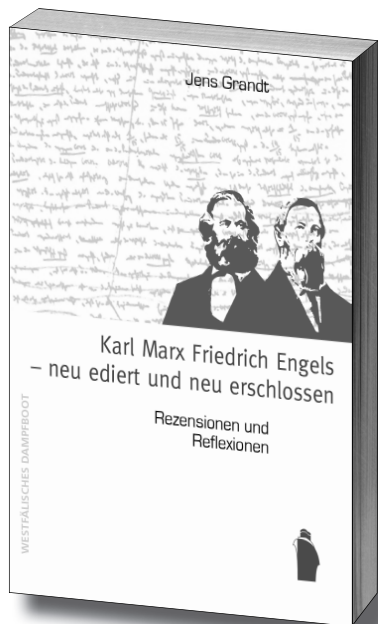
Klaus-Jürgen Scherer (*1956), Dr. phil., Diplompolitologe FU Berlin, war u. a. Geschäftsführer des Wissenschafts- und Kulturforums der Sozialdemokratie beim SPD-Parteivorstand. Redakteur *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* und gf. Vorstand der HDS e.V. Veröffentlichung u. a. (gemeinsam mit Helga Grebing): *Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus. Fritz Sternberg – Wissenschaftler, Vordenker, Sozialist*, Paderborn 2017.

Carsten Schwäbe (*1988) studierte Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Münster, Aix-en-Provence und Berlin. Arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Lehre und Forschung zu Themen der Innovationsökonomie und -politik an der Freien Universität Berlin, ist derzeit in der Graduiertenförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung und leitet Seminare zu den Themen Wirtschaft, Globalisierung und Sozialstaat im In- und Ausland für die Akademie für Soziale Demokratie.

Dietmar Süß (*1973), Prof. Dr., Lehrstuhlinhaber für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Augsburg. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Gewalt, Geschichte der Arbeit und der sozialen Bewegungen, Zeitgeschichte der Religion.

Thomas Weber, Dr., klassischer Philologe, arbeitet seit über 25 Jahren in der Landes- und Bundesverwaltung, war Mitarbeiter von Harald B. Schäfer im Umweltministerium in Baden-Württemberg und von Herta Däubler-Gmelin im Bundesministerium der Justiz in Bonn und Berlin, ist heute Leiter des Referates Nachhaltigkeit im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.

Hagen Weiler (*1939), Dr. Jur. Dr. rer. Pol. Dipl.-Pol., Pädagogisches Seminar der Universität Göttingen. Publikationen u. a. *Erziehung ohne Indoktrination? Grundrechte wissenschaftlicher Bildung im Unterricht öffentlicher Schulen*, Göttingen 2007, *Die Gerechtigkeit gleicher Rechte und Pflichten*, Berlin 2008.

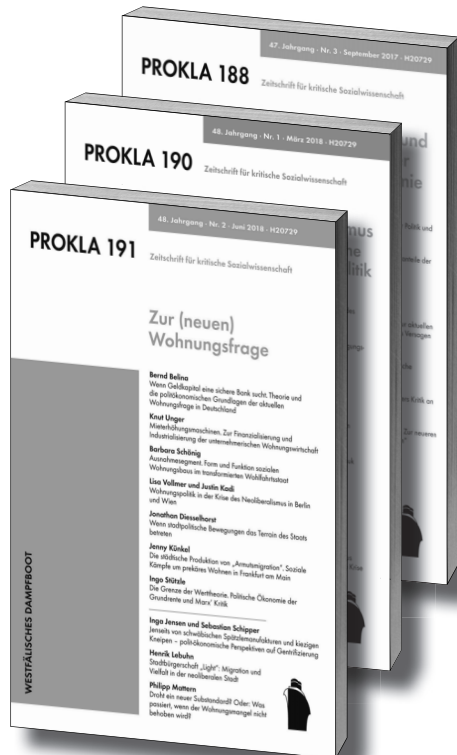


Jens Grandt
**Karl Marx, Friedrich Engels –
 neu ediert und
 neu erschlossen**

Rezensionen und Reflexionen

2018 – 244 Seiten – 25,00 €
 ISBN 978-3-89691-287-9

Jens Grandt hat die Neuedition der Werke von Marx und Engels in der MEGA begleitet, stellt mit verbindenden Texten die Bände und Artikel in den Zeithorizont ihres Entstehens und eröffnet mit kleinen Essays neue Einblicke.



PROKLA 191
Zur (neuen) Wohnungsfrage

2018 – 176 Seiten – 15,00 €
 ISBN 978-3-89691-391-3

PROKLA 190
Autoritärer Populismus
Strategie und politische Ökonomie
rechter Politik

2018 – 172 Seiten – 15,00 €
 ISBN 978-3-89691-390-6

PROKLA 188
Gesellschaftskritik und 150
Jahre Kritik der politischen
Ökonomie

2017 – 168 Seiten – 15,00 €
 ISBN 978-3-89691-388-3



Philipp Breder, Marieke Reiffs,
Kerstin Rothe und Mareike Strauß (Hg.)

Studium, StuPa, Streik!



Die Juso-Hochschulgruppen
und ihre Geschichte

SCHÜREN

Breder/ Reiffs/Rothe/Strauß (Hg.)
Studium, StuPa, Streik!
**Die Juso-Hochschulgruppen
und ihre Geschichte**
144 S. | Pb. | € 14,90
ISBN 978-3-7410-0261-8

Vor 45 Jahren gründeten sich die Juso-Hochschulgruppen. Sie kämpfen für eine progressive und emanzipatorische Bildungs- und Gesellschaftspolitik und verstehen sich als feministischer, sozialistischer, internationalistischer und antifaschistischer Richtungsverband. Wie wurde der Verband, was er heute ist? Einige Aktive erinnern sich: Leidenschaftliche Diskussionen, prägende Ereignisse, richtungsweisende Beschlüsse; aber auch Anekdoten und persönliche Erinnerungen finden hier Platz.



Heidemarie Wieczorek-Zeul

Gerechtigkeit und Frieden sind Geschwister

Heidemarie Wieczorek-Zeul
Gerechtigkeit und Frieden sind Geschwister
**Politisches Engagement
in Zeiten der Globalisierung**
184 S. | geb. | viele teils farb. Abb. | € 19,90
ISBN 978-3-89472-599-0

Mit einem nüchternen, aber auch humorvollen Blick skizziert Wieczorek-Zeul, was sich hinter den Kulissen zahlreicher politischer Auseinandersetzungen entlang ihres Weges zugetragen hat. Dabei wird nicht nur ihre Beharrlichkeit deutlich, sondern auch die Prinzipientreue und der kluge strategische Blick für das Mögliche. Heidemarie Wieczorek-Zeul eröffnet mit ihrem Buch eine Diskussion über aktuelle politische Veränderungsmöglichkeiten in einer Zeit, in der politische Eliten und Bevölkerung gleichermaßen eine Entfernung voneinander beklagen.